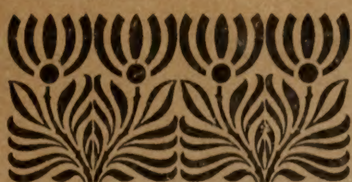







Internationaler Sozialisten-Kongreß

Stuttgart 1907
vom 18. bis 24. August

Preis 50 Pfennig

— Berlin 1907 —



Verlag:
Buchhandlung Vorwärts, Berlin
(Hans Weber, Berlin)



Internationaler Sozialisten-Kongreß

zu

Stuttgart

18. bis 24. August 1907



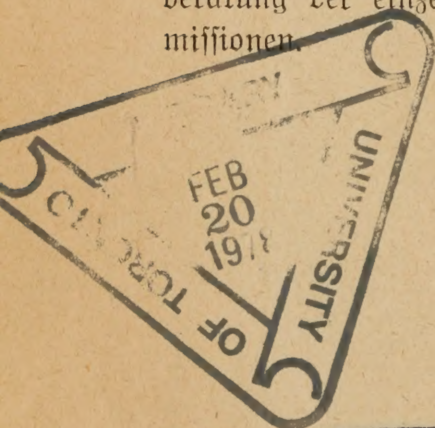
Verlag: Buchhandlu[illegible]denstr. 69
(Hans Weber, Berlin)

Vorbemerkung.

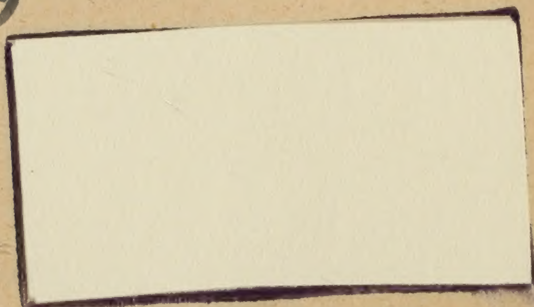
Das Protokoll über die Verhandlungen des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart wird hiermit veröffentlicht. Die Ausführungen der Redner sind zwar nicht stenographisch aufgenommen, doch haben die auf Grund stenographischer Aufzeichnungen hergestellten „Vorwärts"=Berichte vor der Drucklegung des Protokolls den deutschen Rednern zur Korrektur vorgelegen.

Wir glauben mit der Veröffentlichung auch diesmal den Wünschen weiter Parteikreise zu entsprechen, und die Herausgabe eines offiziellen deutschen Protokolls des Internationalen Bureaus damit erübrigt zu haben.

Dem Protokoll sind angefügt: 1. Ein Bericht über die Massenversammlungen auf dem Cannstatter Wasen. 2. Der Bericht über die Interparlamentarische Konferenz. 3. Die Berichte der fünf zur Vorberatung der einzelnen Punkte der Tagesordnung eingesetzten Kommissionen.



Der Verlag.



Das internationale Massenmeeting auf dem Cannstatter Wasen.

Am Sonntag den 18. August fand ein großes Meeting statt, über dessen Verlauf wir dem Bericht des „Vorwärts“ die nachfolgenden Ausführungen entnehmen:

Die große Volkskundgebung, die anläßlich des Internationalen Kongresses nachmittags um ½5 Uhr ihren Anfang nahm, ist glänzend verlaufen. Zu Tausenden strömten die Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern nach den Wiesen in der Neckarniederung, dem Stuttgart-Cannstatter Volksfestplatz. Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch ein großer Teil des Stuttgarter Bürgertums war auf den Beinen, und nicht nur aus Stuttgart, sondern aus der näheren und weiteren Umgebung war viel Volk nach der schwäbischen Hauptstadt gekommen. Ja, aus ganz Württemberg waren Deputationen von den politischen Organisationen und Gewerkschaften entsandt. Vielfach hatten diese Abordnungen ihre Fahnen und eine Musikkapelle mitgebracht, und so entfaltete sich ein festliches bunt bewegtes Treiben.

Auf dem Festplatze waren sechs Tribünen errichtet; große Bierwagen stellten das Podium dar, auf dem ein rotdrapiertes Rednerpult sowie ein Tisch für den „Präsidenten der Volksversammlung im Freien“ und für die Redner aufgestellt waren. Reich gestickte Fahnen der Wahlvereine und der Stuttgarter Gewerkschaften gaben einen wirkungsvollen Hintergrund für die Redner ab. In musterhafter Ordnung scharte sich die Menge um die einzelnen Emporen und bewahrte auch dort die Ruhe, wo von den Worten der Redner nichts mehr zu verstehen war. Während auf den Straßen zur Festwiese ein starkes Polizeiaufgebot den Massenverkehr in Bahnen hielt, war auf den Wiesen selbst keine Polizei zu sehen und die 60 000 Menschen bewahrten von selbst eine außerordentliche Disziplin.

Am Nachmittag hatte sich der Himmel etwas bewölkt und die Hitze war nicht drückend. Während der Reden aber brach die Sonne durch, es wurde heißer und ging nicht ohne kleine Ohnmachtsanfälle ab. Dann war aber sofort die freiwillige Sanitätskolonne bei der Hand und die ganze Veranstaltung ist ohne wesentliche Unfälle verlaufen. Geistige Getränke, dafür hatte das Komitee Sorge getragen, durften auf dem Platze nicht feil gehalten werden. So war das Ganze ein großes Gelingen.

Um 4½ Uhr erscholl ein Trompetensignal, das den Beginn des Meetings anzeigte; das Summen und Surren der nach Zehntausenden zählenden Menge machte einer lautlosen Stille Platz.

Auf der ersten Tribüne führte den Vorsitz Genosse **Singer**. Mit brausenden Hochrufen und nicht endenwollendem Beifall begrüßt, weist er auf die Bedeutung des Tages hin, der so ungeheuere Massen auf diesem Platz zusammengerufen hat. Er wolle nicht lange auseinandersetzen, warum es bis jetzt nicht möglich gewesen sei, in Deutschland einen internationalen Kongreß

abzuhalten. Jetzt habe man es gewagt, und daß dieser Kongreß in Stuttgart gelinge, müsse die preußische Regierung ansehen als eine Antwort auf ihre reaktionäre Politik. (Stürmischer Beifall.) In Stuttgart werden die Vertreter des Proletariats aller Länder neue Waffen schmieden und neue Wege weisen für den Kampf zur Befreiung der arbeitenden Klasse aller Länder aus dem Joch ökonomischer Ausbeutung und politischer Rechtlosigkeit. (Donnernder Beifall.) Diese mächtige, kaum zu übersehende Versammlung ist auch ein Ausschnitt aus dem Bild von der niedergerittenen Sozialdemokratie. (Brausender Beifall.) Diese Versammlung ist ein Bild der Arbeit, die die Sozialdemokratie seit den letzten Wahlen geleistet hat, ein Bild von dem gewaltigen Anwachsen der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und widerlegt auf das schlagendste die Ansicht derer, die geglaubt haben, daß der 25. Januar der Anfang vom Ende der deutschen Sozialdemokratie sei. (Beifall.) Unseren ausländischen Brüdern können wir die Versicherung geben, daß unsere deutsche Partei Schulter an Schulter mit den Arbeitern aller Länder kämpfen wird. Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht ruhen und rasten, bis der Sieg der Arbeit an ihre Fahne geheftet ist. (Stürmischer Beifall.) Wir bilden heute eine Versammlung, wie sie Stuttgart wahrscheinlich nie gesehen, und Millionen von deutschen Arbeiterherzen bedauern aufs tiefste, an dieser gewaltigen Demonstration nicht teilnehmen zu können. Die Stuttgarter Genossen sind heute berufen, als Vorort der deutschen Sozialdemokratie den ausländischen Brüdern die Hand zu reichen. (Stürmischer Beifall.)

Jaurès-Paris, mit lebhaften Hochrufen und „Vive Jaurès" empfangen (übersetzt von Kautsky), gibt seiner Freude über die mächtige Versammlung Ausdruck, wie er noch nie eine gesehen habe. Er wolle der Solidarität Ausdruck geben, welche die Deutschen und die Franzosen, wie überhaupt die Proletarier aller Länder miteinander verbinden. Sie kämpfen für die höchsten Ideale, die es jemals gegeben hat: für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! (Stürmischer Beifall.) Besonders freue er sich, als Vertreter der Franzosen die Deutschen begrüßen zu können, die sich gegenseitig viel Unheil zugefügt haben und sich doch gegenseitig soviel schuldig sind. Hocherfreut sei er darüber, diese Versammlung im Lande Schwaben begrüßen zu können, das der deutschen Kultur soviel gegeben habe, dem Lande, in dem Friedrich Schiller geboren sei, den die Franzosen als Ehrenbürger der französischen Republik begrüßt haben, dem Geburtslande des ausgezeichneten Philosophen Hegel, der das sozialistische Denken so stark befruchtet habe. (Stürmischer Beifall.) Er freue sich über die Solidarität der Arbeiterklasse zweier Völker, die so großes geleistet haben. Ihre Verbindung zeige, daß das Wort: Arbeiter aller Länder vereinigt Euch! Wahrheit werde. Wenn er nach Frankreich zurückkehre, werde er berichten von dem herrlichen Schauspiel, das hier geboten worden sei, und die Franzosen würden sich bemühen, es den Deutschen nachzumachen.

Hier fängt Jaurès unter stürmischem Applaus plötzlich an, deutsch zu reden.

Wenn der deutsche Reichskanzler geruhe, ihn, Jaurès, zu empfangen, dann werde er ihm sagen, daß es ihm nicht gelungen sei, die deutsche Sozialdemokratie zu zertrümmern. Mit Freude und Stolz überbringe er im Namen der französischen Genossen der deutschen Sozialdemokratie die herzlichsten Grüße. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen zusammen Hand in Hand arbeiten im Kampfe um die Beseitigung des Kapitalismus. (Lebhafter Beifall.) Unser Sieg wird ein Sieg sein der Menschheit, der Kultur, des Fortschritts und der Freiheit. Hoch die internationale Sozialdemokratie. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Branting-Stockholm gibt ein Bild über Partei- und Gewerkschaftsbewegung in Norwegen und verweist auf den Einfluß, den die Sozialdemokratie bei dem schwedisch-norwegischen Konflikt ausgeübt hat. Er überbringt Grüße aus dem Lande der Mitternachtssonne. (Beifall.)

Macdonald-England schildert in begeisterter Ansprache die Fortschritte des Sozialismus in England in den letzten Jahren und mit ergreifenden Worten die Leiden, die das Proletariat unter dem Drucke eines Kapitalismus auszustehen habe, der der hochentwickeltste, aber dem Zusammenbruch auch am nächsten sei. (Stürmischer Beifall.)

Simons-Vereinigte Staaten sprach ebenfalls unter großem Applaus.

Die Schlußrede hielt

Singer: Er dankt den Rednern und ersucht die Zuhörer, soweit sie noch nicht politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, das Verabsäumte nachzuholen, die Köpfe und Herzen zu revolutionieren, damit, wenn uns Alten, die wir jahrzehntelang für die Ideale des Sozialismus gekämpft haben, die Fahne dereinst entsinkt, neue Streiter an die Stelle treten. Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie! (Stürmische Hochrufe.)

Auf der zweiten Tribüne führte den Vorsitz

Klara Zetkin. Unter großer Heiterkeit und lebhaftem Beifall der Umstehenden wies sie einleitend darauf hin, daß auf diesem Platze, wo gewöhnlich die kapitalistischen Klassen ihr Kriegsheer einexerzieren, heute die rote Internationale exerziert. Die Zeit werde kommen, wo sie nicht nur exerziere, sondern auch marschiere und schlage. (Bravo!)

Von stürmischem Beifall begrüßt, nahm darauf das Wort der Führer der belgischen Sozialdemokratie

Vandervelde-Brüssel (übersetzt von Rosa Luxemburg): Der internationale Sozialismus blickt mit Bewunderung auf die deutsche Sozialdemokratie, deren Größe und Gewalt wieder in dieser imposanten Veranstaltung zum Ausdruck kommt. Zu dieser Größe und Gewalt der Sozialdemokratie hat auch ungewollt beigetragen unser Todfeind, der Kapitalismus, der durch seine Ausbeutung der Massen auch die Kämpfer zur Befreiung dieser Massen erzeugt. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kapitalismus verfährt mit dem Proletariat, wie jener Mann in der englischen Erzählung mit den zwei Katzen, die er in einen Sack steckte, damit sie sich gegenseitig zerfleischten. Die Arbeiter der verschiedenen Länder aber zerfleischen sich nicht, sie vereinigen sich zur gemeinsamen Bekämpfung ihres Unterdrückers. Redner schließt mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Troelstra-Holland: Heute ist ein großer Tag. Es ist Elektrizität in der Luft, es weht Gewitterluft, von den Tribünen kommen die Gedankenblitze und auf die Blitze folgt der Donner aus Euren Kehlen und Herzen. (Heiterkeit und Beifall.) Wir leben nicht mehr in der Zeit, wo die unterdrückten Massen als Arbeitsvieh für die Herrschenden fronten, wo sie ihr ganzes Leben, ihre Gesundheit, ihre Sittlichkeit, ihre geistige Entwickelung dem Moloch Kapitalismus opferten. Heute haben sich die Arbeiter aufgerichtet, sie fühlen sich als Menschen, sie haben einen Krieg entfacht gegen die Verteidiger der herrschenden Gesellschaftsordnung und dadurch ist ein permanentes Gewitter entstanden. Wir halten hier eine Kriegs-Friedens-Konferenz ab (Heiterkeit und Beifall), denn der Friede, den wir erstreben, die geordnete Gesellschaft, in der es keine reichen Nichtstuer und keinen Zuvieltuer geben soll (sehr gut!), er muß erobert werden mit den Waffen des Geistes, der Organisation, die Ihr geschmiedet und die wir Abgesandten des internationalen Proletariats Euch lehren wollen, mit Erfolg zu gebrauchen. Bei dieser Kriegs-Friedens-Konferenz denke ich als Holländer unwillkürlich an die Wort-Friedens-Konferenz im Haag (große Heiterkeit), einberufen von dem größten Scheusal unserer Zeit (stürmische Zustimmung), dem Haupte des Absolutismus, unter dessen Namen all die Greuel in Rußland verübt werden. Der Verlauf der Konferenz hat bewiesen, daß es sich nur um eine Komödie handelt. England hatte bekanntlich

die Abrüstung beantragt. Den englischen Abgesandten ist es nun wirklich vergönnt gewesen, einen Antrag behufs Studium der Frage einer teilweisen Entwaffnung — vorzulesen (große Heiterkeit) unter der von Herrn Bülow erfundenen Hinzufügung, es dürfe dann nicht mehr darüber gesprochen werden. (Erneute große Heiterkeit.) Den wahren Völkerfrieden wird nur das internationale Proletariat mit der Verwirklichung seiner Ideale herbeiführen. (Lebhafter Beifall.) Ich möchte schließen mit einem Bilde aus der Siegfriedsage. Aus seinen drei Waffen, der genossenschaftlichen, der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung, wird der Siegfried des Proletariats sich das rechte Wotansschwert schmieden, um den Drachen Fafner des Kapitalismus zu überwinden und ihm seine Schätze von Gold und Edelstein zu entreißen. (Stürmischer Beifall.)

Als letzter Redner weist

Rubanowitsch-Paris (russischer Sozialrevolutionär) auf die Bedeutung der russischen Revolution hin. Vor kurzem waren zwei Kaiser zusammen. Was sie auf hoher See verabredet haben, weiß niemand. Wir, die man die Konspiratoren, die Verschwörer nennt, verhandeln in voller Oeffentlichkeit und verkünden unser Ziel: die Arbeiter der ganzen Welt zu befreien. (Lebhafter Beifall.) Ich danke Ihnen für die Solidarität, die Sie dem russischen Proletariat in seinem schweren Kampfe bewiesen haben. Hoch die deutsche, hoch die russische revolutionäre Sozialdemokratie! (Stürmische Zustimmung.)

Klara Zetkin: Wir können dies Meeting nicht würdiger abschließen als damit, daß wir des größten Ereignisses unserer Zeit, der russischen Revolution gedenken, die das Vorspiel ist zu einer Reihe von Revolutionen, in denen das Proletariat aller Länder seine Ketten brechen und eine Welt erobern wird. Es lebe die russische Revolution, es lebe die kämpfende Internationale!

Die dritte Tribüne, auf der **Bömelburg** den Vorsitz führte, war die Tribüne der Alten.

Vaillant-Paris, von stürmischem Beifall begrüßt (in deutscher Sprache): Er erinnerte daran, daß er 1870 Tübingen, wo er studierte, verlassen mußte, als der Krieg ausgebrochen war. Eine große Freude sei es für ihn, vor den Nachfolgern, den Söhnen und Töchtern jener Generation, sprechen zu können. Deutschland und Frankreich müßten sich weit besser kennen lernen; sie würden dann gute Freunde sein. (Stürmischer Beifall.) Tiefe Freude erfülle ihn, wenn er die Fahnen der großen Gewerkschaften sehe, die die Ehre Deutschlands seien. (Stürmischer Beifall.) Ein anderes, größeres, mächtigeres Deutschland und eine andere, größere, mächtigere Arbeiterbewegung, als er sie verlassen, treffe er jetzt an. Die französische Arbeiterbewegung sei dem Beispiel der deutschen gefolgt. Seit Amsterdam gibt es nur eine einzige sozialistische Partei Frankreichs. Auch in Frankreich hätten die Gegner die Lüge von der Niederlage der deutschen Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen verbreitet. Aber die Stimmen hätten sich um 250 000 vermehrt, und die nicht gewählten Führer seien so mutig wie vorher. Nicht der Parlamentarismus sei die Hauptsache, sondern die Volkstümlichkeit einer Bewegung. (Lebhafter Beifall.) Für die sozialistischen Parteien aller Länder sei es gut, sich zu kennen. Diesem Zweck dienten die internationalen Kongresse. Die Sozialdemokratie Deutschlands und Frankreichs seien Bruderparteien und würden es bleiben. (Stürmischer Beifall.) Vaillant schließt mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutsche, die französische Sozialdemokratie und auf die Internationale.

Ihm folgte **Hyndman**-London, der den größten Teil seiner Rede gleichfalls in deutscher Sprache hielt. Auch er sagte, in England habe es nach den letzten deutschen Wahlen geheißen, die deutsche Sozialdemokratie sei tot (große Heiterkeit), aber ganz gestorben sei sie offenbar noch nicht. (Erneute Heiterkeit.) Ueberall in der Welt habe die Sozialdemokratie in den letzten drei Jahren

große Fortschritte gemacht. Die Stimmung im Volke ist mehr als das Parlament. Das Parlament hat bis jetzt viel mehr getan, um die Reaktion zu verhindern, als den Fortschritt zu begünstigen. (Lebhafte Zustimmung.) Er sei mit Bernstein nicht immer derselben Meinung, aber sicher sei es, daß ein Mann wie er heute genau so viel Einfluß habe, als wenn er noch der Abgeordnete von Breslau wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Der Sieg der Zukunft ist der Sozialdemokratie sicher. (Stürmischer Beifall.) Das heutige englische Volk hat seine politischen Freiheiten nicht selbst erkämpft, sondern ererbt. Heute hat es neue Freiheiten zu erkämpfen. Das englische Volk wünscht keinen Krieg zwischen den Völkern. (Stürmischer Beifall.) Er sei nach Deutschland gekommen, um den deutschen Arbeitern die friedliche, brüderliche Gesinnung und die Liebe der englischen Arbeiter zu übermitteln. Die Sozialdemokratie wird den Frieden unter den Völkern zur Wahrheit machen. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Der letzte Redner war, wie Bömelburg ihn nannte, unser lieber, guter, alter **Greulich**-Zürich. In wenigen Tagen sind es 42 Jahre her, da saß auch eine Schar von uns in der Liederhalle. Sie war etwas kleiner damals, die Liederhalle und die Schar. (Heiterkeit.) Und heute sind auf diesem Riesenplatze nur zwei Mann, die dort gesessen haben, Freund Bebel und ich. Vielfach hat es heute getönt: die Sozialdemokratie ist der Friede. Das wollen unsere Gegner aber gar nicht glauben. (Heiterkeit.) Sie sagen von uns, wir seien Ruppige und Raubautze. (Heiterkeit.) Die Wohlmeinenden aber kommen und sagen, wir sollten die Arbeiter moralischer machen. (Heiterkeit.) Dazu dienen aber nicht Moralpredigten, sondern mehr freie Zeit, bessere Wohnungen, besseres Essen und Trinken für die Arbeiter. (Lebhafter Beifall.) Wir haben in die Arbeiterschaft das große schöne Menschheitsideal einer Zukunftsgesellschaft gepflanzt. In Millionen von Herzen steckt dieses Ideal tief eingewurzelt, und keine Polizei, kein Strafgesetz kann es herausreißen. (Stürmischer Beifall.) Es liegt im Menschenherzen tief begraben, das Sehnen nach einem Glück, nach einer Gesellschaft, in der es keine Knechtschaft, keine Ausbeutung gibt, nach einer Gesellschaft, die allen denen, die ehrlich und fleißig arbeiten, die Sorge für des Lebens Notdurft abnimmt. (Beifall.) Dieses Sehnen steckt selbst in denen drin, die sich dessen heute noch nicht bewußt sind. Dieses Ziel stählt unsere Kraft. Ich habe das Glück gehabt, den gewaltigen Aufstieg der Arbeiterklasse in diesen vierzig Jahren zu sehen. So wie die Juden unter dem alten Moses, der auch so ein Wühler, Hetzer und Streikführer war, (stürmische Heiterkeit) vierzig Jahre durch die Wüste gezogen sind, bevor sie ins gelobte Land kamen, so hat auch die Arbeiterbewegung ihr Kanaan. Aber sie wird das heilige Land erobern, wo die Menschheit auferstehen wird zur Teilnahme an dem heiligen Erbteil der Kultur! (Stürmischer Beifall.) Unser heiliges, großes Endziel lebe hoch! (Stürmische Hochrufe!)

Bernstein, der als Uebersetzer nicht einzutreten brauchte, gab unter großem Beifall den Versammelten warmherzig gezeichnete Lebensbilder der drei Redner, dann schloß **Bömelburg** mit begeisterten Worten die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Auf der vierten Tribüne präsidierte

Bebel. Er leitete die Versammlung mit einigen Worten ein: Es ist diesmal zum erstenmal, daß wir in Deutschland einen internationalen Kongreß haben. Aber das ist nicht unsere Schuld, sondern die der traurigen Verhältnisse im Deutschen Reiche. Ihr in Württemberg seid besser daran. Hier hat es das Volk verstanden, sich ein demokratisches Vereins- und Versammlungsrecht zu erhalten. Wir haben nur den lebhaften Wunsch, daß es uns im Herbst gelingt, mindestens ein ebenso gutes für ganz Deutschland zu erringen.

Hillquit-Amerika überbringt die Grüße der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten. Eine halbe Million sozialistischer Proletarier jenseits des Ozeans ist den deutschen Genossen dankbar, nicht nur weil sie ihnen die theoretischen Waffen geliefert haben, sondern auch weil deutsche Arbeiter die Pioniere der sozialistischen Bewegung in Amerika waren. Lange Zeit waren sie allerdings auch die einzigen Träger des Sozialismus. Die amerikanischen Arbeiter schienen dem Sozialismus ganz unzugänglich, ihre wirtschaftliche Lage war verhältnismäßig gut, ihr Denkvermögen verhältnismäßig schlecht, so konnten sie sich für den Sozialismus nicht erwärmen. Aber seither ist der stille friedliche Agrarstaat zur brausenden Fabrikstätte geworden. Wir haben nun den Gipfel der Zivilisation erklommen: Wir haben Trusts, die das Weltall umspannen, wir haben Milliardäre — aber wir haben auch Elend, Hunger und Verbrechen. Wir haben eine Republik mit fast unbeschränkter politischer Freiheit, aber unsere Republik ist doch keine Demokratie, sondern eine Kapitalhegemonie, wir haben keine Volksregierung, sondern eine Herrschaft des Geldbeutels. Unser Bourgeois herrscht absoluter als der Zar von Rußland oder der Sultan der Türkei. Aber der amerikanische Arbeiter hat zu denken begonnen, der amerikanische Arbeiter befindet sich auf dem Weg zum Sozialismus. Der Riese streckt seine mächtigen Glieder, und bald wird er über den Ozean hinüber seinen Donnertritt vernehmen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Roland-Holst**-Holland: Immer wieder müssen wir Holländer darauf hinweisen, wie viel wir der deutschen Sozialdemokratie verdanken. Der Sozialismus ist überall, wo der Kapitalismus ist; er erobert immer mehr die ganze Welt, aber in so kleinen Staaten wie Holland, würde das Proletariat unendlich langsam den Weg gefunden haben, wenn wir nicht das große Beispiel und die moralische und materielle Unterstützung unserer Brüder gehabt hätten. Mehrmals bildete sich bei uns eine Arbeiterbewegung, aber jedesmal kam sie wieder auf Abwege. Da haben wir uns wieder gestärkt an Eurer Taktik, an Euren Siegen. Mit allen sozialdemokratischen Parteien fühlen wir uns solidarisch, am brüderlichsten verknüpft fühlen wir uns aber mit Euch. Und wie es in der Vergangenheit war, so wird es gewiß auch in Zukunft sein. Wenn allerdings Deutschland immer mehr seine führende Stellung verliert, so ist das nicht darum, weil es zurückgeht, sondern weil die anderen ebenfalls zu Großmächten heranwachsen. Wir, der kleine Nachbar, der jüngere Bruder, werden uns durch Eure Taten gestärkt, durch Eure Siege und — was die Gegner Niederlagen nennen — erhoben fühlen. (Lebhafter Beifall.)

Adler-Wien: Wenn wir Oesterreicher zu Euch kommen, fühlen wir uns immer so zu Hause — wie zu Hause. Es geht uns Sozialdemokraten zwar überall so. Aber drüben im Kongreßsaal ist mir doch ganz merkwürdig zumute geworden. Napoleon I. hat sich einmal in Erfurt ein Theater eingerichtet mit einem ganzen Parterre von Königen. Gebändigte, unterdrückte Königlein, die vor dem mächtigen Eroberer auf dem Bauche lagen. Wir zeigen der Welt ein viel größeres Schauspiel, ein Schauspiel, wie es die Welt noch nicht gesehen: ein Parterre von Kämpfern, von denen jeder ein Leben voll Aufopferung, voll Begeisterung, voll Hingebung darstellt. Oesterreich ist ein armes Land und wenn Ihr von Oesterreich redet, pfleget Ihr die Achseln zu zucken: ach, das wilde Land! (Heiterkeit.) Aber ich kann Euch berichten, so schlimm, wie es einmal war, ist es heute nicht mehr. Was durch Jahrhunderte von einem verrotteten Regime an den Völkern Oesterreichs verbrochen wurde, von einem beutegierigen Adel und dann vom modernen Geldsack, das ist zum Teil durch das moderne Proletariat gutgemacht worden; ein Proletariat, das einen schweren Kampf führt, aber ihn als einen Kampf um sein Leben führen muß! Wir haben zugleich mit Euch Württembergern das Wahlrecht errungen; allerdings war es ein bißchen schwerer bei uns. Wie groß der Widerstand bei

Euch gewesen sein mag, von der Gewalt der alten reaktionären Mächte in Oesterreich habt Ihr doch keinen Begriff. Endlich nach langem Kampf kam für uns der Augenblick, wo die Vernunft siegen mußte. Man hat uns das Wahlrecht nicht bloß deshalb gegeben, weil wir so stark waren, sondern weil der Staat am Verrecken war (Heiterkeit). Ueberall, wo Wahnsinn herrscht, da stellt die Sozialdemokratie allein die Logik, die Vernunft, die Notwendigkeit dar. Die Worte, wegen deren wir jahrelang verfolgt, auf Monate und Jahre in Kerker geworfen worden waren, haben wir uns nun auf einmal von den Herren Minister als neueste Weisheit sagen lassen dürfen (Beifall), und schließlich hat auch der alte Kaiser eingesehen, daß die Demokraten, auf die er sonst nicht zu hören gewohnt war, recht haben (Heiterkeit) — und zusammen haben wir die Sache fertig gebracht. (Lebhafte Heiterkeit.) Dann mußten wir allerdings noch ein volles Jahr Gewehr bei Fuß stehen, in jedem Moment bereit, loszuschlagen. Das Wahlrecht in Oesterreich wurde nicht im Parlamente erkämpft, sondern auf den Straßen der Städte Oesterreichs. (Lebhafter Beifall.) Wir danken der deutschen Sozialdemokratie die Erziehung, den Rat bei den ersten Schritten, wir haben von ihr auch gelernt, besonnen zu sein und klar über das Ziel, weiter zu marschieren. Der Sieg bei den letzten Wahlen ist die Frucht von jahrelanger prinzipieller Erziehung der Massen. Vormals hieß es bei uns: keine Ruhe in Oesterreich, bis das allgemeine Wahlrecht errungen ist! Jetzt haben wir das Wahlrecht — und nun erst recht keine Ruhe! (Stürmischer Beifall.)

Zum Schluß forderte **Bebel** zur eifrigen Organisationsarbeit auf und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Auf der 5. Tribüne führte Stuttgarts Vertreter im Reichstage **Hildenbrand** den Vorsitz. Er gab das Wort

Anseele-Belgien, der in seiner häufig vom Beifall unterbrochenen Rede ausführte, daß er zwar der Nation nach Belgier sei, daß er sich aber überall heimisch fühle beim arbeitenden Volke. Stärker als Rasse und Vaterland sei die Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen und dicker als Blut das Band der sozialistischen Ueberzeugung. Darum habe das Proletariat aller Länder dem Völkerhaß und der Rassenverhetzung den Krieg erklärt und werde der ganzen Welt den Frieden bringen.

Nemec (Tscheche) schilderte den Kampf der Oesterreicher aller Nationen um das allgemeine Wahlrecht. Die österreichische Arbeiterschaft habe den Regierungen gezeigt, daß sie auf der Straße ebenso ihre Pflicht tun wie im Parlamente. So habe sich das Proletariat die Minister erzogen, daß sie es doch noch lieber im Parlament als auf den Straßen sähen. (Heiterkeit und Beifall.) Im Kampf um das allgemeine Wahlrecht habe die österreichische Sozialdemokratie aller Zungen und Nationen sich die Kraft errungen, die es jetzt im Wahlkampfe bewiesen habe.

Knudsen-Dänemark zeigte, wieweit die Arbeiter aller Länder, insbesondere in den Kleinstaaten des skandinavischen Nordens, von Deutschland gelernt hätten und wieviel sie den Praktikern und den Theoretikern der deutschen proletarischen Bewegung seit Marx verdanken. Er halte es für seine erste Pflicht, der deutschen Sozialdemokratie den Dank der Internationale auszusprechen und gedenke in erster Linie ihrer Verdienste, wenn er mit einem Hoch auf die Internationale schließe.

Als Vertreter der russischen Sozialdemokratie gab Genosse

Woiinoff der Versammlung die Versicherung, daß der russische Kaiseradler nicht ewig vom Herzen des russischen Volkes fressen werde. Der nächste revolutionäre Generalstreik in Rußland werde den Zarismus zerschmettern. (Jubelnder Beifall.)

Nachdem **Dr. Frank** die Rede verdeutscht hatte, schloß **Hildenbrand** mit einer anfeuernden Ansprache die Serie der Redner auf dieser Tribüne ab.

Auf der sechsten Tribüne präsidierte Genosse **Legien.** Sie war außer den deutschen Genossen auch von Italienern und Polen dicht umdrängt, sollten doch hier **Ferri** und **Daszynski** sprechen. Stürmische Rufe „Evviva Ferri!" erschollen, als nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden Ferri das Wort ergriff.

Ferri-Italien: Ich komme aus dem Lande der Sonne, in dem es doch so viel Elend und Unterdrückung gibt. Aber die Landarbeiter und die Proletarier der Fabrik sind erwacht, und so jung die sozialistische Arbeiterbewegung in Italien auch ist, sie hat ihre internationalen Pflichten stets treu erfüllt. Im Lande Garibaldis läßt sich die Freiheit nicht unterdrücken. (Stürmischer Beifall.) Und als der Zar-Mörder, der sein Volk hinschlachten und foltern läßt, den Boden Italiens betreten wollte, hat sie ihm ein donnerndes Veto entgegengerufen. Der Zar durfte seinen Fuß nicht auf den Boden eines freien Landes setzen. (Stürmischer Beifall.)

Dann wendet sich Enrico Ferri in italienischer Sprache an seine anwesenden Landsleute, und ermahnte sie, sich in treuer Solidarität den Gewerkschaften Deutschlands anzuschließen. Heute, wo in Italien 300 000 Arbeiter gewerkschaftlich und 40 000 politisch organisiert seien, dürfe kein italienischer Arbeiter mehr Streikbrecher sein. (Laute Bravo! und Hochrufe auf Ferri.) Der Redner schließt deutsch mit dem Ausrufe: „Hoch die internationale Sozialdemokratie!"

Nachdem **Südekum** Ferris beredte Worte verdeutscht hat, ergreift

Daszynski-Oesterreich für die Polen das Wort: In einem fernen Lande lebt ein unglückliches Volk. Von ihm bringe ich Euch den Brudergruß, denn es will Schulter an Schulter mit Euch kämpfen. (Bravo!) Mit großer Erwartung bin ich hierher gekommen, denn auf der Tagesordnung steht die Frage des Militarismus. Wir leiden unter dem Joche des Militarismus. Bei uns in Russisch-Polen hat der Zar seine Soldaten, die in Ostasien ihre Fahne mit Schmach bedeckt hatten, zu Brandstiftung und Mord gegen die wehrlosen Proletarier angestiftet. (Stürmische Zurufe.) Begreifen Sie, mit welcher Wut, mit welchem Haß wir diesen Militarismus verfolgen. Aber auch in Deutschland ist dieses Laster tief eingefressen. Auch für sie gilt es, das Volk zu befreien, indem man das Volk bewaffnet. (Stürmischer Beifall.) Diesem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen. (Anhaltender Beifall.) Und deswegen will man uns mit dem Worte von den vaterlandslosen Gesellen beschimpfen und beschmutzen. Was ist das Vaterland? Das sind die grünen Fluren, die Paläste, die Fabriken, die Schienenstränge, die ganze Zivilisation. Und wer hat das alles geschaffen, wessen Arm und Nerven haben sich angespannt, das alles zu bauen und zu schmücken? Das waren wir, das war das arbeitende Volk, das ist das Proletariat. Und wenn wir das Vaterland mit dem Schweiße unserer Hände erbaut haben, wem gehört dann das Vaterland? Uns, uns allein, nicht den Parasiten und nicht den betreßten Taugenichtsen, nicht den Intriganten und Diplomaten. Dem obdachlosen Volke das Vaterland als Stätte menschlicher Würde und Lust zu erobern, das ist das Ziel des Sozialismus. (Stürmischer, oft wiederholter, langanhaltender Beifall.)

Dritter Redner war der altbewährte Führer der russischen Sozialdemokratie

Plechanow. Er schilderte den schweren, opfervollen Kampf der russischen Revolutionäre mit einem Staate, der sich mit allen Mitteln moderner Kultur und Unkultur verteidige. Gleichwohl habe das russische Proletariat mit dem Generalstreik dem Zaren die Verfassung entrissen, die er zwar gebrochen habe, die ihn aber doch binde. Die russische Revolution habe nicht so rasch gesiegt,

wie mancher gläubige Optimist wohl gehofft habe. Aber je länger die Revolution daure, desto tiefer greife sie. Nicht die Errichtung der sozialistischen Republik sei ihr Ziel, wie manche beredte sozialistischen Schriftsteller und Schriftstellerinnen wohl behauptet haben, sondern die Schaffung der bürgerlichen Freiheiten, die die Grundbedingung seien für den friedlichen Fortgang der proletarischen Emanzipationsbewegung. Diese aber werde die Revolution erreichen, und ihr Sieg werde ein Sieg des internationalen Proletariats sein. (Stürmischer Beifall, in den sich brausende Hochrufe auf die russischen Freiheitskämpfer mischen.)

Als letzter Redner sprach

Marcell Cachin-Paris. Er begann mit einer Entschuldigung für den erkrankten Jules Guesde, für den er eingesprungen sei. Er zahle mit seiner Gesundheit, seinem Leben, seines Lebens Arbeit, die stets nur dem Volke gewidmet war. (Bravo!) Die Bourgeoisie habe zwischen Frankreich und Deutschland das ungeheure Mißverständnis geschaffen und unterhalten.. Aber weder unsere Väter noch Ihre Väter, ruft Cachin aus, sind schuld an jenem unglücklichen Kriege. Die Arbeiter werden sich nie verwirren lassen durch die chauvinistischen Treibereien. Sie rufen in proletarischer Solidarität: Krieg dem völkermordenden Kriege! (Jubelnde Zustimmung.)

Hierauf schloß

Legien mit dem Ausdrucke lebhafter Freude über diesen machtvollen Beweis proletarischer Einigkeit und internationaler Solidarität die Versammlung. Unter stürmischen Hochrufen auf die Internationale des Proletariats gingen die versammelten Zehntausende auseinander.

Auf dem ganzen Festplatz war kein Schutzmann zu sehen; nur die Ordner der Partei walteten ruhig und höflich ihres Amtes. Auch in den Straßen hielten sich die Polizisten streng zurück und machten höchstens einmal den Weg frei für die geschlossenen Züge der Parteigenossen aus der Umgegend, die vielfach mit klingendem Spiel abzogen. Die Massen aber zogen in derselben Ruhe und Ordnung ab, wie sie gekommen waren, froh bewegt von dem Stolze über die Kraft der proletarischen Aktion und der Freude über die trefflich verlaufene Demonstration für Völkerfrieden und Volksbefreiung.

Internationaler Sozialisten-Kongreß in Stuttgart.

Eröffnungssitzung.

Am Sonntag, den 18. August, fand im großen Saal der „Liederhalle“ die feierliche Eröffnung des Kongresses statt. Der Saal ist der einfach-schlichte Rahmen für dies weltgeschichtliche Schauspiel, er wirkt nur durch die Größe und Harmonie seiner Maße. Eine auf viereckigen Pfeilern ruhende breite Galerie läuft in halber Höhe um drei Seiten des mächtigen Rechtecks. Die vierte Seite, eine der Schmalseiten, wird von einer riesigen Musikestrade eingenommen, deren Hintergrund eine Orgel bildet. Die besondere Ausschmückung, die der Saal für den Kongreß erhalten hat, ist einfach und geschmackvoll; eine rote Draperie hebt die Estrade hervor, auf der das Präsidium sitzen wird. Links und rechts auf dieser Bühne stehen auf roten Postamenten die Riesenbüsten von Marx und Lassalle. Kleine rot umrahmte Schilder an den Wänden erinnern an die vorangegangenen internationalen Kongresse: Paris 1889; Brüssel 1891; Zürich 1893; London 1896; Paris 1900 und Amsterdam 1904. Noch eine schmale rote Draperie an der Orgel, sonst kein farbiger Schmuck und keine Parteifahnen. Dafür aber überall Blumen, Blumen auf dem Vorstandstische und dem Tische der Uebersetzer, Blumen auf allen Tischen der Delegierten.

Für diese sind sechsmal sechs lange Tische aufgestellt, die den ganzen Saal füllen. Aber auch der breite Gang unter der Galerie hat mit Tischen dicht besetzt werden müssen, um für fast 1000 Kongreßteilnehmer Platz zu schaffen. Die Plätze für die Delegierten sind so gelegt, daß Deutschland die ganze Internationale umspannt, daß also die ausländischen Delegierten die Mitte einnehmen und ringsherum unsere deutschen Genossen sitzen.

Die weiten Tribünen sind um 10 Uhr überfüllt; seit Wochen sind die Einlaßkarten sämtlich vergeben. Zwischen 10 und 11 Uhr treffen die Delegierten ein. Fast alle Sprachen der Welt tönen durcheinander. Sänger und Sängerinnen füllen die Estrade und kurz vor 11 Uhr nehmen die Mitglieder des internationalen Bureaus auf dem Podium Platz. Um 11 Uhr beginnt die Festlichkeit mit einem feierlichen Chorgesang unter Orgelbegleitung: „Ein feste Burg ist unser Bund.“ Der Text ist von Jakob Audorf, die Melodie die des alten Lutherliedes. Unter Leitung des Musikdirektors Brenner tragen die Gesangvereine „Lassallia“ und „Freya“ und ein eigens zu diesem Zwecke gebildeter Frauenchor das Lied kraftvoll vor.

Als die Töne verrauscht sind, eröffnet **Vandervelde** die Verhandlungen.

Vorsitzender **Vandervelde**-Belgien: Im Namen des Internationalen sozialistischen Bureaus erkläre ich den 6. Kongreß der 2. Internationale für eröffnet und gebe das Wort unserem Freund und Genossen August Bebel.

Bebel-Deutschland (mit stürmischem, nicht endenwollendem Händeklatschen empfangen): Partei- und Kampfgenossen! Im Namen der deutschen Sozialdemokratie heiße ich Sie in Deutschland und in Stuttgart willkommen und begrüße Sie alle auf das herzlichste. Es ist zum ersten Male, daß wir in Deutschland einen internationalen Kongreß abhalten. Allerdings hatte bereits die alte Internationale beschlossen, im Sommer 1870 in Mainz einen internationalen Kongreß abzuhalten. Aber da kam der unglückselige Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, und der Kongreß wurde unmöglich, nicht nur für dieses, sondern auch für die nächsten Jahre. Das neue Deutsche Reich wurde kein Reich der Freiheit und des Rechts. Sofort nach seiner Schaffung ging es mit Ausnahmegesetzen und mit Klassenjustiz gegen die ihm verhaßten Personen und Parteien vor, und so verstand es sich von selbst, daß ein internationaler Sozialistenkongreß auf absehbare Zeit für Deutschland zur Unmöglichkeit wurde. Wir haben lange gewartet, bis wir es gewagt haben, die Internationale nach Deutschland einzuladen. Und als wir in Amsterdam die Einladung an Sie ergehen ließen, gab es bei Ihnen manch Kopfschütteln und manches Bedenken, ob es ratsam sei, im Deutschen Reiche zu tagen, das in bezug auf bürgerliche Freiheit sich bis dahin im Auslande gerade nicht des besten Rufes erfreute. Wir haben es dennoch gewagt. Wir wollten es darauf ankommen lassen, ob man sich wirklich vor der ganzen Kulturwelt blamieren und den Internationalen Sozialistenkongreß in Deutschland unmöglich machen würde. Freilich nach Berlin zu gehen, trugen wir keinerlei Gelüste: Unter den Augen des Fürsten Bülow und der Berliner Polizei zu tagen, war nicht nach unserem Geschmack. (Heiterkeit.) Wir dachten uns aber, das, was in Berlin nicht möglich sei, vielleicht in Stuttgart gehen würde, und Sie sehen, es ist gegangen: Wir haben heute eine Versammlung vor uns, so glänzend und so großartig, wie sie noch nie ein Internationaler Sozialistenkongreß aufzuweisen gehabt hat. (Bravo!) Freilich im Laufe der letzten Jahre sind Ihnen wohl noch manchmal mit Recht Bedenken aufgestiegen, ob Deutschland das rechte Land für einen Internationalen Sozialistenkongreß wäre. Gerade jetzt vor zwei Jahren, als die unselige Marokkoaffäre die ganze Kulturwelt in Atem hielt, beschlossen die Berliner Parteigenossen, unseren Freund J a u r è s einzuladen, damit er vor deutschen Proletariern im Namen der französischen Proletarier für den Frieden spräche. Darauf setzte Fürst Bülow alles daran, diesen Mann, dem er selbst kurz zuvor im Deutschen Reichstage seine Hochachtung ausgesprochen hatte, nicht nach Deutschland hineinzulassen und ließ ihm sogar durch den deutschen Gesandten mit der Ausweisung drohen. (Pfuirufe.) Aber Ihr wißt das doch schon alle. (Heiterkeit.) Jedenfalls war das kein gutes Vorzeichen für den Kongreß. Dem Beispiele Berlins folgte das benachbarte Karlsruhe. Am selben Tage wie in Berlin sollte in Konstanz, wo drei Länder aneinanderstoßen, eine große Demonstration für den Frieden stattfinden, bei der A d l e r, G r e u l i c h, T o d e s c h i n i und ich das Wort ergreifen sollten. Aber das unrühmliche Beispiel von Berlin fand in Karlsruhe Nachahmung; auch in Konstanz wurde die Versammlung verboten, nur hatten wir dort den Vorteil, in der freundnachbarlichen Schweiz das sagen zu können, was uns auf deutschem Boden unmöglich gemacht worden war.

Weiter machte Sie und uns bedenklich das Verhalten der preußisch-deutschen Regierung gegenüber unseren geächteten russischen Genossen. Ihnen allen ist noch die Rede des Fürsten Bülow von den Schnorrern und Verschwörern im Gedächtnis, Sie alle wissen, wie Dutzende und Aberdutzende, zuletzt Hunderte von russischen Studenten und Arbeitern in rücksichtslosester Weise aus Preußen ausgewiesen wurden. Das waren alles Momente, die wohl bei Ihnen Mißtrauen erwecken konnten, ob wir dennoch hier in Deutschland tagen könnten. Wir haben es gewagt — um mit Hutten zu reden und wir hoffen, daß dieser Kongreß in glanzvoller und für die ganze proletarische

Welt erfolgreicher Weise sein Ende finden wird. Sehen wir doch, in welch mächtiger Weise der Gedanke der Internationale in der ganzen Kulturwelt Boden gefaßt hat. Wo immer die kapitalistische Wirtschaftsordnung Boden fand, da hat auch alsbald die Idee des Sozialismus Wurzel gefaßt. Wir sehen heute eine internationale Bewegung für den menschlichen Fortschritt von einer Großartigkeit vor uns, wie die Geschichte der Menschheit noch niemals Aehnliches aufzuweisen hatte.

Wir haben seit Amsterdam auf den verschiedenen Gebieten sehr erhebliche Fortschritte gemacht. Für alle diejenigen, die das Glück hatten, in Amsterdam anwesend zu sein, war es wohl der wirkungsvollste Augenblick, daß, als bei Eröffnung jenes Kongresses der Vorsitzende auf das furchtbare Schlachten im fernen Osten zwischen Japan und Rußland hinwies, in diesem Moment der Vertreter von Japan, Katayama, und der Vertreter von Rußland, Plechanow, sich brüderlich die Hände reichten als ein Beweis für die Solidarität der Arbeiterklasse der beiden Länder. (Bravo.) Wir hatten dann in Amsterdam die Debatte über die Frage der Anteilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung. Wir befanden uns in starken Meinungsverschiedenheiten und gingen mit dem Gedanken auseinander, daß es schwerlich gelungen sei, unter unseren französischen Brüdern die Einheitlichkeit herzustellen. Aber siehe, zu unserer aller freudiger Ueberraschung ist das große Werk dennoch gelungen. Der Samen von Amsterdam hat Früchte getragen, unsere französischen Brüder haben gemeinsam einen gewaltigen Wahlkampf geführt, aus dem sie siegreich hervorgegangen sind, sie haben die Zahl ihrer Mandate von 37 auf 54 erhöht und gleichzeitig eine bedeutende Vermehrung ihrer Stimmen aufzuweisen. (Bravo.) Unmittelbar an dies schöne Ereignis knüpfte sich ein anderes. Zum erstenmal in der englischen Arbeiterbewegung trat die englische Arbeiterklasse gegenüber den bürgerlichen Parteien als selbständige Arbeiterpartei in den Wahlkampf. Und was niemand in dem Maße erwartet hatte, auch dieser Kampf wurde glorreich zu Ende geführt und zum ersten Male konnten 32 Delegierte des englischen Proletariats als selbständige Arbeiterpartei in das englische Parlament einziehen. (Lebhaftes Bravo.) Es hat etwas lange gedauert, bis das ökonomisch fortgeschrittenste Land Europas in dieser Weise sein Proletariat als selbständige Partei aufmarschieren sah. Aber, Ihr englischen Freunde, Euer Anfang war ein guter, und was folgte, hat uns noch mehr gefreut. Auch traf ein, was ich in Amsterdam voraussagte, daß bei einem Siege der englischen Arbeiter die englische Regierung sicher einen Sozialisten ins Ministerium nehmen werde — ich nannte damals bereits John Burns —, doch hat diese Konzession nicht vermocht, unsere englischen Freunde auch nur um eines Haares Breite von ihrer Kampfestaktik abzubringen. (Bravo!) An diese Siege in Frankreich und England reihte sich an der Sieg in Finnland. Dort haben es unsere Freunde verstanden, ein unter dem zarischen Regime, das seinem eigenen Volke nicht die geringsten Rechte vergönnt, gegebenes merkwürdig radikales Wahlrecht so auszunutzen, daß nicht nur eine starke männliche Fraktion, sondern auch 9 sozialistische Frauen in das finnische Parlament ihren Einzug halten konnten. (Bravo!) Aber damit waren die Siege der Internationale noch nicht zu Ende: es folgte die große Schlacht in Oesterreich. Unsere österreichischen Genossen, die jahrelang mit Heroismus und Begeisterung den Kampf um das Stimmrecht geführt hatten, sie zogen mit 87 Genossen als stärkste sozialistische Fraktion der Welt in das österreichische Parlament ein. (Stürmischer Beifall.) Weiter haben unsere Freunde in Holland und ebenso in der Schweiz bei den Kommunalwahlen glänzende Fortschritte gemacht, ein Beweis, daß überall die Internationale marschiert.

Scheinbar eine Ausnahme davon macht das Deutsche Reich, die deutsche Sozialdemokratie. Ich habe hier nicht auf die Gründe einzugehen, welche die

unerwartete Auflösung des Reichstages im letzten Winter herbeiführten. Wir haben einen Wahlkampf zu bestehen gehabt, wie noch niemals seit dem Bestehen des norddeutschen und deutschen Reichstages. Nicht nur die gesamten bürgerlichen Parteien — das ist selbstverständlich —, sondern auch die Regierungen des Reiches und der Einzelstaaten mitsamt den kommunalen Vertretungen sind in den Wahlkampf gegen uns eingetreten. Das Endresultat war, wie es nach diesem Wahlkampfe nicht anders erwartet werden konnte. Wohl steigerten wir die Zahl unserer Stimmen von 3 Millionen auf 3¼ Millionen, aber die Zahl unserer Mandate sank von 79 auf 43. Man hat deshalb im Berliner Schlosse von einem Niederreiten der Sozialdemokratie gesprochen. Freunde und Parteigenossen aller Länder! Ich versichere Euch! Wir fühlen uns nicht niedergeritten, wir sitzen so fest im Sattel wie je. (Stürmischer Beifall.) 3¼ Millionen Stimmen nach solch einem Wahlkampf, das bedeutet 3 250 000 eisenharte Männer. Männer, auf die man sich in jeder Gefahr verlassen kann, eine Armee der Propaganda, wie sie größer nirgends vorhanden ist. Auch unsere Gegner haben inzwischen eingesehen, daß es ein Zufallssieg war, daß sie nicht darauf rechnen dürfen, uns in dieser Weise zu besiegen, und es ist gut, daß sie diese Erkenntnis haben. Wir alle, bis zum letzten Mann, warten sehnlichst darauf, die Scharte vom 25. Januar und 5. Februar auszuwetzen (Lebhafter Beifall) und bedauern lebhaft, daß wir wahrscheinlich erst 1912 den nächsten Wahlkampf durchkämpfen können. Daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor auf ihrem Posten ist, zeigt der glänzende Ausfall der Hamburger Bürgerschaftswahlen und der bayerischen Landtagswahlen, zeigt auch besonders die im Wahlkreise unseres leider verstorbenen Parteigenossen Auer stattgehabte Nachwahl. Ferner ist im letzten Jahre die Zahl der organisierten Genossen und Genossinnen von 384 000 auf 530 000 gewachsen. Das ist ein Zuwachs von 146 000 oder um 38 Proz. (Beifall.) In gleicher Weise ist die Parteipresse gewachsen, in gleicher Weise wuchsen trotz der gewaltigen opferreichen Kämpfe die finanziellen Mittel der Partei. Es ist doch etwas Erhebendes für eine „niedergerittene" Partei, wenn ihr Kassierer in dem letzten Monat über eine Beitragssumme von 170 000 Mk. quittieren kann. (Bravo!) Ferner sind die deutschen Gewerkschaften von 700 000 Mitgliedern im Jahre 1900 auf über 1 800 000 in diesem Jahre angewachsen. Das ist ein kolossales Wachstum der proletarischen Kräfte, das kaum ein Beispiel finden dürfte. So also sieht die niedergerittene Partei aus! Glaubte man wirklich, daß wir niedergeritten seien, warum weigern sich dann Fürst Bülow und sein Herr so hartnäckig, für den preußischen Landtag das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht zu geben, alsdann könnte man das Niederreiten von neuem versuchen. (Heiterkeit.) Aber Bülows offiziöses Organ erklärt in bezeichnender Angst, daß das Verlangen nach dem allgemeinen Wahlrecht eine „Jagd zu Pferde nach wilden Gänsen" sei. (Heiterkeit.) Ich kann Ihnen also versichern, daß, wo immer in den nächsten Jahren für die deutsche Sozialdemokratie sich Gelegenheit bieten wird, ihr Schwert zu schwingen, sie sich als die alte erweisen wird. Am Ende schadet es auch nicht, wenn nach so vielen Siegen einmal eine Niederlage kommt. (Heiterkeit.) Es ist ja menschlich begreiflich, daß dauernde Siege leicht etwas übermütig machen. Hat doch schon unser Altmeister Goethe gesagt: Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen. (Heiterkeit.) Nun, wir haben einmal einen trüben Tag gehabt, aber schon scheint die Sonne wieder, sogar zu diesem Kongreß. (Heiterkeit.) Es scheint, es steht selbst der Olymp mit uns im Bunde. (Erneute Heiterkeit.)

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat ein skandalöser Prozeß gegen unseren Genossen Haywood stattgefunden. Die herrschende Klasse hat alles aufgeboten, um diesen unschuldigen Mann wegen Mordes verurteilen zu lassen. Selbst der Leiter der großen Republik hat sich

dazu hergegeben, ihn als „unerwünschten“ Bürger zu bezeichnen. Der Prozeß hat mit der glänzenden Freisprechung des Genossen Haywood geendet. Aber vor allem hat er die Arbeiter der Vereinigten Staaten aufgerüttelt, sie auf die Schäden der großen Republik aufmerksam gemacht, die trotz aller Rechte und Freiheiten auf dem Papier für das Proletariat auch keine Freiheit und keine Gerechtigkeit zur Verfügung hat. Wir hoffen, daß das durch diesen Prozeß aufgerüttelte Arbeitervolk Amerikas ebenso machtvoll in die politische Geschichte der Republik eingreifen wird, wie das englische Proletariat es begonnen hat. Heute sehen wir bei uns eine so starke amerikanische Delegation wie niemals früher. (Bravo!)

Nach all diesem können wir mit vollem Rechte sagen:

Die Internationale marschiert! Sie gewinnt mit jedem Jahre neuen Boden. Zu diesem Kongresse sind bereits Vertreter aller fünf Erdteile erschienen; es wird nicht mehr lange dauern, bis auch alle Staaten der Welt durch ihre Delegierten vertreten sind. So sehen wir eine gewaltige, über die ganze Erde verbreitete Partei vor uns, die vorwärts stürmt und weiß, was sie will. Hoffen wir, daß die Arbeiten dieses Kongresses weiter dazu beitragen, die Internationale zu stärken und zu kräftigen, und den großen Ideen und Zielen, die sie erstrebt, neue Anhänger zu werben. Möge dieser Kongreß hier in Stuttgart ein anderes Beispiel internationaler Gesinnung geben als die Internationale der Regierungen, die im Haag vereinigt ist (Lebhafter Beifall) und deren Vertreter Sitzungen über Sitzungen abhalten. Schließlich hat der kreißende Berg ein Mäuslein geboren, und vielleicht ist dieses Mäuslein noch totgeboren. (Heiterkeit.) Wir aber wollen freudig und zielbewußt an die Arbeit gehen und das Beste leisten, was wir leisten können. Zum Zeichen Ihrer Zustimmung aber bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Die völker-, die menschheitsbefreiende Internationale sie lebe hoch! (Stürmischer, vielfach wiederholter Beifall.)

Die Delegierten stimmen begeistert dreimal in den Hochruf ein. Auch die Uebersetzung der Bebelschen Rede durch Klara Zetkin, die stürmisch begrüßt wird, und Smith wird lebhaft akklamiert.

Vandervelde-Belgien: Wir Belgier haben die große Ehre, als Bewohner des kleinsten Landes, den Sitz des Internationalen Bureaus in unserer Mitte zu haben. Ich habe nun von dem Internationalen Bureau den Auftrag erhalten, dem Genossen Bebel für seine Begrüßungsworte zu danken, dem berühmtesten Veteranen, ich will nicht sagen der ältesten sozialistischen Partei überhaupt, wohl aber der ältesten Partei, die sich der Internationale angeschlossen. Bebel hat mehr wie einen Sieg und eine Niederlage erlebt, aber gewiß ist der heutige Tag, an dem er hier die so groß gewordene Internationale begrüßt hat, einer der schönsten seines Lebens. Wie hat sich doch alles geändert seit den Jahren, wo er als junger Führer mit Liebknecht zusammen an die Spitze der deutschen Sozialdemokratie trat. Vor 36 Jahren war die Kommune besiegt, Bebel war mit Liebknecht im Gefängnis, weil er mutig gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen Protest erhoben hatte. Kaum ein Zehntel der Wähler folgten der roten Fahne. Wie anders ist es nun heute! Heute sind 25 verschiedene Nationen hier auf dem Kongreß vertreten, aus allen Teilen der Welt, aus Europa von Stockholm bis Madrid, von London bis Petersburg. Nordamerika hat seine Delegierten, auch Bolivia, Argentinien, Kanada, Britisch-Kolumbien sind vertreten. Asien hat nur einen Delegierten, aber er wird uns für den nächsten Kongreß zahlreiche andere Delegierte herbeiführen; denn er stammt aus Japan, aus diesem herrlichen Volke, das von Europa nicht nur seine Kanonen, seine Schiffe und seine Industrien angenommen hat, sondern auch das „Kapital“ von Marx und die Prinzipien des Klassenkampfes und

der Klassenorganisation. Aus Australien ebenfalls ist ein Delegierter da von der jüngst geeinigten sozialistischen Arbeiterpartei. Aus Afrika sind zwar keine Delegierten der armen, von Leopold II. ausgebeuteten Neger da, wohl aber Delegierte der weißen Arbeiter, die gegen die Ausbeutung der Diamant- und Goldbarone ankämpfen. Karl V. sagte einst, in seinem Reiche gehe die Sonne nicht unter; wir Sozialisten können mit mehr Recht sagen, daß innerhalb der Länder, wo die rote Fahne weht, die Sonne nicht untergeht. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben nicht nur oberflächlich unser Feld bebaut, sondern auch in die Tiefe. Das geht aus dem bloßen Vergleich der Lage von 1904 und heute hervor. In Amsterdam vor drei Jahren waren unsere französischen Genossen noch in mehrere feindliche Lager gespalten, die Oesterreicher standen vor dem Kampfe für das allgemeine Stimmrecht, in Rußland hatte gerade der blutige Krieg gegen Japan begonnen, dessen Folgen kein Mensch ahnen konnte. In England konnten die Konservativen höhnend sagen, der Sozialismus sei in England kein Importartikel. Und heute, da sind die französischen Genossen zu einer großen Partei vereinigt; im Internationalen Bureau sitzt neben Vaillant, dem wackeren alten Veteranen der Kommune, brüderlich vereint Jaurès, die Hoffnung des Sozialismus. Im englischen Parlament sitzen mehr Proletarier als in irgendeinem anderen. Gerade so hat die gewerkschaftliche Bewegung einen großartigen Aufschwung genommen, gerade in Deutschland. Bebel hatte es nicht nötig, von einer Niederlage unserer deutschen Brüder zu sprechen. Das war keine Niederlage, sondern nur eine Etappe auf dem Marsch zum Siege. Das beweist schon der großartige Aufschwung der Organisation. (Bravo!)

In Frankreich, in England, in Deutschland, überall geht es vorwärts. Ueberall dringt der Sozialismus siegreich vor. In Finnland, Schweden, Württemberg und Bayern, in Oesterreich haben unsere Brüder den herrlichsten Sieg erfochten und das allgemeine Stimmrecht sich erkämpft. Die österreichischen Genossen haben uns gelehrt, daß in ihrem national zerspaltenen Reiche, wo die bürgerlichen Parteien sich nicht vertragen können, die Proletarier allein eine einheitliche Masse bilden. (Lebhaftes Bravo!)

Mit bangem Herzen schauen wir nach Osten, wo die Russen und Polen noch unter dem zarischen Joche seufzen, und wir senden den heldenmütigen Freiheitskämpfern dort unsern innigsten Brudergruß. (Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen.) Seit drei Jahren kämpfen sie unverzagt und lassen sie Blut und Gut für ihre Menschenrechte. Mehr wie einmal haben wir für sie gebangt, mehr wie einmal haben wir gehofft, der Sieg sei endlich nahe. Leider aber hat sich unsere Hoffnung nicht ganz verwirklicht. Der Zarismus ist zum Tode getroffen, aber die Bestie ist noch nicht verendet. Aber haben wir Vertrauen! Die russische Revolution dauert erst drei Jahre, während die französische Revolution von 1789 bis 1815 gedauert hat. Die Revolutionen sind um so länger, je tiefgehender sie sind. Die englische Revolution 1688 hat die Bourgeoisie ans Ruder gebracht, die französische Revolution 1789 hat der bürgerlichen Demokratie den Weg gebahnt. Wir hoffen, daß die russische Revolution nicht nur eine bürgerlich-demokratische Revolution sein, sondern daß sie die Signatur des sozialistischen Proletariats tragen wird. (Lebhaftes Bravo! Langer, anhaltender Beifall.)

Unzählige Opfer hat die Revolution schon gefordert, mit Blut sind die russischen Gefilde der Freiheit über und über getränkt; hart ist der Kampf. Unsere Sympathien gehen in erster Linie zu diesen Märtyrern, die dort in den russischen Gefängnissen schmachten. (Lebhaftes Bravo!)

Aber ihr Märtyrertum ist nicht umsonst. Die mit ihrem Blut getränkte Saat wird herrliche Früchte tragen. Jede Revolution fordert ihre Märtyrer. Vor nahe an zweitausend Jahren hat auch eine Bewegung begonnen, die die Gegner im Blut zu ertränken suchten. Hunderte von Märtyrern starben den Tod für ihren neuen Glauben! Aber schon am Ende des zweiten Jahrhunderts konnte ein christlicher Bischof sagen: „Die Christen sind eine ungeheure Masse".

Wir haben auch unsere Märtyrer, und auch wir sind heute eine ungeheure Masse. 8 bis 10 Millionen Proletarier stehen hinter uns. (Bravo!)

In ihrem Namen danke ich der deutschen Sozialdemokratie für ihre Gastfreundschaft. Sie war uns oft eine Mahnerin im Streit. Sie hat uns die straffe Organisation gelehrt, die von einem hohen Ideale, einem idealistischen Schwunge getragen wird. Ich begrüße Sie herzlichst.

Unsere Tagung gereicht nicht allein den Sozialisten zur Freude; alle diejenigen, die nicht zu unserer Partei gehören, die aber den Weltfrieden wünschen, sehen mit Zuversicht nach Stuttgart. Bebel hat bereits die Unfruchtbarkeit der Haager Konferenz charakterisiert. Als sie zusammengetreten, begrüßte man sie als Friedenskonferenz; heute aber ist sie zu einer Kriegskonferenz geworden! (Lachen.) Wir sind der einzig wahre Weltkongreß, wir allein bringen die Proletarier aller Länder einander näher; denn wir lehren sie, daß sie alle Brüder sind. Wir vereinigen unter dem roten Banner Gelbe, Schwarze und Weiße, Deutsche und Franzosen, Russen und Japaner, Europäer, Afrikaner, Asiaten! Unser Ideal umschließt die ganze Welt. Und wir werden die ganze Welt erobern! (Bravo!) Der Kapitalismus ist der Krieg! Der Sozialismus aber ist der Frieden! (Lebhaftes Bravo! und Beifallklatschen.)

Die Uebersetzerin, Genossin Rosa Luxemburg, wird mit lebhaftem Beifallklatschen begrüßt.

Auf Bebels Vorschlag wird hierauf wie in Amsterdam die Leitung der Verhandlungen dem Internationalen Bureau übertragen.

Vandervelde macht namens des Bureaus folgenden Vorschlag:

Morgen, Montag, um 9 Uhr, treten die einzelnen nationalen Sektionen in ihren Zimmern zusammen und prüfen ihre Mandate. Jede ernennt einen Sekretär, der sofort mit dem Sekretär des Internationalen Bureaus in Fühlung tritt und ihm die Präsenzliste und die etwaigen angenommenen Resolutionen überreicht, nebst deren Uebersetzungen.

Um 10 Uhr tritt das Internationale Bureau zusammen, um als letzte Instanz über die angefochtenen Mandate zu entscheiden.

Dann müssen auch die Kommissionen gebildet werden, je eine für die fünf Punkte der Tagesordnung. Nach Beschluß des Bureaus kann jede Nation höchstens vier Delegierte in jede Kommission schicken.

Die Sekretäre der Kommissionen haben dem Sekretär des Internationalen Bureaus die angenommenen Resolutionen nebst ihrer Uebersetzung zu übergeben.

Das Internationale Bureau tritt jeden Tag um 9 Uhr zusammen. Die Plenarsitzungen finden von 10 Uhr morgens bis 1 Uhr, und von 3 bis 5 Uhr, eventuell 7 Uhr, statt. Für die Dauer des Kongresses wird das Präsidium den deutschen Genossen übertragen. Zum ständigen Vorsitzenden des Kongresses wird Genosse Singer bestimmt.

Die vom Bureau vorgeschlagene provisorische

Tagesordnung

lautet:

1. Der Militarismus und die internationalen Konflikte.
2. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften.
3. Die Kolonialfrage.
4. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter.
5. Frauenstimmrecht.

Diese Tagesordnung wird ohne Widerspruch genehmigt mit der Maßgabe, daß die einzelnen Punkte in der Reihenfolge zur Verhandlung kommen, wie die einzelnen Sektionen mit ihren Beratungen fertig werden.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 10 Uhr vertagt.

Schluß 1½ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag

Dienstag, den 20. August. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender **Singer** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr vormittags und macht eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Es sollen zu den Sitzungstagen nur zugelassen werden die Delegierten, die Presse und die mit Einladungskarten versehenen Gäste. Die Parteipresse hat ihren Platz auf der Bühne genommen, die bürgerliche Presse sitzt unten im Saale. An dem Präsidententisch nehmen die Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus Platz. Da die Kommissionen ihre Arbeiten noch nicht beendigt haben, wird der heutige Nachmittag sitzungsfrei gehalten. Doch werden die Kommissionen ersucht, ihre Arbeiten so zu beschleunigen, daß von morgen ab ununterbrochen Plenarsitzungen stattfinden können. Um 6 Uhr abends tritt das Internationale Bureau zur endgültigen Entscheidung über die angefochtenen Mandate zusammen, so daß von morgen an nur Delegierte mit gültigen Mandaten an den Verhandlungen teilnehmen können.

Es ist eine ganze Reihe von Begrüßungsschreiben und -Telegrammen beim Kongreß eingegangen, die der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Genosse Huysmans-Brüssel, in den drei Kongreßsprachen verliest.

Friedrich Leßner, der Mitbegründer der alten Internationalen von 1864, hat einen Brief gesandt, in dem er seiner hohen Befriedigung über die Fortschritte der internationalen sozialistischen Bewegung ausspricht und der Ueberzeugung Ausdruck verleiht, daß der Sieg nicht mehr fern sei. (Lebhafter Beifall.) — Tom Man-Sidney entschuldigt das Fernbleiben eines Vertreters der Sozialdemokraten Australiens und übermittelt dem Kongreß in deren Namen wärmste Grüße.

Die sozialistische Partei Kubas beglückwünscht die österreichischen Genossen zu ihrem großartigen Wahlsiege. (Bravo!)

Die Organisation der englischen Jugendbewegung für sozialistische Sonntagsschulen sendet ebenfalls ein Glückwunschschreiben. Die dänische Sozialdemokratie ladet den nächsten Kongreß nach Kopenhagen ein.

Weitere Begrüßungstelegramme sind eingegangen von dem Tschechischen Verband der Mühlenarbeiter und den Versicherungsangestellten Oesterreichs, von 7000 Arbeitern in Tiflis, von der polnisch-sozialdemokratischen Frauenorganisation in Schlesien, aus Schodja in Armenien, von den Genossen des Herzogtums Koburg, aus Johannesburg in Transvaal, aus Sachsen, aus

Reading in England, von der Sozialdemocratic Federation aus Baku, aus dem 14. sächsischen Reichstagswahlkreise, von der Wahlrechtsdemonstration in Nagy-Caroly in Ungarn, vom Parteitag der aargauischen Sozialdemokratie, von den deutschen Sozialdemokraten in Sao Paolo in Brasilien, von der P. P. S., von den Sozialdemokraten in Liverpool, Bukarest und Gablonz (Böhmen), von den englischen Sozialdemokraten, von den Parteigenossen Tempelhofs und Mariendorfs, von dem norwegischen Delegierten Hansen, der durch eine Aussperrung von 8000 Arbeitern in Kristiania zurückgehalten wird, von den organisierten Goldschmieden Magdeburgs, von der bulgarischen Generalkommission der Gewerkschaften, aus Philippopel, vom 7. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis, von den deutsch-österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten der Schweiz, von der Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow, aus Yorkshire, Arloon in Ungarn, aus Herne, aus Baila, vom Niederländischen Zimmermannsbund, vom Reichstagswahlkreis Dresden-Altstadt, von den Blumenarbeiterinnen in Dresden, von den russischen Sozialdemokraten in Amerika usw.

Die Präsenzliste ist vorbehaltlich der Prüfung der angefochtenen Mandate wie folgt festgestellt worden: Finnland 2, polnische Sozialdemokraten 12, polnische sozialistische Partei: erste Fraktion 5 Delegierte, P. P. S., zweite Fraktion 6 Delegierte, russische Sozialdemokratie 37 Delegierte, russische Sozialrevolutionäre 21, Schweden 19, Norwegen 8, Dänemark 17, England 123, Holland 9, Belgien 27, Deutschland 300, Oesterreich 75, Ungarn 25, Böhmen 41, Frankreich 78, Schweiz 21, Italien 13, Spanien 6, Belgien, zweite Fraktion 5, Rumänien 4, Südafrika 1, Japan 1, Australien 1, Vereinigte Staaten von Nordamerika 20, Argentinien 3, Serbien 1 Delegierter, insgesamt 886 Delegierte.

Hierauf tritt der Kongreß in die Tagesordnung ein. Zunächst werden die von dem Internationalen Bureau seit dem letzten Internationalen Kongreß gefaßten und versandten Resolutionen vom Kongreß debattelos bestätigt, ebenso das Reglement für das Internationale Bureau und die Interparlamentarische Konferenz.

Die Verteilung der Stimmen an die einzelnen Nationen wird gemäß dem Vorschlage des Bureaus wie folgt vorgenommen: Es erhalten Stimmen: Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland je 20, Italien 15, Vereinigte Staaten 14, Belgien 12, Dänemark, Polen und Schweiz je 10, Australien, Finnland, Holland und Schweden je 8, Spanien, Ungarn und Norwegen je 6, Südafrika, Argentinien, Bulgarien, Japan, Rumänien und Serbien je 4, Luxemburg 2.

Es ist ein Protest der englischen Delegierten eingegangen gegen den Vorschlag des Bureaus, den Antrag der Independent Labour Party über die Zulassung aus dem Grunde abzulehnen, weil er im formellen Widerspruch zu dem vom Pariser Kongreß 1900 bestätigten Beschluß der Brüsseler Konferenz stehe. Der Antrag der Independent Labour Party lautet dahin, daß das Reglement des Internationalen Kongresses in der Weise amendiert werde, daß eine gewerkschaftliche Vereinigung bona fide oder eine gewerkschaftliche Föderation oder eine Sektion der internationalen Arbeiterbewegung mit den einer solchen Zulassung entsprechenden Anrechten und Vorzügen zur Teilnahme am Kongreß zugelassen werde, unter der Bedingung aber, daß dieser Verband oder diese Föderation sich für die politische Aktion in Verbindung mit den sozialistischen Parteien erklärt.

Macdonald-London begründet den Antrag der Independent Labour Party. Er wolle keine allgemeine Diskussion hervorrufen, sondern nur eine klare Erklärung darüber haben, wie der Kongreß sich zu der Zulassung der neugegründeten Arbeiterpartei (Labour Party) stelle. Aus der Antwort des Bureaus scheine es ihm, als ob das Bureau nicht ganz richtig verstanden habe, um was

es sich eigentlich handle. Die Dinge lägen so: die „Independent Labour Party" habe seit mindestens zehn Jahren dafür gewirkt, daß die Trade-Unions, die Gewerkschaften mehr zur gemeinsamen politischen Arbeit mit der sozialdemokratischen Partei herangezogen werden. Diese Arbeit sei nicht ohne Erfolg geblieben, der seinen Ausdruck in der Konstituierung der Labour Party gefunden habe: Diese habe nun ihrerseits den dringenden Wunsch, als vollberechtigtes Glied zur sozialistischen Internationale zugelassen zu werden. Das Internationale Bureau habe jedoch gegen den entsprechenden Antrag der „Independent Labour Party" entschieden, weil seiner Ansicht nach die Zulassung verstoßen würde gegen die Zulassungsbestimmungen, die der Kongreß in Brüssel entworfen habe, und die in Paris bestätigt worden seien. Diese Ansicht des Bureaus ist aber unrichtig. Die Gewerkschaften in England haben in den letzten Jahren die Notwendigkeit der politischen Aktion eingesehen. Sie haben sich entschieden auf den Boden des politischen Klassenkampfes gestellt. Die Labour Party habe die Versicherung abgegeben, daß sie eine von allen bürgerlichen Parteien unabhängige und selbständige Partei sein wolle. Die Auffassung des Genossen Quelch, daß die Gewerkschaften nichts als politische Parteivertretung sein dürften, sei von einer Jahreskonferenz mit großer Mehrheit zurückgewiesen worden. Redner beantragt schließlich, die Resolution der Independent Labour Party an das Internationale Bureau zur nochmaligen Prüfung in Gemeinschaft mit den englischen Genossen zurückzuweisen.

Vorsitzender **Singer**: Dieser Antrag, der keinerlei materielle Entscheidung trifft, vielmehr die Frage an das Internationale Bureau erneut zur Prüfung verweisen will, wird vom Internationalen Bureau akzeptiert und steht mit zur Diskussion.

Quelch-London (Socialdemocratic Federation): Derjenige, der das Amendement der Independent Labour Party ablehnt, ändert nicht etwa irgend etwas an den Regulativen, die früher von internationalen sozialistischen Kongressen beschlossen worden sind, sondern hält sie in der alten Form und im alten Sinne aufrecht. Wir haben nichts gegen die Zulassung der Gewerkschaften, die nach dem Statut zum Internationalen Kongreß ebenso zugelassen werden müssen, wie die politischen Organisationen. Nur eines müssen sich die Trade-Unions klar machen: wenn sie hierher kommen, kommen sie zu einem sozialistischen Kongreß. Und wenn sie sich an einem sozialistischen Kongreß beteiligen, so verknüpfen sie sich unauflöslich mit den Ideen und mit den Prinzipien des Sozialismus. (Sehr gut.) Sie übernehmen die Verpflichtung, wenn Sie nach England zurückkehren, für den Sozialismus zu arbeiten und zu wirken. Wir haben nun in England die Labour Party gefragt, ob sie sozialistisch sei, sie hat aber nicht geantwortet. Hört! hört!) Warum legt sie dann überhaupt Wert darauf, auf dem Sozialistenkongreß vertreten zu sein? Man kann nicht in Stuttgart einem Sozialistenkongreß beiwohnen und in England in Wahlmanifesten sagen, daß es keinen Klassenkampf gibt. (Sehr gut!) Die Labour Party hat sich direkt geweigert, die sozialistischen Prinzipien anzuerkennen. Sie lehnt sogar die Reformen ab, die zu dem Ziele des Sozialismus, der vollkommenen Befreiung der Arbeiterklassen vor jeder Ausbeutung, hinführen. (Hört! hört!) Die Labour Party hat überhaupt kein Programm, wir kennen es jedenfalls nicht. Die Labour Party hat nur eine Basis, den Kampf für Palliativmittelchen. Sie ist eine ausgezeichnete Arbeiterpartei, aber keine sozialistische Partei. Wir wollen niemand exkommunizieren, wir nehmen von jedem Delegierten an, daß er bona fide Sozialdemokrat ist, aber wir können nicht zugunsten einer Gruppe, die unter falscher Flagge segelt, die Statuten der Internationale ändern. (Sehr richtig!) Wir verlangen die volle und unverkürzte Aufrechterhaltung der Zulassungsbestimmungen als Grundsatz aller internationalen Kongresse. (Lebhafter Beifall.)

Irving-Burnley (Socialdemocratic Federation): Wir haben nichts gegen die erneute Prüfung der Frage der Zulassung der Labour Party, aber wir

glauben nicht, daß, nachdem das Bureau die Frage schon mehrfach gründlich geprüft hat, es zu einem anderen Resultat als dem der Abweisung wird kommen können. Wir verlangen das Bekenntnis zum Klassenkampf und zum Sozialismus. Die Labour Party lehnt beides ab. Eine Reihe ihrer hervorragendsten Mitglieder hat sich gegen den gesetzlichen Achtstundentag erklärt, um sich ein Mandat zu erschleichen. (Hört! hört!) Während die ganze Welt vom Kampfe der roten mit der schwarzen Internationalen durchtobt wird, haben aus Mandatslüsternheit Abgeordnete der Labour Party in der Schulfrage eine Verbeugung vor der Verpfaffung der Volksschule gemacht. (Hört! hört!) Ja, die Mitglieder der Labour Party haben gegen den Schutz der Schwächsten der Schwachen, der Aermsten und Ausgebeutetsten, gegen den Schutz der Kinder des Proletariats gestimmt. (Hört, hört!) Ich komme aus einer wahren Hölle der Kinderausbeutung in der englischen Textilindustrie, und hier verweigert eine Arbeiterpartei den Kindern einen Schutz, wie ihn selbst das zahme deutsche Kinderschutzgesetz gewährt! Warum das alles! Weil das einzige Ziel der Labour Party ist: Mandate zu gewinnen. Das gestattet den Luxus fester Grundsätze nicht. Die Türen des Internationalen Kongresses stehen weit offen, aber nur denen, die sich rücksichtslos zum Sozialismus und Klassenkampf bekennen, nur sie haben das Recht, Seite an Seite mit dem organisierten sozialdemokratischen Proletariat aller Länder für die Befreiung der Menschheit zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Vandervelde-Brüssel: Ich kann nicht im Namen des Internationalen Sozialistischen Bureaus sprechen, wohl aber im Namen der Genossen Bebel, Singer, Vaillant, Troelstra, Hillquit und Knudsen, mit denen ich Rücksprache genommen habe. Die übereinstimmende Meinung aller dieser Genossen ging dahin, daß eine Aenderung der Aufnahmebedingungen zum Internationalen Kongreß, die ein Bekenntnis zum Klassenkampf und zum politischen, das heißt parlamentarischen Kampf verlangen, nicht möglich ist. Würde man diese Voraussetzungen fallen lassen, so würde man von neuem anfangen müssen, wie bei dem Ausschluß der Anarchisten in London und Brüssel. Die genannten Genossen glauben aber auch, daß die Labour Party diese Aufnahmebedingungen erfüllen kann, denn zweifellos predigen die Trade-Unions täglich den Klassenkampf gegen das Kapital. Wenn sie sich gegen das Wort sträuben, so wohl deshalb, weil die Redner der Socialdemocratic Federation es vielfach mit „class war“ (Klassenkrieg) statt mit „struggle of class“ (Klassenkampf) übersetzen. Jedenfalls ist das Internationale Bureau gern bereit, erneut eine Verständigung mit den englischen Genossen der Labour Party zu suchen. In die inneren Streitigkeiten der englischen Arbeiterbewegung wird sich das Bureau natürlich nicht einmischen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag der holländischen Sektion wird angenommen.

Persönlich erklärt

Quelch die Zustimmung der Socialdemocratic Federation zum Antrag Macdonald.

Macdonald-London protestiert gegen die Angriffe, die gegen seine Partei erhoben worden sind, und behält sich vor, an geeigneter Stelle darauf zu antworten. Der Antrag Macdonald auf Rückverweisung der Zulassungsfrage an das Internationale Bureau wird hierauf einstimmig angenommen.

Einen Antrag der italienischen Sozialisten der Schweiz auf Einführung einer einheitlichen Mitgliedskarte für die Parteien der Welt schlägt das Bureau vor, abzulehnen.

Groussier-Paris bittet den Kongreß, das Internationale Bureau zu beauftragen, die Möglichkeit der Einführung solcher Mitgliedskarten eingehend zu prüfen.

Singer-Berlin legt die Ablehnungsgründe des Internationalen Bureaus dar. Solche internationalen Karten müßten gedruckt werden. Es sei dann ein Nachdruck sehr leicht und Unberufene könnten sich in die Partei einschleichen. Andererseits aber könne es keinem Sekretär zugemutet werden, die Hunderttausende von Karten zu unterschreiben. Solche rein administrativen Fragen sollten vom Kongreß überhaupt nicht erörtert werden. (Zustimmung.)

Renaudel-Paris sieht in der einheitlichen Mitgliedskarte den ersten Anfang zu einer einheitlichen internationalen Organisation. Eine Verteilung der Karten durch die einzelnen nationalen Sekretariate sei sehr wohl möglich. Die Karten sollen nicht obligatorisch sein, sondern nur als Modell dienen. Der Redner bittet, den Antrag nicht kurzerhand abzulehnen, sondern ihn mit einer besonderen Empfehlung dem Internationalen Bureau zu überweisen.

Singer-Berlin: Ich schließe mich, um die Debatte abzukürzen, dem Antrage an. Das Feuer, mit dem die französischen Genossen den Antrag vertreten haben, wird sicher seine Wirkung auf das Internationale Bureau nicht verfehlen.

Der Kongreß beschließt demgemäß.

Ein Vorschlag der Socialdemocratic Federation Englands, die sozialistischen Parlamentsfraktionen aller Länder mögen gleichzeitig in allen Staaten Vorschläge zur gesetzlichen Festlegung eines Maximalarbeitstages machen, beantragt das Internationale Bureau, der Interparlamentarischen Kommission zu überweisen. Der Kongreß beschließt demgemäß debattelos.

Weiter beantragt das Bureau, einen Vorschlag der südafrikanischen und französischen Sektionen hinsichtlich des Nutzens und der Wahl einer künstlichen, internationalen Hülfssprache als verfrüht abzulehnen.

Lucas-Südafrika bittet den Präsidenten, den Antrag verteidigen zu dürfen. Er habe von den Arbeitern des Transvaal den Auftrag, vor dem Kongreß die Schaffung einer internationalen Hülfssprache zu befürworten. Im Transvaal seien die Sprachschwierigkeiten unüberwindlich. Gäbe es eine einheitliche Sprache, so würde die Organisation in Johannesburg hundertmal so stark sein, wie sie jetzt ist. Er fühle sich nicht fremd, aber er würde sich doch sehr freuen, wenn er sich mit den deutschen Genossen besser verständigen könnte. Wie schön wäre es, wenn alle Genossen eine Sprache sprächen.

Auch dieser Antrag wird dem Internationalen Bureau überwiesen.

Damit waren die Arbeiten der heutigen Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung findet Mittwoch früh 10 Uhr statt. Singer schließt die Sitzung kurz nach 1 Uhr.

Dritter Verhandlungstag

Mittwoch, den 21. August. — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr mit folgender Mitteilung: Gestern hat in der Nähe ein großes Brandunglück stattgefunden. Ein Reihe armer Leute haben schwer gelitten, ihre Häuser sind ihnen durch das verheerende Element zerstört worden, sie sind um Hab und Gut gekommen. Das Internationale Bureau, in dessen Namen ich jetzt spreche, schlägt dem Kongreß vor, zum Zeichen des Mitgefühls den Unglücklichen 500 Frank aus der Kasse der Internationale zu bewilligen. (Beifall.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten, und zwar soll zunächst die

Kolonialfrage

behandelt werden. Dazu liegen folgende Resolutionen vor:

Die Resolution der Kommissionsmehrheit lautet:

„Der Kongreß stellt fest, daß der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen — besonders aber für die Arbeiterklasse — stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können.

Er bestätigt von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verwirft nochmals die jetzige Kolonisationsmethode, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Völker zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Lasten der Proletarier steigen.

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verteidiger aller Unterdrückten ohne Unterschied der Rasse, verurteilt der Kongreß diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechts des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt.

Die Kolonialpolitik vermehrt die Gefahr kriegerischer Verwickelung zwischen den kolonisierenden Staaten und steigert ihre Belastung durch Heer und Flotte.

Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien, ebenso solche, die der Imperialismus verschuldet, als auch solche, die im Interesse der ökonomischen Entwickelung der Kolonien gemacht werden, von denen getragen werden, die allein von der Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichtümer aus ihnen stammen.

Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unversöhnlich diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.

Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern, haben sie jede Verletzung der Rechte der Eingebornen, ihre Ausbeutung und ihre Versklavung zu verhindern, und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten.

Zu diesem Zwecke sollen die Abgeordneten der sozialistischen Parteien ihren Regierungen vorschlagen, einen internationalen Vertrag zu schließen, um ein Kolonialrecht zu schaffen, das die Rechte der Eingeborenen schützt und von den vertragschließenden Staaten gegenseitig garantiert wird."

Dazu liegt von der sozialdemokratischen Partei Hollands ein Amendement vor, den Schlußpassus der Resolution ausfallen zu lassen von „Zu diesem Zweck" bis inklusive „gegenseitig garantiert wird".

Von der Minderheit der Kommission liegt folgender, von den Genossen Ledebour, Wurm, de la Porte, Bracke und Karski unterzeichneter Antrag vor:

1. Absatz 1 zu streichen.

2. Als Absatz 1 einzufügen:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß.

Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entfalten.

Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Kollektivkräfte zu steigern, zerstört durch Versklavung und Verelendung der Eingeborenen wie durch mörderische verwüstende Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangsamt oder verhindert dadurch selbst die Entwickelung des Handels und des Absatzes der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten.

Der Kongreß verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwickelung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwickelung der gesamten Menschheit stellt."

3. Den letzten Absatz zu streichen.

Von den englischen Delegierten liegt schließlich noch folgende Resolution vor, die sich mit der Ausübung der englischen Herrschaft in Indien befaßt hat:

„In Erwägung, daß es dem Ideal einer Gesellschaftsordnung entspricht, daß kein Volk irgend einer despotischen oder tyrannischen Regierungsform unterworfen ist, spricht der Kongreß seine Ueberzeugung dahin aus daß die Aufrechterhaltung der englischen Herrschaft in Indien ein wahres Unglück für Indien ist und seinem wohlverstandenen Interesse im höchsten Maße zuwiderläuft, und erklärt es für die Pflicht aller Freunde der Freiheit in der ganzen Welt, die Bewegung zu fördern, die zum Ziele hat die Befreiung des fünften Teiles der Menschheit, der in diesem unglücklichen Lande wohnt."

Da die englischen und französischen Delegierten nur in sehr geringer Anzahl anwesend sind, wird auf Wunsch des Referenten, des Genossen van Kol, die Sitzung auf eine Viertelstunde ausgesetzt.

Singer teilt nach Wiedereröffnung der Sitzung mit, daß der Kongreß am Vormittag nur das Referat van Kols in den drei Kongreßsprachen entgegenehmen solle, da eine Anzahl Delegationen noch vor der Diskussion über diese Frage Besprechungen abhalten wollten.

Berichterstatter **van Kol**: Ich werde mich streng an die Aufgaben eines Berichterstatters halten, denn wir sind hier nicht hergekommen, um schöne Reden zu hören und uns an kräftig-prächtigen Deklamationen zu erfreuen, sondern um Beschlüsse zu fassen, die für die Taktik der internationalen Sozialdemokratie bestimmend sein sollen. Ich werde daher kein Wort verlieren über Punkte, über die wir alle einig sind, über die Verurteilung der Eingeborenenmißhandlungen und über die unerbittliche Bekämpfung des ganzen kolonialen Kapitalismus überhaupt. Ich werde nur über die Streitpunkte sprechen, die in der Kommission zu so lebhaften Auseinandersetzungen geführt haben und die niedergelegt sind in den beiden Ihnen vorliegenden Resolutionen der Majorität und der Minorität. In der Kommission haben sich zwei Tendenzen gegenübergestanden, eine negative und eine positive, die eine theoretisch, die andere praktisch und aktiv. Aktive Politik, eine Politik der Aktion zu betreiben ist unsere Pflicht. Vor 1870, als wir noch eine kleine Gruppe

waren, als wir noch an die Katastrophentheorie glaubten, da hielten wir es für ausreichend, gegen den Kapitalismus lediglich zu protestieren, unseren Anhängern ihre schrecklichen Leiden vor Augen zu halten und ihnen im scharfen Gegensatz dazu das Paradies der Zukunft vor Augen zu führen. Jetzt haben wir die Pflicht erkannt, gegen den Kapitalismus auch zu handeln. Auch in der Kolonialpolitik müssen wir ein Reformprogramm haben. Die große Mehrheit der Kommission hat eine Resolution angenommen, die von einem rein negativen Standpunkt absieht und eine sozialistische Kolonialpolitik fordert. Aus der Resolution der Minorität spricht eine dumpfe Verzweiflung. Sie ist nicht nur unbestimmt in ihren Ausdrücken, sondern steht auch in schärfstem Widerspruch mit den Tatsachen und der Wahrheit. Ich verstehe nicht, wie ein denkender und theoretisch gebildeter Sozialdemokrat die Resolution unterzeichnen konnte. Ledebour wird doch auch überzeugt davon sein, daß der Kapitalismus in Europa eine Notwendigkeit ist, eine notwendige und unvermeidliche Entwickelungsstufe. Sollte das gleiche nicht auch für den Kapitalismus in den Kolonien zutreffend sein? Ledebour erklärt die kolonialen Greuel für einen integrierenden Bestandteil der kapitalistischen Kolonialpolitik und fordert zum Protest gegen die koloniale Barbarei auf. Wenn wir diesen internationalen Kongreß ernst nehmen, so müssen wir mehr tun als Proteste erheben. Das haben wir in der kräftigsten Weise schon auf den vorhergehenden internationalen Kongressen und auf den nationalen Parteitagen getan. Gewiß, die kolonialen Greuel sind schrecklich, aber es ist nicht wahr, daß wir unfähig sind, sie zu unterdrücken und die Kolonialpolitik zu verbessern. Wir Holländer sind eines der ältesten Kolonialvölker. Aber wir haben es erreicht, daß man jetzt in den holländischen Kolonien nicht mehr alltäglich mordet, martert, brennt und plündert. Ledebours Zukunftspläne sind reichlich utopistisch. Er weiß doch sicher nicht, daß eine zukünftige Kolonialpolitik nach menschlichen Grundsätzen immer ganz friedlich sein wird. Ich würde es sehr bedauern, wenn eine so große Nation wie die deutsche sich im Vertrauen auf so utopische Pläne in den Schmollwinkel stellen und für die Gegenwart auf die bloße Negation beschränken würde. Die Resolution der Minorität leugnet weiter die Möglichkeit, durch die kapitalistische Kolonialpolitik die Produktivkräfte der Kolonien zu entwickeln. Das verstehe ich von einem denkenden Menschen überhaupt nicht. Man denke doch nur einen Augenblick an die Kolonisation der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ohne die Kolonisation Amerikas würden dort heute doch die Eingeborenen in den dürftigsten kulturellen Verhältnissen leben. Will Ledebour der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung etwa die unentbehrlichen Rohstoffe entziehen, die die Kolonien ihr bieten können? Will er auch nur für die Gegenwart auf die unermeßlichen Reichtümer der Kolonien verzichten? Wollen diejenigen deutschen, französischen und polnischen Delegierten, die die Minderheitsresolution unterzeichnet haben, die Verantwortung dafür übernehmen, das gegenwärtige koloniale System einfach aufzuheben? Solange die Menschheit besteht, hat es Kolonien gegeben, und ich glaube, es wird sie noch recht lange geben, es wird sogar nicht viele Sozialisten geben, welche die Kolonien für die zukünftige Gesellschaftsordnung für unnötig halten. Aber über diese Frage brauchen wir heute nicht zu diskutieren. Nur das frage ich Ledebour, ob er jetzt unter dem kapitalistischen Regime den Mut hätte, die Kolonien aufzugeben.

Vielleicht sagt er uns auch, was er dann mit der Ueberbevölkerung Europas anfangen will, in welchen Ländern sich die Leute, die auswandern müssen, ihre Stätte suchen sollen, wenn nicht in den Kolonien. Was will Ledebour mit dem wachsenden Ertrag der europäischen Industrie anfangen, wenn er ihm nicht in den Kolonien neue Absatzgebiete schaffen will? Und

will er sich als Sozialdemokrat etwa der Pflicht entziehen, ständig an der höheren Bildung und Weiterbildung der zurückgebliebenen Völker zu arbeiten? Allerdings scheint mir in der Mehrheitsresolution der Passus über den Schutz der Eingeborenen und über internationale Verträge wenig glücklich. Diese diplomatischen Verabredungen, auf die wir keinen Einfluß haben, haben stets der Reaktion gedient. Das beweisen die Erfahrungen der letzten Jahre ganz deutlich. Es könnte auch bedenklich sein, mit dem Schutze der Eingeborenen auf eine internationale Regelung zu warten. Die internationale Regelung bietet noch eine weitere Gefahr. Ich bitte Sie daher, den letzten Absatz der Mehrheitsresolution zu streichen. Ich gehe in der Anerkennung der bürgerlichen Kolonialpolitik nicht so weit wie Bebel, der am 1. Dezember des vorigen Jahres im Deutschen Reichstage erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter kolonisierender Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenschaften der Zivilisation und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im weitesten Maße zu unterstützen bereit wären." Bebel geht also von der Annahme aus, daß auch im bürgerlichen Staat schon die Kapitalisten eine Kulturmission erfüllen könnten. Wir haben für unsere Resolution eine vorsichtigere, für Ledebour und seine Freunde liebenswürdigere Form gewählt und gleichwohl hat die Minderheit unsere Resolution abgelehnt. Nun kann man ja eine Resolution ablehnen. Aber man verhindert damit doch nicht, daß Kolonien existieren. Der ganze Erdball ist geteilt unter die kolonialen Mächte. Mit dieser Tatsache muß auch Ledebour rechnen. Die sozialistische Partei hat die Pflicht, auch in der kolonialen Frage zu handeln. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Pflicht, die große Macht, die sie hat, auch in der kolonialen Frage zur Geltung zu bringen. Im Jahre 1900 hatte der Internationale Kongreß in Paris die Sozialisten aller Länder aufgefordert, die kolonialen Fragen zu studieren, ein Kolonialprogramm zu entwerfen. Ich frage die deutsche Sozialdemokratie: Wo ist Euer Kolonialprogramm? Ihr habt immer nur mit dem Herzen gegen die Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten der Kolonialpolitik protestiert, und ich habe Ledebours warmherzige Rede mit lebhaftester Anteilnahme gelesen. Aber es ist traurig, das auszusprechen: Getan habt Ihr nichts für die Entwickelung der deutschen Kolonien. Geistig ist die deutsche Sozialdemokratie in der Kolonialfrage nicht auf der Höhe gewesen. Wo sind Eure Schriften, Eure Schriftsteller, die über die Kolonialfrage geschrieben hätten? Wer von Euch ist in die Kolonien gegangen, um dort die Verhältnisse zu studieren? Es wäre Eure Pflicht gewesen, nicht nur Opposition zu machen, sondern auch zu handeln. Aber Ihr habt es nicht getan, ebensowenig wie Frankreich. Nur das kleine Holland hat seine Pflicht getan und ein Minimalprogramm für die Kolonien, eine Art sozialistischer Kolonialpolitik entworfen.

Wenn Sie unsere Resolution annehmen, so tun Sie den ersten Schritt auch zur Herstellung eines deutschen Minimalprogramms, zu einer sozialistischen Kolonialpolitik. Ich bedaure besonders im Interesse Deutschlands, daß die Sozialdemokratie dort sich darauf beschränkt hat, die Notwendigkeit und Nützlichkeit von Kolonien zu bestreiten. Sie haben im letzten Wahlkampfe gesehen, wie durch den Gedanken von der Nützlichkeit der Kolonien die Massen hypnotisiert worden sind: die Kleinbürger und selbst die Industriearbeiter. Zu Hunderttausenden sind Dernburgs Broschüren ins Land hinausgeflattert. (Der Uebersetzer sagt: „Des Genossen Dernburg" — stürmische Heiterkeit —, worauf Ledebour unter erneuter Heiterkeit dazwischen ruft: „So kann es ja noch kommen!") Ich weiß, daß Dernburgs Zahlen unrichtig sind, und ich weiß, daß weder der deutsche Handel, noch seine Industrie vom Besitze der Kolonien ab=

hängt. Aber man kann doch auch nicht sagen, daß die Kolonien für Handel und Industrie in der Welt ganz gleichgültig wären. Ich gebe zu, daß die Industrie Hollands rückständig ist, weil es Kolonien hat. (Hört! hört!) Anstatt in der einheimischen Industrie legen die holländischen Kapitalisten ihr Geld in den Kolonien an. Die Profite, die Holland aus seinen Bergwerken und aus seiner Fischerei zieht, sind viel wichtiger für die holländischen Arbeiter, als die Profite aus der Ausbeutung der Kolonien. Keine 30 000 Arbeiter arbeiten in Holland für den kolonialen Export. Die Summe ihrer Jahreslöhne beträgt etwa 35 Millionen Mark, während die Gehälter der Beamten in den Kolonien 315 Millionen Mark betragen. Die kapitalistische Kolonialpolitik hat nur die Ausbeutung der Eingeborenenstämme im Auge. Ihr müßten wir eine sozialistische Eingeborenenpolitik entgegenstellen. Die Kapitalisten kennen nur das Recht des Stärkeren. Wir Sozialdemokraten wollen auch das Recht der Eingeborenen zur Geltung bringen. Die beiden Kriege der letzten Zeit sind aus der Kolonialpolitik hervorgegangen. Bei einem Kriege zwischen Japan und Amerika würde es sich um die Herrschaft im Stillen Ozean handeln, und auch ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich könnte nur koloniale Ursachen haben. Daher wäre es die erste Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, sich gegen den Imperialismus zu wenden, wie auch die englischen Arbeiter den Imperialismus Chamberlains bekämpft haben. Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie Deutschlands, die Kolonialfrage näher zu prüfen und ein Programm für die Kolonialpolitik aufzustellen. Wir müssen die Wege zeichnen, auf denen einerseits die Ausbeutung der Eingeborenen in den Kolonien eingeschränkt und andererseits ihr Kulturstand gehoben werden kann, um sie zu gleichberechtigten Menschen zu machen. Aufgabe des Kongresses ist es, dafür zu sorgen, daß den Millionen unglücklicher Eingeborenen durch praktische Arbeit der Sozialdemokratie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft geöffnet wird. (Beifall bei den Engländern und Holländern.)

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Nachmittagsitzung kurz nach 3 Uhr und eröffnet die Diskussion über die Resolutionen zur Kolonialfrage. Die Resolution der Engländer über die englische Herrschaft in Indien soll besonders beraten werden.

Quelch-London von der Socialdemokratic Federation tritt für die Resolution der Minorität ein. Er wendet sich vor allem gegen den ersten Absatz der Mehrheitsresolution, der keine prinzipielle Ablehnung der Kolonialpolitik bedeute, sondern nur ausspreche, daß der Nutzen der Kolonien übertrieben werde. Von den Regierungen könne man aber einen Schutz der Proletarierinteressen nie erwarten.

Eduard Bernstein: Ich spreche für die Resolution der Mehrheit. Es kann sich für uns nicht darum handeln, die kapitalistische Kolonialpolitik zu verteidigen. Wir alle sind ihre Gegner, und es handelt sich für uns nur darum, wie wir dieser Gegnerschaft Ausdruck geben. Mit der steigenden Macht der Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern steigt ihre Verantwortung. Wir dürfen deshalb auch in der Kolonialpolitik nicht einen rein negativen Standpunkt einnehmen, sondern wir müssen eine positiv sozialistische Kolonialpolitik treiben. (Bravo!) Wir müssen von der utopischen Idee abkommen, die dahin geht, die Kolonien kurzweg zu verlassen. Die letzte Konsequenz dieser Anschauung wäre, daß man die Vereinigten Staaten den Indianern zurückgäbe. (Unruhe.) Die Kolonien sind da. Damit muß man sich abfinden. Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker gegenüber Nichtkulturvölkern ist eine Notwendigkeit, die auch Sozialisten anerkennen sollten. Lassalle und Marx haben das auch erkannt. Marx schreibt im dritten Bande seines „Kapitals“: „Die Erde gehört nicht einem

einzigen Volke, sondern der Menschheit, und jedes Volk hat sie zum Besten der Menschheit zu verwalten." — Und Lassalle sagt einmal: „Das Recht eines Volkes auf eigene Entwickelung ist ebensowenig ein absolutes Recht, wie es überhaupt eins gibt. Es ist an die Bedingung geknüpft, daß eine Entwickelung da ist. Völker aber, die sich nicht entwickeln, dürfen mit Recht von Völkern, die eine Kulturentwickelung haben, je nachdem unterworfen werden." Auch frühere internationale Kongresse haben das anerkannt. Stellen wir uns doch auf den Boden der realen Tatsachen, und dann müssen wir dazu kommen, der kapitalistischen Kolonialpolitik eine sozialistische entgegenzusetzen. Ein großer Teil unseres Wirtschaftswesens baut sich auf der Gewinnung von Produkten aus den Kolonien auf, mit denen die Eingeborenen gar nichts anzufangen wußten. Aus allen diesen Gründen müssen wir die Resolution der Mehrheit annehmen.

An dem letzten Absatz würde ich persönlich nicht festhalten, wenn auch die Aufforderung an die Regierungen, ein internationales Kolonialrecht zu schaffen, nicht bedingt, daß wir uns nachher all dem unterwerfen, was von ihnen beschlossen wird. Wir haben eine ganze Reihe internationaler Verträge, die, so mangelhaft sie sein mögen, doch immerhin einen Fortschritt bedeuten. Insofern ist es ganz gut, daß auch dieser Gedanke in der Resolution Ausdruck gefunden hat. Die belgische Sozialdemokratie hat die Annexion des Kongo nicht deshalb verworfen, weil sie nicht etwa die Verantwortung der belgischen Abgeordneten für das Wohl der Neger anerkannte, sondern im Hinblick auf internationale Komplikationen. Jedenfalls steht fest, daß es besser wäre, wenn der Kongo unter der Herrschaft eines Parlaments stände, in das die Arbeiterklasse ihre Vertreter sendet, als wenn er von einer rein kapitalistischen Privatgesellschaft ausgebeutet wird. Ich bitte Sie also, die Mehrheitsresolution anzunehmen. (Beifall und Zischen.)

Ledebour (mit Beifall empfangen) vertritt die Resolution der Minorität. Die Genossen von Schweden und Norwegen und Genosse Montefiore lassen durch mich erklären, daß sie ebenfalls für diese Resolution eintreten. Van Kol hat uns Deutschen den Vorwurf gemacht, daß wir im Parlament nur genörgelt und verneint und nichts Positives gearbeitet hätten. Als ein Echo dieser Vorwürfe klang es aus den Worten des Parteigenossen Bernstein heraus. In der Tat haben wir aber ganz in dem Sinne, wie es uns van Kol patronisierend empfahl, positiv gearbeitet. Ich verweise auf den Schlußsatz der von uns dem Kongreß vorgelegten Schrift, wo es heißt, daß, da die Sozialdemokratie als Minderheitspartei in Deutschland ihre grundsätzliche Ablehnung der kapitalistischen Kolonialpolitik zurzeit noch nicht zur Geltung bringen kann, muß sie versuchen, fortlaufend durch kritisierende und kontrollierende Betätigung im Parlament und in der Presse die Uebel möglichst abzuschwächen, die dem Volke in seiner Mehrheit und dem Proletariat insbesondere aus den kolonialen Abenteuern erwachsen. Nicht minder drängt sich uns die Pflicht auf, die unterdrückten und ausgebeuteten Eingeborenen in den Kolonien nach Möglichkeit zu schützen. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir fortgesetzt zu den verschiedenen Fragen der deutschen Kolonialpolitik Stellung genommen. (Hört! hört!) Zum Beweise dafür, daß wir wirklich positiv mitgearbeitet haben, erinnere ich auch daran, daß wir wirksam aufgetreten sind gegen die Beraubung der Eingeborenen an ihrem Lande. Ein Eintreten, das speziell in Togo zu einem gewissen Erfolge führte. Das ist unsere positive Tätigkeit, Genosse van Kol. (van Kol: Ich habe nach Eurem Programm gefragt!) Wenn ich Tatsache an Tatsache reihe und zeige, was wir für den Schutz der Eingeborenen tun, ist ein spezielles theoretisches Programm wohl von untergeordneter Bedeutung. Ein solches Programm kann auch nicht aus dem Aermel geschüttelt werden. Wir müßten zunächst auf dem Parteitag die Frage diskutieren, gründlicher, als es bisher möglich war, und

dann werden wir auch ein Programm haben. Wir wenden uns vor allem gegen den ersten Satz der Mehrheitsresolution, in der die prinzipielle Anerkennung des Nutzens der Kolonien auch für die Arbeiter enthalten ist. Derselbe van Kol, der der Vater dieser Resolution ist, hat festgestellt, daß die Kolonialpolitik Hollands erstens ein Unglück für die Eingeborenen und zweitens ein Unglück für die Arbeiter war. (Hört! hört!) Das mußte van Kol auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen in den holländischen Kolonien konstatieren. Trotzdem bringt er eine Resolution ein und wirft uns dann Inkonsequenz vor. Wenn van Kol sich gegen den dritten Absatz unserer Resolution wendet, so verwechselt er wohl Produktivkräfte mit den Produkten. Es ist sehr wohl möglich, daß die Produkte gesteigert würden, während die Produktivkräfte dadurch vermindert werden. Denn zu diesen Produktivkräften gehört die Produktionsfähigkeit des Landes und die Arbeitskräfte der Eingeborenen. Ich komme nun zu Bernstein. Wenn wir seiner Methode der Kolonialpolitik folgen würden, würden wir bald in den kapitalistischen Sumpf kommen. Ich erinnere daran, daß Bernstein mit einigen Fabiern und englischen Sozialisten im Burenkriege auf die Seite der englischen Jingos trat. (Hört! hört!) Er war imperialistischer als selbst die englischen Liberalen. Er trat für die Unterjochung Transvaals durch England ein, wie jener Genosse Blatchford, der sich während des Burenkrieges jeden Abend von seiner Tochter „Rule Britannia" auf dem Piano vorspielen lassen wollte. (Heiterkeit.) Hat er das während des ganzen Krieges getan, so muß das von unheilvoller Wirkung auf die Familie Blatchford gewesen sein. (Große Heiterkeit.) Es war auch Bernstein, der keinen Anstand genommen hat, als Kiautschou zwangsweise von den Deutschen gepachtet wurde, zu erklären, daß das nicht der schlechteste Streich der deutschen Diplomatie gewesen sei, während wohl heute alle Welt darüber einig ist, daß diese Pachtung eine der törichtesten Taten Deutschlands war. Fürst Bülow, der sich ja jede Dummheit eines Revisionisten gern zunutze macht, hat Bernstein natürlich wegen jenes Ausspruches als großes Licht gefeiert. Im Gegensatz zu Bernstein verwerfe ich absolut die Bevormundung anderer Nationen und halte es für unmöglich, daß der Kongreß eine solche Bevormundung gutheißt. (Lebhafter Beifall.)

Eduard David: Ich bitte Sie, die Resolution der Mehrheit anzunehmen und stelle fest, daß die Mehrheit der deutschen Delegation hinter ihr steht. Was ist der Sinn des ersten Absatzes dieser Resolution? Er will in keiner Weise eine Rechtfertigung der kapitalistischen kolonialen Methode aussprechen. Diese Unterstellung weise ich entschieden zurück. (Beifall.) Das kann schon deshalb der Sinn dieses ersten Absatzes nicht sein, weil im zweiten Satz erklärt wird, daß wir energisch ankämpfen gegen die jetzige, d. h. kapitalistische koloniale Methode. (Sehr richtig!) Es handelt sich lediglich darum, auszusprechen, daß wir nicht gegen jede Kolonialpolitik als solche im Prinzip sind. Das aber müssen wir aussprechen, wenn nicht unser Eintreten für einzelne koloniale Reformen vollkommen sinnlos sein soll. Ledebour erklärt die Kolonialpolitik überhaupt nicht für reformfähig und derselbe Genosse Ledebour ist damit einverstanden, daß der Kongreß im zweitletzten Absatz der Resolution erklärt, daß er zum Zwecke der Verbesserung des Loses der Eingeborenen für Reformen in den Kolonien einzutreten habe. (Hört, hört!) Bei dieser Logik hat er kein Recht, anderen Unlogik vorzuwerfen. Wenn die Minorität sagt, an der heutigen Kolonialpolitik ist absolut nichts zu verbessern, sie ist unter allen Umständen ein Schaden für die Eingeborenen und das Land, das sie treibt, so muß diese Minderheit, wenn sie konsequent wäre, dafür eintreten, daß die Kolonien abgeschafft werden. (Sehr richtig!) Ledebour ruft mir zu, das wollen wir auch! (Lebhaftes Hört, hört!) Dann mögen die englischen Kameraden, die für die Resolution Ledebour eintreten, in ihren Parlamenten beantragen, ihre Kolonien abzuschaffen, und ebenso die französischen Genossen.

Und wenn nun wirklich die Vertreter dieser Auffassung in der Lage wären, die Kolonien als solche zu beseitigen, so würde das heißen, diese den Eingeborenen zurückgeben. Was würde wohl dann mit den Kolonien geschehen? Nicht Humanität würde in ihnen walten, sondern sie würden in die Barbarei zurückfallen. (Sehr richtig!) Nun hat Genosse Ledebour den Anschein zu erwecken gesucht, als ob die Anschauung, daß ein Volk berechtigt sein kann, eine Kulturmission in den Kolonien zu betreiben, im Munde eines Sozialisten verwerflich wäre. Demgegenüber erinnere ich an die Erklärung Bebels am 1. Dezember 1906, in der er den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik darlegte. Er sagte: „Daß Kolonialpolitik betrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. (Hört, hört!) Kolonialpolitik zu treiben, kann unter Umständen eine Kulturtat sein. Es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. (Hört, hört!) Wenn die Vertreter kultivierter Völkerschaften zu den fremden Völkern als Freunde kommen, als Wohltäter, als Erzieher der Menschheit, um ihnen zu helfen, die Schätze ihres Landes im Interesse der Eingeborenen und der ganzen Kulturmenschheit zu heben, dann sind wir damit einverstanden." (Hört, hört!) Erziehen heißt doch bevormunden! Ledebour hat erklärt, wir hätten kein Recht, kulturell niedriger stehende Völker zu bevormunden. Denselben Standpunkt wie Bebel in dieser Erklärung hat auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrem Aufrufe zu den Wahlen, bei denen es sich um die Kolonialpolitik handelte, eingenommen. Und Genosse Ledebour hat den Aufruf der Fraktion mit unterzeichnet. (Hört, hört!) Um so weniger sollte er in so unschöner Weise Bernstein Mangel an logischem Denken vorwerfen. Was die Artikel Bernsteins während des Burenkrieges anlangt, so will ich zum Verständnis nur bemerken, daß diese Artikel gegen die Englandhetze in der deutschen Presse gerichtet waren. Ledebour hätte besser getan, diese persönliche Sache aus der Debatte zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn Sie nicht nur Fragen stellen, sondern konsequent sein wollen, müssen Sie den ersten Absatz der Resolution annehmen. Auch die Kolonien müssen durch den Kapitalismus hindurch. Auch dort springt man nicht aus der Wildheit in den Sozialismus. (Sehr gut!) Der Schmerzensweg durch den Kapitalismus wird der Menschheit nirgends geschenkt, und gerade nach der wissenschaftlichen Anschauung von Karl Marx ist dieser Weg eine Voraussetzung für ein sozialistisch geordnetes Wirtschaftswesen. Der Sozialismus ist in keiner Weise nur Kritik. Er hat überall ein positives Ideal, ein Ziel, das nur durch schrittweise Reformen zu erreichen ist. Aus unserem positiven kolonialpolitischen Ideal rechtfertigt sich unsere reformatorische Tätigkeit auf diesem ganzen Gebiete. Das gibt unserer Tätigkeit das große Ueberwältigende, die Gewißheit des Sieges. Daher bitte ich Sie, im Interesse der in den Kolonien lebenden Mitmenschen und dem Interesse des Fortschritts unserer Kultur diesem positiven Ideal Ihre Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Vorsitzender Singer: Ich habe noch folgende Mitteilung zu machen. Unser Genosse Quelch hat in seiner Rede die Vertreter der einzelnen Länder bei der Haager Konferenz als Diebe und Räuber bezeichnet. Nach Rücksprache mit Quelch habe ich zu erklären, daß er mit dieser Bezeichnung nicht etwa die Mitglieder der Haager Konferenz persönlich treffen wollte, sondern die konsequent auch auf jener Konferenz vertretenen kapitalistischen Interessen bezeichnen wollte.

Vierter Verhandlungstag

Donnerstag, den 22. August. — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Quelch-London: Die Vertreter der württembergischen Regierung haben Anstoß genommen an meinen Worten in der gestrigen Rede, die in der Weise übersetzt wurden, als hätte ich die Delegierten der Haager Konferenz Diebe und Räuber genannt. Ich habe dazu zu bemerken, daß ich diese Worte nicht gebraucht habe und für die Uebersetzung nicht verantwortlich bin. Ich habe die Haager Konferenz genannt „a thief's supper", was wörtlich allerdings übersetzt werden kann als „eine Abendgesellschaft von Dieben", was wir Sozialisten in England aber als gewöhnliches Wort gebrauchen zur Bezeichnung einer Versammlung, in der kapitalistische Interessen vertreten werden. Eine persönliche Kennzeichnung oder Beleidigung habe ich nicht beabsichtigt. Was ich gesagt habe, halte ich aufrecht.

Singer: Damit ist für den Kongreß dieser Gegenstand erledigt. (Zustimmung.) Das Internationale Bureau, dem Sie die Leitung des Kongresses übertragen haben, hat mich als den Vorsitzenden ermächtigt, dem Kongreß folgende geschäftliche Regelung mitzuteilen. Wenn wir die fünf Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, im Plenum erledigen wollen, müssen wir zu einer anderen Einteilung kommen. Das Internationale Bureau hat deswegen beschlossen, die Kolonialfrage in der heutigen Vormittagssitzung zu erledigen. Heute nachmittag soll über das Frauenwahlrecht diskutiert und Beschluß gefaßt werden. Morgen vormittag sollen die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien erörtert und erledigt werden. Morgen nachmittag soll die Frage der Ein- und Auswanderung zur Beratung kommen und der Sonnabend wird für die Diskussion der Militärfrage reserviert bleiben. Um dies durchzuführen, schlagen wir Ihnen vor, die Redezeit für Referenten auf eine halbe Stunde und für Diskussionsredner auf zehn Minuten zu bemessen. Ferner hat das Bureau mich ermächtigt, von heute an nicht mehr zwei Rednern derselben Nation hintereinander das Wort zu geben, sondern die Nationen in der Rednerliste abwechseln zu lassen. (Zustimmung.)

Der Kongreß erklärt sich mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Huysmans-Brüssel verliest eine große Anzahl von eingelaufenen Begrüßungsschreiben und Begrüßungstelegrammen.

Die englische Delegation ladet den Kongreß zu einem Bierabend ein, der heute stattfinden soll.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten, und zwar wird fortgesetzt die Diskussion über

die Kolonialfrage.

Karski-Polen: Den letzten Absatz der Mehrheitsresolution müssen wir ablehnen, weil er gegen Ihre Majestät die Logik verstößt. Man kann ebensowenig von einer sozialistischen Kolonialpolitik sprechen, wie von einem sozialistischen Staate. David hat das Recht der einen Nation, die andere zu bevormunden, anerkannt. Was eine solche Bevormundung bedeutet, das wissen wir Polen, die wir vom russischen Zaren und der preußischen Regierung bevormundet werden. (Sehr gut!) Es handelt sich hier um eine Begriffsverwechselung, wobei schon nicht mehr bourgeoise, sondern junkerliche Begriffe hineinspielen. Für seine Anschauung, daß jedes Volk durch den Kapitalismus hindurch müsse, beruft sich David auf Marx. Ich bestreite ihm das Recht, das in dieser Frage zu tun, denn Marx spricht wohl davon, daß Länder, in denen

kapitalistische Anfänge vorhanden sind, diese Entwickelung bis zur vollen Entfaltung durchmachen müssen, aber er hat nie gesagt, daß es unbedingte Voraussetzung für alle Völker sei, die kapitalistische Entwickelung durchzumachen. David sagt, wir können uns nicht im Prinzip gegen die Kolonialpolitik erklären und dann nachher koloniale Reformen machen. Wir sind im Prinzip auch gegen den Militarismus und stimmen doch für Reformen innerhalb desselben, z. B. für die zweijährige Dienstzeit usw. Ich meine, es gibt für einen Sozialisten auch andere Kulturen als nur die kapitalistische und europäische. Wir haben gar keinen Grund, mit unserer sogenannten Kultur derart zu protzen und sie den asiatischen Völkern mit ihrer uralten Kultur aufzudrängen. (Bravo!) David meinte, die Kolonien würden in die Barbarei zurücksinken, wenn man sie sich selbst überließe. Das scheint mir für Indien noch sehr fraglich. Ich stelle mir die Entwickelung da so vor, daß sich der Einfluß der europäischen Kultur ohnehin geltend macht und daß dieses Land dann unter diesem Einfluß zur vollen Entfaltung kommen wird. Daher bitte ich Sie, der Resolution der Minderheit zuzustimmen.

Macdonald-London spricht für die Independent Labour Party. Er bedauert, daß keine der Resolutionen auf die speziell englischen Verhältnisse Rücksicht nimmt. Die meisten englischen Kolonien sind von Engländern bewohnt und besitzen eine sehr weitgehende Autonomie. Einige haben sogar ihre eigenen Parlamente. Die vorliegenden Resolutionen beziehen sich ausschließlich auf Kronländer. Die Resolution der Mehrheit ist nicht präzis genug. Wir sollten den Mut haben, der Situation klar ins Auge zu sehen und ein bestimmtes Programm der Kolonialpolitik aufzustellen. Man kann nicht nur immer negieren, das treibt die Massen zuletzt einem Afterimperialismus in die Arme. Die größte Bedeutung für die Wirtschaft in den Kolonien haben die Verwaltungsfragen, die nicht durch die Parlamente, sondern insgeheim durch die Verwaltungen geregelt werden. Internationale Verträge auf diesem Gebiete werden sehr wertvoll sein und besser wirken als nationale Verträge, die schließlich immer nur nationale Interessen verfolgen. Die Kapitalisten können auch auf dem Gebiete der Kolonialpolitik nicht alles machen, was sie wollen, sie werden überall von den Parlamenten kontrolliert. Redner weist darauf hin, daß er am nächsten Mittwoch im englischen Parlament mit der englischen Regierung ein ernstes Wort über die kolonialen Mißbräuche reden werde und bittet, die Resolution der Mehrheit anzunehmen, um praktische Arbeit zu leisten.

Bracke-Paris spricht für die Resolution der Minderheit: van Kol wirft der Minderheit vor, sie negiere nur. Das Gegenteil ist der Fall. Die Minderheit hat die gesamte positive Arbeit der Mehrheit aufgenommen. Unpräzis ist die Resolution der Mehrheit, weil sie die kapitalistische Kolonialpolitik nicht absolut verurteilt. Die Sozialisten müssen aber die Kolonialpolitik bekämpfen, weil es eine andere als eine kapitalistische Kolonialpolitik nicht geben kann. Die Majorität vergißt zu sagen, wie die sozialistische Kolonialpolitik, die sie treiben will, aussehen wird. Es ist die größte Utopie, von den kapitalistischen Regierungen zu erwarten, daß sie sozialistische Kolonialpolitik treiben sollen. Die Aeußerung Bebels im Reichstage darf nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Bebel hat damals auf die Argumente der Vertreter des Kapitalismus im Reichstage geantwortet und sie aufgefordert, endlich Farbe zu bekennen und Ernst mit ihrer Behauptung zu machen, sie treiben Kolonialpolitik im Interesse der Eingeborenen. Der letzte Absatz der Mehrheitsresolution bedeutet die Anerkennung aller Kolonialreiche der Welt, ja, ihre Stärkung. Nach ihm soll gewissermaßen eine zweite Haager Konferenz für die angeblich minderwertigen Menschen, für die Bürger zweiter Klasse zusammengerufen werden, während wir Sozialisten doch sonst gleiche Rechte für alle Menschen fordern.

Singer: Die schwedische Delegation teilt mit, daß es ein Irrtum Ledebours gewesen sei, wenn er gesagt hat, die schwedische Delegation werde für die Resolution der Minderheit stimmen. Vielmehr hätten die Schweden und ihre Vertreter in der Kommission für die Mehrheitsresolution gestimmt und die Gesamtdelegation sei mit dieser Haltung einverstanden. Weiter sei ein Antrag der französischen Delegation eingegangen, den ersten Absatz der Mehrheitsresolution zu streichen, ferner ein Antrag der deutschen Delegation, an Stelle des ersten Absatzes der Resolution der Majorität folgende Fassung zu setzen:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will, verwirft der Kongreß nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken kann."

Diese Fassung wird vom Berichterstatter **van Kol** als Vertreter der Majorität akzeptiert.

Karl Kautsky (mit stürmischem Beifall begrüßt): Ich bin bei den Beratungen der deutschen Delegation, in denen diese neue Fassung des ersten Absatzes beschlossen wurde, nicht zugegen gewesen, sondern ich habe sie jetzt erst kennen gelernt. Ich bin leider gezwungen, wie ich gegen die erste Fassung sprechen wollte, so mich auch gegen diesen neuen Antrag zu wenden. (Bravo!) Woher kommt es, daß der Gedanke einer sozialistischen Kolonialpolitik hier in unseren Kreisen soviel Anhänger gefunden hat, wo es mir doch scheint, daß er ein vollständiger logischer Widerspruch ist? Ich schreibe das dem Umstande zu, daß dieser Gedanke so neu ist, er ist plötzlich über Nacht aufgetaucht. Bisher haben wir noch nie etwas von sozialistischer Kolonialpolitik gehört. Ferner schreibe ich es dem Umstand zu, daß er mit anderen Gedanken verknüpft ist, die sehr richtig und notwendig sind, aber nur äußerlich mit der Kolonialpolitik zusammenhängen und tatsächlich gar nichts mit ihr zu tun haben. Darunter sind namentlich zwei Gedanken, die nicht von der Hand zu weisen sind, einmal der Gedanke, daß wir die Kolonien nicht einfach ignorieren können, daß wir in ihnen gewisse Aufgaben zu erfüllen haben und soviel als möglich für sie positiv tätig sein müssen. Das hat aber meines Wissens noch niemand bestritten. Die Aufgaben, die wir in den Kolonien haben, sind grundsätzlich genau dieselben wie die in der Heimat: Der Schutz der Volksmassen gegen die Ausbeutung durch den Kapitalismus und gegen den Druck der Bureaukratie und des Militarismus, also Sozialpolitik und demokratische Politik. Das ist aber etwas ganz anderes als Kolonialpolitik. Kolonialpolitik bedeutet die Eroberung und gewaltsame Festhaltung eines überseeischen Landes. Ich bestreite, daß Demokratie und Sozialpolitik mit Eroberung und Fremdherrschaft etwas zu tun haben. (Bravo!) Weiter hat man gesagt, wir hätten Zivilisationspolitik zu treiben und müßten hinausgehen zu wilden Völkerschaften, um die Naturvölker als Lehrer und Berater zu bilden. Ja, das müssen wir allerdings, ich stimme dem, was Bebel darüber im Reichstage gesagt hat, vollständig zu. Wir sind selbst daran interessiert, daß diese Naturvölker auf eine höhere Stufe gelangen, aber ich bestreite, daß dazu eine Kolonialpolitik, daß dazu die Eroberung und Festhaltung eines fremden Landes nötig ist. Ja, ich möchte sagen, daß Kolonialpolitik im Grunde einer Zivilisationspolitik schädlich ist. (Sehr richtig!) Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß niedrigstehende Völker der Zivilisation, die ihnen höher stehende Völker bringen, feindlich gegenüberstehen. Alle Erfahrung zeigt im Gegenteil, daß da, wo man den Wilden freundlich entgegenkommt, sie die Werkzeuge und Hülfsmittel der höheren Zivilisation gern annehmen. Kommt man aber, um sie zu unterdrücken und zu unterjochen, sollen sie unter die Bevormundung eines, wenn auch wohlwollenden Despotismus gebracht werden, so werden sie mißtrauisch. Dann verwerfen sie

mit der fremden Herrschaft auch die fremde Kultur, dann kommt es zu Kämpfen und Verwüstungen. So sehen wir, daß überall, wo Kolonialpolitik besteht, es nicht zur Hebung, sondern zur Depression der Völker kommt. Auch ein sozialistisches Regime könnte daran nichts ändern. Es müßte ebenfalls die Kolonien als Fremdkörper betrachten und müßte dort eine Fremdherrschaft errichten. Wenn wir zivilisatorisch auf Naturvölker wirken wollen, so ist die erste Notwendigkeit, daß wir ihr Vertrauen gewinnen. Und dieses gewinnen wir nur dadurch, daß wir ihnen die Freiheit geben. (Bravo!) Bernstein wollte uns einreden, daß diese Politik der Eroberung eine Naturnotwendigkeit sei. Ich war sehr erstaunt, daß er hier die Theorie verfochten hat von den zwei Gruppen von Völkern, von denen die eine zum Herrschen, die andere zum Beherrschtwerden bestimmt sei, daß es Völker gäbe, die Kinder seien und nicht imstande wären, sich selbst zu verwalten. Das ist nur eine Variation des alten Satzes, der die Grundlage allen Despotismus bildet, daß der eine auf die Welt kommt mit Sporen an den Füßen, der andere mit dem Sattel auf dem Rücken, um die Ersten zu tragen. Das ist noch stets die Argumentation jeder Aristokratie gewesen, das war auch die Argumentation des amerikanischen Sklavenhalters im amerikanischen Süden, der sagte, die Kultur beruhe auf der Zwangsarbeit der Sklaven, und das Land würde in die Barbarei zurückfallen, wenn die Sklaverei beseitigt würde. Diese Argumentation dürfen wir uns nicht aneignen. Bernstein berief sich mit Unrecht auf Marx. Gewiß, Marx hat gesagt, die Erde gehöre der Menschheit. Die Menschheit aber treibt heute keine Kolonialpolitik. (Sehr gut!) Marx hat nicht gesagt, die Erde gehöre den kapitalistischen Nationen. (Sehr gut! Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich bitte Sie zum Schluß, den Einleitungssatz, der so neu ist, der so sehr im Widerspruch mit unserem ganzen sozialistischen und demokratischen Denken steht (Sehr richtig!), der noch gar nicht genug überlegt ist, nicht anzunehmen. Sie müssen uns wenigstens Zeit geben, diesen Satz erst einmal gründlich zu diskutieren und ordentlich zu überlegen. Er muß erst reiflich in der Parteipresse, in den wissenschaftlichen Organen und in den Versammlungen diskutiert werden. Vorher können wir uns unmöglich auf den ganz neuen Gedanken einer sozialistischen Kolonialpolitik festlegen. Daher bitte ich Sie, den Antrag der Deutschen abzulehnen und dem Antrage der französischen Delegation Ihre Zustimmung zu geben. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Simons-Nordamerika: Für uns Amerikaner ist die Kolonialfrage ganz besonders wichtig, weil wir im Anbeginn einer neuen amerikanischen Kolonialpolitik stehen. Gewiß, Amerika hat auch ein ganzes Heer von Schullehrern nach den Philippinen geschickt, aber viel mehr Soldaten und Kanonen. Es hat auf den Philippinen im Dienste der Zivilisation ein Blutbad angerichtet! (Hört! hört!) Ein kapitalistischer Staat und ein kapitalistisches Regime besteht zum Profit und muß deshalb durch Exploitation aufrecht erhalten werden: durch die Ausbeutung der einheimischen und fremden Arbeitskräfte. Daher ist auch die amerikanische Kolonialpolitik ein Ausfluß der kapitalistischen Herrschaft und eine sozialistische Kolonialpolitik ist dem Wesen der Sache nach undenkbar. Die sozialistische Gesellschaft, die nicht auf dem Profit basiert und nicht auf der Exploitation fremder Rassen beruht, wird auch keine Kolonialpolitik haben, keine brauchen und keine treiben können. Wir sehen das sozialistische System als einen Bruderbund der Nationen und Rassen an, aber nicht so, daß ein Teil höher steht als der andere, daß der eine den anderen als inferior behandeln kann. Gegenüber David bemerke ich, daß es nicht notwendig ist, daß jedes Land alle Stufen der kapitalistischen Entwickelung durchmachen muß, um zum Gipfel der Zivilisation zu gelangen. Japan hat sich von selbst nicht nur zum Kapitalismus, sondern schon zum Sozialismus entwickelt. Die Resolution der Mehrheit ist in unseren Augen nichts weiter als ein Votum zugunsten Roosevelts. Da wir von der sozialdemokra-

tischen Partei ein solches Votum nicht abgeben wollen, stimmen wir einstimmig gegen die Mehrheitsresolution und gegen den deutschen Antrag. (Lebhafter Beifall.)

Rouanet-Paris: Ich bedaure, daß die Kürze der Zeit es mir nicht erlaubt, alle Angriffe Kautskys, Ledebours und Brackes gegen die Mehrheitsresolution zurückzuweisen. Aber über einen Punkt möchte ich unsere geehrten Herren Gegner bitten, sich gefälligst aussprechen zu wollen. Sie sagten, daß es eine sozialistische Kolonialpolitik nicht gibt und die Sozialdemokratie nichts weiter tun dürfe, als in Theorie und Praxis dagegen zu protestieren. Aber nachdem Sie die barbarische Methode der kapitalistischen Kolonialpolitik genügend gebrandmarkt haben, verlangen Sie im nächsten Absatz im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine friedliche kulturelle Entwickelung. Von wem, sagen Sie bitte, verlangen Sie das? Doch wohl von der bürgerlichen Gesellschaft? Und indem Sie dieses Verlangen stellen, daß die heutige Gesellschaft an Stelle ihrer bisherigen kapitalistischen brutalen eine friedliche Kolonialpolitik treiben soll, was tun Sie damit anders als eine sozialistische Kolonialpolitik zu fordern, nachdem Sie es eben abgewiesen und für unmöglich erklärt haben. Oder wollen Sie die Produktivität dieser Länder, die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwickelung der Gesamtmenschheit stellen, ohne diese Länder zu besetzen? Sie verkünden also in der Minderheitsresolution das Prinzip der Kolonialpolitik, ohne es auszusprechen. Sie sagen, daß die kapitalistische Kolonialpolitik häufig ihren eigenen Zwecken zuwiderlaufe, indem sie die Kulturschätze vernichte, statt sie zu entwickeln. Ich bitte Sie um Annahme der Mehrheitsresolution und ziehe gleichzeitig den von mir herrührenden, aber angefochtenen Schlußsatz zurück, in dem die Frage eines internationalen kolonialen Rechts behandelt wird, und werde diese Frage später vor die Interparlamentarische Konferenz bringen. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion. Das Schlußwort erhält

van Kol: Ich trug mich mit dem Gedanken, auf das Wort zu verzichten. Aber nachdem Kautsky das ganze Gewicht seiner Wissenschaft und internationalen Berühmtheit in die Wagschale geworfen hat, muß ich versuchen, seine Argumente zu entkräften. Wir haben von verschiedenen Seiten gehört, daß an der kolonialen Oekonomie eigentlich nichts zu verbessern sei. Das ist falsch und steht im Widerspruch mit der Geschichte der Kolonialpolitik. Wir haben für unsere holländischen Kolonien durch unsere sozialistische Aktion im Parlament bedeutende Vorteile erzielt. Warum sollten wir unsere Hülfe nur den Arbeitern Europas und nicht auch denen der anderen Erdteile zuteil werden lassen? Uns stehen die gewaltigen Kräfte des Kapitalismus in Europa gegenüber. Warum sollen wir nicht auch den Kampf gegen den außereuropäischen Kapitalismus aufnehmen? Nirgends können wir gegenüber dem Kapitalismus leichtere und größere Eroberungen machen wie dort. Ledebour hat das Bestreben der Majorität reaktionär genannt. Ich verstehe gar nicht, wie er als Mann der Wissenschaft nicht anerkennen kann, daß die kapitalistische Entwickelung in den Kolonien notwendig ist, ehe an den Sozialismus gedacht werden kann. Darum arbeiten wir an der revolutionären Entwickelung der Kolonien, weil wir den Uebergang vom Feudalstaat in den modernen Staat, durch den Kapitalismus zum Sozialismus erleichtern. Der Sprung vom Barbarismus zum Sozialismus ist unmöglich. (Sehr wahr!) Die gegenteilige Anschauung ist nicht nur unwissenschaftlich, sondern sie ist dumm und beschränkt. Warum in Gottes Namen sollen wir nun für diese Entwickelung nicht positive Forderungen aufstellen können, ebenso wie für die des Militarismus oder der Steuergesetzgebung? Die Genossen in Amerika sind noch jung in der sozialistischen Bewegung. Es täte mir bitter leid, wenn sie nicht ihren Fehler einsähen, in die Kolonialpolitik gar nicht eingreifen, sondern sie allein einem Roosevelt überlassen würden. Ich bitte

die amerikanischen Genossen gerade im Interesse der verelendeten, wehrlosen Philippiner, in die Kolonialpolitik aktiv einzugreifen. (Bravo!) Wir haben dann heute wieder das alte Gefabel von den Kolonialgreueln gehört, das vor einem Parlament von Sozialisten nun schon langweilig wird. Ich habe Ehrfurcht vor Kautsky als Mann und Kämpfer. Aber ich hätte nicht geglaubt, daß er so unwissenschaftliche Theorien vortragen könnte, wie er sie vorgetragen hat. Er stellt die These auf: „Kolonialpolitik ist Eroberung, ist Imperialismus.“ Das ist eine ganz falsche Formel. Sie sollten doch Ihre Grammatik besser kennen! Die Kolonialpolitik ist jetzt allerdings imperialistisch, sie muß es aber nicht sein, sie kann auch demokratisch sein. Jedenfalls ist es schweres Unrecht von Kautsky, die Kolonialpolitik begrifflich mit dem Imperialismus gleichzusetzen. Ich hoffe, daß er sein Unrecht einsieht und sich bemühen wird, es wieder gut zu machen. Kautsky hat gesagt, daß wir uns das Vertrauen der Eingeborenen erwerben müßten. Wie will er das Vertrauen der Millionen Menschen mit anderer Hautfarbe gewinnen, wenn er nichts für sie tut. (Sehr gut!) Wir in Holland haben die Pflicht und das Recht, unsere Erfahrungen den Genossen anderer Länder mitzuteilen. Wir holländischen Sozialisten haben uns das Vertrauen von Millionen Javanern erworben. Von der deutschen Sozialdemokratie aber weiß man in Afrika überhaupt nichts, weil sie bisher eben ihre Pflicht nicht erfüllt hat. Wenn Ihr Euch das Vertrauen der Eingeborenen erobern wollt, so müßt Ihr aktiv in die Kolonialfrage eingreifen. Noch ärger hat es der gelehrte Kautsky gemacht, als er Ratschläge über die industrielle Entwickelung der Kolonien gab. Wir sollten die Maschinen und Werkzeuge nach Afrika bringen! Büchertheorie! Damit will er das Land zivilisieren! Wenn wir nun eine Maschine zu den Wilden Zentralafrikas bringen, was werden sie damit tun? Vielleicht werden sie einen Rundtanz darum aufführen (Große Heiterkeit) oder auch die große Zahl ihrer Abgötter um einen vermehren. (Heiterkeit.) Vielleicht sollen wir auch noch Europäer hinschicken, die die Maschinen treiben. Was die Eingeborenen mit ihnen machen würden, weiß ich nicht. Aber vielleicht machen Kautsky und ich den Versuch, vielleicht gehen Theorie und Praxis Arm in Arm mit den Werkzeugen und Maschinen in das wilde Land. Vielleicht werden die Eingeborenen unsere Maschinen zerschlagen, vielleicht werden sie uns auch totschlagen oder sogar fressen und dann (sich über den Bauch streichend) fürchte ich, daß ich vor Kautsky den Vorrang habe. (Heiterkeit.) Wenn wir Europäer mit Werkzeugen und Maschinen dahin kommen, wären wir die wehrlosen Opfer der Eingeborenen. Deshalb müssen wir mit Waffen in der Hand dort hinkommen, auch wenn Kautsky das Imperialismus nennt. (Sehr wahr!) Weiter, die Eingeborenen seufzen jetzt unter der tyrannischen Herrschaft einzelner Fürsten. Sie, die gegen jene fast wehrlos sind, werden auf das Unmenschlichste ausgebeutet. Ob unter diesen Umständen dort ein kämpfendes Proletariat ersteht, ist mir zweifelhaft. Denn die Eingeborenen kennen keine Bedürfnisse, sie laufen ohne Kleider nackt umher und nähren sich von dem, was die Natur ihnen bietet. Da haben sie also den Kapitalismus in seiner abscheulichsten Form und kein Proletariat, das dagegen sich auflehnen könnte. Nein, es ist unmöglich, auf einem Boden, wo kein Rechtsschutz besteht — weder für die Eingeborenen noch für die Einwanderer — nach Art Kautskys mit der ökonomischen Entwickelung kommen zu wollen. Wie sich ein Gelehrter gegenüber sozialen Realitäten über eine Sache hinwegsetzen kann, haben wir heute an Kautsky gesehen, der in der Kolonialfrage vom Utopisten zum Revisionisten und Imperialisten geworden ist. (Beifall.) Die Zeit der Phrasen sollte endlich vorbei sein. Wir müssen praktisch arbeiten für die Masse der Armen und Ausgehungerten in unseren Kolonien. Ich hoffe, daß Sie die Majoritätsresolution mit großer Mehrheit annehmen werden. (Beifall.)

Darauf trat die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Zunächst erhält das Wort Genossin **Kamar** aus Vorderindien: Sie entbietet den hier versammelten Sozialisten den Brudergruß von Tausenden und Abertausenden von Indiern, die unter dem grausamen Joch der englischen Gewaltherrschaft seufzen. Indien hat schwer unter dem englischen Kapitalismus zu leiden. Hier ist so viel von wirtschaftlichen Fragen die Rede gewesen. Welches ist denn die wirtschaftliche Stellung Indiens? Indien muß alljährlich 35 Millionen Pfund Sterling an England abgeben, von denen kein Heller mehr nach Indien zurückkommt. Die Folgen dieser Wirtschaft sind die Hungersqualen und das grenzenlose Elend eines Riesenvolkes, eine Sterblichkeitsziffer, die ins Ungeheuerliche gestiegen ist, und die zahllosen Epidemien, die sich in Indien eingenistet haben. Ich trete hier vor das Tribunal der menschlichen Gerechtigkeit. Was ist der Sozialismus, wenn er nicht die Gerechtigkeit ist? Und wenn es eine Gerechtigkeit gibt, warum müssen dann Millionen von unglücklichen Indiern verschmachten? (Lebhafter Beifall.) In Indien ist ein Fünftel der gesamten Bevölkerung der Erde zusammengebracht. Indien ist englisches Kronland, also unterworfenes Land, despotisch regiertes Land. Dort herrscht eine unerträgliche Tyrannei. Ich bitte den Kongreß, gegen diese schädliche Tyrannei Protest zu erheben. (Beifall.) Die indische Frage ist auch eine wirtschaftliche Frage. Lesen Sie die Dokumente, die Genosse Hyndman gesammelt hat, der sich 35 Jahre mit der indischen Frage eingehend beschäftigt hat. Er hat sie an Mr. John Morley und andere englische Minister gerichtet, um sie auf das Elend in Indien aufmerksam zu machen. Leider ohne Erfolg! Indien kann keine Delegierten auf den internationalen Kongreß schicken. Dazu ist es zu arm. Rußland ist gewiß zu bedauern und wir entbieten den russischen Freiheitskämpfern unseren Brudergruß. (Stürmischer Beifall.) Aber Sie können da helfen. In Indien können Sie nichts tun. Ich bitte Sie, nehmen Sie unsere Resolution an. (Beifall.) Die Indier verlangen ihre Menschenrechte, ihre Autonomie. Wir wollen unser Selbstbestimmungsrecht, wir verlangen Gerechtigkeit und das Recht, uns selbst zu regieren. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Singer**: Die Resolution über die englische Herrschaft in Indien kann nicht zur Verhandlung kommen, weil sie dem Internationalen Bureau nicht vorgelegen hat. Ich glaube aber aussprechen zu können, daß die Tendenz dieser Resolution sowohl vom Bureau wie vom Kongreß gebilligt wird. (Bravo!) Uebrigens haben ja bereits frühere internationale Kongresse, und zwar die von Brüssel und Amsterdam, in ihren Beschlußfassungen gegen die englische Gewaltherrschaft in Indien protestiert. Der heutige Beschluß würde also weiter nichts als die Bestätigung dieser früher gefaßten Beschlüsse bedeuten. — Damit ist diese Frage erledigt.

Es folgt die Abstimmung über die Resolution zur Kolonialfrage.

Zunächst wird das Amendement der Minorität zur Abstimmung gebracht. Dagegen stimmen Deutschland, Oesterreich, Böhmen, Belgien, Dänemark, 12 Stimmen der französischen Delegation, 14 der englischen, Holland, 4 Stimmen von Italien, Schweden und Südafrika. Dafür stimmen die österreichischen Italiener, die Ruthenen, Australien, Argentinien, Bulgarien, Spanien, Nordamerika, Finnland, 10 Stimmen von Frankreich, 6 von England, Ungarn, 11 Stimmen von Italien, Japan, Polen, Rußland, Rumänien, Serbien und Norwegen. Die Schweiz enthält sich der Stimme. Die Stimme von Luxemburg ist nicht vertreten.

Das Amendement ist also mit **127** gegen **108** Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen.

Das Resultat wird mit stürmischem Beifall begrüßt.

Der Antrag der französischen Delegation auf Streichung des Einleitungsabsatzes in der Resolution der Majorität wird nunmehr zurückgezogen.

van Kol will diesen Antrag wieder aufnehmen, der Kongreß erklärt das aber mit großer Mehrheit für unzulässig.

Eduard David beantragt getrennte Abstimmung über Einleitung und Schlußsätze der so veränderten Mehrheitsresolution.

Hillquit beantragt en bloc-Abstimmung.

Der Kongreß entscheidet sich für den Antrag Hillquit. Es wird also en bloc abgestimmt, über den Absatz 1 in der Fassung der Minorität und über die dann folgenden Absätze der Majoritätsresolution, die insgesamt nunmehr folgende Fassung erhalten hat:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entfalten. Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Kollektivkräfte zu steigern, zerstört durch Versklavung und Verelendung der Eingeborenen wie durch mörderische, verwüstende Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangsamt oder verhindert dadurch selbst die Entwickelung des Handels und des Absatzes der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten. Der Kongreß verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwickelung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwickelung der gesamten Menschheit stellt.

Er bestätigt von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verwirft nochmals die jetzige Kolonisationsmethode, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Völker zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Lasten der Proletarier steigen.

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verteidiger aller Unterdrückung ohne Unterschied der Rasse, verurteilt der Kongreß diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechts des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt.

Die Kolonialpolitik vermehrt die Gefahr kriegerischer Verwickelung zwischen den kolonisierenden Staaten und steigert ihre Belastung durch Heer und Flotte.

Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien, ebenso solche, die der Imperialismus verschuldet, als auch solche, die im Interesse der ökonomischen Entwickelung der Kolonien gemacht werden, von denen getragen werden, die allein von der Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichtümer aus ihnen stammen.

Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unversöhnlich diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.

Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern, haben sie jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen, ihre Ausbeutung und ihre Versklavung zu verhindern, und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten."

Mit Ja stimmen: Deutschland, Oesterreich, Böhmen, Australien, Argentinien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Nordamerika, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Polen, Rußland, Serbien, Schweden, Schweiz, Norwegen und Südafrika. Der Stimme enthält sich Holland.

In der deutschen Delegation entsteht Unruhe, weil David für sie zuerst ein Neinvotum abgibt. Dagegen erhebt sich lebhafter Protest und Singer läßt in der deutschen Delegation abstimmen. Diese entscheidet sich mit großer Mehrheit für „Ja".

Die Resolution ist also mit allen Stimmen, mit Ausnahme der holländischen Stimmenthaltung, angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung:

Das Frauenstimmrecht.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

„Der Internationale Sozialistenkongreß begrüßt mit größter Freude, daß zum ersten Male eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart zusammengetreten ist und erklärt sich mit den von ihr aufgestellten Forderungen solidarisch. Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemenien Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen. Daher sind insbesondere auch ihre Kämpfe für Demokratisierung des Wahlrechtes zu den gesetzgebenden Körperschaften in Staat und Gemeinde zugunsten des Proletariats als Kämpfe für das Frauenwahlrecht zu führen, das energisch zu fordern und in der Agitation wie im Parlament mit Nachdruck zu vertreten ist. In Ländern, wo die Demokratisierung des Männerwahlrechts bereits weit vorgeschritten oder vollständig erreicht ist, haben die sozialistischen Parteien den Kampf für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts aufzunehmen und in Verbindung mit ihm selbstverständlich alle die Forderungen zu verfechten, die wir im Interesse vollen Bürgerrechts für das männliche Proletariat etwa noch zu erheben haben. Pflicht der sozialistischen Frauenbewegung in allen Ländern ist es, sich an allen Kämpfen, welche die sozialistischen Parteien für die Demokratisierung des Wahlrechts führen, mit höchster Kraftentfaltung zu beteiligen, aber auch mit der nämlichen Energie dafür zu wirken, daß in diesen Kämpfen die Forderungen des allgemeinen Frauenwahlrechts nach ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit und praktischen Tragweite ernstlich verfochten wird. Der Internationale Kongreß erkennt an, daß es nicht angebracht ist, für jedes Land die genaue Zeit anzugeben, wo ein Wahlrechtskampf anzufangen sei, erklärt jedoch, daß, wenn ein Kampf für das Wahlrecht geführt wird, er nur nach den sozialistischen Prinzipien geführt werden soll, also mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer."

Referentin ist

Klara Zetkin (die mit lebhaftem Beifall empfangen wird): Ich habe Ihnen über die Verhandlungen der Frauenstimmrechtskommission zu berichten und Ihnen den vorliegenden Antrag zu begründen, der auch von der ersten internationalen sozialistischen Konferenz mit 47 gegen 11 Stimmen angenommen

worden ist. Die sozialistischen Frauen werten das Frauenstimmrecht nicht als die Frage der Fragen, deren Lösung all die sozialen Hemmnisse beseitigt, welche für die freie, harmonische Lebensentwickelung und Lebensbetätigung des weiblichen Geschlechts bestehen. Denn es rührt nicht an die tiefste Ursache derselben: an das Privateigentum, in welchem die Ausbeutung und Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen Menschen wurzelt. Das zeigt schon ein Blick auf die Lage der politisch emanzipierten, aber sozial unfreien und ausgebeuteten männlichen Proletarier. Die Zuerkennung des Wahlrechts an das weibliche Geschlecht hebt nicht den Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten auf, aus dem die schwersten sozialen Hindernisse für die freie Entfaltung und das harmonische Ausleben der Proletarierinnen erwachsen. Sie beseitigt aber auch nicht die Konflikte, welche aus den sozialen Gegensätzen zwischen Mann und Weib in der kapitalistischen Ordnung für die Frau als Angehörige ihres Geschlechts entstehen. Umgekehrt: die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bereitet den Boden, auf dem diese Konflikte sich zu ihrer vollen Schärfe auswachsen können, Konflikte verschiedener Art, deren weittragendster und schmerzensreichster der ist zwischen beruflicher Arbeit und Mutterschaft. Für uns Sozialisten kann daher das Frauenwahlrecht nicht wie für die bürgerlichen Frauen „das Endziel" sein. Wir schätzen aber seine Eroberung als eine Etappe, aufs innigste zu wünschen im Kampfe um unser Endziel. Das Wahlrecht hilft den bürgerlichen Frauen die Schranken niederreißen, die in Gestalt der Vorrechte des männlichen Geschlechts ihnen Bildungs- und Tätigkeitsmöglichkeit einengen. Es rüstet die Proletarierinnen in dem Kampfe, den sie für Errringung vollen Menschentums gegen Klassenausbeutung und Klassenherrschaft führen. Es befähigt sie, in höherem Maße als bisher teilzunehmen an dem Kampfe für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zum Zwecke der Ueberwindung der kapitalistischen und zur Aufrichtung der sozialistischen Ordnung, in der allein die Frauenfrage ihre Lösung findet.

Wir Sozialisten fordern das Frauenwahlrecht nicht als ein Naturrecht, das mit der Frau geboren wird. Wir fordern es als ein soziales Recht, das begründet ist in der revolutionierten wirtschaftlichen Tätigkeit, in dem revolutionierten gesellschaftlichen Sein und persönlichem Bewußtsein der Frau. Die bedarfswirtschaftende Hausfrau der guten alten Zeit ist durch die kapitalistische Produktion in das Altenstübchen verwiesen worden. Die berufstätige Frau, vor allem aber die lohnarbeitende Frau, die mitten im Wirtschaftsleben und Schaffen der Gesellschaft steht, ist an ihrer Stelle der Typus geworden, welcher die sozial wichtigste Form der weiblichen wirtschaftlichen Tätigkeit repräsentiert. Die Berufs- und Gewerbestatistik aller kapitalistischen Länder spiegelt den Wandel wieder. Was die Frau früher produktiv innerhalb der vier Pfähle schaffte, das diente dem Konsum, dem Wohle der Familie. Was heute aus ihren fleißigen Händen quillt, was ihr Hirn ersinnt an Nutzen, Annehmlichkeit und Schönheit, das erscheint als Ware auf dem gesellschaftlichen Warenmarkt, und die Frau selbst tritt zu Millionen als Verkäuferin von Arbeitskraft, der wichtigsten sozialen Ware, auf dem gesellschaftlichen Arbeitsmarkte auf. Damit vollzieht sich eine Revolution ihrer Stellung in der Familie und in der Gesellschaft. Die Frau wird von dem Haushalt, als der Quelle ihres Lebensunterhaltes, losgelöst, sie kann wirtschaftlich außerhalb der Familie existieren, sie gewinnt ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit von der Familie, vom Manne. Vielfach bietet die Famile ihr auch nicht mehr einen befriedigenden Lebensinhalt. Wie der Mann, unter den gleichen Bedingungen wie er, oft unter noch härteren, muß sie den Kampf aufnehmen mit dem feindlichen Leben, mag ihn äußere oder innere Lebensnot ihr aufdrängen. In diesem Kampfe bedarf sie voller politischer Rechte wie der Mann, denn solche Rechte sind Waffen, mittels deren sie ihre Interessen verteidigen kann und verteidigen muß. Mit ihrem

sozialen Sein zusammen wird auch ihre Empfindungs- und Gedankenwelt revolutioniert. Als schreiende Ungerechtigkeit empfindet sie die politische Rechtlosigkeit, die das weibliche Geschlecht lange Jahrhunderte als selbstverständlich getragen. In langsamem, schmerzensreichem Entwickelungsgange steigt die Frau aus der Enge des alten Familienlebens empor zum Forum des öffentlichen Lebens. Sie fordert ihre volle politische Gleichberechtigung — wie sie im Wahlrecht zum Ausdruck kommt — als soziale Lebensnotwendigkeit und als soziale Mündigkeitserklärung. Das Wahlrecht ist das notwendige politische Korrelat der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Frau.

Man sollte meinen, daß angesichts dieser Lage der Dinge das ganze politisch rechtlose weibliche Geschlecht in einer Phalanx für das allgemeine Frauenwahlrecht kämpfen müsse. Dem ist jedoch nicht so. Die bürgerlichen Frauen stehen nicht einmal einheitlich und geschlossen hinter dem Prinzip der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, geschweige denn, daß sie als eine festgefügte Macht mit aller Energie für das allgemeine Frauenwahlrecht kämpfen. Das ist im letzten Grunde nicht der Einsichtslosigkeit, der kurzsichtigen Taktik der Führerinnen im frauenrechtlerischen Lager geschuldet, wie manches diese auch auf dem Kerbholz haben mögen. Es ist die unvermeidliche Folge der verschiedenen sozialen Schichtungen innerhalb der Frauenwelt. Und nicht bloß der Zweck, für den das Wahlrecht eingesetzt wird, auch der Wert dieses Rechtes selbst ist verschieden je nach der sozialen Schicht, der Frauen angehören. Der Wert des Wahlrechtes steht im umgekehrten Verhältnis zur Größe des Besitzes. Er ist am geringsten für die Frauen der oberen Zehntausend, er ist am größten für die Proletarierinnen. So wird auch das Ringen für das Frauenwahlrecht von dem Klassengegensatz und dem Klassenkampf beherrscht; es kann kein einheitliches Ringen des gesamten Geschlechts sein, insbesondere dann nicht, wenn es nicht einem blutlosen Prinzip, sondern dem einzig konkreten, lebensvollen Inhalt desselben gilt: dem allgemeinen Frauenwahlrecht. Wir können den bürgerlichen Frauen nicht zumuten, über ihren eigenen Schatten zu springen. Die Proletarierinnen können daher im Kampfe um ihr Bürgerrecht nicht auf die Unterstützung der bürgerlichen Frauen zählen, die Klassengegensätze schließen aus, daß sie sich der bürgerlichen Frauenbewegung in ihrem Kampfe anschließen. Womit nicht gesagt sein soll, daß sie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zurückweisen, wenn diese sich im Kampfe für das allgemeine Frauenwahlrecht hinter und neben sie selbst stellen, um bei einem Getrenntmarschieren vereint zu schlagen. Aber die Proletarierinnen müssen klar darüber sein, daß sie das Wahlrecht nicht erobern können in einem Kampfe des weiblichen Geschlechts ohne Unterschied der Klasse gegen das männliche Geschlecht, sondern nur im Klassenkampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeuter, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts.

In ihrem Kampfe für das allgemeine Frauenwahlrecht finden die proletarischen Frauen eine starke Bundesgenossenschaft in den sozialistischen Parteien aller Länder. Das Eintreten der sozialistischen Parteien für das Frauenwahlrecht ist nicht begründet in ideologischen und ethischen Erwägungen. Es wird diktiert von der geschichtlichen Erkenntnis und vor allem von dem Verständnis für die Klassenlage, für praktische Kampfesbedürfnisse des Proletariats. Dieses kann seine wirtschaftlichen und politischen Schlachten nicht schlagen ohne die Anteilnahme seiner Frauen, die zum Klassenbewußtsein erwacht, die gesammelt und geschult und mit sozialen Kampfesrechten ausgerüstet sind. Dank der steigenden Verwendung der Frauenarbeit in der Industrie können in vielen Gewerben Lohnbewegungen nur durchgeführt werden, wenn auch die Arbeiterinnen als geschulte und organisierte Klassenkämpferinnen an ihnen teilnehmen. Und auch die politische Arbeit, der politische Kampf des Proletariats

muß von den Frauen geteilt werden. Die Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten steigert die Bedeutung, die der Erweckung der Frau zum Klassenbewußtsein und ihrer Beteiligung an der proletarischen Emanzipationsbewegung zukommt. Das Erstarken der Gewerkschaftsorganisationen hat nicht — wie bürgerliche hoffnungsvolle Toren erwarteten — den sozialen Frieden gebracht, sondern die Aera der Riesenaussperrungen und Riesenstreiks. Die zielbewußte Mitarbeit des Proletariats am politischen Leben hat die schärfste Zuspitzung der politischen Kämpfe zur Folge, eine Zuspitzung, die zu neuen Kampfesmethoden und Kampfesmitteln führt. In Belgien und Holland hat das Proletariat seinen parlamentarischen Kampf durch den politischen Massenstreik ergänzen müssen. In Rußland hat es die gleiche Waffe in der Revolution mit höchstem Erfolge erprobt. Um die Wahlrechtsreform in Oesterreich den Gegnern zu entreißen, mußte das österreichische Proletariat Gewehr bei Fuß stehen, das revolutionäre Kampfmittel des Massenstreiks bereit halten. Riesenstreiks und Riesenaussperrungen, vor allem aber revolutionäre Massenstreiks legen dem Proletariat die höchsten Opfer auf. Und diese Opfer kann es nicht, den besitzenden Klassen gleich, auf Mietlinge abwälzen, es kann sie nicht aus einem wohlgefüllten Geldsack bestreiten. Es sind Opfer, die jedes einzelne kämpfende Glied der Klasse persönlich tragen muß. Daher können sie nur gebracht werden, wenn auch die Frauen des Proletariats mit geschichtlicher Einsicht von der Notwendigkeit und der Bedeutung der Opfer erfüllt sind. Wie bedeutsam, ja unerläßlich die Durchtränkung des weiblichen Proletariats mit sozialistischer Gesinnung ist, aus der Opferfreudigkeit und Heldenmut fließt, hat gerade der glänzende österreichische Wahlrechtskampf gezeigt. Er hätte nicht siegreich durchgeführt werden können, ohne die tätige Mitwirkung der proletarischen Frauen. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß der Erfolg unserer österreichischen Brüder ganz wesentlich mit ist eine Folge der Treue, der Arbeits- und Opferfreudigkeit und des Mutes, als der Kampfestugenden, die unsere österreichischen Genossinnen im Kampfe bewiesen haben. (Bravo!)

Aus der kurz skizzierten Sachlage folgt, daß das Proletariat ein praktisches Lebensinteresse an der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts hat und zum Kampfe für das volle Bürgerrecht der Frau gedrängt wird. Dieser Kampf rüttelt die Massen der Frauen auf und hilft sie zum Klassenbewußtsein erziehen. Die Zuerkennung des Wahlrechts an die Frauen ist die Voraussetzung für die zielbewußte Anteilnahme der Proletarierinnen am proletarischen Klassenkampfe. Zugleich schafft sie den stärksten Anreiz, die Erweckung, Sammlung und Schulung des weiblichen Proletariats mit dem gleichen Eifer zu betreiben, wie die Aufklärung und Organisierung des männlichen Proletariats. Solange die Frau politisch eine Rechtlose ist, gilt sie auch vielfach für eine Machtlose, der Einfluß, den sie trotzdem auf das politische Leben zu üben vermag, wird unterschätzt. An der Börse des parlamentarischen Lebens hat nur der Stimmzettel Kurswert. Die Kurzsichtigen, die im politischen Kampf nur mit Mandaten und Stimmenzahlen rechnen, betrachten die Bemühungen, das weibliche Proletariat zum klassenbewußten Leben zu erwecken, als eine Art Kurzweil, als einen Luxus, den die Sozialdemokratie sich nur gestatten dürfe, wenn sie Ueberfluß an Zeit, Kraft und Mitteln habe. Sie übersehen das zwingende Klasseninteresse, welches das Proletariat daran hat, daß der Klassenkampf auch in der Frauenwelt zur Entfaltung kommt und die Proletarierin ihn zielbewußt an der Seite ihrer Brüder ausficht. Von dem Augenblick an, wo die Frau politisch emanzipiert ist, eine Stimme für ein Mandat zu vergeben hat, wird dieses Interesse auch den Kurzsichtigsten in unseren Reihen klar. Es beginnt das Wettrennen aller Parteien um die Stimmen der Proletarierinnen, denn diese bilden die Mehrheit des weiblichen Geschlechts. Die sozialistischen Parteien müssen aber dafür sorgen, daß sie

durch ihre Aufklärungsarbeit alle bürgerlichen Parteien aus dem Felde schlagen. Und ihr Kampf für das Bürgerrecht des Weibes wirkt in dieser Richtung. Das hat die Geschichte des Wahlrechtskampfes in Finnland bewiesen und die erste Wahlrechtskampagne, die dort unter dem allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen geführt worden ist. Das Frauenwahlrecht ist ein vorzügliches Mittel, Bresche zu legen in die letzte und vielleicht in die festeste Festung des Unverstandes der Massen: in die politische Gleichgültigkeit und Rückständigkeit breiter Massen des weiblichen Proletariats. Und gerade diese Festung müssen wir schleifen, denn von ihr aus wird der proletarische Gegenwartskampf erschwert und geschädigt, wird die Zukunft der Klasse bedroht. (Bravo!)

In unseren Tagen des verschärften Klassenkampfes erhebt sich aber die Frage: für welches Frauenwahlrecht sollen die sozialistischen Parteien kämpfen? Um Jahre zurück hätte sie gegenstandslos geschienen. Man hätte geantwortet: für das Frauenwahlrecht überhaupt. Denn damals wurde noch auch ein beschränktes Frauenwahlrecht lediglich als eine Halbheit, als ein ungenügender Fortschritt, aber immerhin doch als eine erste Etappe zur politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechts bewertet. Heute ist diese harmlose Auffassung nicht mehr möglich. Heute müssen die sozialistischen Parteien mit allem Nachdruck erklären, daß sie nur für das allgemeine Frauenwahlrecht kämpfen können, daß sie das beschränkte Frauenwahlrecht als eine Verfälschung und Verhöhnung des Prinzips der politischen Gleichberechtigung klipp und klar zurückweisen. Was früher instinktiv getan wurde — durch die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts die Machtposition des Besitzes zu stärken —, das geschieht jetzt bewußt. Zwei Tendenzen wirken in den bürgerlichen Parteien dahin, den grundsätzlichen Widerstand gegen das Frauenwahlrecht zu brechen. Die steigende äußere und innere Lebensnot großer Kreise der bürgerlichen Frauenwelt, die für ihr Bürgerrecht kämpfen müssen. Die wachsende Furcht vor dem politischen Vormarsch des kämpfenden Proletariats. Die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts erscheint in dieser Situation als ein rettender Ausweg. Das Proletariat muß die Kosten des Friedens zwischen den Männern und Frauen der besitzenden Klassen zahlen. Die besitzenden Klassen fassen die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts ins Auge, denn sie bewerten dieses als einen Wall, der sie gegen die anschwellende politische Macht des kämpfenden Proletariats schützen soll. Das haben zuerst Vorgänge in Norwegen bewiesen. Als dort dem anstürmenden Proletariat, das unter Führung der Sozialdemokratie kämpfte, das allgemeine Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen nicht länger versagt werden konnte, da wurde die Reform durch die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts verschandelt. Unumwunden wurde von bürgerlichen Politikern erklärt, daß das Zensuswahlrecht für die Frauen ein Gegengewicht sein solle gegen das allgemeine Wahlrecht der Männer. Und mit der gleichen Erwartung ist kürzlich in Norwegen die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts zu dem Parlament begründet worden. Es bleibe dahingestellt, ob das zur Einführung gelangte beschränkte Frauenwahlrecht gerade in Norwegen diese reaktionären Hoffnungen erfüllen wird. Denn Norwegen ist ein Land, in welchem die alte bäuerliche Demokratie noch eine Rolle spielt und die junge Sozialdemokratie bereits eine Macht geworden ist. Aber in Ländern mit normaler kapitalistischer Entwickelung — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — wird ein beschränktes Frauenwahlrecht, das an Besitz, Steuerleistung, Bildungsgrad usw. gebunden ist, zur Stärkung der politischen Macht der besitzenden Klassen führen. Daher sind auch in Italien, Oesterreich, Frankreich, Belgien und Deutschland Stimmen einflußreicher Politiker laut geworden, welche zu reaktionären Zwecken die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts warm befürworten. In England kämpft das Gros der bürgerlichen Frauenbewegung

für ein beschränktes Frauenwahlrecht, das — wie wiederholt erklärt wurde — die Gefahr der Einführung des allgemeinen Wahlrechts abwenden soll. Die sozialistischen Parteien müssen daher bei jeder Forderung des Frauenwahlrechts dem scharf ins Auge blicken, was sich hinter der Losung verbirgt: gleiches politische Recht für Weib und Mann. Und sie können den Kampf nur für das allgemeine Frauenwahlrecht aufnehmen, denn dieses allein ist der lebensvolle konkrete Ausdruck des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des gesamten weiblichen Geschlechts. Wir erblicken in dem beschränkten Frauenwahlrecht weniger die erste Stufe der politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechts, als vielmehr die letzte Stufe der politischen Emanzipation des Besitzes. Es ist ein Privilegium des Besitzes, nicht ein Allgemeinrecht. Es emanzipiert die Frau nicht, weil sie eine Frau ist, sondern obgleich sie eine Frau ist; nicht als Persönlichkeit erhebt es sie zur Vollbürgerin, vielmehr nur als Trägerin von Vermögen und Einkommen. Es läßt daher die große Masse des weiblichen Geschlechts politisch unfrei und schreibt ihre Unfreiheit nur auf ein anderes Konto. Aber über die rechtlos belassenen Proletarierinnen hinaus trifft es ihre Klasse. Es wirkt als ein Pluralvotum der Besitzenden und stärkt deren politische Macht. Daher ist es auch unzutreffend, das beschränkte Frauenwahlrecht praktisch als einen Schritt zur politischen Emanzipation der Proletarierinnen durch das allgemeine Wahlrecht zu bewerten. Umgekehrt: indem es die politische Macht der Besitzenden steigert, stärkt es die reaktionären Kräfte, welche sich der weiteren Demokratisierung des Wahlrechts zugunsten des Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts entgegenwerfen. Dazu noch eins: es läßt die bürgerlichen Frauen als Befriedigte aus dem Kampfe um die politische Gleichberechtigung des gesamten weiblichen Geschlechts ausscheiden. In keinem Lande noch, wo das beschränkte Frauenwahlrecht zu verwaltenden oder gesetzgebenden Körperschaften besteht, kämpfen die politisch emanzipierten Frauen mit aller Kraft für das Bürgerrecht ihrer ärmeren Schwestern, für das allgemeine Frauenwahlrecht. Je mehr überall die Neigung der Reaktion wächst, durch die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts ein Bollwerk gegen die steigende Macht des Proletariats zu errichten, um so notwendiger ist es, die Proletarierinnen über diesen Zusammenhang der Dinge aufzuklären. Es gilt zu verhüten, daß sie sich unter der Parole: Gerechtigkeit für das weibliche Geschlecht zu Hand- und Spanndiensten für ein Unrecht gegen sich selbst und ihre Klasse mißbrauchen lassen.

Unsere Forderung des Frauenwahlrechts ist keine frauenrechtlerische, vielmehr eine Massen- und Klassenforderung des Proletariats. Sie ist ein grundsätzlich wie praktisch gleich wichtiger organischer Teil des gesamten sozialdemokratischen Wahlrechtsprogramms. Es muß daher für die Forderung nicht bloß jederzeit agitiert, sondern vor allem auch in Verbindung mit allen Wahlrechtskämpfen gestritten werden, welche die sozialistischen Parteien für die politische Demokratie führen. Dieser Auffassung entsprechend hat die Mehrheit der Kommission beschlossen, daß jeder Wahlrechtskampf auch als Kampf für das Frauenwahlrecht geführt werden muß. Das Recht der proletarischen Frau wie das des proletarischen Mannes hat durch den gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Das hat vor allem der Wahlrechtskampf in Finnland erwiesen. Die Majorität der Kommission konnte der Auffassung nicht beipflichten, daß die Forderung des Frauenwahlrechts aus Zweckmäßigkeitsrücksichten unter Umständen von vornherein kampflos aus dem Wahlrechtsfeldzuge des Proletariats ausgeschieden, zurückgestellt werden dürfe. Die besitzenden Klassen stehen jeder Wahlrechtsforderung des Proletariats in Götterdämmerungsstimmung gegenüber. Sie bewerten auch die bescheidenste Demokratisierung des Wahlrechts als einen Anfang vom Ende ihrer Klassenherrlichkeit und setzen ihr den zähesten Widerstand entgegen. Nicht der Charakter und der Umfang der sozialistischen Wahlrechtsforderungen entscheidet über den Ausgang des Kampfes, sondern das

Machtverhältnis zwischen den ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen. Es ist nicht unsere kluge Bescheidenheit und Mäßigung, die uns Siege sichert, sondern die Macht des Proletariats, die hinter unseren Forderungen steht. In der Folge erhebt sich die Frage: ist die Aufrollung unseres gesamten Wahlrechtsprogramms, ist insbesondere die Forderung des Frauenwahlrechts geeignet, die Macht der sozialistischen Partei, des Proletariats zu stärken? Wir bejahen diese Frage mit allem Ernst und allem Nachdruck. Je grundsätzlicher die Sozialdemokratie ihre Wahlrechtskämpfe führt, um so tiefere und breitere Schichten des Volkes wühlt sie auf und revolutioniert sie, erfüllt sie mit Zutrauen in den Ernst und die Treue ihrer Aktion, mit Begeisterung für ihre Kampfesziele. Außerdem wiederholt sich, was die alte Fabel von den Stäben erzählt, die zum Bündel vereinigt, nicht zerbrochen werden können. Je zahlreicher die politisch Rechtlosen sind, deren Interessen die Sozialdemokratie in ihrem Wahlrechtskampfe vertritt, der Enterbten, die ihr Recht von deren Sieg erwarten, um so mehr schwillt das Heer der Streiterinnen und Streiter an, die sozialistischen Schlachten mitschlagen helfen. Und muß nicht eine Forderung in höchstem Maße diese Wirkung haben, die dem Bürgerrecht der Hälfte des Proletariats, der gesamten Nation gilt, der Hälfte, welche die Bürger erziehen soll, aber von deren Rate ausgeschlossen ist und nun Einlaß heischend an die Tore der Parlamente pocht? Der Wahlrechtskampf, den die Sozialdemokratie auch für das Recht der Frau führt, gewinnt eine breitere Basis, ein umfassenderes Ziel, eine größere Wucht und Stoßkraft. Er zwingt zu Auseinandersetzungen mit alten tiefgewurzelten Vorurteilen und rüttelt daher die Massen auf. Und schließlich trägt er Unsicherheit, Verwirrung und Zersplitterung in das Lager unserer Feinde. Er läßt die sozialen Gegensätze zwischen dem Mann und der Frau der besitzenden Klassen wirksam werden. Wir sind daher der Ueberzeugung, daß im ureigenen Klasseninteresse des Proletariats die sozialistischen Parteien über die prinzipielle Anerkennung des Frauenwahlrechts hinausgehen, daß sie den Kampf für die Umsetzung des Prinzips in die Praxis energisch aufnehmen müssen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die Sozialdemokratie irgendeines Landes um des Frauenwahlrechts willen zur Unzeit einen Wahlrechtskampf vom Zaune brechen solle. Ebensowenig, daß in jedem Wahlrechtskampf das Frauenwahlrecht die ausschlaggebende Rolle spielen müsse, daß die Wahlrechtskämpfe geführt werden unter der Devise: das Frauenwahlrecht oder nichts. Welche mehr oder minder bedeutsame Rolle das Frauenwahlrecht in den proletarischen Wahlrechtskämpfen spielen wird und ziehen muß, das hängt von der gesamten geschichtlichen Lage in den verschiedenen Ländern ab. Die sozialistischen Parteien müssen in puncto Wahlrecht für alle Forderungen kämpfen, die sie im Interesse des Proletariats grundsätzlich erheben, und sie tragen als Siegesbeute heim, wie viel ihre Macht den Gegnern zu entreißen vermag. Worauf es ankommt, ist, daß das Frauenwahlrecht grundsätzlich gefordert und in der Agitation unter den Massen wie im Parlament mit dem Nachdruck vertreten wird, welcher der Bedeutung der Forderung entspricht. Wir wissen, daß dadurch in den meisten Ländern noch nicht von heute auf morgen die Eroberung des allgemeinen Frauenwahlrechts gesichert wird. Wir sind aber auch überzeugt, daß dadurch sein künftiger Sieg vorbereitet wird. Die sozialistischen Frauen aber müssen in dem proletarischen Kampfe für das Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts energisch treibende Kräfte sein. Nicht bloß in dem Sinne, daß sie selbst sich mit aller Hingabe an den proletarischen Wahlrechtskämpfen beteiligen. Vielmehr auch dadurch, daß sie ihnen die Massen der Proletarierinnen als überzeugte Mitstreiterinnen zuführen. Indem sie die Massen des weiblichen Proletariats in Reih und Glied der kämpfenden Brüder stellen, erklärten sie beweiskräftig zweierlei: Daß die Massen der Frauen selbst das Wahlrecht wollen, und daß die Proletarierinnen reif sind für den richtigen Gebrauch des Wahlrechts. Schreiten wir ohne Zagen

vorwärts in den Kampf für das Frauenwahlrecht. Er dient der Erweckung des weiblichen Proletariats zum klassenbewußten politischen Leben. Und das ist von der höchsten Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft des Proletariats und seines Befreiungskampfes. Nicht die geduldige Kreuzesträgerin, die stumpfsinnige Sklavin, die zielbewußte Kämpferin wird ein Geschlecht von starken Kämpfern und Kämpferinnen erziehen. Mit höchstem Rechte kann gerade die Frau von sich sagen, daß ihr aus ihren Gebeinen Rächer erstehen, Kinder, die sie nicht bloß mit den Säften ihres Schoßes, die sie mit den kühnen Gedanken ihres Hirns, mit den leidenschaftlichen Wünschen ihres Herzens genährt hat, Kämpfer und Kämpferinnen, die sie nicht nur eines Tages ersetzen, nein, die sie an Kampfestugenden übertreffen. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion erhielt das Wort

Genossin **Pelletier**-Paris: Bis in die neueste Zeit hinein hat die Frau außerhalb der Sexualität und der Materialität überhaupt nicht existiert. Sie hatte ihre Lebensgrundlage im Mann, und ohne ihn war sie einfach nichts. Wir Frauen der modernen Zeit sind dieser Bevormundung überdrüssig und verlangen unsere volle Gleichberechtigung. Die Naturgesetze sind keine unüberschreitbare Barriere. Wenn man sagt, wir seien minderwertige Wesen, so vergißt man einen Jahrtausende alten Druck der Knechtschaft, unter dem wir gelitten haben. Jedenfalls sind wir sozial nicht minderwertig, und so fordern wir das Frauenstimmrecht als Mittel im proletarischen Befreiungskampfe. (Beifall.)

Genossin **Murby**-England (Fabian Society): Auch wir sind für das Frauenwahlrecht, sind aber bereit, das beschränkte Frauenwahlrecht als Abschlagszahlung anzunehmen und stimmen in diesem Punkte der Resolution der Kommission nicht zu. Wir können auch sehr gut mit der bürgerlichen Frauenstimmrechtsgesellschaft auskommen. Die sozialistische Partei hat seit 25 Jahren das Frauenwahlrecht im Programm, hat aber wenig dafür getan. Die bürgerlichen Frauenstimmrechtsgesellschaften haben viel mehr erreicht. Von den 690 Abgeordneten des Unterhauses sind nicht weniger als 423 für das beschränkte Frauenwahlrecht. Was darum auch dieser Kongreß beschließen möge, wir werden kraft der Autonomie der Nationen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammengehen. (Beifall bei einem Teil der Engländer.)

Adelheid Popp-Wien (mit lebhaftem Händeklatschen empfangen): Als die österreichischen sozialistischen Frauen beim Internationalen Bureau den Antrag einreichten, das Frauenwahlrecht auf die Tagesordnung dieses Kongresses zu setzen, haben wir es getan, weil wir in den vielfachen Wahlrechtskämpfen der österreichischen Sozialdemokratie, die leider zur Eroberung des Frauenwahlrechts noch nicht geführt haben, die Wahrnehmung gemacht haben, daß die Frauen, wenn sie heute dank der Agitation der Sozialdemokratie das Wahlrecht bekämen, nicht mehr eine leichte Beute der klerikalen reaktionären Parteien sein würden, sondern in großen Scharen frei und selbstbewußt da ihren Platz einnehmen würden, wo die Männer kämpfen, in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. (Bravo!) Wir wünschen daher, daß dieser Kongreß nicht nur das theoretische Bekenntnis aller Sozialdemokraten für das Frauenwahlrecht zum Ausdruck bringt, sondern daß auch alle Sozialdemokraten diese Forderung praktisch propagieren, trotz mancher Schwierigkeiten, die die politische Frauenbewegung natürlich für die Familie erzeugt. Der Kampf um das Frauenwahlrecht muß getragen sein von der Unterstützung der sozialistischen Parteien aller Länder. (Beifall.) Fordern wir doch das Frauenwahlrecht nicht in erster Linie aus frauenrechtlerischen Erwägungen, obwohl wir es als eine Schmach betrachten, daß arbeitenden Frauen und Müttern das einfachste natürlichste Staatsbürgerrecht vorenthalten wird, sondern weil es nach unserer heiligsten und festesten Ueberzeugung dazu dienen muß, die Kraft des Proletariats zu stärken und eine wirtschaftliche Besserstellung zu er-

kämpfen den Müttern, den Kindern und der ganzen arbeitenden Klasse. (Sehr gut!) Die Sozialdemokratie darf nicht warten, bis die Frauen selbst für ihr Wahlrecht demonstrieren, sie muß selbst die Führung in diesem Kampfe übernehmen, denn er geht um proletarische Rechte. Die vorliegende Resolution drückt diesen Gedanken aus, sie ist die Frucht eines Kompromisses. Wir sind bereit, jedes Mittel auszunutzen, und wenn die bürgerlichen Frauen unsere Kundgebungen und unseren Kampf unterstützen wollen, werden wir sie nicht zurückweisen. Daher kann ich den Einwand der englischen Genossin nicht verstehen. Den Hauptstützpunkt haben wir natürlich in unseren männlichen Genossen aller Länder, die von der Ansicht durchdrungen sein müssen, daß es sich nicht um eine spezielle Frauenangelegenheit, sondern um ein Stück des allgemeinen proletarischen Kampfes handelt, daß durch das Frauenwahlrecht auch die gewerkschaftliche Organisation des weiblichen Proletariats gestärkt und die politische Macht der Arbeiterklasse erhöht wird. (Lebhafter Beifall.)

Burrow-London erklärt im Namen der Sozialdemokratischen Federation Englands, daß diese sich in einstimmiger Anhängerschaft zur Resolution Zetkin befindet. (Bravo!) Wir wüßten nicht, mit welchem Rechte man den Frauen, die in Rußland so mutig und todesbereit für die Revolution gekämpft haben, das Wahlrecht verweigern wollte. Die Sozialdemokraten aller Länder kennen nur ein Wahlrecht, das gleiche Wahlrecht für alle Großjährigen, das nicht gebunden ist an Bildung oder Besitz, sondern beruht auf dem Rechte der Persönlichkeit als Glieder der großen Menschheitsfamilie. Ich konstatiere mit Scham, daß das einzige Land, wo Sozialisten gegen dieses Prinzip verstoßen haben, England ist. Indem aber Miß Murby das beschränkte Frauenwahlrecht verkündigt, setzt sie sich in Widerspruch zu der großen Partei, welcher die Independent Labour Party angehört, der neugegründeten Arbeiterpartei. Diese hat auf ihrem letzten Jahreskongreß zu Belfast mit 605 000 gegen 268 000 Stimmen erklärt, daß Miß Murby unrecht hat, daß die eingebrachte Resolution recht hat, das beschränkte Frauenwahlrecht zu verwerfen. Auf dem Kongreß ist dasselbe denn auch geschehen. Miß Murby hat zwar gesagt: „Besser ein halbes Laib Brot, als gar keins für einen Verhungernden!" Wie aber, frage ich, wenn das halbe Laib Brot vergiftet ist? Und für uns Sozialisten ist jedes Wahlrecht vergiftet, das ein Vorrecht der besitzenden Klasse ist und ihre Macht stärkt. Mr. Dickinson, der Vater der letzten Bill, die das beschränkte Frauenwahlrecht forderte, hat selbst erklärt, daß unter diesem beschränkten englischen Frauenwahlrecht keine einzige Arbeiterfrau das Wahlrecht erhalten würde. (Hört! hört!) Wir treten nicht für eine Vermehrung der Rechte der Ausbeuter, sondern für eine Vermehrung der Rechte der Proletarier ein. Wir lehnen es auch ab, uns gegenüber Kongreßbeschlüssen auf die Autonomie der Nationen zu berufen. Kapitalismus, Klerikalismus, Ausbeutung und Unterdrückung sind international. So muß auch das Proletariat zusammenstehen, um die Befreiung der menschlichen Gesellschaft in der Zukunft zu erobern. (Lebhafter Beifall.)

Damit schloß die Diskussion.

Die Resolution der Kommission wurde gegen eine Stimme angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Freitag 10 Uhr vertagt. Schluß 7 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag

Freitag, den 23. August. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Singer** eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr.

Der Stuhl des gestern ausgewiesenen Genossen Quelch ist auf einen Tisch der englischen Delegation gestellt worden. Er trägt Quelchs Kongreßabzeichen, einen Lorbeerzweig und eine Tafel mit der Aufschrift:

„Hier saß Harry Queich, der gestern von der württembergischen Regierung ausgewiesen worden ist!"

Quelch ist heute früh 6 Uhr nach Nürnberg abgefahren. Die englische Delegation und viele deutsche Genossen geleiteten ihn zum Bahnhof.

Das Internationale sozialistische Bureau hat Kopenhagen für den nächsten internationalen sozialistischen Kongreß zum Tagungsort gewählt.

Nach Eröffnung der Sitzung nimmt

Singer zu folgender Ansprache das Wort:

Werte Genossen! Die Erklärung, die gestern unser Genosse Queich über seine vorgestrige Rede abgegeben hat, hat anscheinend den Vertretern der württembergischen Regierung nicht genügt und sie veranlaßt, zu dem Mittel der Ausweisung des Genossen Quelch aus Württemberg zu greifen. (Entrüstungsrufe.) Ich darf im Namen der deutschen Delegation erklären, daß wir tiefes Bedauern und tiefe Beschämung über die Maßregel empfinden, die geeignet ist, Deutschlands Ansehen vor dem Auslande schwer zu schädigen. (Sehr gut!) Wir sind der Meinung, daß die württembergische Regierung bei der loyalen Erklärung des Genossen Quelch über den Sinn und die Absicht seiner Rede nicht zu diesem Mittel hätte greifen sollen, das die Unfreiheit und Bevormundung, die in Deutschland auf politischem Gebiete herrschen, drastisch illustriert. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Ueberzeugung, daß die ausländischen Genossen uns für dieses Schauspiel, das sie haben miterleben müssen, nicht verantwortlich machen werden, und ich darf für uns Deutsche hinzufügen, daß auch dieser Vorfall für die deutsche Sozialdemokratie ein Ansporn mehr sein wird, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß wir auch in Deutschland volle Redefreiheit bekommen. (Lebhafter Beifall.) Die Maßregel der württembergischen Regierung hat die Zustände in Deutschland scharf charakterisiert. Ich hätte gewünscht, daß die württembergische Regierung sich vergegenwärtigt hätte, welche Begriffe man in anderen Ländern von Redefreiheit hat, sich vergegenwärtigt hätte, daß die bürgerlichen Regierungen Englands, Frankreichs und anderer Länder das Recht des freien Wortes höher bewerten als die deutschen Regierungen. Ich kann nur wiederholen, daß die württembergische Regierung, nachdem Genosse Quelch jede Möglichkeit einer persönlichen Beleidigung aus seiner Rede ausgeschlossen hatte, sich damit hätte begnügen und nicht der Welt ein Schauspiel hätte geben sollen, welches Deutschlands Ansehen zu heben nicht geeignet ist. (Sehr wahr!) Ich habe diese Erklärung namens der deutschen Delegation abgegeben. Die gleiche Anschauung wird aber auch von dem Internationalen Bureau einmütig geteilt. Auch im Namen des Internationalen sozialistischen Bureaus habe ich das tiefste Bedauern auszusprechen und Protest zu erheben gegen eine Maßregel, die ich bereits genügend charakterisiert habe. (Sehr gut!) Der Kongreß kann sicher sein, daß sie an allen zuständigen Stellen weiterbehandelt werden wird, und daß die deutsche Sozialdemokratie alle Kräfte aufbieten wird, um für die Zukunft die Wiederholung einer solchen Maßregel unmöglich zu machen. (Bravo!) Die Beschlüsse der internationalen Kongresse sollen befruchtend auf die Agitation und Propaganda des internationalen Sozialismus wirken, und auch von diesem Kongreß soll ein Strahl des Lichtes ausgehen, der die Köpfe erhellt und die Herzen begeistert zum Kampfe für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus und für die Erringung einer vollen politischen Freiheit, an der leider in Deutschland noch so viel fehlt. (Stürmischer Beifall.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt

Vandervelde-Belgien nochmals die Erklärung ab, daß er in seiner Rede über die Zulassung der Labour Party nicht die Meinung des Internationalen sozialistischen Bureaus, sondern nur die seiner Person und einiger Freunde wiedergegeben habe, mit denen er über die Sache Rücksprache genommen hätte.

Es sind wiederum eine größere Anzahl von Begrüßungsschreiben und -Telegrammen eingegangen, die der Sekretär des Internationalen Bureaus Huysmans-Brüssel verliest. Darunter befindet sich ein Schreiben von Genossen aus Belgien, welche mitteilen, daß die Textilkapitalisten in Wetteren bei Gent, die ihre Arbeiter ausgesperrt hätten, Streikbrecher in Deutschland und speziell in Crefeld anzuwerben suchten, und die deutschen Genossen bitten, das Gelingen dieses Versuches nach Möglichkeit zu verhindern.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten:

Die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften.

Die Kommission beantragt folgende

Resolution:

„I. Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der geistigen, politischen und ökonomischen Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse in gleichem Maße notwendig. Wie die Aufgabe der sozialistischen Parteiorganisationen vorwiegend auf dem Gebiete des politischen Kampfes des Proletariats liegt, so liegt die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen vornehmlich auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft. Partei und Gewerkschaften haben also im Emanzipationskampf des Proletariats gleichwertige Aufgaben zu erfüllen.

Jede der beiden Organisationen hat ein durch ihre Natur bestimmtes eigentümliches Gebiet, auf dem sie ihre Aktion vollständig selbständig zu bestimmen hat. Daneben aber gibt es ein stets wachsendes Gebiet des proletarischen Klassenkampfes, auf dem Erfolge nur erzielt werden können bei einmütigem Zusammenwirken zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation.

Der Kampf des Proletariats wird sich daher um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je inniger die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteiorganisationen sind, wobei die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation im Auge zu behalten ist.

Der Kongreß erklärt, es müsse die Arbeiterschaft dazu gelangen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und dauernd unterhalten werden.

Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und in ihrem Kampfe sich bloß solcher Mittel zu bedienen, die dem Befreiungskampfe des Proletariates förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht im Emanzipationskampfe der Arbeiter nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich in ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen. Der Partei obliegt die Pflicht, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen nach Hebung und Besserung der sozialen Lage der Arbeiter zu fördern.

Der Kongreß erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, die wachsende Konzentration der Produktionskräfte, die wachsende Vereinigung der Unternehmer, die steigende Abhängigkeit der einzelnen Betriebe von der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Ohnmacht verdammen müssen, wenn sie ausschließlich der Sorge für die Interessen der Berufsgenossenschaften auf der Grundlage des zünftigen Egoismus und der Theorie der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit aufgebaut sind.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zu führen vermögen werden, je einheitlicher ihre Organisation, je kräftiger ihre im

gewerkschaftlichen Kampfe unerläßlichen Fonds, je tiefer die Einsicht ihrer Angehörigen in den Zusammenhang der Bedingungen des ökonomischen Lebens und je höher ihre Opferwilligkeit und Begeisterung sind, die am kraftvollsten aus dem sozialistischen Ideal sprießen.

II. Der Kongreß richtet an alle Gewerkschaften der durch die Konferenz von Brüssel 1899 aufgestellten und durch den Pariser Kongreß von 1900 genehmigten Bestimmung entsprechend die Einladung, sich auf den internationalen Kongressen vertreten zu lassen und mit dem Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel enge Verbindung zu halten. Er beauftragt das letztere, sich mit dem Internationalen Sekretariat der Gewerkschaften zu Berlin behufs gegenseitiger Auskunftserteilung über die Organisation und die Agitation in Verbindung zu setzen.

III. Der Kongreß beauftragt das Internatonale sozialistische Bureau, alle Urkunden zu sammeln, die das Studium über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien aller Länder erleichtern können und hierüber dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten."

Beer, Seliger, Smitka und Hanusch-Oesterreich. Legien, Robert Schmidt, Kautsky und Pfannkuch-Deutschland. de Brouckère und Anseele-Belgien. Lindblad-Amerika. Olsen-Dänemark. Teszarsz-Ungarn. Nemec-Böhmen.

Die Resolution der Minderheit

hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß die einheitliche Organisation der Arbeiterschaft in Industrieverbände den Keim der Republik der Arbeit und daß sie die Organisationsform in die Verwaltungskräfte dieser künftigen ökonomischen Republik andeutet; in der ferneren Erwägung, daß die nur ihre einzelnen Berufsinteressen wahrenden Fachverbände überall, wo der Kapitalismus ohne Einschränkung zu seiner höchsten Machtentfaltung gelangt ist, sich dadurch charakterisiert, daß sie ein Bollwerk der kapitalistischen Gesellschaft sind („Wallstreet Journal" in New York, das Organ der Geldaristokratie über die A. F. L., dem von Gomperts und Mitchell geleiteten „Bund") und daß ihre Leiter zu großen kapitalistisch befehligten „Arbeitsoffizieren" werden (Marc Hanna, der Großkapitalist Amerikas, über die Leitung der A. F. L.).

beschließt der Kongreß:

1. daß Neutralität einer sozialistischen Partei gegenüber den Gewerkschaften gleichbedeutend wäre mit Neutralität dieser Partei gegenüber den Machinationen der kapitalistischen Klasse,

2. daß sich eine wirklich revolutionäre sozialistische Bewegung sowohl der politischen als auch der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats bedient, der ersteren zur Propaganda und zum Kampfe auf dem durch die heutige Zivilisation freigelassenen Gebiet des Wahlrechts, der letzteren als der einzig denkbaren Kraft, mit welcher der Stimmzettel wirksam unterstützt werden kann, ohne welche sein Wert illusorisch wird, einer Kraft, welche eines Tages für die letzte Aussperrung des Unternehmertums aus den der arbeitenden Menschheit gehörenden Betrieben unerläßlich sein wird,

daß ohne die politische Organisation die sozialistische Bewegung nicht zum Ziel gelangen kann; daß aber ohne die gewerkschaftliche Organisation der Tag des politischen Sieges des Sozialismus gleichzeitig auch der Tag seiner Niederlage sein würde; daß ohne diese gleiche gewerkschaftliche Organisation die sozialistische Bewegung die hohlen Politiker im schlechtesten Sinne des Wortes anziehen und hervorbringen würde, Leute, welche die arbeitende Klasse entehren und verraten würden, und daß dagegen wieder ohne die

politische Organisation die sozialistische Bewegung die Lockspitzel anziehen und hervorbringen würde, Leute, welche die Bewegung ermorden würden.

Industrial Workers of the world.
Sozialist Labour Party. (Nordamerika.)

Berichterstatter **Beer**=Wien: Es ist notwendig, daß diese Frage auf einem internationalen Kongresse klargestellt werde, weil vielfach Mißverständnisse in den verschiedenen Ländern bestehen, die die Schlagfertigkeit der Arbeiterbewegung lähmen und hemmen. So notwendig die Betonung der Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung ist, als ebenso notwendig und selbstverständlich muß betont werden: Gewerkschaften und Partei haben sich gegenseitig zu ergänzen. Denn nur jene Gewerkschaften werden wirklich nützliche Arbeit im Dienste des Proletariats leisten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die dafür sorgen, daß die Sozialisierung der Gesellschaft zur Tat werde. (Bravo!) Die Gewerkschaftsbewegung, die sich damit begnügte, den Arbeitern ein größeres Stück Brot zu verschaffen und ihren endgültigen Zweck darin erblicken würde, nur um Lohnerhöhung und kürzere Arbeitszeit zu kämpfen, würde meines Erachtens ihre Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft nicht erfüllen. (Bravo!) Die Angehörigen der Gewerkschaften müssen erfüllt werden mit dem Bewußtsein von der Notwendigkeit des Klassenkampfes, sie müssen zu Sozialisten gemacht werden. Ich finde einen Widerspruch zwischen einer solchen Gewerkschaftsbewegung und der Partei nicht. In diesem Sinne ist der Gewerkschaftskampf auch ein Klassenkampf. Die Gewerkschaft darf sich nicht damit begnügen, Erleichterung der Fesseln des Kapitalismus für die Arbeiter herbeizuführen, sondern sie muß die Arbeiterschaft auf den größeren, bedeutungsvolleren Kampf vorbereiten, in dem sie diese Fesseln endgültig zersprengt und zerreißt. Leider gibt es auch Gewerkschaften, die diese Aufgabe nicht erkannt haben. Ich glaube, daß das Verständnis zwischen Gewerkschaften und Partei am besten dadurch erzielt wird, wenn die Parteigenossen im Dienste der Gewerkschaftsbewegung und die Gewerkschaftler im Dienste der Partei aktiv ständen wie bei uns in Oesterreich. Wir haben ohne alles Mißverständnis seit jeher friedlich zusammen gearbeitet, verbunden durch eine starke Personalunion. Vertrauensmäner der Gewerkschaften sitzen im Rate der Partei und umgekehrt. Dadurch ist jener so notwendige Kontakt gegeben, der Mißverständnisse nicht aufkommen läßt und unfruchtbare Diskussion vermeidet. Wenn aber irgendwo Diskussionen über Streitfragen zwischen Partei und Gewerkschaften im Lande notwendig werden, so sollten sie stets erfüllt sein vom Geiste der Brüderlichkeit und Zusammengehörigkeit. Durch persönliche Herabsetzungen werden die Persönlichkeiten und damit leicht auch die verschiedenen Richtungen einander entfremdet. (Beifall.) Ich will nur ein Beispiel anführen: Im Anschluß an die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses über den Generalstreik schrieb eine Genossin:

„Tatsächlich war der Grundton, der aus der ganzen Generalstreikdebatte hervorklang, nicht Erfahrung, sondern Borniertheit. Sicher hat kein Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands stattgefunden, auf dem die Borniertheit so stark hervortrat wie in Köln. Eine Selbstgefälligkeit, Selbstsicherheit und Borniertheit, die sich an sich selbst berauscht, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erhaben denkt, welche sie gar nicht verstanden hat usw."

Ich begnüge mich, dem gegenüber festzustellen, daß der Mannheimer Kongreß der deutschen Sozialdemokratie erklärte — dem Sinne nach — es bestehe kein Unterschied zwischen den Beschlüssen von Köln und denen von Jena. Es ist also kaum nützlich, so voreilig zu urteilen, wie es hier ge=

schehen ist. Ich will die Hoffnung aussprechen, daß in Zukunft solche Aeußerungen unterbleiben.

In der Kommission ist erfreulicherweise vollständige Einmütigkeit erzielt worden. Der vorliegenden Resolution, die von Deutschland, Oesterreich, Schweden, Tschechen, Dänemark, Belgien und Ungarn eingebracht worden ist, haben sich in der Kommission fast alle Nationalitäten angeschlossen, bis auf eine Gruppe der Amerikaner, die eine selbständige Resolution einbrachte. Die Mehrheit der französischen Delegation erklärte, sie sei aus rein taktischen Gründen nicht imstande, die Resolution in ihrem Lande sofort zu verwirklichen, weil sie als Folge eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung befürchte. Ich bitte, die Resolution der Mehrheit mit möglichst großer Einmütigkeit anzunehmen. Die Resolution der Minderheit zeichnet sich nicht durch besondere Klarheit aus. Sollten die amerikanischen Genossen die Resolution nicht im letzten Augenblick zurückziehen, so müßte sie der Kongreß ablehnen. Weiter lagen zwei französische Resolutionen vor, die eine von der Mehrheit, die andere von der Minderheit. Wir konnten auch diese Resolutionen, obwohl wir mit einer einverstanden sein könnten, nicht annehmen, weil wir befürchteten, daß dadurch Rivalitäten in der französischen Gewerkschaftsbewegung entstehen könnten. In der nicht annehmbaren Resolution der Franzosen ist von dem „gewerkschaftlichen Kampfmittel des Generalstreiks" die Rede. Obwohl der Amsterdamer Kongreß, wie ich glaube, vollständige Klarheit über dieses Kampfmittel geschaffen hat, möchte ich neuerdings erklären, daß wir den Generalstreik durchaus nicht für ein Kampfmittel schlechthin halten, sondern für ein Kampfmittel, das nur unter ganz außerordentlichen Umständen anwendbar ist. In der Erfüllung eines Wunsches der überwiegend großen Mehrheit der Kommission richte ich an die französischen Kameraden die freundliche Bitte, ihre Anstrengungen zu vergrößern, um eine machtvolle gewerkschaftliche Bewegung in Frankreich zu schaffen, die sich freihält von bloßen Worten und dafür praktische positive Arbeit für die Arbeiter leistet. (Bravo!) Die Mehrheit der Franzosen hat mir eine Erklärung übergeben, von der sie verlangten, daß ich sie namens der Kommission vertrete. Mit dieser Erklärung war ich bis gestern abend einverstanden. Sie lautete:

„Der Kongreß nimmt Kenntnis von der Erklärung der französischen Delegation, daß in Frankreich die Entwickelung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und der politischen Partei der Arbeiterschaft eine besondere Richtung eingeschlagen hat, und daß die gegenseitige Unabhängigkeit und Autonomie der sozialdemokratischen Partei und der „Conféderation général du travail" gegenwärtig die notwendige Voraussetzung bildet zu ihrer Weiterentwickelung und zu der endlichen Möglichkeit einer freiwilligen Annäherung."

Heute morgen hat mir nun die französische Delegation mitgeteilt, daß sie auf Streichung des Worte „gegenwärtig" bestehen müsse. Dadurch wird der Sinn dieser Erklärung geradezu in das Gegenteil verkehrt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin daher nicht in der Lage, sie noch jetzt zur Annahme zu empfehlen. (Sehr wahr!)

Nachdem die Kommission in langer Beratung, in vier Sitzungen die Fragen durchgesprochen und die ihnen vorgelegte Resolution in allen einzelnen Punkten sorgfältig festgelegt hat, erscheint eine lange Debatte über diese Frage im Plenum keineswegs notwendig. Unsere Resolution sagt, was über die Frage zu sagen ist. Ich bitte um möglichst einstimmige Annahme. (Beifall.) Mit allem Nachdruck möchte ich jedoch folgendes erklären und feststellen: So sehr wir wünschen und wünschen müssen, daß die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften, zwischen Gewerkschaften und Partei, die innigsten sein sollen,

ebenso wünschen wir, daß die Herstellung dieser Beziehungen nicht dazu benutzt wird, eine Spaltung in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen. (Sehr richtig! Sehr gut!) Die Angehörigen eines Industriezweiges gehören in eine Gewerkschaft. Die Sonderorganisationen erweisen sich als nachteilig. Die Bestrebungen nach Vereinheitlichung und Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung sind zu fördern. Die erste Voraussetzung im Kampfe der Gewerkschaften ist ihre Einheitlichkeit. (Lebhafter Beifall.) Die erste Bedingung der gewerkschaftlichen Erfolge ist die Stärke der Gewerkschaften (Sehr wahr!) und je mehr die Partei sich bemüht, Mißverständnisse zu beseitigen, einen um so größeren Dienst wird sie den Gewerkschaften und damit dem kämpfenden Proletariat erweisen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

In der Diskussion erhält das Wort

De Leon-Vereinigte Staaten, von der Socialist Labour Party: Ich vertrete hier die Resolution der Minderheit und muß mit einer Richtigstellung beginnen. Nicht zwei, sondern fünf Stimmen hat dieser Antrag auf sich vereinigt, die eine von meiner Partei, weiter die von England, von Italien, der Schweiz und Frankreich. Ich bin mit dem Berichterstatter in zwei Ausdrücken völlig einig. Es handelt sich hier um eine taktische Frage, die ihren Schwerpunkt in der Einigkeit hat. Gerade darum aber kann ich nicht glauben, daß der Kongreß diese Frage nicht eingehend diskutieren will. Der Kongreß wird sich doch nicht auf eine Stufe mit der württembergischen Regierung im Falle Quelch stellen, die auch nichts hören wollte. (Heiterkeit.) Unser Haupteinwand gegen die Mehrheitsresolution besteht darin, daß sie nur die gewerkschaftlichen Verhältnisse der gewerkschaftlich zurückgebliebenen Länder berücksichtigt und nicht die Nordamerikas, das kapitalistisch am weitesten vorgeschritten ist. Wohl haben auch wir christliche und vielleicht auch gelbe und grüne Gewerkschaften. Sie sind aber alle nach ihrem eigenen Geständnis „Bollwerke“ des Kapitalismus. Die Gewerkschaftsführer Amerikas arbeiten einheitlich in der „Civil Federation“ mit den Großkapitalisten zusammen, die ihren Frieden mit dem Trade-Unionismus gemacht haben. Auch in Europa wird man noch zu dieser Entwickelungsstufe kommen. Mit diesen Gewerkschaften ist ein Zusammengehen nicht möglich. Nur auf echt sozialdemokratischen Gewerkschaften läßt sich eine echte politische Sozialdemokratie aufbauen. Angesichts dieser Verhältnisse in Amerika bitte ich Sie um Annahme der Minderheitsresolution, die allein alle gewerkschaftlichen Verhältnisse der Internationale umfaßt.

Die Rede, die von **De Leon** selbst in den drei Kongreßsprachen nacheinander gehalten wird, findet bei einem Teil der Kongreßmitglieder lebhaften Beifall.

de Brouchère-Belgien: Der Vorredner hat nachzuweisen versucht, daß die Mehrheitsresolution nicht den vorgeschrittenen kapitalistischen Zuständen Amerikas entspricht. Ganz bestimmt aber entspricht die Minderheitsresolution den europäischen Verhältnissen nicht. Erklärt sie doch in ihrer Einleitung die Neutralität gegenüber den Gewerkschaften für eine Neutralität gegenüber den Machinationen der besitzenden Klasse, fordert also ihre direkte und unmittelbare Bekämpfung. Wir würden hier gegen die Prinzipien und die Taktik der sozialistischen Parteien aller Länder Europas aufs schwerste verstoßen. Sehen wir aber von diesem Einwand ab, so erscheint auch mir die Sache spruchreif. Ich möchte daher einige kurze Bemerkungen machen, um Sie auf die Abstimmung vorzubereiten und deren Bedeutung klarzulegen. Zwei Punkte in der Kommissionsresolution verdienen scharf hervorgehoben zu werden. Zunächst, daß den Gewerkschaften auf ihrem Gebiete volle Autonomie zugestanden werden müsse. Um jede Zweideutigkeit zu zerstören, will ich hervorheben, daß die belgischen Gewerkschaften diese Autonomie haben. Wenn ein Streik ausbricht oder ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, ein Waffenstillstand zur Sammlung neuer Kräfte für künftige Kämpfe, so

tun das die Gewerkschaften unter ihrer eigenen Verantwortung, ohne daß sich die Partei einmischt. Die belgischen Gewerkschaften sind keineswegs eine bloße Elementarschule des Sozialismus, durch die die Arbeiter an die Sozialdemokratie herangezogen werden sollen, um dann in die höhere Schule des Sozialismus, der Partei überzugehen. Die Gewerkschaften führen durchaus einen eigenen Kampf, der notwendig ist zur Befreiung des Proletariats. Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, ist der: Partei und Gewerkschaften haben jede ihr eigenes Kampffeld. Aber zwischen ihnen ist ein gemeinsames Kampfgebiet, und dieses wird immer größer und größer. Allein kämpft die Partei, wenn es sich um eine spezifisch politische Forderung handelt. Sonst aber werden die proletarischen Kämpfe von Partei und Gewerkschaft gemeinsam geführt. Wie die Einheit jeder Nation auf diesem gemeinsamen Kampfgebiete zwischen Partei und Gewerkschaften herzustellen ist, müssen wir jeder Nation überlassen. Deshalb zum Schluß noch ein Wort zu der Resolution der französischen Genossen. Die Resolution will die Gewerkschaften auffordern, sich mit der Partei zu verständigen und die Elemente zu bekämpfen, die diese Verständigung hindern. Die Resolution der französischen Mehrheit will einfach eine Art Waffenstillstand zwischen Partei und Gewerkschaften, damit die Gewerkschaftler, wenn sie wieder sehen, daß in der Gewerkschaft für sie Platz ist, nicht in die gleiche Personalunion mit der Partei sich begeben, wie sie in Deutschland besteht. Welche dieser beiden Resolutionen für Frankreich richtig ist, will ich nicht entscheiden. Aber das ist richtig, daß wir die französischen Genossen nicht schulmeistern, ihnen nicht eine fremde Methode aufzwingen können. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften soll eine Ehe sein, aber die Gewerkschaften sollen nicht vergewaltigt werden. (Lebhafter Beifall.)

Vaillant-Frankreich (mit lebhaftem Händeklatschen empfangen): Die Resolution der französischen Mehrheit entspricht dem Beschluß des letzten französischen Parteitages in Nancy. Wir hatten die Absicht, seinen Beschluß dem internationalen Kongreß zur Annahme vorzulegen, sind aber davon abgekommen, weil wir nicht anderen Ländern die Regeln unserer ganz eigenartigen Entwickelung aufzwingen wollen. Wir beschränken uns daher darauf, die einfache Entgegennahme einer Erklärung von uns zu verlangen. Wir wollen einfach sagen, daß die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften in Frankreich andere sind als in anderen Ländern, und daß man diese besondere Entwickelung nicht unter allgemeine Regeln beugen, sondern sich ruhig soll weiter vollziehen lassen in der sicheren Erwartung der Einigung, aber nicht in der Absicht, sie im Augenblick zu erzwingen. Der Berichterstatter hat in unsere Erklärung ein Wort einfügen wollen. Wenn wir die Einfügung des Wortes „gegenwärtig" ablehnen, so deshalb, weil wir es für vollständig überflüssig halten. Wir konstatieren einfach eine Tatsache, und das tut man immer nur für die Gegenwart. Wenn man sagt „es regnet", setzt man auch nicht „gegenwärtig" hinzu. Ueberdies gibt unsere Sektion einfach ihre Erklärung ab und braucht dazu nicht die Mitarbeit des Berichterstatters. Die Erklärung enthält nur Tatsachen, und auch der Kongreß kann daher nichts hinzufügen und nichts wegnehmen. Die Majorität der französischen Delegierten will verhindern, daß ein internationaler Beschluß in die besonderen Verhältnisse, die sich in Frankreich entwickelt haben, störend eingreift. Früher, als die französische Sozialdemokratie in die verschiedensten Richtungen gespalten war, suchte jede Richtung die Gewerkschaften für sich zu gewinnen. Dadurch wurde die Spaltung auch in die Gewerkschaften getragen und eine einheitliche Aktion der Gewerkschaften unmöglich gemacht. Infolgedessen hielten sich die Gewerkschaften mit der Zeit auch vom politischen Leben ganz fern und erklärten die strikte Neutralität. Die Verhältnisse besserten sich in dem Maße, wie es dem allgemeinen Gewerkschaftsbund gelang, alle die verschiedenen gewerkschaftlichen

Organisationen zu sammeln. Das wirkte günstig zurück auch auf die Einigung der verschiedenen politischen Fraktionen. Nach ihrem Zustandekommen kam es wieder zu einem freundlich-nachbarlichen Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, und gegenwärtig herrscht ein Friedenszustand, und man gelangt immer mehr zu einem einheitlichen System, zu einer Zusammenfassung der Kräfte. Die Mehrheit der französischen Delegation wendet sich nur dagegen, daß ihr vom Kongreß bestimmte Regeln für ihr Verhalten vorgeschrieben werden sollen. (Beifall bei der Mehrheit der Franzosen.)

Troelstra-Holland: Die holländische Delegation war anfangs geneigt, der französischen Erklärung zuzustimmen, weil sie annahm, daß die Mehrheit der Parteigenossen ihres Landes selbst am besten wissen müsse, was sie taktisch zu tun hätte. Bei näherer Erwägung mußten wir uns aber für strikte Ablehnung dieser Erklärung aussprechen, weil sie nicht einfach einen auf die Dauer zu verändernden Ausnahmezustand für Frankreich konstatiert, sondern ihn als Normalzustand akzeptiert. Noch deutlicher wurde das aus dem Widerstand der französischen Majorität gegen die Aufnahme des Wortes „gegenwärtig". Auch das französische „prendre act" ist viel stärker, als das deutsche „zur Kenntnis nehmen" und kommt dem „billigen" sehr nahe. Die Beschlüsse der internationalen Kongresse haben nur einen moralischen Wert. Deshalb müssen sie in sich selbst eine möglichst große Garantie für die Ausführung in der Praxis haben. Wenn wir aber hier einen allgemeinen Beschluß, ein Prinzip aufstellen, und zugleich Verhältnisse sanktionieren, die mit diesem Prinzip in Widerspruch stehen, so ist der moralische Wert dieses Beschlusses vernichtet. (Beifall.) Was der Erklärung unserer französischen Genossen vor allem fehlt, ist der Ausspruch, daß sie bereit sind, in ihrer Weise und trotz der Schwierigkeiten in ihrem Lande dennoch im Geiste unserer Resolution zu wirken. (Sehr gut!) Bei den Ausführungen Vaillants kam mir unwillkürlich die Haltung der Franzosen in Amsterdam in den Sinn. Damals wurde auch von ihnen gegen die angenommene Resolution protestiert mit Rücksicht auf die speziell französischen Verhältnisse. Es wurde auch gesagt: Wir wollen uns nicht unterwerfen, wir wollen frei sein. Ich sage: Gegenüber Beschlüssen internationaler Kongresse ist keiner von uns frei. Diesen Beschlüssen sollen wir uns aus eigenem Willen unterwerfen. (Bravo!) Wenn die Franzosen nun wenigstens eine machtvolle Gewerkschaftsbewegung aufweisen könnten. In Wirklichkeit können ihre Gewerkschaften noch sehr viel von denen anderer Länder, speziell von denen Deutschlands, lernen. (Bravo!) Die Confédération du travail wird geleitet von Personen, die auf die Arbeiter mit kleinen Beiträgen und großen Worten wirken, wie wir es auch von dem nationalen Arbeitersekretariat in Holland erlebt haben. (Sehr wahr!) Wir müssen den Anarchismus nicht nur im politischen, sondern auch im gewerkschaftlichen Leben bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Vaillant gesagt hat, daß in Frankreich zwischen Partei und Gewerkschaft eine schöne Einheit besteht, so kommt das auch daher, weil die Partei auf die Erfüllung ihrer Pflicht verzichtet, Klarheit in die Köpfe der Gewerkschaftler zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Die französische Minderheit besteht aus 141 Stimmen gegenüber 167 der Mehrheit. Sie wird gebildet aus den Sozialisten des Nordens, die es verstanden haben, eine enge Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften zustande zu bringen. Diesen Genossen dürfen wir die Arbeit nicht erschweren. (Beifall.) Daher bitte ich Sie, die Deklaration der französischen Majorität glatt abzulehnen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf tritt um 1½ Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender **Singer** eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Mitglieder der englischen Delegation die Erklärung abgeben lassen, daß sie für die Resolution der Mehrheit stimmen werden, indem sie die Worte „die vollständige unabhängige Aktion der gewerkschaftlichen Organisation" und die Worte „die innigen Beziehungen, die zwischen Partei und Gewerkschaft bestehen sollen" so ausgelegt wissen wollen wie die Deutschen und Oesterreicher. Ferner läßt ein Teil der Delegation, die Fabier und die Independent Labour Party, erklären, daß sie gestern gegen die Resolution, die zum Frauenwahlrecht angenommen ist, gestimmt haben.

Hierauf erhält das Schlußwort

Beer-Oesterreich: Ernsthafte Einwendungen sind gegen die von der Mehrheit vorgelegte Resolution nicht gemacht worden. Die Ausführungen des amerikanischen Delegierten, der die Minoritätsresolution verteidigte, vermochte schon die Kommission in ihrer Auffassung nicht zu erschüttern. Ein internationaler Kongreß kann nicht Beschlüsse fassen, die vornehmlich aus den Erfahrungen eines Landes geschöpft werden. Dazu kommt, daß die Fassung der Minoritätsresolution, indem sie einmal eine selbstständige Gewerkschaftsbewegung nicht anerkennt, sie aber andererseits voraussetzt, geeignet ist, Verwirrung zu stiften. Was die Erklärung der Majorität der Franzosen anlangt, so muß ich die Ausführung Vaillants, die er gegen mich gemacht hat, zurückweisen. Er ist über die Vorgänge nicht genügend unterrichtet. Im übrigen kann der Kongreß über eine solche Erklärung nicht abstimmen, denn er würde mit einer solchen Abstimmung diese Erklärung sanktionieren, wofür nicht der geringste Anlaß vorliegt. Wenn die Mehrheit der französischen Delegation die Erklärung abgibt, so möge sie dem Protokoll einverleibt werden. Zu den weiteren Ausführungen Vaillants bemerke ich, daß in unserer Resolution ausdrücklich steht, daß die Herstellung guter Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei auf keinen Fall die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung stören darf. Im Endsatz wird das ausdrücklich betont. Die Befürchtungen Vaillants sind deshalb unbegründet. Gewiß, der Kongreß ist nicht berechtigt, in die internen Streitfragen eines Landes eingreifen. Aber das geschieht auch nicht. Wir greifen nicht in die Differenzen der Gewerkschaftsbewegnug ein, wenn wir es als wünschenswert und nützlich erklären, daß zwischen Gewerkschaften und Partei gute Beziehungen hergestellt werden. Es ist ein guter Rat, der hoffentlich von den französischen Genossen auch beachtet wird. Wir wollen die französischen Genossen durchaus nicht schulmeistern. Aber wir meinen, daß das Werk der französischen Einigung kein vollständiges ist, solange es dort nicht gelungen ist, eine aktionsfähige machtvolle Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Daher bitte ich Sie, die Resolution der Mehrheit anzunehmen. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung.

Sembat-Frankreich gibt zunächst eine Erklärung der französischen Majorität in der vom Berichterstatter im Schlußwort festgelegten Form zu Protokoll. Auch die französische Minderheit verzichtet auf die Abstimmung. Hierauf wird die Resolution der Mehrheit (Kommissionsantrag) in einer Abstimmung nach Nationen mit 212½ gegen 18½ Stimmen angenommen. Mit Nein stimmen von Frankreich 11, von Italien 3, von den Vereinigten Staaten 4½ Stimmen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Ein- und Auswanderung.

Hierzu liegt seitens der Kommission folgender Antrag vor:

„Der Kongreß erklärt:

Die Ein= und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Ueberproduktion und Unterkonsum der Arbeiter. Sie sind oft ein Mittel, den Anteil der Arbeiter an der Arbeitsproduktion herabzusetzen und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an.

Der Kongreß vermag ein Mittel zur Abhülfe der von der Aus= und Einwanderung für die Arbeiterschaft etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmemaßregeln zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen.

Dagegen erklärt es der Kongreß für eine Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen die im Gefolge des Massenimportes unorganisierter Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zu wehren, und erklärt es außerdem für ihre Pflicht, die Ein= und Ausfuhr von Streikbrechern zu verhindern. Der Kongreß erkennt die Schwierigkeiten, welche in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entwickelungsstufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften Einwanderung unorganisierter und an niederer Lebenshaltung gewöhnter Arbeiter aus Ländern mit vorwiegend agrarischer und landwirtschaftlicher Kultur erwachsen, sowie die Gefahren, welche ihm aus einer bestimmten Form der Einwanderung entstehen. Er sieht jedoch in der übrigens auch vom Standpunkt der proletarischen Solidarität verwerflichen Ausschließung bestimmter Nationen oder Rassen von der Einwanderung kein geeignetes Mittel, sie zu bekämpfen. Er empfiehlt daher folgende Maßnahmen:

I. Für das Land der Einwanderung:

1. Verbot der Aus= und Einfuhr derjenigen Arbeiter, welche einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft wie ihre Löhne nimmt.

2. Gesetzlichen Arbeiterschutz durch Verkürzung des Arbeitstages, Einführung eines Minimallohnsatzes, Regelung des Sweatings=Systems und der Heimarbeit, strenge Aufsicht über die Wohnungsverhältnisse.

3. Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weitgehendste Erleichterung der Naturalisation.

4. Für die Gewerkschaften aller Länder sollen dabei folgende Grundsätze allgemeine Geltung haben: a) Uneingeschränktester Zutritt der eingewanderten Arbeiter in die Gewerkschaften aller Länder, b) Erleichterung des Eintritts durch Festsetzung angemessener Eintrittsgelder, c) unentgeltlicher Uebertritt von einer Landesorganisation in die andere bei vorheriger Erfüllung aller Verbindlichkeiten in der bisherigen Landesorganisation, d) Erstrebung internationaler gewerkschaftlicher Kartelle, durch die eine internationale Durchführung dieser Grundsätze und Notwendigkeiten ermöglicht wird.

5. Unterstützung der Gewerkschaftsorganisationen derjenigen Länder, aus denen sich die Einwanderung in erster Linie rekrutiert.

II. Für das Auswanderungsland:

1. Regste gewerkschaftliche Agitation. 2. Belehrung der Arbeiter und der Oeffentlichkeit über den wahren Stand der Arbeitsverhältnisse in den Einwanderungsländern. 3. Reges Einvernehmen der Gewerkschaften mit denen des Einwanderungslandes behufs gemeinsamen Vorgehens in der

Frage der Ein- und Auswanderung. 4. Da die Arbeiterauswanderung außerdem oft durch Eisenbahn- und Dampfschiffsgesellschaften, durch Landspekulanten und andere Schwindelunternehmungen, durch Erteilung falscher erlogener Versprechungen an die Arbeiter künstlich simuliert wird, verlangt der Kongreß:

Ueberwachung der Schiffsagenturen, der Auswanderungsbureaus, eventuell gesetzliche oder administrative Maßnahmen gegen diese, um zu verhindern, daß die Auswanderung für die Interessen solcher kapitalistischen Unternehmungen mißbraucht werden.

III. Neuregelung des Transportwesens, insbesondere auf den Schiffen, Ueberwachung der Bestimmungen durch Inspektoren mit Disziplinargewalt, welche aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Einwanderungs- sowie Auswanderungslandes zu bestellen sind, Fürsorge für neuankommende Einwanderer, damit sie nicht von vornherein der Ausbeutung durch die Schmarotzer des Kapitals anheimfallen.

Da der Transport von Auswanderern nur auf internationaler Basis gesetzlich geregelt werden kann, beauftragt der Kongreß das Internationale sozialistische Bureau, Vorschläge zur Neuregelung dieser Materie auszuarbeiten, in denen die Einrichtung und Ausrüstung der Schiffe sowie der Luftraum zu normieren ist, welcher auf jeden Auswanderer als Minimum zu entfallen hat, und dabei besonders Gewicht darauf zu legen, daß die einzelnen Auswanderer die Passage direkt mit der Unternehmung vereinbaren, ohne Intervention irgendwelcher Zwischenunternehmer. Diese Vorschläge sind den Parteileitungen behufs legislativer Verwendung sowie zur Propaganda mitzuteilen."

Zu I Abs. 3 liegt von Norwegen, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Ungarn, Frankreich, Schweden, Holland, Böhmen, Japan, Argentinien, Rumänien, Belgien, Spanien, Dänemark, Schweiz, Rußland, Bulgarien und Italien folgendes **Amendement** vor:

„Regelung der Ausweisung Landesfremder, welche nicht aus politischen Gründen und auch nicht auf administrativem Wege, sondern nur durch Gerichtsbeschluß verfügt werden darf."

Berichterstatter der Kommission ist

Ellenbogen-Oesterreich, der mit lebhaftem Beifall empfangen wird: Der Kapitalismus ist die Wirtschaftsordnung in ungeheueren Dimensionen. Was er anfaßt, behandelt er in größtem Maßstabe. Seine Produktionen sind Massenproduktionen. Sein Absatz umfaßt die ganze Welt. Die wahnsinnigsten Reichtümer häuft er auf neben dem furchtbarsten Elend. Seine kulturellen Wirkungen sind positiv und negativ Massenwirkungen. Alte Kulturländer reißt er aus tausendjährigem Schlaf, wilde Gegenden erschließt er der Kultur. Wenn er Kriege führt, erdröhnen Erdteile unter dem Massentritt seiner Bataillone. Wenn er zu morden anfängt, entfesselt er die gräßlichsten Blutbäder in der Weltgeschichte. Und alle Probleme, die der Kapitalismus aufwirft, haben gigantischen Charakter. Er erfaßt die menschliche Gesellschaft in ihrem größten Umfange und ihrer tiefsten Wurzel. So rollt der Kapitalismus ungeheure Probleme auf, aber sie zu lösen, ist er nicht imstande. Es gehört mit zu dem anarchischen Charakter des Kapitalismus, daß er die Gesellschaft in ihren tiefsten Tiefen aufwühlt und kolossale Kräfte entfesselt, ohne sich Rechenschaft abzulegen, ob er imstande sein wird, die aufgepeitschten Elemente zu bändigen. Bei dieser ziel- und planlosen, dieser hirnlosen Art zu wirken, vermag der Kapitalismus im wesentlichen nur gewaltige Verheerung anzurichten. Erst der Sozialismus kann Ordnung schaffen, die Fragen beantworten, die Probleme lösen. Gleicht somit der Kapitalismus in gewissem Sinne der Natur,

welche Millionen Keime verschwenderisch vernichtet, um ein Lebewesen, einen lebendigen Organismus zu erzeugen, so wird der Sozialismus die von Menschenwesen geleitete Vernunft sein, welche das aufgewühlte Chaos ordnet, und die entfesselten Kräfte in das geregelte Bett einer gesunden gleichmäßigen Entwickelung leitet. (Bravo!) Zu den größten Problemen, die der Kapitalismus gestellt hat, gehört die Frage, die uns augenblicklich beschäftigt. Die modernen Wanderungen übertreffen an Intensität und Ausdehnung die alten großen Völkerwanderungen. Sie reißen ganze Generationen aus dem heimatlichen Boden und verpflanzen ganze Nationen in fremdes Land, vernichten hier ein Volk in seiner kulturellen Eigenart und lassen dort neue Nationen und Kulturen entstehen. Der Hauptgrund dieser Wanderung ist die unersättliche Gier des Kapitalismus nach Bereicherung. Die Organisationen der durch den Sozialismus aufgeweckten Arbeiter verlangen einen größeren Anteil an dem Arbeitsprodukt. Das ist eine Schmälerung der Profitrate, und das kann sich der Kapitalismus auf die Dauer nicht gefallen lassen. Der Profit muß wieder erhöht und die Arbeiter durch ihre eigenen Brüder bekämpft werden, die Macht ihrer Organisationen muß wieder vernichtet werden. Das Streben nach Einführung schlecht entlohnter Arbeiter liegt also im Wesen des Kapitalismus wie die Ausbeutung und alle anderen ökonomischen und sozialen Folgeerscheinungen des Kapitalismus. Weiterhin treibt der Untergang der alten agrarwirtschaftlichen Hausverfassung die Arbeiter und kleineren Bauern, soweit sie nicht durch Hunger und Seuchen weggerafft sind, aus dem Lande. Dieser Trieb zur Auswanderung ist so stark, daß selbst der stärkste Zarismus nicht imstande ist, diese Schädigung des von ihm ausgebeuteten Landes zu verhindern. Schließlich kommen noch politische Ursachen hinzu: die Erhebung der gedrückten Proletariermassen, die Verfolgung der Revolutionäre und die Pogrome, die schließlich auch nichts weiter sind, als der Ausfluß der Verzweiflung untergehender Bauernschichten, die von den schuldbewußten Machthabern absichtlich auf falsche Fährte geführt werden, damit ihre Rache nicht den Schuldigen treffe. Nun treffen diese auswandernden Arbeiter in der neuen Heimat mit den einheimischen zusammen, scheinbar dazu bestimmt, sich gegenseitig zu bekämpfen. Wenn Freiligrath vor mehr als 50 Jahren in seinem bekannten Gedicht: „Ich kann den Blick nicht von Euch wenden" dem Gefühl der Trauer darüber Ausdruck gegeben hat, daß diese nun heimaltlosen Massen alles verlassen müssen, was ihnen lieb geworden ist, so sind die Probleme, welche gegenwärtig bei der nationalen Massenauswanderung auftreten, weit ernster, tiefer und furchtbarer. Es entsteht nunmehr ein übermenschliches Ringen der Einwandernden um einen Platz nicht an der Sonne, sondern um einen Platz in den stinkenden Schlachthäusern von Chicago, in den schmutzigen Massenquartieren von San Francisco. Es entsteht ein mörderischer Kampf, um ein elendes, niedriges, furchtbares Dasein zu führen (Bewegung), ein Kampf zwischen den Einheimischen und Einwanderern einerseits und unter den Einwanderern selbst andererseits. Wer den Roman von Upton Sinclair: „The Jungle" gelesen hat, hat eine Ahnung von der Gräßlichkeit dieses sozialen Kampfes gewonnen. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob dieses Problem unlösbar wäre. Dann könnte der Kapitalismus jubeln darüber, daß er nun endlich ein Mittel gefunden habe, das der Organisation seiner Feinde, der Arbeiter, unheilbare Wunden schlägt. Der Kapitalismus hat also gar kein Interesse daran, das Problem zu lösen. Entweder will er die Arbeiter aus dem Auslande heranziehen, dann zerstört er die Organisationen der Arbeiter, ohne Rücksicht selbst auf die Seuchenherde, die die Masseneinwanderung auch für ihn gefährlich macht, oder die fremden Arbeiter kommen in zu großer Massenhaftigkeit, vielleicht schon als ausgepreßte Zitronen herein, dann weist er sie als lästige Ausländer aus und wirft sie zurück ins Elend. Anders der Sozialismus, anders dieser Kongreß,

der die Anschauungen der Sozialisten aller Länder wiedergibt. Unsere Aufgabe lautet einfach: Schutz sowohl den einheimischen als auch den zuwandernden Arbeitern. Würden wir nur die ersteren schützen, so würden wir Millionen von Einwandernden wehrlos der Beutegier des Kapitalismus preisgeben. Schützen wir aber einseitig die Einwandernden, so würden wir die Mühe und Arbeit jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Organisation vernichten. Wenn wir nun nach den praktischen Mitteln dieses Schutzes fragen, so ist es klar, daß für die Sozialdemokratie beschränkende Ausnahmegesetze vollständig unmöglich sind. (Bravo!) Diese werden daher in der Resolution mehrfach ausdrücklich ausgeschlossen. Weiter läge es nahe, selbst für die Arbeiter fremder Rassen den Zutritt zu verwehren. Und leider hat es auch Arbeitergruppen gegeben, die sich auf diesen Standpunkt gestellt haben. Ich glaube nicht, daß es Sozialdemokraten gewesen sind. Was die Inferiorität von Nationen anlangt, so haben wir erstens immer gesehen, daß wenn eine Nation nur sozusagen Luft bekommen hat, wenn sie von dem Abschluß von der Kultur freigeworden ist, sie sich erhoben hat, die Möglichkeit des Aufsteigens somit hier niemals als von vornherein ausgeschlossen gelten kann. Zweitens sollen die Arbeiter wie die einzelnen Nationen nicht etwa die internationale Solidarität dahin auffassen, daß sie sich einem farblosen Internationalismus hingeben, daß sie etwa ihre Nationalität zu verleugnen hätten. Im Gegenteil, die Arbeiter aller Nationen haben das Recht und die Pflicht, an den Kulturschätzen ihrer eigenen Nation mit Liebe und Begeisterung zu hängen (Bravo!), sie werden ihre Eigenart um so mehr bewahren, als sie wissen, daß die Nation gerade durch Bewahrung ihrer Eigenart der Kultur der Gesamtheit am meisten nützt. Sie haben aber andererseits doch so viel Achtung vor der Eigenart anderer Nationen, daß sie es als Verbrechen ansehen würden, diese etwa von dem Aufsteigen zu einer höheren Kulturstufe abhalten zu wollen. Drittens möchte ich sagen: man kann nicht immer genau unterscheiden, was in dem Getriebe der Nationen inferior und superior ist. Es hat eine Nation gegeben, die sich für äußerst hochstehend gehalten hat, sie ist in einem großen Kriege von einer verachteten Rasse so gründlich aufs Haupt geschlagen worden, daß sie Jahrzehnte zur Erholung brauchen wird, wobei diese verachtete Rasse eine Größe der inneren Kultur gezeigt hat, an der sich manche europäische Nationen ein Beispiel nehmen können. Von diesen negativen Momenten abgesehen, gibt es aber auch eine Reihe positiver Maßnahmen, wie sie in der Resolution der Kommission enthalten sind. Die Hauptaufgabe fällt dabei den Gewerkschaften zu, die mit der Organisation der Auswanderer schon in ihrem Mutterlande zu beginnen haben, wie es unsere deutschen Parteigenossen mit den italienischen Auswanderern in mustergültiger Weise getan haben. Die Gewerkschaften der verschiedenen Länder sollten wohlgeordnete Systeme schaffen, sich gegenseitig in der Auswanderungsfrage in die Hände arbeiten und den einwandernden Arbeitern den Zutritt zu den Gewerkschaften erleichtern. Ich kann es nicht als einen Akt internationaler Brüderlichkeit ansehen, wenn gewisse Gewerkschaften, um Arbeitern den Zutritt zu erschweren, das Eintrittsgeld um 100—250 Dollars erhöhen. (Lebhafter Beifall.) Bei aller Würdigung der Forderungen der Konkurrenz durch zuwandernde Arbeiter kann das Mittel, diese Gefahr zu mindern, nur gefunden werden in der brüderlichen Heranziehung und Aufklärung dieser armen Leute. (Bravo!) Weiter gehört zu den Mitteln ein Informationsbureau zur Belehrung der Arbeiter über die Verhältnisse im Auslande, wie es in Paris als freie Organisation der im Auslande lebenden Sozialdemokraten bereits besteht. Weiter kommt dazu die Gruppe der gesetzlichen Maßnahmen, der Schutz der Gewerbe, die besonders von der Einwanderung betroffen werden, die Maximalarbeitszeit, ferner der Minimallohn, die Regelung der Heimarbeit und so weiter. Ein besonderer Passus richtet sich gegen die Ausbeutung durch die Transportgesellschaften.

Ich gebe zu, daß die Resolution etwas eckig und hart ist. Aber ein sozialistischer Kongreß ist nicht dazu da, Romane zu schreiben. Hart im Raume stoßen sich die Sachen, und der Ausdruck der eckigen Tatsachen ist diese harte, eckige Resolution. Ich bitte Sie, diese mit vieler Mühe zustande gekommene Resolution, die eine Mittellinie der verschiedenen Anschauungen bildet, einstimmig anzunehmen. Das eingebrachte Amendement akzeptiere ich, obgleich ich bemerke, daß diese Resolution viel weiter geht. Aber Sie werden sich wohl alle denken können, welchem Spezialgrund dieser Antrag seine Entstehung verdankt.

Genossen! Alle unsere Reden und die schönsten Resolutionen werden aber nichts nützen, wenn nicht die Ueberführung dieser Beschlüsse in die Wirklichkeit gewährleistet ist, von dem Geiste der internationalen brüderlichen Liebe zu allen denjenigen, die unter dem Joche des Kapitalismus seufzen. (Lebhafter Beifall.) Lassen Sie sich von diesem Gedanken, von dem berühmten, so oft zitierten Schlußsatz des Kommunistischen Manifestes leiten, nicht nur bei der Abstimmung über diese Resolution, sondern vor allem, wenn Sie zur Ausführung dieser Resolution draußen im wirklichen Leben schreiten. (Stürmischer Beifall.)

Das Amendement zur Resolution der Kommission wird zurückgezogen.

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Hillquit-Amerika: Ich habe zunächst im Namen von Karl Kautsky und Rosa Luxemburg zu beantragen, die Forderung des Minimallohnes für die Einwanderungsländer zu streichen. Denn diese Forderung hat bereits ein internationaler Sozialistenkongreß für utopistisch und unwissenschaftlich erklärt. Der zweite Antrag der genannten Genossen geht dahin, an die Stelle von der Regelung des Sweatingsystems und der Heimarbeit zu setzen: „Verbot des Sweatingsystems und Regelung der Heimarbeit". Der Antrag begründet sich selbst. In meinem eigenen Namen trete ich für die Annahme der Resolution der Kommission ein, und tue das um so lieber, als ich in der Kommission in der Minderheit war. Die Kommissionsvorlage erscheint mir allerdings nicht fehlerfrei. Abgesehen von den beiden bezeichneten Punkten aber ist es ungeheuer schwer, eine solche Frage international zu lösen, angesichts der großen Verschiedenheit von Auswanderungs- und Einwanderungsvölkern. Und die Kommission hat ihre höchst schwierige Aufgabe so gut wie möglich gelöst. Innerhalb der einzelnen Nationen löst sich praktisch diese Aufgabe natürlich viel leichter, international bietet sie die größten Schwierigkeiten der Praxis und auch des Prinzips. Da wir in jeder Kommission eine radikale und eine konservative Richtung gebrauchen, so habe ich temporär die konservative Rolle für unsere Kommission übernommen (Heiterkeit), und das um so lieber, als ich die für eigentlich revolutionär halte. Das politische und soziale Interesse der Arbeiter aller Länder richtet sich in gleicher Weise gegen das Interesse der kapitalistischen Kreise, die sie in allen Ländern ausbeuten. International solidarisch führt die Arbeiterklasse den Kampf für ihre Emanzipation, für die Befreiung der Menschheit. Was diesen Kampf fördert, ist international, was ihn hindert, antisozialistisch. Als Grundlage für den Klassenkampf haben wir in allen Ländern die Organisation der einheimischen Arbeiterklasse. Genossen! Wir machen in jedem Lande einen strengen Unterschied zwischen der organisierten Arbeiterklasse und Streikbrechern, und was wir den Streikbrechern im eigenen Lande nicht erlauben, sollen wir es den Arbeitern des fremden Landes zugestehen? So wollten wir Amerikaner uns bisher der Einwanderung von Streikbrechern widersetzen, und wir dachten bei dem Einwanderungsverbot natürlich stets nur an einen Stamm, an die Chinesen. Nun hat uns diese Resolution eine andere Richtschnur gegeben, der wir von jetzt an loyal folgen werden. (Lebhafter Beifall.) Wir erkennen an, daß jedes

Ausnahmegesetz gegen eine Klasse oder Nation vom sozialistischen Standpunkt aus unzulässig ist. Wir haben bisher die Schwierigkeiten, denen wir gegenüberstanden, nach unserer Methode überwinden wollen. Die Proletarier aller Länder haben jetzt eine andere Methode vorgeschlagen. Als Teil des internationalen Proletariats fügen wir uns und erkennen den Beschluß an. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Kato-Japan (mit stürmischem Händeklatschen begrüßt) spricht gleich dem Vorredner deutsch: Ich bin diesem Kongreß unendlich dankbar. Ich habe hier schon dreimal vor freudiger Erregung geweint. Wir in Japan haben ja gar keine Freiheit. Unsere ganze sozialistische Agitation im Lande selbst ist erst 3 bis 4 Jahre alt. Man spricht jetzt von einem neuen Kriege Japans mit Amerika. Ich glaube nicht daran. Aber wenn er käme, wäre er nur ein Kampf zwischen amerikanischen und japanischen Kapitalisten. Die Arbeiter aller Länder müssen nach dem Worte von Karl Marx zusammenstehen, um die Kapitalisten zu bekämpfen. (Stürmischer Beifall.) Die Frage dieser Resolution ist für uns von der größten Wichtigkeit wegen der starken Einwanderung der Japaner nach Amerika. Wir haben leider noch keine gewerkschaftlichen Organisationen in Japan. Unsere Bevölkerung ist so arm und ungebildet. Wenn die Amerikaner sie gleichwohl in ihre Organisation aufnehmen würden, könnte die schädliche Wirkung unserer Einwanderung auf die Löhne der amerikanischen Genossen vielleicht eher ausgeglichen werden. Wir müssen ja auswandern. Wir sind zu viele arme, gequälte Menschen. Unsere sozialdemokratische Propaganda in Japan ist so schwer. Man unterdrückt uns, man nimmt uns unsere Zeitungen, Erziehen Sie doch in Amerika unsere armen Brüder zu Kampfgenossen! Möchten doch die Genossen in Amerika unter unseren armen Arbeitern agitieren. Das ist meine dringende Bitte. (Stürmischer Beifall.) Ich habe mich sehr gefreut, hierher zurückzukehren. Denn Deutschland ist doch mein zweites Vaterland. Ich bin den Deutschen für diesen Kongreß sehr dankbar. Die deutsche Sprache ist leider sehr schwer (Heiterkeit), und so auswendig kann ich gar nichts sagen. (Widerspruch.) Ich wollte nur von meinem Eindruck sprechen. Wollen Sie uns armen Leuten helfen, das ist meine Bitte an die Genossen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Kröner = A u s t r a l i e n: Die Mehrheit der australischen Arbeiterpartei ist gegen die Einwanderung farbiger Arbeiter. Ich persönlich als Sozialist erkenne die Pflicht internationaler Solidarität an und hoffe, daß es gelingen wird, mit der Zeit alle Völker der Erde für den Gedanken des Sozialismus zu gewinnen. (Bravo!)

Hierauf wird ein S c h l u ß a n t r a g gegen die Stimmen der Engländer a n g e n o m m e n. Als der Vorsitzender S i n g e r dem Referenten das S c h l u ß w o r t geben will, erhebt eine Gruppe der englischen Delegierten unter Führung H y n d m a n s P r o t e s t und hindert E l l e n b o g e n durch großen Lärm und fortwährendes Händeklatschen am Sprechen.

Vorsitzender **Singer**: Ich möchte doch dringend bitten, diese Lärmszenen zu unterlassen. Weder Deutschland, noch Rußland, noch Frankreich, noch Belgien haben das Wort zur Sache erhalten und machen doch nicht einen solchen Lärm wie die Engländer. Die englischen Genossen sollten sich doch als Demokraten, als Sozialdemokraten fühlen. (Lebhafter Beifall.) Ich habe die Pflicht, die Beschlüsse der Majorität des Kongresses durchzuführen, und jedes Kongreßmitglied hat die Pflicht, sich zu fügen. (Stürmischer lebhafter Beifall.)

Als der Lärm bei der englischen Delegation fortdauert, fügt S i n g e r hinzu: Der Kongreß läßt sich nicht terrorisieren. (Erneute Beifallsstürme.) Ich habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Wille des Kongresses zum Ausdruck kommt und dieses Schreien macht auf mich keinen Eindruck. Ich führe den Beschluß des Kongresses aus. (Wiederholter, stürmischer Beifall.)

Hyndman verlangt weiter stürmisch das Wort.

Singer: Das Schlußwort hat Ellenbogen.

Ellenbogen (sich allmählich Gehör verschaffend): Ernsthafte Einwendungen sind gegen den Wortlaut der Resolution nicht erhoben worden, außer dem Amendement Kautsky-Luxemburg. Ich werde mich daher ausschließlich mit diesem beschäftigen. Den ersten Satz des Amendements auf Streichung der Forderung eines Minimallohnes bitte ich abzulehnen. (Sehr gut!) Der Genosse Kautsky und die Genossin Luxemburg haben sich berufen auf die wissenschaftlich festgestellte Unmöglichkeit des Minimallohnes. Ich kenne die großen Theoretiker des Sozialismus sehr wohl und habe die größte Hochachtung vor diesen Männern der Wissenschaft. Ich weiß auch, daß sie vor mehreren Jahrzehnten die Forderung eines Minimallohnes abgelehnt haben, weil sie befürchteten, daß er zum Maximallohnsatz werden würde. Die Tatsachen widersprechen aber dieser Anschauung. In Viktoria und in Zürich hat sich der Minimallohn bestens bewährt, und in Bern sträubt sich gegen seine Einführung, die die Arbeiterklasse fordert, die Bourgeoisie aufs heftigste. Wollen Sie diesen Arbeitern in den Rücken fallen und der Bourgeoisie zu Hülfe kommen? Die Genossen, die mit dem Minimallohn gute Erfahrungen gemacht haben, würden sich an diesen Beschluß doch nicht halten, und ich bitte daher, das erste Amendement Kautsky abzulehnen. Auch betone ich, daß der Teil der Resolution so gefaßt ist, daß die Frage der Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit des Minimallohnes offen gelassen wurde, um darüber eben keine Meinungsdifferenzen entstehen zu lassen. Dagegen stimme ich dem zweiten Satze des Amendements Kautsky-Luxemburg zu. Es ist besser, die Abschaffung als die Regelung des Schwitzsystems zu fordern. (Beifall.)

In der Abstimmung wird der erste Satz des Amendements Kautsky-Luxemburg mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen der zweite Satz angenommen, ebenso dann die so veränderte Resolution der Kommission. (Beifall.) Die englische Delegation enthält sich zum Protest der Abstimmung.

Der Absatz zu I. 2. hat damit folgende Fassung erhalten:

„Gesetzlichen Arbeiterschutz durch Verkürzung des Arbeitstages, Einführung eines Minimallohnes, Abschaffung des Sweating-Systems und Regelung der Heimarbeit."

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Sonnabend 10 Uhr vertagt.

Schluß 6½ Uhr.

Sechster Verhandlungstag

Sonnabend, den 24. August (Schlußsitzung).

Singer eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr.

Huysmans verliest die eingegangenen Begrüßungsschreiben, darunter solche von der sozialdemokratischen Lokalorganisation in Koschtech (Böhmen), aus Budapest, vom Sozialdemokratischen Verein in Kiel, vom Parteitag der sozialdemokratischen Partei Littauens und von einer Vereinigung naturwissenschaftlicher Fachschriftsteller in Frankfurt a. M.

Darauf tritt der Kongreß in die Tagesordnung ein:

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

Dazu liegt vor die folgende

Resolution der Kommission.

„Der Kongreß bestätigt die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus und stellt aufs neue

fest, daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen.

Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Absatzgebiet sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwickelung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.

Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird.

Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Heerwesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich und die Ueberwindung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.

Die Internationale ist außerstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starre Formen zu bannen. Aber sie hat die Pflicht, die Bestrebungen der Arbeiterklasse gegen den Krieg möglichst zu verstärken und in Zusammenhang zu bringen.

Tatsächlich hat seit dem Internationalen Kongreß in Brüssel das Proletariat in seinen unermüdlichen Kämpfen gegen den Militarismus durch die Verweigerung der Mittel für Rüstungen zu Wasser und zu Lande, durch die Bestrebungen, die militärische Organisation zu demokratisieren, mit steigendem Nachdruck und Erfolg zu den verschiedensten Aktionsformen gegriffen, um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen, sowie um die durch den Krieg herbeigeführte Aufrüttelung der Gesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen:

so namentlich die Verständigung der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Faschodafall zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Frankreich; das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien im deutschen und im französischen Parlament während der Marokkokrise; die Kundgebungen, die zum

gleichen Zweck von den französischen und deutschen Sozialisten veranstaltet wurden; die gemeinsame Aktion der Sozialisten Oesterreichs und Italiens, die sich in Triest versammelten, um einem Konflikt der beiden Staaten vorzubeugen; weiter das nachdrückliche Eingreifen der sozialistischen Arbeiterschaft Schwedens zur Verhinderung eines Angriffs auf Norwegen; endlich der heldenhafte opferwillige Kampf der sozialistischen Arbeiter und Bauern Rußlands und Polens, um sich dem vom Zarismus entfesselten Krieg zu widersetzen, ihm ein Ende zu machen und die Krise des Landes zur Befreiung der arbeitenden Klasse auszunutzen.

Alle diese Bestrebungen legen Zeugnis ab von der wachsenden Macht des Proletariats und von seiner wachsenden Kraft, die Aufrechterhaltung des Friedens durch entschlossenes Eingreifen zu sichern; die Aktion der Arbeiterklasse wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Geister durch eine entsprechende Aktion vorbereitet und die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Internationale angespornt und zusammengefaßt werden.

Der Kongreß ist der Ueberzeugung, daß unter dem Druck des Proletariats durch eine ernsthafte Anwendung der Schiedsgerichte an Stelle der kläglichen Veranstaltungen der Regierungen die Wohltat der Abrüstung den Völkern gesichert werden kann, die es ermöglichen würde, die enormen Aufwendungen an Geld und Kraft, die durch die militärischen Rüstungen und die Kriege verschlungen werden, für die Sache der Kultur zu verwenden.

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Berichterstatter **Vandervelde**-Belgien (mit lebhaftem Händeklatschen empfangen) — (die Uebersetzung wird von Viktor Adler gegeben): Im Namen der Kommission habe ich Ihnen die dort beschlossene Resolution zur Annahme vorzulegen. Sie ist lang, vielleicht die längste, die je einem internationalen Kongreß vorgelegt ist. Aber wir hatten nicht die Zeit, sie kürzer zu machen. Als wir eine Abkürzung versuchten, ergab sich sofort eine Trübung ihres klaren Sinnes und eine Lücke in ihrem Inhalt. Die Resolution ist einstimmig angenommen worden. (Bravo!) Das mußte sie. Ueber unsere Stellung zum Kriege und zum Militarismus konnte es Meinungsverschiedenheiten nicht geben, denn das wären Differenzen gewesen, die die Grundlagen des Sozialismus selbst berührt hätten. Wir haben einstimmig erst die internationale Solidarität als Pflicht der Arbeiter festgesetzt, und ich habe dieses Prinzip nicht lange zu erläutern vor einer Versammlung, die die lebendige Verkörperung des Wortes von Karl Marx ist: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" (Sehr gut!) Die Proletarier haben überall dieselben Partei- und Klasseninteressen, welchen Teil der Erde sie auch bewohnen, und haben mehr Gemeinschaft und Verwandtschaft untereinander, als mit den übrigen Klassen des Landes, das sie bewohnen. Weiter waren wir einig über das, was uns Vaillant und Bebel in so wunderbar klarer Weise in ihren Reden auseinandergesetzt haben, daß die Voraussetzung unserer Internationalität selbst das Bestehen freier und autonomer Nationen ist. Die Internationale

der Arbeiter ist nicht eine amorphe Masse ohne Gliederung und Gruppierung, sondern eine freie Vereinigung, ein Bund nicht nur von selbständigen Staaten, sondern auch von Nationen, denen die Internationale ihre Autonomie wiedergegeben hat, wie den Polen. (Lebhafter Beifall.) Wir haben die vollste Berechtigung der nationalen Gliederung anerkannt, rückhaltloser und ehrlicher, als das je eine bürgerliche Partei könnte. Nun wissen wir ja, daß trotz dieser nationalen Gesinnung, die uns alle beseelt, französische Zeitungen der Bourgeoisie nicht aufhören werden, die deutsche Sozialdemokratie als die einzig nationale zu bezeichnen, während die deutschen Zeitungen die Sozialdemokratie Frankreichs als diejenige „rühmen" werden, die allein fest am Vaterlande halte. (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Diese Widersprüche der Anschauungen zerstören sich selbst, und unsere Resolution spricht erneut die Tatsache aus, daß man die Existenz der Nationen als notwendig anerkennen kann, ohne dadurch den internationalen Zusammenhang der Arbeiter irgendwie abzuschwächen. Die notwendige Folge dieser unserer Ueberzeugung war die Anerkennung des unveräußerlichen Rechtes jeder Nation, ihre Unabhängigkeit gegen jeden Angriff von außen zu verteidigen. (Beifall.) Die Anerkennung der Nationen bedingt auch die Notwendigkeit technischer Einrichtungen zu ihrer Verteidigung. Darum schlägt die Kommission die Miliz als Volkswehr vor, als Mittel der Verteidigung der Selbständigkeit der Nationen und als wirkliche Schutzwehr gegen die Unterdrückung des inneren Feindes durch den Militarismus. Denn im kapitalistischen Militarismus ist die Pflicht, das Vaterland zu verteidigen, weniger wichtig für den Soldaten, als die, auf Vater und Mutter zu schießen. (Lebhafte Zustimmung.) Gegen die Forderung der Miliz sind von zwei Seiten Einwände erhoben worden. Die Schweizer Genossen haben ausgeführt, daß ihre Miliz von Offizieren aus den herrschenden Klassen befehligt werde, und daß die Bourgeoisie sich ihrer gegen das arbeitende Volk bediene. Unsere Antwort war, daß die Schweizer Miliz einen Klassencharakter trage, und weit entfernt von der Volksbewaffnung sei, die wir fordern. Einen weiteren ernsthaften Einwand haben die Engländer gemacht, die eine nationale Armee nicht haben. Sie sträubten sich gegen eine Ausdehnung der Rüstungen und gegen eine Uebertragung des Militarismus auf ihr Land. Wir haben daher von der Forderung der Volksbewaffnung Abstand genommen für die glücklichen Länder, die kein stehendes Heer im kontinentalen Sinne haben.

Bis hierher ist die Resolution einstimmig angenommen worden. Zweifel entstanden bei der Frage des wirksamsten Mittels, durch das die Kriege verhindert werden können. Die Resolution Bebel forderte die energische Anwendung aller Mittel, ohne sie zu nennen. Vaillant zählte sie auf: Intervention, die öffentliche Aktion, den Generalstreik und sogar die Insurrektion. Dagegen wurden von den deutschen Genossen ernsthafte Einwendungen erhoben. Ich stelle fest, daß kein Gedanke daran sein kann, daß die deutschen Genossen das etwa aus Furcht vor Verfolgungen getan hätten. Es gibt keine Partei, die so viel Verfolgungen zu tragen gehabt hätte, mit Ausnahme selbstverständlich unserer russischen Parteigenossen, als die deutsche Partei. In einer Woche hat die deutsche Sozialdemokratie mehr Verurteilungen zu ertragen als manche Nation das ganze Jahr, ja ich füge hinzu, als vielleicht Oesterreicher, Franzosen und Engländer zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Was den Protest gegen den Krieg anlangt, so ist es nicht notwendig, die Deutschen an ihre Pflicht zu erinnern. Es liegt im Bewußtsein aller, daß der erste Protest 1870 gegen den blutigen Krieg, gegen die Annektion erfolgt ist von deutschen Sozialdemokraten, deren einer hier in unserer Mitte weilt. (Lebhafter Beifall.) Nicht die Furcht vor den Herrschenden, sondern die Bedürfnisse der Partei waren es, die uns veranlaßten, eine andere Form zu wählen, die unseren eigenen Notwendigkeiten entsprach. Wir sind dazu gekommen, daß keine Uniformregel aufgestellt werden kann, weder für den sozial-

demokratischen Kampf überhaupt, noch auch für den antimilitaristischen Kampf insbesondere. Wir sind dazu gekommen, daß wir keine andere Pflicht haben können, als im entscheidenden Augenblick das Maximum unserer Kräfte dem Militarismus und dem Krieg entgegenzusetzen, und daß jede Nation nur die Pflicht haben kann, nach eigenem Ermessen die Mittel zu wählen und anzuwenden, die ihr die besonderen Verhältnisse vorschreiben und ermöglichen. Wir sind uns alle bewußt, daß mit den Mitteln, die wir anführen werden, wir lange keine vollständige Liste aufmachen könnten. Trotzdem sind wir heute schon in der Lage, hinzuweisen auf eine ganze Reihe von Fällen, in denen das Proletariat der verschiedenen Länder bereits wirksam seinem Willen Ausdruck gegeben. Die Resolution führt an das Eingreifen der Engländer und Franzosen in Sachen des Faschodafalles, den Protest der Oesterreicher und Italiener gegen einen Krieg zwischen diesen Ländern, die großartigen Demonstrationen sowohl in Frankreich als in Deutschland in der gesamten sozialdemokratischen Presse, in Versammlungen und in den Parlamenten anläßlich der Marokkoaffäre, und schließlich das große welthistorische Beispiel, das uns die russische Revolution gegeben hat, die an den Krieg zwischen Rußland und Japan anknüpfte.

Den folgenden Satz fügt **Adler** hinzu: So sind wir denn zu der Ansicht gekommen, daß der Kampf des sozialistischen Proletariats gegen den Militarismus und den Krieg in Wahrheit unbegrenzte Möglichkeiten hat (Lebhafte Zustimmung) und daß keiner voraussehen kann, welche dieser Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden wird. Unsere Pflicht aber ist es, und das wird in dieser Resolution vorgeschrieben, durch die Erziehung des Proletariats diese Möglichkeiten immer mehr zur Wirklichkeit werden zu lassen. Dabei nimmt die allererste Stelle auch ein die Erziehung der Jugend zum Sozialismus und zur Empfindung der Solidarität aller Völker, der Klassensolidarität des Proletariats. Wenn die Jugend in diesem Geiste erfüllt wird, und in fast allen Ländern sind dafür in den verschiedensten Formen Ansätze vorhanden, wenn die sozialistische Erziehung so mit der Jugend das ganze Volk erfaßt, dann wird auch die Zeit kommen, wo dem kämpfenden Proletariat nicht mehr werden entgegengestellt werden können Proletarier, die selbst die Bajonnette gegen ihre eigenen Brüder tragen. (Lebhafter Beifall.) Die Herrschenden sind nicht blind gegen diese Entwickelung. Sie spüren ganz gut, daß aus der Bewegung des Proletariats heraus ihnen ein mächtiger Feind entsteht. Sie fühlen ganz gut, daß die Kriege für die nicht gut ausschlagen, die sie führen. Sie wissen, daß der Krieg von 1870 für Frankreich nicht allein die bürgerliche Republik, sondern auch die Kommune, daß der Burenkrieg den Sturz der konservativen Regierung in England zur Folge gehabt hat und mit ein Hebel war für das Erwachen der Arbeiterklasse und für ihre selbständige politische Vertretung im Parlament. Und am schlimmsten ist der Krieg ausgeschlagen für den russischen Zarismus, der als Antwort auf den Krieg die Revolution bekommen hat, die seine Existenz gefährdet hat, ja, hoffentlich seine Beseitigung bringen wird. (Lebhafter Beifall.)

Erlauben Sie mir, sagt Adler weiter, hinzuzufügen, daß für die Regierungen im Haag, von denen man ja hier nur mit Ehrfurcht sprechen darf (Große Heiterkeit.) --- ich bin an Ehrfurcht aber ja gewöhnt (Erneute Heiterkeit.) — so schwach ihre Kräfte sind, um zu etwas Positivem zu gelangen, zweifellos als Triebfeder für diesen Versuch, den sie machen, nicht die Liebe zum Frieden haben, sondern die Furcht vor den Folgen des Krieges. Und zwar wissen die Leute im Haag, daß die eigentliche Friedenskonferenz, die den Frieden bereitet und auch die Macht darstellt, den Frieden auf Erden herzustellen, weil er das Lebensinteresse des Proletariats ist, daß diese eigentliche Friedenskonferenz nicht im Haag, sondern hier in Stuttgart tagt. (Erneuter lebhafter Beifall.) Glauben Sie mir, daß die im Haag genau so viel durch-

setzen werden, als wir ihnen als Impuls dazu geben: genau so viel Friedensbedürfnis, als wir den Herrschenden einzubläuen vermögen, werden sie bekunden. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Ich fahre fort im Referat **Vandervelde**: So lang die Resolution ist, so hat sie doch ein großes Verdienst, vielleicht mehr, als man ihr zunächst ansieht. Die bürgerlichen Blätter, die natürlich sehr schnell fertig sind mit dem Urteil über das, was wir sagen, haben bereits geschrieben: Einstimmigkeit hat man wohl erzielt, aber man hat es nur um den Preis getan, daß man aus der Resolution eine rhetorische Formel gemacht hat, die mehr als nichts besagt. Darauf antworten wir: Das Gegenteil ist richtig. Die Resolution ist nicht eine Formel, aus der man alles Lebendige und Aktionsfähige herausgenommen hat, sondern im Gegenteil, sie ist eine kräftige Aktion. Man hat in sie jede Möglichkeit der Aktion hineingelegt, nicht ausgeleert, sondern verstärkt. Erfüllt ist die Resolution von dem gemeinsamen Sinn der ganzen Macht des Sozialismus in allen Ländern, die hier repräsentiert sind. (Lebhaftes Bravo!) Diese Resolution wird nicht nur ein Wort bleiben, sondern sie wird auch Wirkung haben. In Amsterdam haben wir in einem denkwürdigen Kampfe der Geister Regeln aufgestellt. Es wurden der sozialistischen Partei Ratschläge gegeben, wie sie ihre Taktik einrichten sollte, vor allem in bezug auf ihre eigene Organisation. Es wurde gewissermaßen den sozialistischen Parteien das imperative Mandat gegeben: Vereinigt Euch! Und jene Beschlüsse sind kein leeres Wort geblieben, sondern das Ergebnis von Amsterdam war die Einigung der Sozialisten der einzelnen Länder, das wichtigste Ereignis der letzten Jahre. (Bravo!) So wird auch diese Resolution kein leeres Wort bleiben, sondern sie wird dazu dienen, die sozialistischen Parteien in allen Ländern aufzufordern, gewissenhaft zu prüfen, welche Mittel sie in Wirklichkeit zur Verfügung haben, und ob sie auch alles tun, um alle ihre Kräfte in den Dienst des Kampfes gegen den Kapitalismus und Militarismus zu stellen. Die Annahme der Resolution wird weiter die Wirkung haben, daß die Anstrengungen in dieser Richtung in den einzelnen Ländern nicht isoliert bleiben, sondern daß sie in Verbindung gebracht werden durch die Internationale, so daß an Stelle der unbewußten Aktionen in den einzelnen Ländern die bewußte zusammengefaßte Aktion der gesamten proletarischen Internationale gesetzt wird. (Bravo!) Wir haben nicht die Absicht, Vorschriften zu machen im einzelnen, aber wir verlangen von jeder einzelnen Partei das Maximum ihrer Kraft, und ich setze für meine Delegation hinzu und kann, glaube ich, für sehr viele Delegationen in diesem Saale dabei sprechen: Wir stehen auf dem Standpunkt, wir wollen die Aktion des Proletariats weder auf diese, noch auf eine andere Taktik festlegen, wir wollen sie aber ebenso wenig einschränken. Wir wollen, daß wir in der Lage sind, zu jeder Stunde das zu tun, was uns die Stunde gebietet. (Lebhafter Beifall.) Die Taktik, die wir im allgemeinen anerkennen, besteht darin, daß wir alles Menschliche, ja Uebermenschliche tun, um im internationalen Proletariat die Kräfte lebendig zu machen, die durch die einstimmige Annahme dieser Resolution — vorläufig durch die Kommission und, wie ich erwarte, auch durch den Kongreß verdoppelt werden —, die durch ihre Geschlossenheit den Regierungen zeigt, was sie bei jedem Attentat auf die Völker zu gewärtigen haben. So wird das internationale Proletariat mit wachsender Mehrheit eintreten in den Kampf gegen den Militarismus, gegen den internationalen Kapitalismus! (Anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Singer**: Ich habe dem Kongreß namens des Internationalen Bureaus einen Vorschlag zu machen. In Rücksicht darauf, daß die Kommission einmütig die Resolution akzeptiert, in Rücksicht darauf, daß, wie allerdings erst jetzt sich ergeben hat, der Bericht der Kommission den jubelnden Beifall und die Zustimmung des ganzen Kongresses gefunden hat, in weiterer Rücksicht

darauf, daß Amendements nicht gestellt sind, fragt das Internationale Bureau durch mich an, ob es nicht richtig sei, um den Wert der Annahme dieser Resolution durch eine machtvolle Demonstration zu unterstützen, diese Resolution ohne Diskussion per Akklamation anzunehmen. (Stürmischer Beifall bei allen Nationen.)

Hervé-Frankreich: Ich verlange das Wort vor Schluß der Debatte. (Zuruf: Abstimmen! Abstimmen!)

Vorsitzender **Singer**: Einer der Unterzeichner der Resolution, Genosse Hervé, will gegen die debattelose Annahme protestieren. (Heiterkeit.) Ich muß ihm das Wort geben, mache aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß er nicht in die sachliche Debatte eintreten, sondern nur gegen die Annahme per Akklamation sprechen darf.

Hervé-Frankreich (zur Geschäftsordnung): Die elegante Form dieses Schlußmachens macht der Gewandtheit der Subkommission, an der ich nie gezweifelt habe, alle Ehre. Aber diese elegante Form ist allzu durchsichtig, um nicht eine ungeschickte Finte zu sein. Wen wollen Sie denn täuschen? Glauben Sie vielleicht, daß die ganze Welt den Unterschied nicht sehen wird zwischen der Resolution, die jetzt einstimmig angenommen wird, und den Reden, die da oben im Saal gehalten worden sind? Der Unterschied ist so groß, daß ich, der ich doch wirklich kein Diplomat und kein Taktiker bin (Heiterkeit), dieser Resolution mit beiden Händen zugestimmt habe und nur wünsche, daß sie Vollmar mit gleicher Freude unterschrieben hat. Denn die Reden Bebels und Vollmars in der Kommission waren schwarz und die Resolution ist weiß. (Heiterkeit.) Ich kann deshalb nicht zugeben, daß ohne eine loyale Erklärung der deutschen Delegation, in der sie diesen Widerspruch aufklärt, Schluß gemacht wird. Vandervelde hat in seinem Referat die Resolution noch verstärkt. Aber er ist ja ein Franzose aus Belgien (Heiterkeit), und seine Erklärungen haben nicht den Wert, den eine Erklärung der berufenen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie von dieser Tribüne aus hätte. Gibt die deutsche Delegation nicht die Erklärung ab, daß sie den Standpunkt Bebels und Vollmars nicht mehr einnimmt, sondern sich auf den Boden der Resolution gestellt hat, so kann ich mich mit der Annahme der Resolution durch Akklamation nicht einverstanden erklären. Ich habe aber noch einen anderen Grund, eine Debatte herbeizuführen. Wir haben in Deutschland im Moment unbeschränkte Redefreiheit. Wir riskieren höchstens, aus Deutschland hinausgeworfen zu werden (Heiterkeit), und das ist keine Strafe, oder wir bringen die Regierung in die lächerliche Situation, den Kongreß, der seine Arbeiten schon beendet hat, aufzulösen. (Heiterkeit.) Diskutieren wir also und zwingen wir die deutsche Sozialdemokratie, Farbe zu bekennen und sich voll und ganz mit dem Sinn der Resolution einverstanden zu erklären. (Beifall und Zischen.)

Vorsitzender **Singer**: Ich konstatiere, daß der Antrag auf debattelose Annahme nicht von der Subkommission, sondern einstimmig vom Internationalen Sozialistischen Bureau gestellt worden ist.

Hierauf wird der Antrag auf Fortfall jeder Diskussion und Abstimmung durch Akklamation mit großer Mehrheit angenommen.

Die Resolution der Kommission wird sodann einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender, sich vielfach wiederholender Beifall, insbesondere die französische Delegation ist enthusiasmiert. Hervé ist auf den Tisch gestiegen und hat zum Zeichen seiner Zustimmung bei der Abstimmung beide Hände hochgehoben.)

Damit sind die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände erledigt.

Von der rumänischen Delegation ist ein Protest gegen die Greueltaten der rumänischen Regierung am städtischen

und ländlichen Proletariat und gegen die barbarische Behandlung der in Rumänien wohnenden Juden vorgelegt. Er hat folgenden Wortlaut:

„Das Internationale Sozialistische Bureau ist von der rumänischen Delegation in Kenntnis gesetzt worden von den Unterdrückungen, die die Regierung Rumäniens gegenüber dem städtischen und ländlichen Proletariat ausübt.

In Erwägung dessen, daß durch diese Politik Tausende von Landarbeitern ihr Leben einbüßen, daß sie durch das Regime der Unterdrückung und der Ausbeutung auf den unheilvollen Weg der Empörung gedrängt werden und daß jetzt diese Politik auch auf die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen übertragen wird, indem man ihnen die Ausübung jedes Rechts untersagt und Massenverhaftungen und Massenausweisungen vornimmt,

daß diese Ausweisungen nicht allein gegen die in der rumänischen Industrie beschäftigten ausländischen Arbeiter gerichtet sind, sondern auch gegen eine ganze Kategorie rumänischer Bürger — die Juden —, die gegenwärtig nirgends Schutz finden, und denen die Aufnahme in jedem ausländischen Staat verweigert wird, in fernerer Erwägung, daß die jeder Humanität hohnsprechenden grausamen Verfolgungen in Widerspruch stehen mit den internationalen Verpflichtungen der rumänischen Regierung,

beantragt das Bureau, der Kongreß möge den klassenbewußten rumänischen Proletariern, die für ihre Rechte kämpfen, seine Wünsche auf vollen Erfolg zur Anfeuerung aussprechen und zugleich seinen Protest und seiner Entrüstung über diese gräßliche Politik der rumänischen Regierung ausdrücken und den sozialistischen Abgeordneten der einzelnen Parlamente zur Pflicht machen, in den Parlamenten die Forderung aufzustellen, daß die rumänische Regierung ihrer Pflicht gegenüber den verschiedenen Kategorien rumänischer Bürger nachkommen solle, die sie nach den internationalen Verträgen unter ihren Schutz genommen hat. Er empfiehlt den Arbeitern der einzelnen Länder, nicht den Aufforderungen der rumänischen Arbeitgeber Folge zu leisten, da jeder Akt der Solidarität mit ihren rumänischen Genossen ihre Ausweisung herbeiführen würde.

Die rumänische Delegation wird beauftragt, den sozialistischen parlamentarischen Fraktionen der verschiedenen Länder ein detailliertes Memorandum ihrer Angelegenheit zu unterbreiten."

Die Resolution wird ohne Debatte unter lebhaftem Beifall angenommen.

Eine große Anzahl Delegierter aus England, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland, Italien und den Vereinigten Staaten beantragen, daß der Kongreß den russischen Revolutionskämpfern seine Bewunderung und Sympathie ausdrücken möge. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß stellt die Tatsache fest, daß die russische Revolution, die erst begonnen hat, schon ein mächtiger Faktor in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit geworden ist und richtet seinen brüderlichen Gruß an die heroischen Kämpfer und an das revolutionäre Proletariat in Rußland in Stadt und Land!"

Vorsitzender **Singer**: Gemäß den wiederholten Sympathiebezeugungen, die das Proletariat der ganzen Welt den russischen Brüdern schon dargebracht hat, können wir wohl auch heute ohne Diskussion aussprechen, daß wir unsere russischen Genossen bewundern als Vorkämpfer nicht nur der russischen Freiheit,

sondern auch der Befreiung des gesamten Proletariats und ihnen von ganzem Herzen Glück wünschen. (Allseitige Zustimmung und lebhafter Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Die Delegierten aller Nationen gruppieren sich um den Tisch der russischen Delegation und überschütten sie mit stürmischem Beifall und Hochrufen. Die Russen erheben sich zum Zeichen des Dankes von ihren Plätzen.

Die Delegationen Spaniens und Frankreichs schlagen gemeinsam folgende Resolution vor:

„Der Kongreß macht in Anbetracht seiner Resolution gegen die koloniale Eroberungspolitik und gegen den Militarismus das internationale Proletariat auf die Begebenheiten aufmerksam, die sich augenblicklich in Marokko anläßlich des französisch-spanischen Feldzuges abspielen, und die wie immer in solchen Fällen der finanziellen Spekulation des Kapitalismus entspringen. Der Kongreß verdankt dieses neueste Beispiel der steten Praxis der Bourgeoisie, daß Blut fließen muß, damit der Profit erhöht werde, und fordert die sozialistischen Parteien aller Länder, insbesondere die Frankreichs und Spaniens, auf, mit aller Energie dahin zu streben, der französisch-spanischen Marokkoexpedition Einhalt zu tun, zumal sie die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt."

Auch diese Resolution wird unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Eine große Anzahl der Delegierten aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas fordert den Kongreß zu einer Sympathiekundgebung für William Haywood auf, und legt folgende Resolution vor:

„Der internationale Kongreß sendet an William Haywood die Glückwünsche der sozialistischen Bewegung der Welt zu dem großartigen Kampf, den er im Interesse der organisierten Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten ausgefochten hat. Er brandmarkt nachdrücklichst den Versuch der Grubenbesitzer, einen Unschuldigen nur wegen seiner Verdienste um die Sache der organisierten Arbeiterschaft gerichtlich verurteilen zu lassen. In dem Prozeß und in dem systematischen Feldzug der Verleumdung, der gegen Haywood geführt wurde, von der gesamten kapitalistischen Presse, erblickt der Kongreß den Ausdruck der immer schärfer hervortretenden Klassenpolitik der Bourgeoisie Amerikas und ihres vollständigen Mangels an Toleranz und Ehrgefühl in allen Angelegenheiten, die ihren Profit und ihre Macht bedrohen. Gleichzeitig beglückwünscht der Kongreß die Sozialisten der Vereinigten Staaten zu der Geschlossenheit und dem Enthusiasmus, mit dem sie diesen Angriff abgewehrt haben. Das klassenbewußte Proletariat Europas sieht in der großen Macht, die dieser solidarische Akt gezeigt hat, das Band und die Gewähr für die Zukunft und hofft, daß dieselbe Geschlossenheit und Solidarität des amerikanischen Proletariats für seine volle Emanzipation eingesetzt wird."

Unter lebhaftem Beifall wird die Resolution einstimmig angenommen.

Die britische Delegation gibt folgende Erklärung ab:

„Die britische Delegation wünscht ihrem Bedauern Ausdruck zu geben, daß in der Frage der Beziehungen zwischen Sozialismus und Syndikalismus sowie in der der Ein- und Auswanderung die beiden von der Delegation aufgestellten Redner nicht zum Wort gekommen sind. Die britische Delegation möchte darauf hinweisen, daß sie in der Debatte über die Beziehungen zwischen Syndikalismus und Sozialismus die Ansicht der ältesten und mächtigsten Gewerkvereine der Welt zu dieser Frage zum Ausdruck gebracht

hätte, und daß der Redner in der Auswanderungsfrage die Ursachen erklärt hätte, und wie es kommt, daß zum erstenmal in der Geschichte sich eine Einwanderung englischer Streikbrecher vollzogen hat. Die Delegation wünscht ferner ihr Bedauern darüber auszusprechen, daß, als durch ihren Vorsitzenden die Abstimmung nach Nationalitäten verlangt wurde, dies nicht in der geforderten Weise erfolgte und es dadurch zu unliebsamen Auftritten kam."

Eine weitere Erklärung der englischen Delegation erkennt die Geschäftsführung des Vorsitzenden Singer als vollkommen richtig und korrekt an.

Die dänische Delegation beantragt, den nächsten internationalen Kongreß in Kopenhagen abzuhalten. Zur Begründung führt

Knudsen-Dänemark aus, daß das kleine Dänemark sich durch die Abhaltung des internationalen sozialistischen Kongresses in seinen Grenzen sehr geehrt fühlen würde. Zugleich würde durch den Kongreß die Arbeiterbewegung nicht nur Dänemarks, sondern der drei skandinavischen Länder agitatorisch sehr gefördert und gekräftigt werden. Dänemark habe seit 1871 eine starke Arbeiterbewegung, die auf sozialistischer Grundlage beruhe, und die der arbeitenden Klasse große materielle und moralische Vorteile errungen hätte. Der Kongreß werde die Fortschritte des Sozialismus im Norden Europas beschleunigen. Redner hebt die günstige Lage Kopenhagens und seine Schönheiten hervor und verspricht, daß die dänische Sozialdemokratie den Kongreß gut aufnehmen werde.

Einstimmig wird hierauf Kopenhagen zum nächsten Tagungsort gewählt. (Beifall.)

Die Delegationen Oesterreichs, Deutschlands, Hollands und Schwedens beantragen, dem Internationalen Bureau in Brüssel und insbesondere den belgischen Genossen, die das Sekretariat verwalten, für die umsichtige, energische und unermüdliche Arbeit, die sie der Exekutive der Internationale gewidmet haben, den Dank des Kongresses auszusprechen.

Vandervelde-Belgien: Im Namen des Internationalen Bureaus danke ich Ihnen für diese Kundgebung. Ein großer Teil unseres Verdienstes entfällt auf die Person meines trefflichen Freundes, des internationalen Sekretärs Camille Huysmans. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe mir aber das Wort erbeten zu einem anderen Dankesvorschlage. Da ich nach Hervés liebenswürdigen Worten ein Franzose aus Belgien bin, hat mich die französische Delegation beauftragt, in ihrem Namen den deutschen Kameraden für ihre herzliche brüderliche Gastfreundschaft zu danken. (Lebhafter Beifall.) Alle Nationen, die im Internationalen Bureau vertreten sind, teilen diese Gesinnung. Wir haben in diesen 10 Tagen sehr viel gearbeitet, haben aber auch Tage der Ruhe, der Erholung und des Genusses gehabt. Die großen Massenmeetings am Sonntag gaben herrliche Beweise für die Größe der deutschen Sozialdemokratie, und der liebenswürdige Empfang im Schützenhause wird uns allen unvergeßlich sein. (Bravo!) Wir haben zahlreiche Beweise internationaler brüderlicher Gesinnung gefunden, und können einstimmig konstatieren, was ein Redner in einem anderen Saale in etwas bissiger Weise gesagt hat, daß die Schwaben sehr gemütliche und brave Leute sind, daß sie aber auch ein offenes und gastfreies Haus haben. Deshalb rufe ich noch einmal der ganzen schwäbischen und deutschen Sozialdemokratie ein herzliches: Danke schön! zu. (Lebhafter Beifall.)

Hyndman-England: Es ist mir eine angenehme Pflicht, nicht nur namens der englischen Delegation, sondern der gesamten Internationale noch

einmal nach Vanderbelde dem Internationalen Bureau und den deutschen Genossen für die Organisation des Kongresses unseren herzlichsten Dank abzustatten. Wir Engländer haben die Gewohnheit, uns für ein eminent praktisches Volk zu halten. Es konnte aber nichts Praktischeres, nichts Freundlicheres geben, wie die Organisation dieses Kongresses. (Bravo!) Die Art, wie das Lokalkomitee für die Aufnahme der Brüder aus der Fremde gesorgt, wie es alles vorgesehen, alles so schön eingerichtet hat, daß es den Delegierten der Internationale nur Freude bereitet hat, wie die Tische verteilt, die Mappen für jeden Delegierten bereit gelegt waren: lauter Kleinigkeiten und im Zusammenhang doch wichtig — alles hat uns gezeigt, daß das Lokalkomitee an alles gedacht und für alles aufs beste gesorgt hat. Wir danken dafür insbesondere dem Genossen Dietz. (Lebhafter Beifall.) — Weiter danke ich namens der englischen Delegation für die lebhafte Sympathiekundgebung, die Sie uns aus Anlaß der Ausweisung des Genossen Quelch dargebracht haben. Die Worte, die Bebel und Singer dabei gesprochen haben, werden dauernd in unserem Gedächtnis bleiben. (Bravo!) Und noch einem Mann sind wir tiefsten Dank schuldig, dem Vorsitzenden Paul Singer. (Bravo!) Ich weiß ja, wie schwer es ist, das Präsidium bei einem Internationalen Kongreß zu führen (Heiterkeit), sich den internationalen Gewohnheiten und Temperamenten anzupassen. (Erneute Heiterkeit.) Wir bewundern den guten Humor, die kalte Ruhe, die Freundlichkeit und den Takt, mit dem Singer die Verhandlungen geführt hat. (Lebhafter Beifall.) Selbst in den schwierigsten Momenten, wo der größte Tumult gemacht wurde (große Heiterkeit), hat er die Ruhe rasch wieder hergestellt und die bewegten Wogen geglättet. Deshalb sage ich namens des Kongresses dem Präsidenten Singer herzlichsten Dank, wünsche ihm Gesundheit und langes Leben, daß er noch recht viel internationale Kongresse leiten möge. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Singer**: Ich möchte zunächst dem Genossen Hyndman und Ihnen allen, die Sie seine Worte mit Beifall begleitet haben, herzlichen und aufrichtigen Dank für die freundlichen Worte sagen. Ich bin von diesem Ihrem Dank freudig ergriffen. Wenn es überhaupt in der sozialdemokratischen Partei aller Länder nötig wäre, Dank abzustatten für das, was man für die Partei tut, so ist jedenfalls der Dank, den Hyndman mir in Ihrem Namen gewidmet hat, ein weit über den Wert der von mir geleisteten Arbeit hinausgehender, freundlicher und rühmender. Wenn ich das hohe Amt, das Sie mir übertragen haben, nach besten Kräften und Wissen ausgefüllt habe, so war es in dem Bewußtsein der Verpflichtung, die jeder Sozialdemokrat hat, das Amt, das das Vertrauen der Genossen ihm überträgt, auch mit seiner ganzen Kraft auszufüllen. Jedenfalls sage ich Ihnen herzlichsten Dank für die Anerkennung, die Sie mir haben zu teil werden lassen und kann mir mit Hyndman keinen schöneren Lohn denken, als daß ich imstande wäre, noch auf recht vielen internationalen Kongressen mitzuarbeiten. Ob freilich als Präsident, das ist eine andere Sache. (Heiterkeit.) Was meine Tätigkeit zu einer zufriedenstellenden Leistung gemacht hat, ist die imposante Demonstration gegen die bürgerliche Gesellschaft, die dieser Kongreß gezeitigt hat. (Lebhafter Beifall.) Der Kongreß hat nicht nur mich, sondern alle Teilnehmer inspiriert, ihr Bestes für eine glückliche Erledigung der Geschäfte einzusetzen. Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz auf die Worte, welche Hyndman an sie gerichtet hat, und die von der Internationale akklamiert worden sind. Ich muß aber namens der deutschen Sozialdemokratie den größten Teil dieses Dankes auf die Stuttgarter Parteigenossen und vor allem auf das Lokalkomitee und seine treuen Helfer übertragen, die mit unsäglicher Mühe, mit vielem Eifer und unverdrossen für die zweckmäßige Erledigung der Geschäfte des Kongresses gewirkt haben. Sie haben sich damit ein Verdienst um die Inter-

nationale erworben, das ihnen unvergessen bleiben wird. (Stürmische allseitige Zustimmung.) Die festlichen Arrangements, die machtvolle Demonstration auf dem Cannstatter Wasen, das reizende Fest, das den Charakter echt schwäbischer Gemütlichkeit trug, haben sicherlich das Gefühl der Internationalität und Brüderlichkeit gestärkt, wenn das überhaupt noch möglich war. Auch namens der deutschen Partei sage ich allen Stuttgarter Genossen wärmsten Dank. (Bravo!) Ich muß dann noch wohlverdienten Dank den Uebersetzern sagen, die ihre Aufgabe mit ebensoviel Fleiß wie Geschicklichkeit in den Kommissionen und im Plenum erfüllt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Genossen! Dieser Kongreß war der erste internationale Kongreß auf deutschem Boden. Die Internationale hat durch den zahlreichen Besuch, durch die hier gehaltenen Reden, durch die hier gefaßten Beschlüsse aufs neue bekräftigt, daß die internationale sozialistische Partei durch ihre Organisation eine Macht darstellt, die von der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr überwunden werden kann. (Lebhafter Beifall.) Das internationale Proletariat aller Länder hat bewiesen, daß es fest entschlossen ist, auf der Bahn fortzuschreiten, und kein Machtmittel wird es verhindern, sein Ziel zu erreichen. (Stürmischer Beifall.) Heute dürfen wir stolz und fröhlich bekennen, daß die Internationale marschiert (Sehr gut!) trotz aller Regierungen, trotz aller Kapitalisten und trotz der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn der weitere Kampf auch noch große Opfer fordern wird, so wissen wir doch, daß Märtyrerarbeit Revolutionssamen ist, und daß aus diesem Blute immer neue Kämpfer für die große proletarische Armee erwachsen, bis die bürgerliche Gesellschaft beseitigt ist. (Stürmischer Beifall.) Zu diesem Erfolge hat auch dieser Kongreß ein gutes Stück beigetragen. Die Richtlinien, welche er den sozialistischen Parteien aller Länder gegeben hat, werden befolgt werden. Dann werden wir auf dem nächsten Kongreß in Kopenhagen mit derselben Freude auf Stuttgart zurückblicken können, wie von diesem Kongreß auf Amsterdam. Jeder gehe mit dem Bewußtsein in sein Land zurück, weiter zu arbeiten, weiter zu wirken, die Arbeiterklasse der Welt zu organisieren, ihre Herzen und Köpfe zu revolutionieren, um sie reif zu machen für den einstigen großen Entscheidungskampf. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Kameraden! Mit dem Wunsche auf Wiedersehen in Kopenhagen schließe ich den Kongreß mit unserem alten Kampfrufe: **Hoch die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie und das Proletariat aller Länder!**

Der Kongreß stimmt dreimal begeistert in das Hoch ein. Dann singen nacheinander die Deutschen den Sozialistenmarsch, die Franzosen die Internationale und die Engländer und Slaven die „Rote Fahne“.

Schluß 1½ Uhr.

Interparlamentarische sozialistische Konferenz.

Sitzung vom 17. August 1907.

Der internationale Kongreß von London 1896 hatte die Schaffung eines Internationalen Parlamentarischen Komitees beschlossen, für das der Kongreß von Amsterdam 1904 sich auf folgende Vorschläge einigte:

Die Vertreter der verschiedenen parlamentarischen Körperschaften der einzelnen Länder sollen unter sich eine Kommission bilden, aus deren Mitte ein internationaler Sekretär gewählt werden soll. Dieser soll mit den Schriftführern der einzelnen Fraktionen in Verbindung treten zwecks gegenseitiger Mitteilungen; so lassen sich auch einheitliche Aktionen in den verschiedenen Parlamenten ermöglichen. Jedes Land soll in das Internationale parlamentarische Komitee zwei Delegierte ernennen. Der Sitz des internationalen parlamentarischen Sekretärs soll vorläufig Holland sein und die holländischen Abgeordneten eine hierfür geeignete Person suchen. Die Sitzungen sollen abwechselungsweise in den Hauptstädten der größeren Staaten stattfinden. Wenn die Verhältnisse es wünschenswert erscheinen lassen, daß Nachbarländer, z. B Frankreich und Italien, für bestimmte Zwecke einheitliche Aktionen einleiten, soll der internationale Sekretär hierfür eine Konferenz einberufen. Auf diese Weise hofft das Internationale Bureau, werde es möglich werden, die Interessen des internationalen Proletariats durch einheitliche Manifestationen in den verschiedenen Landesparlamenten, einheitliche Anträge, einheitliche Aktionen noch wirksamer als bisher zu fördern und den sozialistischen Forderungen zum Siege zu verhelfen.

Die Interparlamentarische Konferenz, an der etwa 150 sozialdemokratische Abgeordnete aller Länder teilnehmen, wurde von **Vandervelde**-Brüssel, dem Vorsitzenden der interparlamentarischen Kommission, eröffnet. Er hieß die Erschienenen willkommen und führte aus, daß in London die Grundlage für die interparlamentarische Kommission gelegt worden sei. Es sei keineswegs die Absicht, diese Kommission zu einer Art Kongreß neben dem internationalen Kongreß zu machen, sondern man habe bei ihrer Gründung lediglich praktische Zwecke im Auge gehabt. Auf der heutigen Tagesordnung stünden folgende Punkte: erstens handle es sich darum, ob die Mitglieder ,der aufgelösten russischen Duma als aktive Mitglieder der Konferenz zu betrachten seien, zweitens handele es sich um die Schaffung einer Verbindung zwischen den parlamentarischen Fraktionen der verschiedenen Länder. Drittens liege eine Resolution des Genossen T r o e l st r a vor, die er selbst begründen werde. Viertens müsse über die Resolution eines rumänischen Genossen verhandelt werden und zuletzt müßten noch einige andere Angelegenheiten erledigt werden.

Dr. **Adler**-Wien stellt den Antrag, Punkt 1 der Tagesordnung ohne jede Debatte anzunehmen. Außer den Abgeordneten, die bereits bei der letzten Sitzung Mitglieder der Interparlamentarischen Konferenz waren, müßten wir auch jene Abgeordneten aufnehmen, die es noch nicht waren, als wir in Amsterdam tagten, weil es ein russisches Parlament noch nicht gab, und die es heute nicht mehr sind, weil zarische Gewalt die Duma aufgelöst hat. Wir haben die russischen Genossen mit jener Ehrerbietung aufzunehmen und zu begrüßen, die diesen unerschrockenen Kämpfern für die Freiheit gebührt. (Bravo!)

Jaurès-Paris schlägt eine Sympathiekundgebung für die russischen Freiheitskämpfer vor, die im Gefängnis in den Ketten des Zarismus schmachten.

Guesde-Paris beantragt folgende Resolution:

„Die interparlamentarische Konferenz, an der Abgeordnete der ganzen Welt teilnehmen, bekundet ihre lebhafte Sympathie und ihre unerschütterliche Solidarität mit den sozialdemokratischen Abgeordneten *) der aufgelösten russischen Duma als mit den Männern, die jetzt in den Gefängnissen der russischen Regierung schmachten. Sie ruft die Entrüstung der ganzen zivilisierten Welt gegen dieses Attentat des Zarismus auf, der unter dem lügnerischen Vorwande die Abgeordneten ins Gefängnis geworfen hat, sie gehörten einer geheimen Verbindung an und wären an einem militärischen Komplott beteiligt, während in Wirklichkeit ihr einziges Verbrechen war, in der aufgelösten Duma die Sache der russischen Arbeiter verteidigt zu haben. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, in ihren Parlamenten in Gemeinschaft mit allen demokratisch gesinnten Elementen eine Bewegung zugunsten jener Abgeordneten in die Wege zu leiten, die schamlos verfolgt werden, nur weil sie bis zum Ende ihre Pflicht erfüllt haben, um dem russischen Volke die Freiheit zu erkämpfen. Die allgemeine parlamentarische Bewegung soll dazu dienen, den Männern, die in das Gefängnis geworfen sind, wieder zur Freiheit zu verhelfen." (Lebhafter Beifall.)

Es wird mitgeteilt, daß von den sozialdemokratischen Mitgliedern der aufgelösten Duma Dr. Mandelberg einen Bericht über die Verfolgungen eingereicht hat, der dem Protokoll der heutigen Sitzung beigefügt werden soll.

Auf Antrag **Singer** wird unter lebhaftem Beifall die Resolution durch Akklamation einstimmig angenommen und beschlossen, den Bericht Dr. Mandelbergs dem Protokoll einzuverleiben.

Ferri-Italien bittet im Namen der Italiener, auf die Tagesordnung der Interparlamentarischen Konferenz zu setzen:

„Die sozialistischen Mitglieder der einzelnen Parlamente sollen gegen jedes Gesetz stimmen, das die fremden Arbeiter schlechter stellt als die einheimischen oder die Einwanderung ausländischer Arbeiter erschwert."

Nachdem von Dr. **Adler** betont ist, daß die Konferenz dem Kongreß, auf dessen Tagesordnung die Einwanderungsfrage steht, nicht vorgreifen dürfe, erklärt **Ferri**, es genüge ihm, die Aufmerksamkeit der Konferenz auf diese Frage gelenkt zu haben.

Auf Antrag **Fournemont**-Belgien wird beschlossen, daß die Kassierer der einzelnen Parteien mit den Beiträgen für das Internationale Bureau auch den statutengemäßen Fünffrankbeitrag der Parlamentarier für die Erhaltung des Internationalen Archivs einziehen und nach Brüssel abliefern sollen.

Eine längere Diskussion rufen zwei Anträge der Engländer hervor:

1. Eine Uebersicht zu veröffentlichen, wie weit in dem vorgeschrittensten Lande die Arbeiterschutzgesetzgebung ist, und den einzelnen Volksvertretungen zu empfehlen, dafür zu agitieren, daß die Industriegesetzgebung ihres Landes so verbessert werde, daß sie derjenigen des vorgeschrittensten Landes gleichstehe.

2. Eine Arbeiterschutzvorlage mit den einzelnen Volksvertretern zu vereinbaren und sie gleichzeitig allen gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten.

---

*) Vandervelde wirft bei der Verlesung der Resolution ein, daß der Ausdruck „sozialdemokratische Abgeordnete" zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte, da es mehrere sozialistische Gruppen in der aufgelösten Duma gegeben habe. Er schlage vor, „sozialistische Abgeordnete" zu sagen. — Plechanow macht aber darauf aufmerksam, daß tatsächlich nur Mitglieder jener Gruppe, die sich als russische Sozialdemokraten bezeichnet hätten, verhaftet worden seien.

Macdonald-London begründet die Anträge. Sie seien notwendig, damit die Kapitalisten nicht mehr sagen können: die Länder mit einer vorgeschrittenen sozialen Gesetzgebung sind nicht mehr konkurrenzfähig mit den sozial rückständigeren.

v. Vollmar-München warnt vor der Uniformierung und etwa für ein internationales Musterschutzgesetz einzutreten. Der zweite Antrag sei unannehmbar.

Im gleichen Sinne äußern sich **van Kol**-Holland und Dr. **David**-Mainz. Dr. **Südekum** weist darauf hin, daß in Basel ein Institut bestehe, das die soziale Gesetzgebung der einzelnen Länder vergleichend herausgibt.

Mehrere Redner bedauern, daß das internationale Bureau trotz seines elfjährigen Bestehens so gut wie nichts geleistet habe.

Macdonald erklärt, er wolle den zweiten Antrag nicht besonders vertreten, meine aber, das Institut in Basel sei unzureichend, es arbeite oberflächlich und manchmal verständnislos. Gute Arbeit für den Sozialismus könne nur von sozialistischen Parlamentariern geleistet werden.

Groussier-Paris hält es für möglich, vergleichende Darstellungen in Spezialfragen, so in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit zu geben; das halte er für sehr nützlich.

Dr. **Adler**-Wien: Die Uniformität führt immer nur zum Minimum, nicht zum Maximum. Deshalb sei eine Aktion zu gleicher Zeit und mit gleicher Formulierung nicht möglich. Aber wir können England entgegenkommen und hier erklären, daß wir alles daransetzen wollen, die Arbeiterschutzgesetze soviel als möglich zu verbessern. Die Gesetzgebung der einzelnen Länder vermögen wir zur Not zu übersehen, aber wir wissen nicht, was unsere Genossen in den einzelnen Ländern für Anträge stellen. Das zu wissen wäre nützlich, und ich beantrage, daß jede Fraktion verpflichtet wird, zwei Exemplare von jedem gestellten Antrage an das Internationale Bureau zu liefern.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Am Nachmittag wurde die vormittags abgebrochene Diskussion über die Informierung des Brüsseler Bureaus in bezug auf die parlamentarischen Arbeiten und Aktionen der sozialistischen Gruppen in den einzelnen Ländern fortgesetzt. Nach längerer Erörterung fand ein Vorschlag von Dr. **David**-Mainz und **Vaillant**-Paris die Mehrheit, der jede Fraktion verpflichtet, alles sozialpolitische Material dem Interparlamentarischen Bureau in Brüssel einzusenden. Das Interparlamentarische Bureau soll jeder Fraktion Auskunft über schwebende Fragen geben. Das Bureau soll die Gesetzesvorschläge veröffentlichen und eventuell auch späterhin Enqueten veranstalten.

Troelstra-Holland wirft die Frage auf, ob es nicht an der Zeit sei, sich mit der Entwickelung eines eigenen sozialistischen politischen Systems zu beschäftigen. Was gegenwärtig in den Parlamenten getrieben werde, sei im Grund bürgerliche Politik, im besten Falle Staatssozialismus. Der ganze Streit zwischen Reformismus und Radikalismus habe darin seinen Grund, daß es uns an einem eigenen politischen System fehle, daß wir vorläufig gezwungen sind, mit den politischen Mitteln der bürgerlichen Gesellschaft zu arbeiten. Wenn man sehe, daß in Frankreich eine stark anarchistische, wenigstens antimilitaristische Strömung existiere, die auch in Deutschland Anhänger findet (Widerspruch bei den deutschen Delegierten), so resultiere das ebenfalls aus dem Mangel an einem eigenen sozialistischen politischen System, und zwar nicht für die Zukunft, sondern schon für die Gegenwart. Er beantrage daher die Einsetzung einer kleinen Kommission für das Studium dieser Frage.

Vaillant-Paris: Was uns Troelstra gesagt hat, war sehr interessant, aber ich halte es für unmöglich, schon jetzt ein Bild des Zukunftsstaates zu geben.

Jaurès hat einmal so etwas Aehnliches versprochen. (Heiterkeit.) Er wird aber dieses Versprechen vergessen haben. (Jaurès ruft: Ich vergesse nie etwas! Heiterkeit.) Dann wird Jaurès das auf eigene Verantwortung tun, die Partei kann eine solche Verantwortung nicht übernehmen. Wir haben alle Troelstra aufmerksam zugehört, können ihm aber nicht folgen.

Jaurès-Paris: Was Troelstra angeregt hat, gehört eigentlich nicht hierher. Wenn diese Frage aber schon einmal angeschnitten werden soll, dann müßte man sie vorher den einzelnen Nationen zur Begutachtung unterbreiten. Es handelt sich hier um die schwierigsten Probleme, mit denen sich die Sozialdemokratie zu beschäftigen hat. Es soll hier kein Programm des Zukunftsstaates, etwa der Bauplan dieses Staates entwickelt werden, sondern es handelt sich darum: Wie soll das Minimumprogramm zur Wirklichkeit werden? Wir in Frankreich stehen vor der Frage: Was soll werden, wenn das jetzt am Ruder befindliche bürgerlich-radikale Ministerium seine Forderungen durchsetzt oder abwirtschaftet? In beiden Fällen stehen wir vor schweren Aufgaben. Kautsky hat in seinem Buche: „Die soziale Revolution" gesetzgeberische Fragen des Zukunftsstaates behandelt. Wir können nicht nur kritisch sein, sondern müssen auch Positives schaffen. Schon die letzte interparlamentarische Konferenz hatte mich gebeten, meine Vorschläge für die zukünftige Politik einmal zu detaillieren. Zum Glück für die sozialistische Entwickelung wurde ich damals krank. (Heiterkeit.) Jetzt bin ich wieder ganz gesund. (Erneute Heiterkeit.) Jede einzelne parlamentarische Gruppe sollte sich mit dieser Frage beschäftigen. (Guesde ruft: Nicht die parlamentarischen Gruppen, sondern die Parteien selbst.) Auch dem widerspreche ich nicht. (Beifall.)

Dr. **Adler**-Wien: Ich glaube, daß die Anregung Troelstras für jede Nation nützlich ist. Aber für eine internationale Aktion halte ich sie nicht für fruchtbringend. Der Pessimismus Troelstras findet nicht meine Zustimmung. Ich glaube, daß ein Pessimismus über die parlamentarische Aktion da eintritt, wo man sich über die Möglichkeit und Wirksamkeit parlamentarischer Aktionen phantastische Vorstellungen gemacht hat. Wo man sich solche Vorstellungen nicht gemacht hat, wird man nicht enttäuscht sein von dem, was eine proletarische Vertretung, die eine Minorität ist, leisten kann, sondern man wird sich dessen bewußt sein, daß die ganze Aktion der Gesetzgebung in allen Ländern, wenn auch mit vielen Rückfällen, eine fortschreitende Tendenz hat. Das ist zunächst der parlamentarischen sozialistischen Aktion geschuldet, aber nicht nur dem, was wir selbst machen, sondern auch dem, was die anderen wohl oder übel gezwungen sind, zu tun oder zu unterlassen. Jaurès sagt, daß die Demokratie in Frankreich am Ende sei. Ich bezweifle, ob er für Frankreich Recht hat, aber sicher hat er es nicht für die anderen Länder. Ueberall ist da noch so viel zu tun, damit die bürgerliche Gesellschaft auch nur das aus sich heraus entwickelt, dessen sie fähig ist. Und wenn Jaurès für Frankreich sagt: Und was dann?, so sage ich: „Nun, Genosse Jaurès, verwirklichen Sie dann Ihr eigenes Minimalprogramm, und Sie werden noch genug zu tun haben und noch viel Zeit haben, über weitere Aktionen nachzudenken." Man wird mir sagen, ich dokumentiere auch hier wieder eine gewisse Kurzsichtigkeit. Aber ich weiß, daß auch Weitsichtigkeit nicht bloß eine Tugend ist. (Heiterkeit.) Wir alle haben mit den Fragen des Augenblicks so viel zu tun, und meine innerste Ueberzeugung ist, daß gerade das Detaillierte in der Ausführung der sozialistischen Organisation das wichtigste ist, daß ich nicht befürchte, daß diese Krankheit allzu große Dimensionen annehmen wird. Allerdings, wenn wir eine Kommission einsetzen würden, um alle die Vorstellungen, die darüber bestehen, zu ordnen, oder gar in Kongruenz zu bringen, so wäre die Krankheit gefährlich, aber nicht für die Bewegung, sondern für die Mitglieder der Kommission. (Heiterkeit.) Trotzdem will ich die Idee Troelstras nicht in allen Punkten ablehnen. Es

wäre gut, zu studieren, wo sich überall Ansätze und Uebergänge zum Sozialismus finden. Aber dann darf man sich nicht auf die Aktionen der Sozialdemokratie beschränken, denn diese Uebergänge vollziehen sich auf allen Gebieten auch ohne unser Eingreifen von selbst. Ein Buch darüber zu schreiben wäre interessant, aber die interparlamentarische Konferenz kann dabei nichts beraten. Wie jemand inmitten einer großen Schlacht sein kann, ohne etwas zu sehen, so meine ich, wir alle sind in einer Schlacht, ohne den Zusammenhang zu kennen. Und das wird auch die Kommission nicht sehen.

Vandervelde schlägt vor, die Frage der nächsten Konferenz zu überweisen.

v. Vollmar kann nur unter der Voraussetzung dafür sein, daß wir uns damit zu nichts verpflichten. Ich muß überhaupt davor warnen, alle Fragen auf den internationalen Schimmel zu schieben.

Der Antrag Vandervelde wird angenommen.

Rakowski teilt mit, daß er eine Resolution wegen der rumänischen Zustände nicht hier, sondern dem Kongresse vorlegen werde.

Der Vorsitzende **Vandervelde** regt noch, da die Verhandlungen erschöpft sind, an, daß man im Laufe des Kongresses noch einmal zusammentrete, um klar zu werden, wie ein innigerer internationaler Kontakt möglich wäre.

Huysman stellt fest, daß weder er, noch seine Vorgänger an der Untätigkeit des Komitees schuld sind. Vielfach würden diesem nicht einmal die Namen der korrespondierenden Sekretäre bekannt gegeben.

Damit haben die Verhandlungen der interparlamentarischen Konferenz ihr Ende erreicht.

Die Kommissionen.

I. Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

Erste Sitzung. Montag, den 19. August.

Die Sitzung der ersten Kommission war außerordentlich stark besucht. Alle größeren Nationen haben ihr Delegationsrecht durch Entsendung von vier Mitgliedern in die Kommission voll ausgenützt. Auch die anderen Völker sind stark vertreten. Delegierte für **Deutschland** sind Bebel, Vollmar, Sachse und Südekum, für **Frankreich** Jaurès, Guesde, Vaillant und Hervé, für **Belgien** Vandervelde, Furnémont, Troclet und De Man, für **Oesterreich** Eldersch, Winarski, Schrammel und Adler, für **Holland** Schaper und Henriette Roland-Holst, für **Polen** Karski und Rosa Luxemburg, für die **Schweiz** Land, Moor und Sigg. — Außerdem wohnten zahlreiche bekannte Parteigenossen als Gäste den Verhandlungen bei. Wir nennen aus Deutschland Liebknecht und Noske.

Zum Vorsitzenden wird, nachdem Bebel die Verhandlungen eröffnet hat, auf Vorschlag Vanderveldes Genosse Südekum gewählt, zum Stellvertreter Furnémont. Als Uebersetzer fungieren Südekum, Vandervelde, Rosa Luxemburg und Roland-Holst.

Vandervelde beantragt zur Geschäftsordnung, sofort in die Spezialdebatte der vier vorliegenden Resolutionen Hervé, Guesde, Vaillant und Bebel einzutreten. Hervé, der den Aufstand und den Militärstreik gegen den Krieg fordere, und Guesde, der jede besondere Aktion gegen den Militarismus verwerfe und ihn als bloße Teilerscheinung des Kapitalismus betrachte, seien Extreme. Würde es abgelehnt, die beiden Anträge zuerst zu beraten, so wäre eine Einigung auf der mittleren Linie Vaillant-Bebel leicht.

Bebel bekämpft den Vorschlag, der bei jeder Resolution eine Generaldebatte zur Folge haben würde, und beantragt alle vier Resolutionen zugleich zur Generaldebatte zu stellen.

Die Kommission beschließt demgemäß einstimmig. Die Debatte eröffnet

Bebel: Nach meiner Auffassung haben wir auf den internationalen Kongressen schon so oft über die Militär- und Kriegsfrage verhandelt und beschlossen, daß es genügen würde, die früher gefaßten Beschlüsse einfach zu bestätigen. (Sehr wahr!) Nachdem aber die französischen Genossen, hauptsächlich veranlaßt durch die sogenannte antimilitaristische Agitation Hervés, verlangten, die Frage wieder auf die Tagesordnung dieses Kongresses zu setzen, können wir uns ihrer Wiederberatung nicht entziehen. Was Hervé in seinem Buche: „Leur patrie" (Ihr Vaterland) über Militarismus und Patriotismus sagt, ist nicht neu; das hat uns alles auf früheren Kongressen schon Domela Nieuwenhuis gesagt (Sehr richtig!), und dessen Anschauungen zu folgen, haben die Kongresse stets mit großer Mehrheit abgelehnt. Wir stehen heute noch auf demselben Standpunkt. Hervé sagt: Das Vaterland sei das Vaterland

der herrschenden Klassen, das ginge das Proletariat nichts an. Ein ähnlicher Gedanke ist im Kommunistischen Manifest ausgesprochen, wo es heißt: Der Proletarier hat kein Vaterland. Aber einmal haben Marx' und Engels' Schüler erklärt, daß sie nicht mehr die Anschauungen des Manifestes teilten und zweitens haben sie im Laufe der Jahrzehnte zu den europäischen und auch deutschnationalen Fragen sehr klar und keineswegs negativ Stellung genommen. Was wir bekämpfen, ist nicht das Vaterland an sich, das gehört dem Proletariat weit mehr als den herrschenden Klassen, sondern die Zustände, die in diesem Vaterlande im Interesse der herrschenden Klassen vorhanden sind. (Sehr richtig!) Die Parlamente sind auch eine Einrichtung der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, und doch gehen wir in die Parlamente, nicht nur um die Klassenherrschaft zu bekämpfen, sondern auch um die Zustände zu verbessern. Wir beschränken uns also nicht auf die Negation, wir arbeiten auch überall positiv. Das Kulturleben und die Kulturentwickelung eines Volkes kann sich nur auf dem Boden voller Freiheit und Unabhängigkeit durch das Hülfsmittel der Muttersprache entwickeln. Daher überall das Streben unter Fremdherrschaft stehender Völker nach nationaler Freiheit und Unabhängigkeit. Das sehen wir z. B. in Oesterreich, das sehen wir an dem Kampf der Polen um ihre nationale Wiederherstellung. Auch in Rußland wird, sobald es moderner Staat geworden ist, die Nationalitätenfrage erwachen. (Widerspruch der Genossin Luxemburg.) Ich weiß, daß Sie auf einem anderen Standpunkt stehen, aber ich halte diesen Standpunkt für falsch. Jedes Volk, das unter der Fremdherrschaft steht, kämpft zuerst für seine Unabhängigkeit. Wenn Elsaß-Lothringen sich gegen die Losreißung von Frankreich sträubte, so weil es dessen Kulturentwickelung jahrhundertelang mit durchgemacht, die Errungenschaften der großen Revolution als gleichberechtigt genoß und so kulturell ohne Schaden für das Volkstum mit Frankreich aufs innigste verwachsen war. Hervés Gedanke, daß es gleich sei für das Proletariat, ob Frankreich zu Deutschland oder Deutschland zu Frankreich gehöre, ist absurd. (Zuruf: Das ist gar kein Gedanke! Heiterkeit.) Wollte Hervé im Ernstfall diesen Gedanken seinen Landsleuten plausibel machen, ich fürchte, er würde von seinen eigenen Volksgenossen unter die Füße getreten werden. (Sehr wahr!) Was im Kriegsfall nationale Erregung bedeutet, haben wir 1870 gesehen, wo die Masse in Napoleon den Störenfried sah, obgleich nicht er, sondern Bismarck es war, der die Kriegserklärung provozierte durch die später bekannt gewordene Fälschung der Emser Depesche. Und die Erregung richtete sich auch mit gegen uns, weil wir damals bei Bewilligung der Kriegsanleihe uns der Abstimmung enthielten, von der Anschauung ausgehend, daß beide Regierungen den Krieg verschuldeten, denn der Vorgang mit der Emser Depesche war uns damals noch nicht bekannt.

Die Behauptung, was ein Angriffs-, was ein Verteidigungskrieg sei, wäre im gegebenen Fall schwer zu sagen, bestreite ich als richtig. So liegen heute die Dinge nicht mehr, daß die Fäden zu kriegerischen Katastrophen für den unterrichteten und beobachtenden Politiker unsichtbar blieben. Kabinettspolitik hat aufgehört zu sein.

Aber prüfen wir die Frage des Antimilitarismus im Hervéschen Sinne auch praktisch. Ich weiß nicht, ob die Hervésche Taktik in Frankreich möglich ist. Ich fürchte, man wird in Frankreich böse Erfahrungen machen, wenn im Kriegsfall die Hervéschen Mittel: Massenstreik, Fahnenflucht der Reservisten und Landwehrmänner und offene Insurrektion in Anwendung kommen sollten. (Zustimmung.) Ich muß rund heraus erklären, daß diese Mittel bei uns unmöglich und undiskutabel sind. Wie in Deutschland die Dinge liegen, sehen wir an Karl Liebknecht, dem man einen Hochverratsprozeß an den Hals hängen will, obgleich er in seiner Schrift von Hervé ausdrücklich abrückte und dessen Taktik für unmöglich erklärt. Ich weiß auch nicht, ob die antimilitaristische

Agitation, wie sie Hervé betreibt, von seinem eigenen Standpunkt aus nicht bedenklich ist. In den Kreisen der deutschen Militärs und des deutschen Generalstabes verfolgt man diese Agitation sehr genau, und die Kriegspartei, die bei uns zwar klein und noch keinen Anhang in den Regierungskreisen besitzt, begrüßt eine Erscheinung, die den möglichen Gegner schwächt. (Hört! hört!) In den maßgebenden Kreisen Deutschlands will niemand den Krieg, zum guten Teil mit Rücksicht auf die Existenz der sozialistischen Bewegung. Hat doch Fürst Bülow mir selbst gegenüber zugegeben, die Regierungen wüßten, was in einem großen europäischen Kriege für Staat und Gesellschaft auf dem Spiele steht, und deshalb werde man ihn nach Möglichkeit vermeiden.

Wir können aber aus den angeführten Gründen auch nicht für die Resolution Jaurès-Vaillant stimmen, die in ihrem Schlußsatz dem Hervéismus bedenkliche Konzessionen macht. Es ist auch nicht nötig, dergleichen auszusprechen. In der Sache selbst, der Bekämpfung des Militarismus und des Krieges sind wir einig. Konsequenter wie wir Deutschen seit 40 Jahren beides bekämpft haben, ist beides in keinem anderen Lande bekämpft worden. (Sehr richtig!) Umgekehrt ist uns Jaurès öfter als Muster von Patriotismus vorgehalten worden. (Jaurès: Gerade wie Sie mir in Frankreich!) Sehr richtig! Man hat mich bei Euch als „großen Patrioten“ hingestellt, der für jeden Krieg, auch wenn er kein Verteidigungskrieg sei, zu haben wäre. Bei uns klingt's freilich anders. Auch während der Marokkoaffäre haben wir hüben und drüben alles aufgeboten, um einen Krieg zu verhüten. Wenn auch wir als Sozialdemokraten militärische Rüstungen nicht gänzlich entbehren können, so lange die Verhältnisse der einzelnen Staaten zueinander sich nicht von Grund aus geändert haben, so nur im Sinne der reinen Verteidigung und auf breitester demokratischer Grundlage, die einen Mißbrauch der militärischen Kräfte verhindert. Wir bekämpfen also in Deutschland den bestehenden Militarismus zu Lande und zu Wasser in jeder möglichen Form und mit allen unseren Kräften. Darüber hinaus können wir uns aber zu Kampfmethoden nicht drängen lassen, die dem Parteileben und unter Umständen auch der Existenz der Partei verhängnisvoll werden könnten. Ich hoffe, daß es nach Schluß der Generaldebatte in einer Subkommission gelingt, zu einer Verständigung zu kommen. (Lebhafter Beifall.)

Hervé-Paris: Ich weiß wirklich nicht, ob der Generalstab in Berlin meine Agitation mit so großem Interesse und solcher Freude verfolgt hat, aber das eine weiß ich gewiß: Nicht nur meine engeren Freunde, nein, die ganze sozialistische Welt sieht mit Erstaunen und Trauer die gegenwärtige Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Militarismus. Wie sind wir denn zu unserer so brutalen, so rücksichtslosen, so wilden antimilitaristischen Agitation in Frankreich gekommen? Es war in den heißesten Tagen der russischen Revolution, in jenen Tagen, wo täglich die preußischen Bajonette auf die russischen Revolutionäre loszugehen drohten, und wir fragten uns: was wird dagegen die deutsche Sozialdemokratie tun und mußten befürchten, daß sie gegen ein so frevelhaftes Beginnen nichts tun würde, als „das moralische Gewicht ihrer drei Millionen Stimmen in die Wagschale zu werfen“. (Heiterkeit.) Und dann kam die schreckliche Spannung der Marokko-Affäre, da die Kriegsfurie über Deutschland und Frankreich schwebte. Und wieder fragten wir uns, und wieder mußten wir uns sagen, daß Deutschland als Antwort nur das moralische Gewicht seiner drei Millionen Stimmen hatte. Bebel hat mich gütigst darüber belehrt, daß die Vaterländer im gegenwärtigen Europa eine historische Tatsache seien. Aber ich habe von Bebel noch viel interessantere Dinge gelernt, in Amsterdam sagte er uns: Ob deutsche Monarchie oder französische Republik ist für den Sozialisten ganz gleich. Und dasselbe sage ich Euch heute. Jedes Vaterland ist nur eine milchende Kuh für die Kapitalisten, es ist eine

Stiefmutter für alle Proletarier, um dessentwillen sie sich wirklich nicht die Köpfe einzuschlagen brauchten. Die Wölfe hinter den verschiedenen Gittern haben sich längst geeinigt. Jetzt gilt es, die Schafe über die verschiedenfarbigen Grenzpfähle hinweg zusammenzuführen. Bebel unterscheidet sehr fein zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg. Ja, wenn das kleine Marokko verschleißt wird, gibt man einen Angriffskrieg mit aller Brutalität und Offenheit zu. Wenn aber einmal zwischen Großmächten ein Krieg ausbrechen wird, dann entfacht die übermächtige kapitalistische Presse einen solchen Sturm des Nationalismus, daß wir nicht Kräfte genug haben, um dem entgegenzutreten. Dann ist es zu spät mit Eurer ganzen feinen Unterscheidung. Wann habt Ihr denn von der Fälschung der Emser Depesche erfahren? Zehn Jahre nach dem Proletarier mordenden Krieg. Meine antimilitaristische Agitation sollte ein lauter Schrei sein, ein Warnruf an die deutsche Sozialdemokratie, ihrerseits ihre Pflicht zu tun für die Internationale und den Krieg unmöglich zu machen. Meine Agitation hatte in Frankreich den größten, durchschlagendsten, großartigsten Erfolg. (Heiterkeit.) Ist nicht schon das ein Erfolg, daß ich in jeder Stadt, in jedem Dorf Frankreichs die Idee des Vaterlandes verkünden durfte, ohne in Stücke gerissen zu werden? Die verspotteten Herveaner haben auf dem letzten französischen Parteitag in der Militärfrage zugunsten von Jaurès und Vaillant und gegen Guesde entschieden. (Widerspruch von Jaurès.) Wir dachten also mit unserer glänzenden erfolgreichen Agitation Euch Deutschen ein Beispiel geben zu können, das Euch nachzwingen mußte, wir gingen ferner nicht etwa wegen der Aufregung unserer Bourgeoisie über die Grenzberichtigung von 1871 vor, sondern weil wir eine revolutionäre Vergangenheit haben.

Bebel hat zwar in Amsterdam gesagt, die preußischen Bajonette hätten uns die Republik gebracht. Aber den 14. Juli, den Tuileriensturm, die Februar- und die Märzrevolution haben doch wohl nicht die preußischen Bajonette für uns gemacht. (Heiterkeit.) Darüber, ob die deutsche Sozialdemokratie uns folgen werde, hat Bebel uns ja keine Illusionen mehr gelassen. Ich verkenne die großen Verdienste von Marx, Engels, Lassalle, Kautsky, Bebel und auch Eduard Bernstein, des einzigen, der heute den Mut hat, durchaus nicht. Aber jetzt seid Ihr nur noch Wahl- und Zahlenmaschinen (Heiterkeit), eine Partei mit Mandaten und Kassen. Mit Stimmzetteln wollt Ihr die Welt erobern. Aber ich frage Euch, wenn die deutschen Soldaten abgesandt werden, den Thron des russischen Kaisers wieder aufzurichten, wenn Preußen und Frankreich die Proletarier überfallen, was werdet Ihr dann tun? Und nun antwortet nicht metaphysisch und nicht dialektisch, sondern offen und klar, praktisch und taktisch, was werdet Ihr tun? Ich weiß, 1871 ging Bebel als Rebell ins Gefängnis. Ihr waret imstande, zu Hunderten den deutschen Gefängnissen zu trotzen zu einer Zeit, da die Regierung von Bismarck Euch verfolgte; Ihr habt es gewagt unter den eisernen Gesetzen Bismarcks, weil man Eure politische Lage und Eure Wahlfortschritte antastete, und Ihr könnt es also (aus Bebels Rede zu schließen) heute nicht mehr, heute, wo es sich darum handeln würde, einen Zusammenstoß zu verhindern, der Hunderttausenden französischen und deutschen Arbeitern das Leben kosten würde. (Rosa Luxemburg: Das ist nicht wahr!) Sie meine ich auch natürlich nicht; aber man hört nichts mehr davon. (Bebel: Das wissen Sie ja gar nicht. Zehnmal mehr Gefängnis nehmen wir auf uns wie die ganzen französischen Antimilitaristen!) Nein, jetzt ist die ganze deutsche Sozialdemokratie verbürgerlicht, und Bebel ist unter die Revisionisten gegangen, indem er uns heute gesagt hat: Proletarier aller Länder, mordet Euch! (Große Unruhe.) Wenn Ihr uns nicht wollt, die Propaganda des Antimilitarismus, dann haben wir nicht gearbeitet für den Frieden, sondern für den Krieg. (Vandervelde: Ihr arbeitet immer pour le roi de Prusse! — Heiterkeit.) Belgien hat auch an der Frage des nationalen Konfliktes nur ein halbes Interesse. (Unruhe.)

Ich war gespannt darauf, die deutsche Sozialdemokratie persönlich kennen zu lernen, die ich seit Jahren nur mit Achselzucken aus den silbenstechenden, haarspalterischen Kämpfen um die Auslegung von Karl Marx kannte. Jetzt habe ich sie hier auf den Straßen Stuttgarts gesehen, die deutschen Proletarier. Meine naiven Illusionen sind zerstört, es sind alles gute, zufriedene und satte Spießbürger. (Schallende Heiterkeit.) Der französische Generalstab ist durch uns moralisch entwaffnet, er weiß, daß der Krieg den Aufstand des Proletariats bedeutet. Für Deutschland aber nehme ich an, daß bei dem Kadavergehorsam, den die Sozialdemokraten hier dem „Kaiser" Bebel entgegenbringen, sie dem „Kaiser" widerstandslos auch in einen Krieg folgen und ihre Bajonette auf die Brust der französischen Proletarier setzen werden, die die Barrikaden mit der roten Fahne der Revolution verteidigen. (Unruhe und Lachen.)

Nachdem Rosa **Luxemburg** die Rede übersetzt, aber, wie sie betont, nur übersetzt hat, erhält als letzter Redner für heute das Wort

Troclet-Belgien: Wenn Hervé von bürgerlichem Patriotismus gesprochen hat, so muß es doch auch einen sozialistischen Patriotismus geben: von ihm aber hat Hervé nichts gesagt. Hervé sagte, es gebe kein Vaterland. Er substituiert dem Vaterland rasch die Vereinigten Staaten von Zentraleuropa. Wollte er konsequent sein, dann müßte er alle Grenzen niederreißen und nur bedauern, daß er nicht auch den Mars mit in die Internationale einbeziehen kann. (Heiterkeit.) Hervés Propaganda wird schwerlich der Sozialdemokratie schaden, eher vielleicht schon ihm, der schon heute über die Tragweite seiner Ideen und seiner Persönlichkeit sich vollkommen unklar ist. Hervés heutiger „Grève militaire" ist schon ein sehr weiter Rückzug gegenüber seiner Insurrektion, die er in seinem Buche „Leur Patrie" predigt. Wenn er so weiter fortfährt, endet er noch auf dem rechtesten Flügel der Partei. Eigentlich ist Hervé ein viel zu guter Sozialist, als daß er wünschen könnte, daß eine große Partei sich auf seine Tollkühnheiten einließe. Denn mit dem Mute, dem herrlichen Mute unserer deutschen Genossen, unseres Bebel (Bravo!), haben diese Phantastereien gar nichts zu tun. (Sehr wahr! und Bravo!)

Hierauf wird die Weiterverhandlung auf Dienstag 10 Uhr vertagt. Auf der Rednerliste stehen noch Jaurès, Vaillant, Bebel, Guesde, Vandervelde und Dr. Adler.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 20. August.

Es liegen eine ganze Reihe von Resolutionen vor. Namens des sozialdemokratischen Parteivorstandes Deutschlands hat Genosse Bebel folgende Resolution eingebracht:

„Kriege zwischen Staaten, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruhen, sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt; denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länderraube eine Hauptrolle spielen. Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere. Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militär-technische Entwickelung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt. Insbesondere ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Kämpfer stellt und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, die natürliche Gegnerin der Kriege, weil diese im Widerspruch stehen zu ihrem Ziel: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der

Völker verwirklicht. Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht aller Arbeiter, und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfedern für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern. Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Wehrwesens, das alle Waffenfähigen umfaßt, eine wesentliche Garantie, daß Angriffskriege unmöglich werden und die Ueberwindung nationaler Gegensätze erleichtert wird. Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern oder, falls ein solcher dennoch ausbrechen sollte, für seine rasche Beendigung einzutreten."

Die Mehrheit der französischen Delegation beantragt die Erneuerung der Beschlüsse gegen den Militarismus und Imperialismus:

„Der Militarismus ist nur als die vom Staate organisierte Rüstung anzusehen, um die Arbeiterklasse unter dem ökonomischen und politischen Joch der kapitalistischen Klasse zu erhalten. Die Arbeiterklasse aller Länder ist daran zu erinnern, daß eine Regierung die Unabhängigkeit einer fremden Nation nicht bedrohen kann, ohne sich gegen diese Nation, gegen deren Arbeiterklasse und ebenso gegen die internationale Arbeiterklasse zu vergehen. Die bedrohte Nation und Arbeiterklasse haben die gebieterische Pflicht, ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegen diese Angriffe zu wahren, und sie haben ein Anrecht auf den Beistand der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Diese Verteidigungspolitik sowie der Antimilitarismus der sozialistischen Partei gebietet, die militärische Entwaffnung der Bourgeoisie und die Ausrüstung der Arbeiterklassen durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht des Volkes zu fordern. Angesichts der russischen Revolution, der äußersten Bedrängnis des Zarentums und der benachbarten Kaiserreiche, die ihm Hülfe leisten wollen, angesichts der unaufhörlichen kapitalistischen und kolonialen Unternehmungen und Plünderungen werden das Internationale Bureau und die Interparlamentarische Konferenz aufgefordert, die nötigen Anstalten zu treffen, um im Falle eines drohenden internationalen Konfliktes die zur Verhinderung desselben geeigneten Maßnahmen zu treffen. Die Verhütung und Verhinderung des Krieges ist durch nationale und internationale sozialistische Aktionen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand zu bewirken. An jedem 1. Mai werden von den Proletariern und Sozialisten aller Nationen Kundgebungen veranstaltet, um diese Solidarität zum Ausdruck zu bringen."

Von der Minorität der französischen Delegation liegt folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß der Militarismus, wie es alle Konflikte bewiesen haben, die natürliche und unvermeidliche Folge des kapitalistischen Regimes ist, das auf den Klassengegensätzen basiert, und in Erwägung, daß dieser Militarismus nicht abgeschafft werden kann, ohne seine Quelle, das kapitalistische Regime, zu beseitigen, in weiterer Erwägung, daß durch die Konzentrierung aller Bestrebungen der Arbeiterklasse auch die Frage des Militarismus ihre verdiente Berücksichtigung erhält, in Erwägung andererseits, daß die für den Antimilitarismus bestimmten Mittel von der Desertation und dem Militärstreik bis zur Revolution geeignet sind, die Propaganda und die Werbung für den Sozialismus zu erschweren und damit den Moment hinauszuschieben, wo das Proletariat hinreichend organisiert und stark genug sein wird, um durch die soziale Revolution dem Kapitalismus

und allen Kriegen ein Ende zu machen, erklärt der Kongreß, daß das beste Mittel gegen den Militarismus und für den Frieden, wenn es nicht eine Utopie und Gefahr sein soll, darin bestehen muß, daß man die Arbeiter der ganzen Welt sozialistisch organisiert und daß man in der Zwischenzeit durch Verkürzung des Militärdienstes, durch Ablehnung aller Kredite für Heer, Marine und Kolonien, durch Propaganda für allgemeine Volksbewaffnung alle internationalen Kämpfe möglichst unmöglich macht, und zwar ist es Aufgabe des Internationalen Bureaus, im Falle ein politischer Konflikt droht, gemäß seiner Statuten zusammenzutreten und die notwendigen Maßnahmen zu treffen."

Leon Troclet beantragt namens der belgischen Arbeiterpartei die Annahme der durch die Anträge der französischen Genossen erweiterten Resolution Bebel und stellt dazu noch folgenden Zusatzantrag:

„Der Stuttgarter Kongreß will damit nicht etwa die Wahl der in Anwendung zu bringenden Mittel beschränken. Die Umstände von Zeit und Ort und besonders die wirkliche Macht des Proletariats im entscheidenden Moment können allein für die Frage der Möglichkeit einer Intervention entscheidend sein und für die Wahl der anzuwendenden Mittel richtigen Aufschluß geben."

Die Socialdemokratic Federation-Großbritannien beschränkt sich darauf, die Ausarbeitung von Verhaltungsmaßregeln bei eintretenden Krisen zu fordern.

Hervé schließlich beantragt folgende Resolution:

„In der Erwägung, daß es für das Proletariat gleichgültig ist, in und unter welcher National- und Regierungsmarke die Kapitalisten es ausbeuten, in der Erwägung, daß die Interessen der Arbeiterklasse ausschließlich den Interessen des internationalen Kapitalismus entgegenstehen, verwirft der Kongreß den bourgeoisen und Regierungspatriotismus, der die lügnerische Behauptung vom Bestehen einer Interessengemeinschaft unter allen Bewohnern desselben Landes aufstellt. Er erklärt, daß es die Pflicht der Sozialisten aller Länder ist, sich zum Sturz dieses Systems zu vereinigen, um ein sozialistisches Regime herbeizuführen und es zu verteidigen. Angesichts der diplomatischen Zettelungen, die von verschiedenen Seiten den europäischen Frieden bedrohen, fordert er alle Genossen auf, jede Kriegserklärung, von welcher Seite sie auch kommen mag, mit dem Militärstreik und mit dem Aufstand zu beantworten."

Gleich nach der Eröffnung der Sitzung gibt der Vorsitzende **Südekum** das Wort dem Genossen

Vaillant: Bebel hat in seiner gestrigen Rede gesagt, daß die Resolution Jaurès-Vaillant, die auf dem letzten Parteitag in Limoges die Mehrheit der französischen Partei auf sich vereinigt hat, für Deutschland unannehmbar sei, daß sie die deutsche Sozialdemokratie in die größten Schwierigkeiten und Gefahren stürzen würde. Ich glaube nicht, daß Bebel unsere Resolution so verstanden hat, wie sie gemeint ist. Wir sind nicht hierher gekommen, um irgend einer Fraktion des internationalen Sozialismus Steine in den Weg zu legen. Im Gegenteil, wir wollen uns gegenseitig fördern und auch der deutschen Sozialdemokratie ihre Aufgabe erleichtern. Bebel hat vorgestern in seiner Begrüßungsrede die bedeutenden Fortschritte geschildert, die die deutsche Sozialdemokratie in den letzten drei Jahren gemacht hat. Wir nehmen mit um so größerer Genugtuung von den unaufhaltsamen Fortschritten der deutschen Sozialdemokratie Kenntnis, als sie gerade den Zielen folgt, denen durch die Resolution von Limoges der Weg gewiesen wird. Ich will keine Uebersicht über die Siege der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern geben. Nur kurz will ich hervorheben, daß unsere österreichischen Parteigenossen den

Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit wunderbarer Kraft durchführten und jeden Widerstand der Bourgeoisie mit der Drohung, daß unfehlbar der Generalstreik erklärt werden würde, gebrochen haben. Auch die Kraft der französischen Sozialdemokratie ist seit der Einigung gewaltig gestiegen. Jeder neue Tag beweist ihre wachsende Kraft und Energie. Ein noch viel größeres Faktum, das das Aufsehen der Welt auf sich gelenkt und die Taktik des Sozialismus beeinflußt hat, ist die vollständige Umwälzung der russischen Gesellschaft durch die Revolution. In dem großen russischen Kampfe haben Sozialisten die Führung gehabt. Wir haben da neue Kampfformen entstehen sehen, und wir sehen eine Kämpferin und Mitstreiterin um Rußlands Freiheit hier im Saale, deren Heldenmut wir huldigen, die Genossin Rosa Luxemburg. (Bravo!) Um Kraft zu gewinnen, müssen wir die Bewegungen des Proletariats vereinigen, sie einander anpassen. Denn das Wachstum des Sozialismus hat nicht nur die innere Verfassung der einzelnen Länder, sondern auch die auswärtige Politik beeinflußt. Sogar bei internationalen Konflikten ist die Bourgeoisie schon vor dem Proletariat zurückgewichen. Ich erinnere nur an die Marokkoaffäre, wo der einige Wille des Proletariats beider Länder, Frankreichs und Deutschlands, stark genug war, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Es entsteht nun die Frage, wie wir die jetzigen gewaltigen nationalen Kräfte der Sozialdemokratie zusammenfassen und zur Verhinderung der Kriegsgefahr benutzen können, auf welchem Wege wir das Intrigenspiel der Diplomatie und die Komplotte der Herrschenden unmöglich machen können. Gewiß, Bebel hat nicht sagen wollen, daß Deutschland allein den Kampf gegen den Militarismus und die Kriegsgefahr aufnehmen solle. Die deutsche Partei, in der idealistische und realistische Elemente so harmonisch vereinigt sind, müßte ihre ganze Vergangenheit verleugnen, wenn sie nicht mit uns gemeinsam den Kampf aufnehmen würde, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen suchen. Wie es den einzelnen Nationen am besten möglich ist, gegen den Krieg vorzugehen, muß ihnen überlassen bleiben. Das eine aber muß gesagt werden, wir können uns nicht mit Agitation und Organisation allein begnügen. In dem ökonomischen Kampfe begegnet uns überall die militärische Macht des Gegners. Es besteht die Gefahr, daß die Bourgeoisie einen Weltkrieg nur entfesselt, um die proletarische Bewegung zu schädigen. Gegen diese Gefahr ist die persönliche Revolte Hervés ein Unsinn. Sie würde zu nichts anderem führen als zu den heroischen Opfern der tüchtigsten Kämpfer. Wir müssen den Staat entwaffnen, das Heer demokratisieren und die auswärtige Politik kontrollieren. Die Nationen sind nicht nur nützlich, sondern sogar notwendige Elemente der menschlichen Entwickelung. Bei leichteren Konflikten genügen Versammlungen und Resolutionen, um die Kriegsgefahr zu bannen. Bei drohenden Konflikten zwischen Großmächten müssen stärkere Mittel angewandt werden, und eine Reihe dieser Mittel wollen wir nun hier in einer Resolution zusammenstellen, über deren Wortlaut wir uns verständigen können und verständigen müssen. Dann soll man in allen Ländern mit Entschiedenheit und Begeisterung das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse pflegen und, wo es nicht vorhanden ist, zu wecken suchen. (Lebhafter Beifall.)

Jaurès wäre bereit, zunächst einem Gegner der Resolution Vaillant das Wort abzutreten. Es meldet sich jedoch niemand, und so fährt er fort: Die Resolution Vaillant deckt sich mit der Resolution, die auf dem letzten französischen Parteitage mit Mehrheit gefaßt worden ist. Wenn wir sie hier hintereinander durch zwei Redner verteidigen lassen, so einmal, weil wir dem Gegenstand der Tagesordnung eine gewaltige Bedeutung beimessen, und sodann, weil man es auf dem Amsterdamer Kongreß mir übertragen hat, meine Gedanken über die anzuwendenden Mittel niederzulegen. Ich war stets und bin heute noch bewußter Anhänger einer Politik der Aktion durch die politische Partei. Wenn ich Hervé bekämpfe, so geschieht es nicht, weil ich überhaupt

keine Aktion will, sondern weil ich die Mittel, deren sich Hervé bedient, für falsch halte. Ihr habt uns in Amsterdam geeinigt und habt gesagt, die Einigkeit sei die Voraussetzung für eine mächtige Entwickelung des französischen Sozialismus. Nun seid nicht mißgünstig, wenn in dieser Frage der Aktion wir Franzosen das Primat der Lehre für uns in Anspruch nehmen. (Hervé: Ich auch für mich!) Wenn Hervé übrigens gestern die deutsche Partei in stachlichen Redensarten zu kritisieren gesucht hat, so hat er nur gezeigt, daß er ein echter Internationaler ist. Denn sonst hat er jahraus, jahrein diese Angriffe gegen die französische Partei gerichtet. (Heiterkeit.) Wenn ich jedesmal, als Hervé mich angriff, einen Schmiß bekommen hätte, ich sähe aus wie ein deutscher Korpsstudent. (Große Heiterkeit.) So weit auseinander Bebel und Hervé auch gehen, in einem stimmen sie überein: Bebel schätzt Hervé fast so hoch ein, wie Hervé sich selbst. (Heiterkeit.) Das ist eine Ueberschätzung. Der Hervéismus, der noch vor 14 Monaten auf dem Parteitag in Limoges eine Anhängerschaft hatte, ist im Rückgang, im Aussterben begriffen. Das Vaterland will Hervé zerstören. Wir wollen das Vaterland zum Nutzen der Proletarier sozialisieren durch Ueberführung der Produktionsmittel in das Eigentum aller. (Beifall.) Denn die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stände dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern. (Sehr gut!) Unsere Resolution hat mit dem Hervéismus nichts zu tun. Sie ist nicht zufällig als Hirngespinst einiger Träumer entstanden, sondern mit Notwendigkeit herausgewachsen aus den großen Krisen nach Faschoda und der Marokkogefahr, die wir durchgemacht haben. Da mußte sich das Proletariat fragen: Sollen wir diese Verbrechen gegen die Humanität, die zugunsten einiger Kapitalisten gemacht werden sollen, dulden? Sollen wir sie nicht bekämpfen durch die große Allianz der gewaltigen organisierten Arbeitermassen? Ist das ein Traum, ist das eine Utopie? Einst mochten nationale Vorurteile den Krieg unvermeidlich machen, als Italien sich von Oesterreichs Fremdherrschaft befreite und Deutschland sich nur durch Blut und Eisen einigen konnte. Aber jetzt sind diese nationalen Vorwände verschwunden und so kam es, daß in der Marokkokrise der erste Gedanke der französischen und deutschen Proletarier war, sich zu einigen. Schon nach Faschoda waren englische Trade-Unions zu einer machtvollen Friedensdemonstration nach Paris gekommen, aber erst, nachdem die Kriegsgefahr längst überwunden war. Und sie sagten uns, daß die Gefahr des proletarischen Brudermordes sie überrascht hätte. Sollen wir uns auch in Zukunft überraschen lassen? O nein, es gilt vorzubeugen, die proletarischen Kräfte zu einer unüberwindlichen Armee zusammenfassen. Man sagt, der Kampf gegen den Krieg sei umsonst, denn der Kapitalismus erzeuge den Krieg mit Notwendigkeit. Aber genau so hat der Kapitalismus die immanente Tendenz, die Ausbeutung ins Ungemessene zu steigern und die Arbeitszeit ins Ungemessene zu verlängern. Und doch kämpfen wir für den Achtstundentag und mit Erfolg. (Sehr gut!) Man wendet weiter ein, wir sollten lieber unerbittlich den Kampf gegen den Kapitalismus führen, den Erzeuger des Krieges. Wir lassen nicht nach im Kampfe gegen das Kapital. Aber wenn wir den Klerikalismus bekämpfen, der die Hirne der Arbeiter dem ausbeutenden Kapitalismus ausliefert, so müssen wir auch den Militarismus, den Krieg bekämpfen, der die Leiber des Proletariats in Chauvinismus, Haß und Zorn einander entgegenwirft. (Lebhafter Beifall.) Es wäre traurig, wenn wir nicht mehr sagen könnten als Bebel, daß wir kein bestimmtes Mittel wissen, um die Völkerverhetzung und den Völkermord zu verhindern; traurig, wenn die gewaltig gestiegene Macht der deutschen Arbeiterklasse, des internationalen Proletariats nicht weiter reichte! In keiner Frage begnügen wir uns mehr mit der parlamentarischen Aktion. Das Proletariat will selber als Spieler auf die Bühne treten, selbst Spieler des eigenen Glückes sein.

Auch zur Verhütung und Unmöglichmachung des Krieges muß das Proletariat alle Kräfte freimachen, die es in seinen gewaltigen Massen hat. (Bravo!) Bebel hat für den Fall des Wahlrechtsraubes den Massenstreik angekündigt, und der Parteitag von Jena war so revolutionär entschlossen, daß Bebel sich schon bis zu den Knien im Blute waten sah.

Kautsky hat die direkte Aktion in der „Neuen Zeit" für den Fall proklamiert, daß die deutschen Truppen in Rußland zugunsten des Zaren intervenieren sollen. Bebel hat diesen Satz von der Tribüne des Reichstages aus wiederholt. Wenn Sie das sagen können, so sagen Sie es doch bei allen internationalen Konflikten. (Sehr gut!) Gewiß, das militärische Eingreifen Deutschlands zugunsten des Zaren gegen die russische Sozialdemokratie wäre die äußerste, denkbar schärfste Form des Klassenkampfes. Aber wenn eine Regierung nicht direkt gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht, sondern erschreckt durch das Wachstum des Sozialismus eine Diversion nach außen versucht, wenn auf diese Weise ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland entsteht, dürfte es dann erlaubt sein, daß das französische und das deutsche Proletariat sich im Auftrage und zum Nutzen der Kapitalisten morden, ohne daß die Sozialdemokratie eine äußerste Kraftanstrengung versucht hätte? (Sehr gut!) Wenn wir dies nicht versuchten, wären wir entehrt. (Stürmischer Beifall.) Bebel hat uns die Gefahren der antimilitaristischen Agitation in Deutschland geschildert. Wir wollen gewiß nicht riskieren, den stärksten Zweig des internationalen Sozialismus zu zerstören, aber ich glaube, daß Sie übertreiben. Ihr habt ja die Probe gemacht unter dem Sozialistengesetz, als die Hand eines Mannes auf Euch ruhte, die zehnmal fester war als die irgend eines preußischen Ministers. Man kann den Einzelnen die Strenge des Gesetzes fühlen lassen, aber man kann nicht die Kraft von 3 Millionen brechen. Liebknecht wirft man in der Anklage, die jetzt vor dem Reichsgericht gegen ihn schwebt, nicht vor, daß er das Proletariat zur Bewaffnung aufgerufen habe für irgendeine unbestimmte und ungenannte Kriegsgefahr, sondern die Anklage erklärt bei der angeblichen Schwäche der französischen Staatsverfassung einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich für durchaus wahrscheinlich und klagt ihn des Hochverrates für den Fall dieses Krieges an. Also müßt Ihr auch diese Möglichkeit ebenso in den Bereich Eurer Betrachtung ziehen wie eine Invasion Deutschlands in Rußland und dafür Eure Vorbereitungen treffen. Die bürgerlichen Blätter besprechen jetzt alle die Eröffnungssitzung dieses unseres Kongresses. Der „Matin" bringt in einer sensationellen Nummer die Bilder von uns allen und alle mit der Umschrift: „Nationale Sozialdemokraten", nur mich und meine französischen Freunde mit der Umschrift: „Antinationale Sozialdemokraten!" (Große Heiterkeit.) Und an dem gleichen Tage bringt ein Leipziger Kapitalistenblatt die Mitteilung, daß unter den nationalistischen Resolutionen die Resolution Bebel die einzige antinationalistische hier sei. (Große Heiterkeit.) Nun, so halten es im tiefsten Frieden die Boulevardblätter. Wenn aber ein Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ausbräche, wie würde dann die chauvinistische Brutalität ziellos gegen jeden von uns entfesselt werden, auch gegen die klügsten und vorsichtigsten. (Beifall.) Deshalb sollten wir offen genug sein, zu sagen, daß wir zwar die Unverletzlichkeit eines jeden Landes anerkennen, und es nicht der Ausbeutung und Unterdrückung von Fremden preisgeben werden, daß wir aber keineswegs zugeben werden, das internationale Proletariat hinschlachten zu lassen. Im deutschen Parteiprogramm steht seit dreißig Jahren von der Entscheidung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte und jetzt hat die bürgerliche Klasse angesichts der steigenden Macht der Sozialdemokratie diese Forderung des internationalen Sozialismus zu ihrer Forderung gemacht. Deshalb verspotte ich die Friedenskonferenz nicht, besonders nachdem sie im Huller Zwischenfall und bei dem Marokkokonflikt doch eine

Art Verständigung herbeigeführt hat. Wir können jede Regierung in die größte Verlegenheit bringen, wenn wir sie im Falle eines internationalen Konfliktes auffordern, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, und sie als größte Feindin des Weltfriedens brandmarken, wenn sie sich dessen weigert. (Sehr gut!) Parteigenossen! Die ganze bürgerliche Welt blickt auf diese Beratung; sie ist überrascht durch die Kraft des internationalen Sozialismus und sein Wachstum, das sich in diesem Kongreß kundgegeben hat. Die bürgerliche Klasse ist überrascht, zu sehen, welch unermeßliche und unerschöpfliche proletarische Kräfte durch 880 Delegierte hier vertreten sind. Die bürgerliche Welt erzittert, und in diesem Augenblick wollen Sie selbst sich unfähig bekennen, wollen Sie selbst den Bankrott der Sozialdemokratie erklären? (Stürmischer, lang anhaltender, oft wiederholter Beifall!)

Vollmar: Der Bürger Hervé hat Ihnen als Ergebnis seiner ersten Entdeckungsreise in Deutschland mitgeteilt, daß die Deutschen gutmütige Leute seien. Und da hat er vollkommen recht gesehen. Es wird nicht in vielen Ländern Parteigenossen geben, die s o l c h e Reden mit solcher Geduld und Gutmütigkeit anhören (Sehr gut!) und darauf keine andere Antwort geben würden, als ich jetzt gebe. Zwar haben verschiedene deutsche Parteigenossen gewisse Ausführungen des Bürgers Hervé über den Mut und die Bereitschaft ins Gefängnis zu gehen — eine Frage, die jeder Sozialist, ja jeder Mensch von Geschmack ohne Großsprecherei behandeln sollte (Sehr gut!) —, dann über das Wesen der deutschen Sozialdemokratie und anderes mehr über den Spaß gefunden. Ich aber meine, daß es uns die Selbstschätzung verbieten muß, dergleichen ernst zu nehmen und darüber ein Wort der Erwiderung zu verlieren. (Sehr gut! bei der deutschen Delegation.) Es fällt mir dabei nicht ein, den Bürger Hervé als Wortführer der französischen Partei zu nehmen und etwa diese für jede Einzelheit seiner Ausführungen verantwortlich zu machen. Aber so fern mir auch die Absicht liegt, mich irgendwie in die inneren Angelegenheiten der französischen Genossen einmengen zu wollen, so kann ich doch nicht umhin, sie auf die Gefahr aufmerksam zu machen, in die sie sich durch ihre weitgehende Nachgiebigkeit gegen den Bürger Hervé begeben. Denn wenn sich Jaurès und Vaillant auch nicht der Sprache bedienen, die der Bürger Hervé selbst als „brutal" bezeichnet, so kommen sie doch vielfach auf dieselben Schlüsse hinaus, und Hervé konnte sich mit Recht triumphierend den Bundesgenossen von Jaurès und Vaillant bei der Durchsetzung der uns vorliegenden Resolution von Nancy nennen. Ich muß dies deshalb sagen, weil Jaurès uns ermahnt hat, die Bedeutung des Bürgers Hervé nicht zu hoch einzuschätzen. Ja, wenn nur die französische Partei selbst seine Agitation nicht zu ernst nähme und die ihr zugrunde liegenden Gedanken nur halb zurückweise, während sie deren Schlußfolgerungen im wesentlichen annimmt! Nun, was uns Deutsche betrifft, so haben wir jetzt den „antimilitarisme redutable" in Person kennen gelernt, und ich kann nur sagen, daß wir nun manches von dem, was in der französischen Partei vorgeht, begreifen und uns über nichts mehr wundern! (Sehr gut! bei der deutschen Delegation.) Damit verlasse ich Hervé und wende mich zur Resolution Jaurès-Vaillant. Ich werde mich auch da ziemlich kurz fassen können, da ich mich in einer ganzen Reihe von Punkten Bebel anschließe und anderes als Selbstverständlichkeiten ansehe, mit denen man ja gewiß in einer schwungvollen Rede Eindruck machen kann, die aber nichts Neues sagen, und mit denen ich nicht die kostbare Zeit des Kongresses in Anspruch nehmen will. Auch will ich nicht versuchen, dem hohen rednerischen Fluge Jaurès' zu folgen — vielleicht kann ich es überhaupt nicht (Heiterkeit) —, sondern beschränke mich darauf, in aller Ruhe und Ueberlegung einfach einige Erklärungen abzugeben, wie nach meiner Meinung wir deutsche Sozialdemokraten in der gegebenen Lage denken und handeln müssen. Ich bin gewiß kein kritikloser Lobredner meiner Partei, der alles,

was sie tut, unbesehen schön und gut findet. Aber das kann ich sagen, daß es wohl keine sozialdemokratische Partei irgendeines Landes gibt, in der die nationale Befangenheit — um nicht zu sagen der Chauvinismus — von Anfang an eine geringere Rolle gespielt hat, und in der die Geißel des Militarismus und des Krieges entschiedener und folgerichtiger bekämpft worden ist, wie gerade durch die deutsche Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Und wir sind auch selbstverständlich bereit, in diesem Werk unablässig fortzufahren und den Kampf gegen die nationalen und internationalen Gefahren des Militarismus und des Krieges unermüdlich fortzusetzen. Aber wir wollen auch den Sinn dieses Kampfes nicht entstellen lassen. Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben, und dabei nenne ich das Wort Vaterland, ohne irgendeine haarspalterische Begriffserklärung hinzuzufügen. Ich weiß, daß und warum der Sozialismus international sein muß. Aber die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein, wie sie andere nicht hindern kann, gute Franzosen oder Italiener zu sein. Und so sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen der Völker anerkennen und ihre Verhetzung gegeneinander verdammen und bekämpfen, so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nationen und ihres Untergangs in einem formlosen Völkerbrei denken. (Jaurès: Wer will denn das?) Genosse Jaurès, ich weiß, daß Sie und Vaillant Schönes über die Notwendigkeit der Nationen gesagt haben. Aber Sie sind nicht allein in diesem Saal. Man hat verschiedentlich auch schon anderes hören können, und so lange der Bürger Hervé in Ihrer Partei sitzt, können Sie auch die Verantwortung für ihn nicht mit einem einfachen Achselzucken ablehnen. Wir verhöhnen mit Recht die Karikatur des Patriotismus und Nationalgefühles durch die Gegner. Da wollen wir aber auch nicht die Gelegenheit geben, uns mit Fug ein Zerrbild des Internationalismus vorzuhalten, und damit den herrschenden Klassen selbst die Möglichkeit in die Hand zu geben, ihren Egoismus in den nationalen Deckmantel zu hüllen und die Gefühle der Nation gegen uns zu erregen! Wilhelm Liebknecht hat einmal gesagt: Der Moloch wird gelähmt durch den Geist des Sozialismus, durch Propaganda, durch Erziehung, durch Erringung von Einfluß im Parlament und in der öffentlichen Meinung, nicht aber durch kindliche Verschwörungen in den Kasernen. Und auf diesen Standpunkt hat sich die erdrückende Mehrheit der deutschen Partei bisher stets gestellt. Das gleiche gilt aber auch von anderen Mitteln, die in der Resolution Jaurès-Vaillant angegeben werden. Vaillant soll in Nancy gesagt haben, er wolle in Stuttgart nichts ohne und nichts gegen die Deutschen tun. Und soeben ist hier von Jaurès etwas Aehnliches gesagt worden. Nun, dann bitten wir die französischen Genossen, ihre Resolution fallen zu lassen und nicht zum Gegenstand einer Kraftprobe zu machen, die nur Schaden bringen könnte. So gern wir gerade mit unseren französischen Genossen Hand in Hand gehen wollen, hier ist die Stelle, wo ein Abgehen von unserem Standpunkt nicht möglich ist. Denn wir müssen die Resolution Jaurès-Vaillant mit aller Entschiedenheit bekämpfen und als völlig unannehmbar erklären! Ich verstehe gewiß, daß bei dem fortgesetzt wachsenden Druck der Kriegsrüstungen und der Kriegsgefahr vielen das Werk der Massenaufklärung und der Machteroberung viel zu langsam vorwärts geht, und daß sie darum auf Mittel sinnen, die ihnen eine schnellere Bekämpfung des Militarismus möglich erscheinen lassen. Aber bei diesem Versuche ist nach meiner Ansicht nichts Neues herausgekommen, was brauchbar wäre und uns zu einer Veränderung unserer altbewährten Stellung veranlassen könnte. Oder vielmehr: es ist überhaupt nichts Neues herausgekommen, was den Internationalen Kongressen nicht längst bekannt gewesen wäre. Denn was man uns jetzt empfiehlt, das sind nichts als alte Rezepte, das ist nur eine Wiederaufwärmung jener Vorschläge Nieuwenhuis', die wiederholt von Internationalen Kongressen

entschieden zurückgewiesen worden sind. Und ich meine, daß wir doch wirklich Besseres zu tun haben, als uns mit anarchistischen Träumereien zu beschäftigen! Bebel hat bereits auf die Gefahr hingewiesen, welche die Annahme der von Jaurès-Vaillant aufgeführten Mittel für uns mit sich bringen würde. Jaurès hat freilich gemeint, daß Bebel dabei übertrieben habe. Aber das ist doch ein zu billiger Einwand, und Jaurès muß schon uns Deutschen in erster Linie überlassen, über diese von uns seit Jahren aufs sorgfältigste geprüfte Sache ein entscheidendes Urteil abzugeben. Wenn sich Jaurès dabei auf eine Stelle in einer Schrift Kautskys beruft, so wird doch niemand den Unterschied verkennen können, der zwischen der Aeußerung eines einzelnen und der bindenden Erklärung einer ganzen Partei besteht. Was aber Karl Liebknecht betrifft, so scheidet für mich das von ihm in bezug auf die antimilitaristische Agitation Gesagte mit der Eröffnung des Verfahrens vor dem Reichsgericht naturgemäß für den Augenblick aus der Diskussion aus. Aber indem wir uns gegen die in der Resolution Jaurès-Vaillant aufgeführten Mittel erklären, tun wir dies nicht etwa nur aus Klugheitserwägungen. Wir sehen darin vielmehr zugleich eine prinzipielle Verkehrtheit. (Widerspruch bei einem Teil der französischen Delegierten, insbesondere bei Hervé.) Wir sehen darin eine Verkennung des Wesens der sozialistischen Politik, weil man sich damit, anstatt die soziale Frage in ihrem Kern und Zusammenhang zu erfassen, lediglich an die einzelne Erscheinungsform hält. Die Idee, den Krieg durch einen Militärstreik oder dergleichen aus der Welt zu schaffen, erscheint mir ebenso töricht, wie wenn man etwa glaubte, durch einen Generalstreik den Kapitalismus sozusagen über Nacht beseitigen zu können. Es wäre ein Schritt vom richtigen Wege ab, wenn man eine solche Taktik einschlagen wollte. Ich persönlich würde es ja für das einfachste halten, wenn wir einfach die Beschlüsse von Brüssel und Zürich erneuern würden, durch die mir die Frage des Militarismus hinreichend gelöst erscheint. Aber nachdem wir einmal soweit in die Beratung eingetreten sind, verstehe ich es, daß Sie eine andere Resolution fassen wollen, die, wenn sie auch nichts anderes sagt, es doch wenigstens in einer neuen Form tut. (Heiterkeit und lebhafter Widerspruch bei einem Teil der französischen Delegation.) Seien Sie versichert, daß wir deutsche Sozialdemokraten ebenso den ganzen Jammer des Krieges kennen und genau so wie die Genossen irgendeines anderen Landes bereit sind, alle uns möglichen Mittel anzuwenden, um der Völkerverhetzung Einhalt zu tun und durch wachsenden Einfluß auf die herrschende Gewalt und die öffentliche Meinung kriegerische Zusammenstöße zu hindern. Wir versteifen uns nicht auf den Wortlaut der Resolution Bebel und sind zur Verständigung gern bereit. Aber wir müssen Sie dringend ersuchen, uns nicht an bestimmte Mittel binden und uns dadurch die Freiheit der Selbstbestimmung noch die Lebensbedingungen unserer Partei nehmen zu wollen. (Bravo! bei der deutschen Delegation.)

Berichtigend stellt

Vaillant fest, daß in der deutschen Uebersetzung seiner Resolution ein Irrtum vorgekommen sei, insofern er nicht die allgemeine Dienstpflicht, sondern die allgemeine Völkerbewaffnung fordert, um dadurch die Bourgeoisie zu entwaffnen und das Proletariat zu bewaffnen.

Die Weiterberatung wird auf Mittwochvormittag 10 Uhr vertagt.

Dritte Sitzung. Mittwoch, den 21. August.

Der Vorsitzende Südekum teilt mit, daß vom Genossen Karl Liebknecht folgende Zuschrift eingelaufen:

> Da ich nicht Mitglied der Kommission bin und also leider hier das Wort nicht ergreifen kann, so bitte ich folgendes zur Kenntnis der Kommission zu bringen:

Genosse v. Vollmar hat heute — Dienstagnachmittag — mich persönlich nach zwei Richtungen in die Debatte gezogen.

Zunächst hat er eine vor längerer Zeit gefallene Aeußerung meines Vaters über die Kasernenagitation zitiert und unter Kontrastierung hierzu behauptet, auf den drei letzten deutschen Parteikongressen seien Anträge auf Einleitung einer Kasernenagitation, die als gefährliche Kinderei zu betrachten sei, gestellt und allerdings mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden.

Diese Behauptung bezieht sich auf Anträge, die von mir begründet sind. Ich konstatiere, daß die gemeinten und tatsächlich abgelehnten Anträge ganz allgemein überhaupt eine spezialisierte antimilitaristische Propaganda als besonderen Zweig der Gesamtparteitätigkeit erstrebten.

Nach diesem materiellen Angriffe gegen meine antimilitaristischen Bestrebungen hat Genosse v. Vollmar weiter gemeint:

Angesichts des gegen mich erhobenen Hochverratsprozesses habe meine antimilitaristische Agitation, insbesondere meine angeklagte Broschüre aus der Diskussion auszuscheiden, die auf meine Anklage bezüglichen kritischen Worte des Genossen Jaurès seien zu mißbilligen.

Ich betone demgegenüber mit allem Nachdruck, daß ich eine solche Rücksichtnahme aufs höchste bedauern würde und schlechthin zurückweise. Ich hege vielmehr den lebhaften Wunsch und erachte es für selbstverständlich, daß die gegen mich unternommene Aktion der Klassenjustiz nur eben gerade zur Verschärfung und Anfeuerung der antimilitaristischen Haltung des Kongresses beitragen wird.

Vandervelde-Brüssel: Hervé hat gesagt, daß Belgien an der Frage als eine so kleine Nation nicht viel interessiert sei. Eine solche Aeußerung im Munde eines Antinationalisten ist immerhin recht merkwürdig. Dazu kommt, daß gerade die kleinen Nationen Opfer eines Krieges sein würden, Belgien überdies wahrscheinlich der Schauplatz des Krieges. Wir sind auch für das Ziel Hervés, aber nicht für seine Mittel. Aus den Ausführungen Vollmars klang der Rat an die Franzosen heraus, Hervé auszuschließen. Vollmar sollte doch nicht die Ausschließung linksstehender Genossen verlangen, da ja oft auch von der Ausschließung rechtsstehender Genossen die Rede ist. (Vollmar: Ich habe das ja gar nicht verlangt!) Hervé hat gewiß das Verdienst, in einem so nationalistischen Lande wie Frankreich die Frage des Antimilitarismus aufgerollt zu haben. Sein Rat aber geht dahin, daß die rückständigsten Menschen die Gewehre behalten, die fortgeschrittensten sie wegwerfen. Der Burenkrieg hat gezeigt, daß die englischen Arbeiter heroisch dagegen protestiert haben, wie auch im russisch-japanischen Kriege die russischen Arbeiter entschieden gegen den Krieg rebelliert haben. Ueberall, wo internationale Konflikte vorkommen, weiß die Sozialdemokratie schon, was sie zu tun hat. In der Kritik Hervés stimme ich mit Guesde vollkommen überein. Wie seinerzeit gegen die Genossenschaftsbewegung und gegen die Antialkoholbewegung, so führt man jetzt prinzipielle Gründe gegen den Antimilitarismus ins Feld. Das führt zum Doktrinarismus. Dort hatte man die Krämer und Wirte auf seiner Seite, hier die Chauvinisten. Wir brauchen den Antimilitarismus nicht am Tage nach der sozialen Revolution, sondern jetzt. Das ist keine Ablenkung vom praktischen Wege, keine Umgehung, sondern die natürliche Aufgabe des Sozialismus. Mein Herz gehört der Resolution Vaillant. Nun ist es wahr, daß Leopold nicht den Krieg erklären wird (Heiterkeit), daß wir es also leicht haben, für den Fall eines Krieges die Insurrektion anzukündigen. Wir erkennen die Schwierigkeiten an, die in anderen Ländern bestehen, aber wir glauben, daß doch eine Lösung möglich ist. Wir wollen eine feste Resolution, aber auch eine Uebereinstimmung erzielen. Wenn eine Uebereinstimmung nicht erzielt würde, wenn die Franzosen erklären, daß sie den Generalstreik

machen wollen, die Deutschen aber, daß sie das nicht tun wollen, so ist das eine unmögliche Situation für einen internationalen Kongreß. Daran sollten die Deutschen denken. Als alter Freund der Deutschen, der in einer zwanzigjährigen Kampfgenossenschaft mit ihnen steht, der so viel von ihnen gelernt hat, ihnen so viel verdankt, frage ich Sie, ob Sie nicht auch einmal aus der Praxis der anderen Länder lernen wollen. Die Majorität des Kongresses findet, daß es schlimm wäre, wenn sich die Franzosen in die antimilitaristische Agitation stürzen wollten, während sich die Deutschen nicht genug zurückhalten können. Wir wollen keine Resolution, die mit tönenden Worten nichts umkleidet, sondern wir wollen in allen Ländern den Kampf gegen den Militarismus aufnehmen. Wir müssen arbeiten, um die Hirne der Soldaten für uns zu gewinnen. Wenn wir den Verhandlungen im Haag mit Mißtrauen und Geringschätzung gegenüberstehen, so sollten wir uns hüten, auch hier das Bild der Schwäche zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung erklärt **Vandervelde** nach der Uebersetzung, er habe sich davon überzeugt, daß Vollmar tatsächlich nicht die Ausschließung Hervés verlangt, sondern nur erklärt habe, daß, solange Hervé der französischen Partei angehöre, sie die Verantwortung für ihn trage.

Dr. **Adler**=Wien: Die österreichischen Genossen sind mit dem meisten einverstanden, was Vandervelde gesagt hat, sowohl in der Sache als im Rhythmus. Trotzdem muß ich mit einer Polemik gegen Vandervelde beginnen. Er hat behauptet, Hervés Agitation habe doch den Nutzen gehabt, daß sie ein Gegengewicht gegen den Chauvinismus geschaffen habe. Ich mische mich nicht gern in auswärtige Angelegenheiten; aber ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß Guesde und Vaillant schon in den achtziger und neunziger Jahren gegen die Revanchepolitik protestiert haben, wo das doch viel gefährlicher war als heute. Solche Exzesse, wie sie Hervé begeht, fehlen in keinem Lande. Wenn Vandervelde Gelüste nach solchen Leuten hat und Belgien welche braucht, wir sind gern bereit, einige davon nach Belgien zu exportieren. Wir brauchen sie nicht. Die Frage liegt auch gar nicht zwischen Hervé und uns anderen, die Frage liegt zwischen der französischen Art, den antimilitaristischen Charakter des Sozialismus auszudrücken, und der deutschen Art, diesen Gedanken auszudrücken. Hervé ist für uns eine Art von Baronin Suttner. (Heiterkeit.) Der sozialistische Antimilitarismus geht hervor aus dem Verständnis des politischen und ökonomischen Prozesses überhaupt, und zweitens aus der internationalen Solidarität des Proletariats selbst. Er beschränkt sich nicht auf einen bestimmten Akt in einem bestimmten Moment, sondern er ist ein integrierender Bestandteil der großen proletarischen Bewegung. Wir brauchen nicht auf die Stunde der Kriegserklärung zu warten, um gegen den Krieg zu arbeiten. Alle unsere Handlungen, unsere Parteiarbeit dient dazu, den Krieg zu verhindern, und das ist wahre antimilitaristische Aktion. Wir brauchen dazu keine besonderen Worte. Vielleicht sind unsere Worte nicht so heftig. Da können wir die Konkurrenz nicht aufnehmen; aber das erklären wir Ihnen: daß unser Handeln in Oesterreich wie in Deutschland nicht nur international sozialistisch, sondern auch antimilitaristisch und gegen den Krieg gerichtet ist. Bebel hatte es nicht nötig, sich von Hervé oder irgend einem anderen eine Lektion gefallen zu lassen. Er ist so ziemlich der einzige hier, der in einem kritischen Moment für einen antimilitaristischen Protest hat büßen müssen. Jaurès hat gesagt, wir sollten mehr tun als bisher, wir sollten zur parlamentarischen Aktion auch die außerparlamentarische fügen. Wir in Oesterreich sind in der umgekehrten Lage. Wir fangen da erst an, zur außerparlamentarischen die parlamentarische Aktion zu fügen, und so sehr ich die parlamentarische Tüchtigkeit der deutschen Genossen bewundere, so muß ich sagen: Wenn die Kraft der deutschen Sozialdemokratie allein auf die Helden=

taten der Fraktion gestellt wäre, so wären wir verdammt arme Teufel. Wir legen das größte Gewicht auf das, was wir heute tun, und sehr geringes Gewicht darauf, was wir in einem Falle tun werden, dessen Umstände wir noch nicht berechnen können. Das Wort „si vis pacem, para bellum" hat heute eine andere Bedeutung gewonnen, als die herrschenden Klassen ahnen. Indem sie den Krieg vorbereiten, bereiten sie tatsächlich den Frieden vor. Denn der kapitalistische Militarismus hat seine eigene Dialektik in den Knochen. Und in dem Maße, in dem sich der Militarismus erweitert, in dem die Bewaffnung sich durch allerlei technische Hülfsmittel vervollkommnet, die man auch nicht mehr von der Leipziger- oder Wilhelmstraße lenken kann, sondern die durch Proletarierfäuste und Proletarierhirne gehandhabt werden in dem Maße, wie Proletarier in die Armee eindringen, entwickelt der Militarismus auf dialektischem Wege Dinge, von denen die Herren sich nichts träumen lassen, oder von denen sie sich vielleicht doch etwas träumen lassen. Denn Jaurès hat ganz richtig gesagt, daß die Herren im Haag in der Tat von einer gewissen Angst beherrscht zu sein scheinen. Wir können sie auch nicht für so verblendet halten, daß sie die große welthistorische Lektion schon vergessen hätten, die die russische Revolution ihnen gegeben hat. So blind sind sie doch nicht, daß sie nicht sehen, daß der russisch-japanische Krieg, wenn auch nicht die Ursache, so doch der Anlaß der Revolution war. Ich weiß nicht, daß die russischen Revolutionäre vorher auf einem Kongreß die Insurrektion beschlossen hatten. Wir tun jedenfalls gut, nicht zu sagen, was wir nicht wissen, dafür aber das auszusprechen, was wir wissen.

Wir wünschen mit der größten Bestimmtheit in der Resolution auszusprechen, daß der Kongreß die wichtigste Aufgabe darin sieht, die Proletarier mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß der Krieg ein Attentat auf ihre Existenz und daß er mit allen Mitteln abzuwehren ist. Wir wünschen, daß die Waffen der Abwehr so stark wie möglich seien, und wenn die Deutschen sagen, daß diese Resolution eine Waffe für später ist, so werden wir es ihnen glauben. Aber ich stehe doch nicht uneingeschränkt auf dem Standpunkte Vollmars. Wir dürfen uns in der Resolution ebensowenig negativ wie positiv festlegen. So haben wir Oesterreicher es mit dem Generalstreik gehalten. Wir haben gesagt, wir sind keine Freunde des Generalstreiks. Aber wir haben andererseits gesagt, daß wir keinen Anlaß hätten, dieses Mittel auszuschließen. Wir haben die Pflicht, die gesamten Kräfte des Proletariats in einer Form zu konzentrieren, die in jedem Lande und in jedem Moment nötig ist. Wir neigen der Resolution Bebel zu, denn das steht in der Resolution Bebel für jeden, der lesen kann. Ich halte es nicht für nötig, daß wir sie so lesen, wie Vollmar sie gelesen hat. (J a u r è s : Nein, mit einer anderen Brille! Heiterkeit!) Ich habe auch gute Brillen zum Lesen. Ich begreife es, daß die französischen Genossen, die es wirklich nicht leicht haben, eine antimilitaristische Propaganda zu machen, wünschen, daß die deutschen Genossen hinter Ihnen nicht zurückbleiben, weil das ihre Position erschweren würde. Aber ich muß als Freund der Deutschen erklären, daß man ihnen unrecht tut, wenn man annimmt, daß sie bei ihren Argumentationen gewisse Paragraphen des Strafgesetzbuches in den Vordergrund stellen. Die deutschen Genossen haben in einer Woche mehr politische Verfolgungen zu erdulden als die französischen, österreichischen und belgischen Genossen zusammen. Die Furcht ist es also nicht. Aber wir Deutschen haben eine Eigentümlichkeit. Wir wollen lieber nichts t u n als r e d e n. Das zu viel Reden und zu wenig Handeln ist eine uns unsympathische Methode. Wir Deutsche haben keinen Sinn für eine dekorative Politik. (V a i l l a n t : Wir auch nicht!) Sie, Genosse Vaillant, sind in Ihrer Denkweise ein halber Deutscher, aber Sie sind doch vielfach gezwungen, in Ihrer Landessprache zu reden. (Heiterkeit.) Gestatten Sie also, daß wir auch in unserem nüchternen Deutsch reden.

Der Redner verweist dann auf die ständige Kriegsgefahr zwischen Oesterreich und Italien, den beiden Freunden, die sich durch Stacheldrähte und Kanonen ihre Liebe beweisen, und auf die Zusammenkunft der italienischen und österreichischen Genossen vor drei Jahren, als es galt, gegen den drohenden Krieg zu demonstrieren. Ich kann nun nicht sagen, ob wir nächstens wieder so zusammenkommen, ob wir bei einem Kriege protestieren oder streiken werden. Das sind unbekannte Dinge, die ich nicht weiß. Ich weiß nur, daß wir und daß jedes Volk in einem solchen Moment alles tun wird, was es tun kann, um den Krieg zu verhindern. Das wichtigste ist, das tägliche Erziehungswerk am Proletariat, das wichtigste, sein Bewußtsein so zu entwickeln, daß ein Krieg unmöglich wird. Die Resolution muß mit einem Worte sagen, was das Proletariat schon heute will und tun kann. (Lebhafter Beifall.)

Rosa Luxemburg: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um im Namen der russischen und polnischen sozialdemokratischen Delegation daran zu erinnern, daß wir namentlich bei diesem Punkte der Tagesordnung auch der großen russischen Revolution gedenken müssen. Als bei der Eröffnung des Kongresses Vandervelde mit der ihm eigenen Eloquenz der Dankespflicht an die Märtyrer genügte, haben wir alle den Opfern, den Kämpfern gehuldigt. Aber ich muß doch offen sagen, als ich da nachher manche Reden, so besonders die Vollmarsche Rede hörte, da kam mir der Gedanke: wenn hier die blutigen Schatten der Revolutionäre wären, so würden sie sagen: „Wir schenken Euch Euere Huldigung, aber lernt von uns!“ Und es wäre ein Verrat an der Revolution, wenn Sie das nicht täten. Auf dem letzten Kongreß 1904 in Amsterdam wurde die Frage des Massenstreiks erörtert. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der uns als unreif und unvorbereitet für den Massenstreik erklärte. Aber die materialistische Dialektik, auf die sich Adler überzeugungsvoll berufen hat, hat sofort verwirklicht, was wir für unmöglich erklärt haben. Ich muß mich gegen Vollmar und leider auch gegen Bebel wenden, die sagten, wir wären nicht in der Lage, mehr als bisher zu tun. Aber die russische Revolution ist nicht nur aus dem Krieg entsprungen, sondern sie hat auch dazu gedient, den Krieg zu unterbrechen. Der Zarismus hätte sonst sicher den Krieg weiter geführt. Die geschichtliche Dialektik gilt für uns nicht in dem Sinne, daß wir mit verschränkten Armen zusehen, bis sie uns reife Früchte bringt. Ich bin eine überzeugte Anhängerin des Marxismus und betrachte es gerade darum als eine große Gefahr, der marxistischen Auffassung jene starre, fatalistische Form zu geben, die nur dazu führt, solche Exzesse, wie den Hervéismus als Reaktion hervorzurufen. Hervé ist ein enfant, allerdings ein enfant terrible. (Heiterkeit.) Wenn Vollmar sagte, daß Kautsky nur für seine Person gesprochen habe, so gilt dies doch noch viel mehr für Vollmar. Es ist Tatsache, daß die große Masse des deutschen Proletariats die Anschauungen Vollmars desavouiert hat. Es war auf dem Parteitag in Jena, wo nahezu einstimmig eine Resolution beschlossen wurde, die bewies, daß die deutsche Partei eine revolutionäre Partei ist, die aus der Geschichte gelernt hat. In dieser Resolution erklärte sie den Generalstreik, den sie jahrelang als anarchistisch verworfen hatte, als ein Mittel, das unter Umständen angewendet werden kann. Es war aber nicht der Geist Domela Nieuwenhuis, sondern das rote Gespenst der russischen Revolution, das über den Verhandlungen in Jena schwebte. Allerdings haben wir damals nicht den Massenstreik gegen den Krieg, sondern den für das Wahlrecht im Auge gehabt. Wir können jedoch gewiß nicht schwören, daß wir einen Massenstreik machen werden, wenn man uns das Wahlrecht nimmt. Aber ebensowenig können wir schwören, daß wir ihn nur für das Wahlrecht machen werden. Nach der Rede Vollmars und zum Teil Bebels halten wir es für notwendig, die Bebelsche Resolution zu verschärfen, und wir haben ein Amendement ausgearbeitet, das wir noch vorlegen werden. Ich muß noch hinzufügen, daß wir in unserem

Amendement zum Teil noch weiter gehen, als die Genossen Jaurès und Vaillant, indem wir die Agitation im Kriegsfalle nicht bloß auf die Beendigung des Krieges gerichtet wissen wollen, sondern auch auf die Ausnutzung des Krieges zur Beschleunigung des Sturzes der Klassenherrschaft überhaupt. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Südekum eröffnet die Sitzung kurz nach 3 Uhr und erteilt in der fortgesetzten Debatte das Wort

Ruffle-Smart (England): Die Resolution Hervé paßt auf England überhaupt nicht, denn keine englische Regierung ist imstande, einen Krieg ohne die Zustimmung der ungeheueren Mehrheit der Arbeiterklasse zu führen. Wenn die Oeffentlichkeit aber nationalistisch verhetzt ist, so wäre ein Militärstreik der reine Wahnsinn. Die englische Sozialdemokratie kann also im Kampfe gegen den Krieg unter keinen Umständen über die friedliche Aktion im Parlament und die friedliche Aktion in den Versammlungen und auf der Straße hinausgehen. Die englische Sektion kann den Ausführungen Jaurès' keinerlei praktische Bedeutung beimessen. Die englischen Sozialdemokraten würden bei einem neuen Kriege einfach genau so handeln wie während des Transvaalkrieges. Sie lehnen es ab, etwas Gewaltsames zu inszenieren und sich dadurch lächerlich zu machen. Aber auch die französische und deutsche Resolution ist in der vorliegenden Form unannehmbar, weil sie die allgemeine Volksbewaffnung fordert. Die allgemeine Volksbewaffnung würde ein Fortschritt sein, wenn das Volk bereits militarisiert ist. Bei uns würde sie ein Rückschritt sein, weil unsere Bourgeoisie, die klüger ist als alle anderen, in unserer Arbeiterschaft jetzt eine Agitation für die allgemeine Wehrpflicht entfaltet. Daher müssen wir der Resolution auf das entschiedenste entgegentreten. Weiter aber: die englischen Soldaten schießen nicht aufs Volk. Das hat sich deutlich gezeigt bei den Streikunruhen in Belfast, wo es bei den Unruhen leider Tote gab, davon aber zwei nicht auf der Seite der Streikenden. Diese Zahl beweist, daß in England nicht auf das Volk, sondern in die Luft geschossen wird. Die englische Freiheit erlaubt uns, über diese Frage in gefahrlosester Weise zu sprechen. Wir müssen daher die Resolutionen sämtlich im Interesse Englands durch ein Amendement gegen die allgemeine Volksbewaffnung ergänzen. Das ist der Standpunkt der Independent Labour Party. (Beifall.)

Bebel: Die Debatte scheint mir im wesentlichen erschöpft. Ich schlage also vor, eine Subkommission von 13 Mitgliedern zur Abfassung der Resolution einzusetzen, und zwar je 2 Vertreter der sechs großen Nationen, die in erster Linie bei einem Konflikt in Frage kämen, hineinzuwählen: Frankreich, Deutschland, England, Rußland, Italien und Oesterreich und als 13., zugleich als Vertreter der kleinen Nationen und als Schiedsrichter Vandervelde.

Jaurès hat gestern einen guten Witz gemacht und dafür bin ich immer zugänglich, auch wenn ich selbst die Kosten zahlen muß. Er sagte: Hervé und ich stimmten in der Ueberschätzung des Hervéismus überein. Ich habe aber Hervés Machtstellung in Frankreich überhaupt nicht diskutiert. Ich halte selbst die eigentliche Anhängerschaft Hervés für eine kleine Gruppe innerhalb der französischen Partei, obwohl der Parteitag von Nancy dem Genossen Hervé eine Reihe von Konzessionen gemacht, und obwohl gerade Sie, Genosse Jaurès, ihm zuviel Rechnung getragen haben. (Widerspruch Jaurès'.) Nun, wenn das nicht richtig ist, würde es niemandem mehr freuen als mich. Ich habe den Hervéismus so ausführlich besprochen, weil ich Hervé nach den voraufgegangenen

Zeitungspolemiken zwischen uns als höflicher Deutscher Gelegenheit geben wollte, mich anzugreifen. Hervé hat die Deutschen nun etwas grob angegriffen. Darauf antworte ich nicht, weil man sich durch Grobheit nur selbst schadet. (Heiterkeit.) Wenn er uns aber Mangel an Mut vorgeworfen hat, so kennt er die deutsche Partei nicht. In keinem Lande, außer Rußland, wird die Sozialdemokratie soviel verfolgt und erleidet soviel Gefängnisstrafen wie in Deutschland. (Vielfaches Sehr wahr!) In diesem Augenblick sitzen z. B. nicht weniger als drei Redakteure der „Leipziger Volkszeitung" im Gefängnis. Genosse Hervé, in Deutschland wird man nicht nach ein paar Monaten begnadigt wie Sie! (Lebhafter Beifall.) In Deutschland begnadigt man politische Gefangene überhaupt nicht, und wir verlangen das auch nicht. (Sehr gut!) Hervé hat von der deutschen Partei als einer bloßen Wahl- und Zahlmaschine gesprochen. Ueber das Wählen spreche ich nicht, denn das machen Sie genau wie wir. Was aber die guten Kassenverhältnisse anlangt, so habe ich sie bisher nicht für einen Fehler gehalten (Südekum: Andere auch nicht!), sondern für eine nachahmenswerte Tugend. (Zustimmung.) Wir haben uns oft gefreut, durch unsere Zahlmaschine von Zeit zu Zeit schwächeren Parteien in der Internationale zu Hülfe kommen zu können (Lebhafter Beifall. Jaurès: Das wissen wir und danken Euch!) und wir hoffen in Zukunft als Zahlmaschine noch mehr leisten zu können. (Adler: Wir nehmen es gern! Heiterkeit.) Ein anderer Vorwurf Hervés ging dahin, daß wir bei dem drohenden Einmarsch der deutschen Truppen nach Rußland unsere Schuldigkeit gegenüber der Internationale nicht getan hätten. Im Oktober 1905, als die russische Revolution ihren Höhepunkt erreicht hatte und selbst Pessimisten an eine sofortige grundlegende Umgestaltung des russischen Staatswesens glaubten, befürchtete auch die preußische Regierung das Uebergreifen der Revolution auf Preußisch-Polen und verstärkte zu diesem Zweck die Grenzstationen des Ostens. Aber nur zu diesem Zweck, und zwar aus den im Osten stehenden Garnisonen. An ein militärisches Eingreifen in Rußland hat auch die deutsche Regierung nicht gedacht, denn die Erfahrungen von 1792 haben doch gezeigt, welch einen Sturm der Leidenschaft das entfesseln würde. Auch wäre in dem Augenblick, wo das erste preußische Bataillon die Grenze überschritte, die Gefahr eines Weltkrieges in unmittelbare Nähe gerückt worden. Schließlich wäre auch der Zar, der doch gerettet werden sollte, dadurch vor seinem Volke auf das schlimmste kompromittiert worden. Unter allen diesen Umständen hatten wir damals keinen Grund zu besonderen Maßnahmen.

Hervé hat weiter an eine meiner Amsterdamer Aeußerungen erinnert. Es ist mir nie eingefallen, zu sagen, es sei uns gleichgültig, ob Republik oder Monarchie. Ich habe nur vor einer Ueberschätzung der bürgerlichen Republik gewarnt. Ich habe wörtlich gesagt: Die Republik ist nicht so gut wie ihr sie darstellt, und die Monarchie nicht so schlecht, wie ihr sie macht. Wenn ich die Wahl hätte zwischen der französischen Republik und der englischen Monarchie, ich weiß nicht, was ich nehmen würde. Wenn ich allerdings die Wahl hätte zwischen der deutschen Monarchie und einer Republik wie der französischen, ich würde keinen Augenblick zweifelhaft sein. (Heiterkeit und Beifall.) Ich habe in Amsterdam schon gesagt, daß wir uns aber wegen der bürgerlichen Republik nicht die Köpfe einschlagen ließen. In der Debatte hier hat es eine Zeitlang geschienen, als ob starke Differenzen zwischen uns beständen, als wolle sich Deutschland weigern, den Kampf gegen den Militarismus zu führen und sich seiner internationalen Verpflichtungen entledigen. Parteigenossen, das ist keinem von uns eingefallen, daran hat nie ein deutscher Parteigenosse gedacht. Wir haben bei der Behandlung der Frage des Militarismus auf früheren internationalen Kongressen uns stets mit der großen Mehrheit der Internationale zusammengefunden, und wir haben unseren Standpunkt nicht geändert. Dagegen haben unsere französischen Parteigenossen ihre Haltung ge-

ändert, indem sie Hervé entgegenkamen und dadurch einen Zwiespalt hervorriefen. (Widerspruch bei den Franzosen.) Wir wissen besser als Sie, wie der Schlußsatz der Nancyer Resolution bei uns aufgefaßt werden würde. Um eines Nichts willen, von dem wir nicht einmal wissen, ob wir es im Ernstfalle durchführen können, sind wir nicht gewillt, uns Verlegenheiten zu bereiten und die Kräfte unserer Bewegung in erheblichem Maße lahmzulegen. (Beifall.) Adler hat heute vormittag schon treffend die dialektische Entwickelung des Militarismus geschildert. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, sage ich, noch weitergehend als er, ist der Militarismus in seiner Entwickelung auf einem Standpunkt angelangt, daß wir sagen können, die erste Gelegenheit seiner Anwendung wird dazu führen, daß der Militarismus sich den Hals bricht. Unsere Beschlüsse würden dem Militarismus kein Haar krümmen, wenn nicht die Entwickelung, die derselbe in den letzten vierzig Jahren genommen hat, mit Notwendigkeit die Wurzeln seiner eigenen Existenz untergraben hätte. (Lachen bei den Hervéisten.) Wir sind hier nicht dazu da, um immer zu wiederholen, was wir alltäglich in der Agitation sagen, die Scheußlichkeit und Verwerflichkeit des Militarismus und die Greuel der Kriege. Ich will kurz schildern, an welchem Punkte der Entwickelung finanziell, ökonomisch und militärisch der Militarismus angelangt ist. Ich zeige es an Deutschland, der ersten Militärmacht und der Haupturheberin dieser ganzen Entwickelung. Nach dem Kriege von 1870 legten wir 120 Millionen von Euren (zu den Franzosen) 5 Milliarden in den Juliusturm und verpulverten hauptsächlich für militärische Zwecke binnen weniger Jahre die ganze Kriegsentschädigung. Seitdem haben wir die Steuern erhöht, verdoppelt, ja verdreifacht, 4 Milliarden Mark Schulden gemacht und sind trotzdem so arm wie eine Kirchenmaus, denn der Reichssäckel ist leer, und wir leiden wir Ihr in Frankreich an chronischem Defizit.

Die gewaltige Summe von 120 Millionen ist in kaum drei Tagen aufgebraucht. Die mobilisierte Armee Deutschlands erfordert täglich mindestens 40 Millionen an Unterhalt. Im Kriegsfalle würde nach einer Erklärung des Reichskanzlers Caprivi, die er 1893 abgab, Deutschland alle waffenfähigen Männer sofort unter die Fahne rufen, das sind 6 Millionen Männer, darunter nahezu 2 Millionen Sozialdemokraten, in Frankreich 4½ Millionen Soldaten. Wo bekämen wir da noch die Menschen für den Massenstreik her. Vier Millionen Familien wären in der höchsten Not, das ist schlimmer als jeder Generalstreik. Denket Euch in diese Situation, in die Stimmung dieser Massen! Wir bekommen vom Ausland einen großen Teil unserer Nahrungsmittel; am Tage der Kriegserklärung bleibt ihre Zufuhr aus. Wir haben keine Industrieprodukte mehr zu verkaufen, weil ein großer Teil der Produktion unmöglich geworden ist durch die Unmöglichkeit ihrer Ausfuhr. Dies bedeutet weiter Arbeitslosigkeit und Not. Eine ungeheuere Teuerung, vielleicht Hungersnot bricht aus. In den Massenschlachten der Gegenwart, so hat ein deutscher General gesagt, werden wir nicht wissen, wo wir die Verwundeten aufnehmen und die Toten begraben sollen. Und in solcher Situation sollen wir uns mit Massenstreikspielereien abgeben? Bei unserem ersten Aufruf dazu würden wir ausgelacht werden. Was kommen wird, weiß ich nicht, aber ich weiß, daß dieser Krieg wahrscheinlich der letzte sein wird, und daß er die ganze bürgerliche Gesellschaft aufs Spiel setzt. Wir können also nichts tun, als aufklären und Licht in die Köpfe bringen, agitieren und organisieren. (Zuruf Hervés: Tun wir!) Von einem gewissen Standpunkt aus könnte man als Sozialdemokrat sagen, daß ein großer europäischer Krieg unsere Sache mehr fördert, als eine jahrzehntelange Agitation, und deshalb könnten wir ihn nur wünschen. Aber ein so furchtbares Mittel zur Erreichung unseres Zieles wollen wir nicht herbeiwünschen. Wenn aber die am meisten an der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft Interessierten nicht einsehen, daß sie mit einem solchen Kriege die Wurzeln ihrer Existenz ausreißen, können wir nichts dagegen haben; dann

sage ich: wirtschaftet nur darauf los, wir sind Eure Erben! (Lebhafter Beifall, Lachen bei den Hervéisten.) Wenn das die herrschenden Klassen nicht ebenfalls wüßten, hätten wir längst den europäischen Krieg gehabt. Nur die Furcht vor der Sozialdemokratie hat ihn bisher verhindert. (Sehr wahr!) Tritt aber einmal solche Situation ein, dann wird es sich nicht mehr um Kleinigkeiten wie Insurrektion und Massenstreik handeln; dann wird die Kulturwelt ihr Antlitz von Grund aus ändern. Von dieser Erkenntnis ausgehend, brauchen wir uns über die Mittel, die man in solchem Augenblick anwenden könnte, nicht zu streiten. Die deutsche Resolution sagt klar und deutlich, daß wir den Militarismus mit allen Mitteln, die wir nach unserem Ermessen für wirksam halten, bekämpfen. Noch können wir unsere Taktik nicht bestimmen, noch zwingen sie uns die Gegner auf. Aber welterschütternde Ereignisse können unsere Minorität in eine Majorität verwandeln. Denn so lange es eine Kulturwelt gibt, hat noch nie eine Bewegung die Massen so aufs tiefste ergriffen wie die sozialistische, hat noch nie eine Bewegung die verachteten Massen so mit dem Geiste der Einsicht in das Wesen unserer Kultur erfüllt wie jetzt, hat es noch nie so viel Menschen gegeben, die wußten, was sie in Staat und Gesellschaft wollten. Halten wir weiter die Augen auf und sorgen wir für die Helligkeit der Köpfe, so wird der rechte Moment auch das rechte Geschlecht finden! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Weiß will für die italienischen Syndikalisten den Hervéismus verteidigen, der in Italien eine gewaltige Anhängerschar und zahlreiche Märtyrer gewonnen habe. Hervé und Jaurès hätten nichts miteinander gemein, Hervé wolle das Schwert der Bourgeoisie zerbrechen, Jaurès die Bourgeoisie hindern, es aus der Scheide zu ziehen. Der Antimilitarismus Hervés sei keine Utopie, das beweise das Verhalten des 17. Regiments und die Weigerung der italienischen Soldaten, künftig noch in Lohnkämpfen zu intervenieren. Das beweise auch die Verfolgung der Antimilitaristen durch die Justiz der herrschenden Klassen. Auch die russischen Revolutionäre, die Moskauer Barrikadenkämpfer seien Antimilitaristen im Sinne Hervés, denn sie verpflanzen den Antimilitarismus in die Kaserne. Bebel habe die Bedeutung des Hervéismus, der von Hervés Person unabhängig sei, also nicht überschätzt. Freilich sei in Deutschland die antimilitaristische Agitation angesichts der drohenden Zuchthausstrafen sehr schwer. Aber wenigstens die Resolution Vaillant könnten die deutschen Sozialdemokraten annehmen. Ich muß meinen italienischen Genossen das Versprechen der deutschen Sozialdemokraten nach Hause bringen, daß sie die Nachbarländer nicht dem preußischen Militarismus ausliefern werden. (Bravo! bei den Hervéisten.)

Jaurès stellt zur Geschäftsordnung fest, daß er, wenn in der Subkommission keine Einigung zustande komme, im Plenum Bebel auf seine Argumente antworten werde.

Vorsitzender **Südekum** bittet, sofort die Subkommission zu wählen.

Knudsen-Dänemark verlangt einen besonderen Vertreter für die drei skandinavischen Länder. — Das gleiche fordert **Sigg** für die Schweiz, um in der Kommission darzulegen, daß auch ein Milizheer nicht wünschenswert sei. (Zuruf: Ebenso wie in Amerika!) — **Vaillant** verlangt einen Sitz für die Polen, um Rosa Luxemburg einen Platz zu verschaffen.

Lenin bietet Rosa Luxemburg das eine Mandat für Rußland an. — Beschlossen wird also die von Bebel vorgeschlagene Subkommission mit je einem Sitz für Skandinavien und die Schweiz.

Gewählt werden Bebel und Vollmar für Deutschland, Dr. Adler und Skatulla für Oesterreich, Jaurès und Guesde für Frankreich, Scheu und Smart für England, Ferri und Costa für Italien, Sigg für die Schweiz, Branting für Skandinavien, Rosa Luxemburg und Bystrenine für Rußland.

Die Sitzungen der Subkommission sind nicht öffentlich.

Vierte Sitzung. Donnerstag, den 22. August.

Den Vorsitz führt **Südekum.**

Als Uebersetzer fungieren Dr. Lindemann, Frau Dr. Lindemann, Longuet und Südekum. Von den russischen und polnischen Delegierten Rosa Luxemburg, Lenin und Martoff sind folgende Aenderungen zur Resolution Bebel beantragt worden:

I. Dem ersten Passus der Resolution Bebel ist folgende Fassung zu geben:

„Der Kongreß bestätigt von neuem die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus."

Folgt der erste Passus der Resolution Bebel und anschließend daran folgt der Zusatz:

„Diese Kriege ergeben sich mit Naturnotwendigkeit aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist."

II. Dem zweiten Passus der Bebelschen Resolution ist folgender Passus beizufügen:

„Um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigentlichen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzulenken."

III. Dem fünften Absatz der Bebelschen Resolution sollen die Worte folgen:

„sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und systematisch mit Klassenbewußtsein erfüllt wird, so daß die herrschenden Klassen es nicht wagen, sie als Werkzeuge für die Festigung ihrer Klassenherrschaft gegen das kämpfende Proletariat zu gebrauchen."

VI. Dem letzten Passus der Bebelschen Resolution ist die folgende Fassung zu geben:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten, und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen."

v. Vollmar erklärt persönlich, daß er in seiner Rede die Liebknechtsche antimilitaristische Agitation mit keinem Wort angegriffen, ja Liebknechts Namen gar nicht genannt, sondern einfach konstatiert habe, daß drei deutsche Parteitage die besondere antimilitaristische Agitation abgelehnt hätten.

Branting-Stockholm: Wir müssen dem Vertreter des antipatriotischen Gedankens eigentlich dankbar sein, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, unsere vollkommene Einmütigkeit darüber zu zeigen, daß Nationalität und Internationalität keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen sind. (Sehr wahr!) Ich habe das Wort ergriffen, um Ihnen zu zeigen, daß vom Standpunkte der Kleinstaaten, die nach Lage und Größe als Militärmächte nicht in Betracht kommen, die Frage des Militarismus sich anders darstellt als von dem Gesichtspunkte der großen Militärstaaten. Für die Kleinstaaten

liegt angesichts ihrer militärischen Bedeutungslosigkeit die Idee nahe, ganz von den Rüstungen abzugehen und sich ganz mit der Förderung des kulturellen Fortschrittes zu beschäftigen. So sind Norwegen und Dänemark zur Förderung der allgemeinen Volksentwaffnung statt der heutigen Volksbewaffnung gekommen. In Schweden liegt die Sache etwas anders. Gleichwohl erscheint es mir richtig, in der Resolution wie in der von Zürich die Abrüstung nicht als Teil des praktischen Aktionsprogramms aller Völker, wohl aber als Ziel aller Völker hinzustellen. Wir empfehlen weiter gemäß dem Antrage Rosa Luxemburg drittens die Aufklärung der Jugend zu betreiben, damit sie nicht in blindem Kadavergehorsam dahinleben, sondern auch im Waffenrock sich bewußt bleiben, daß sie Bürger sind. Auch eine Empfehlung der Schiedsgerichte in der Resolution wäre angebracht. Wenn wir auch nicht alle Friedensworte der Herrschenden ernst zu nehmen brauchen, die Friedenskonferenz im Haag und die Schiedsgerichte sind doch schon eine Verbeugung vor der großen demokratischen Bewegung, vor dem Friedensstreben der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Scheu-London (von der Sozialdemokratic Federation) sieht in der Volksbewaffnung für England mit seinem Söldnerherr nur einen humanitären Rückschritt. Gleichwohl würde er sie als demokratische Forderung ansehen, wenn die Jugend nicht mit in den militärischen Drill einbezogen, sondern im Geiste des Antimilitarismus erzogen würde. Dann würde sie schon wissen, wann und wie sie später die Waffen zu gebrauchen habe. Im übrigen schließe er sich den Vorschlägen Brantings an.

Rakowski-Rumänien verwirft eine besondere antimilitaristische Agitation, weil sie andere dem Sozialismus fremde Elemente an die Arbeiterklasse heranführt und diese der Gefahr eines Rückschlages aussetzt. Die Meuterei des 17. Regiments oder die Erschießung rumänischer Offiziere durch ihre Soldaten habe mit der sozialdemokratischen Aufklärung gar nichts zu tun. Die Resolution der Franzosen sei nicht auf alle Staaten anwendbar. Die Insurrektion wäre in vielen Ländern einfach undurchführbar. Annehmbar sei allein die deutsche Resolution, in die allerdings am zweckmäßigsten nach dem Amendement Luxemburg eine stärkere Betonung der Notwendigkeit eines aktiven Handelns eingefügt werden müßte.

Costa-Italien: Ich spreche im Namen der Mehrheit der italienischen Partei und der Gewerkschaften. Wir lehnen die Resolution Hervé ab, sie ist uns zu dogmatisch und einseitig. Wenn wir auch nicht Patrioten im bürgerlichen Sinne sind, so doch im besten sozialistischen Sinne. Wir können und wollen nicht auf die schönen und erhabenen Kulturschätze der Heimat verzichten. Aber auch die Resolution Bebel ist uns zu dogmatisch, denn sie ist weiter nichts als eine theoretische Prinzipienerklärung. Wir wünschen gegen die eminente Gefahr des Militarismus ein Aktionsprogramm, das uns zeigt, wie wir im Momente der Gefahr handeln sollen. Wir brauchen einen konkreten Beschluß, denn wir können nicht warten, bis der Militarismus mit dem Kapitalismus schwindet. Wir haben eine erfolgreiche antimilitaristische Agitation im Sinne der Resolution Jaurès-Vaillant ohne alle bedenklichen Nebenerscheinungen für die Partei geführt, und so darf ich versprechen, daß wir italienische Arbeiter mit den österreichischen Arbeitern stets brüderlich zusammenstehen werden.

Jeppenien-Norwegen: Wir bekämpfen jeden Militarismus, den kapitalistischen wie den sozialistischen. Jede Bewaffnung fördert den Kriegsgeist. Wir können daher nur ein Militärprogramm aufstellen, das die allgemeine Abrüstung ausspricht. Wir werden nur für eine solche Resolution stimmen, die diese Forderungen enthält. Im übrigen sind wir mit der Resolution Bebel einverstanden.

Ein Amendement Smart von der Independent Labour Party verlangt in der Resolution Bebel die Streichung der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und eine Fassung, die die Erhaltung des englischen freiwilligen Heeres möglich macht.

Jonbelewski-Argentinien verlangt, daß die Resolution Jaurès-Vaillant, der er im übrigen zustimmt, eine genaue Norm der Mittel gegen den Krieg gibt, die das Proletariat anwenden will und kann.

Frau **Roland-Holst**-Holland begründet das holländische Amendement. Die Holländer werden für die Resolution Bebel stimmen mit dem polnisch-russischen Amendement. Wenn sie das tun, so nicht aus den Gründen, die Adler und Vollmar ausgeführt haben. Der Antimilitarismus Hervés hat seine Wurzel in kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Anschauungen. Der Grund, warum wir den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt haben, liegt nicht in dem Auftreten Hervés, zu dem etwa durchaus Stellung genommen werden müßte, sondern in dem Wachstum der Sozialdemokratie in allen Ländern. Wir sind zu stark geworden, um in jedem Falle nur sagen zu können, wir protestieren, sonst nichts. Es ist Zeit, in einer neuen Resolution die neuen Anschauungen niederzulegen. Aber wir können heute noch nicht die letzten Mittel angeben. Auch wir Holländer haben nicht viel Sinn für eine dekorative Politik und können daher nicht für die Resolution Jaurès-Vaillant eintreten. In unserer Resolution muß sich die wachsende Macht des Proletariats spiegeln. Rednerin tritt für das holländische Amendement ein. Sie schließt mit dem Wunsche, eine Resolution angenommen zu sehen, in der wir der bürgerlichen Welt die dröhnenden Schritte des Proletariats hören lassen. (Bravo!)

Carr-Amerika ist in Uebereinstimmung mit den englischen Delegierten gegen das Volksheer und für die Abrüstung. Sozialismus und Volksbewaffnung seien unvereinbare Begriffe. Der Krieg mit Spanien habe in Amerika den Blutdurst gestärkt, und man schwärme jetzt nicht nur für eine große Flotte, sondern auch für ein großes Heer. Redner meint, daß weder die französische noch die deutsche Resolution die militaristischen Neigungen bekämpft.

Rubanowitsch-Rußland kann die Resolution Bebel nicht annehmen, da sie bloß eine marxistische Prinzipienerklärung ist, die die vorliegende Frage nicht löst. Es entspreche ihm die Resolution Luxemburg.

Damit waren die Arbeiten der Hauptkommission beendet.

Fünfte Sitzung. Freitag, den 23. August.

Auf der Tagesordnung steht:

Bericht der Subkommission.

Berichterstatter **Vandervelde**-Belgien teilte mit, daß die Subkommission sich nach langer Diskussion auf eine Resolution geeinigt habe. Diese habe zwar den Fehler, daß sie vielleicht zu lang sei, aber im anderen Falle hätte sie den noch ärgeren Fehler haben müssen, ungenau zu sein. Die Kommission habe weniger eine Formel für die Zukunft geben, als feststellen wollen, was bereits geschehen sei.

Dr. **Adler**-Wien verlas die deutsche Fassung und teilte ergänzend mit, daß die Resolution einstimmig beschlossen worden sei. (Beifall.) In der Resolution sei die Fülle der Anregungen, die in der Kommission gegeben wurden, berücksichtigt, die Differenzen abgeschwächt und volle Einstimmigkeit erzielt worden, wodurch allein sie schon von der größten Bedeutung für die Sozialdemokratie sei.

Ruffle-Smart-England protestierte im Namen der englischen Arbeiterpartei gegen jenen Passus, der von der Volkswehr handle.

Dr. **Adler**-Wien erwiderte, daß von „Volkswehr“ nur in dem Zusammenhange gesprochen sei, daß dort, wo stehende Heere bestehen, sie durch eine Miliz ersetzt werden sollten.

Vandervelde-Belgien erklärt, er lege Wert darauf, den Engländern und Amerikanern mitzuteilen, daß England und Amerika damit nicht gemeint seien und daß der Berichterstatter im Plenum das ausdrücklich erklären werde.

Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen und Vandervelde zum Berichterstatter für das Plenum gewählt.

II. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften.

Erste Sitzung. Dienstag, den 20. August.

Von der deutschen Delegation gehören der Kommission an: Kautsky, Legien, Pfannkuch und Robert Schmidt.

Von der französischen Delegation wurde folgende Resolution vorgeschlagen:

„Der Kongreß ist der Ueberzeugung, daß die völlige Befreiung der Arbeiterklasse sich nur vollständig vollziehen kann durch die vereinigte Macht der politischen und gewerkschaftlichen Aktion, der Gewerkschaftsbewegung, die als letztes Mittel den Generalstreik anwendet, und der politischen Bewegung, die die Eroberung der politischen Macht zum Ziele hat, um die allgemeine Expropriation der Bourgeoisie durchzuführen. Der Kongreß ist der Ueberzeugung, daß diese zweifache Aktion von um so größerer Wirksamkeit sein wird, je mehr die politischen und die gewerkschaftlichen Organisationen ihre volle Selbständigkeit bewahren, da ja die Gewerkschaftsbewegung dasselbe Ziel wie der Sozialismus hat.

In Erwägung, daß diese grundsätzliche Uebereinstimmung der politischen und ökonomischen Aktion des Proletariats ein freies Zusammenarbeiten beider Organisationen ohne weiteres sichert, das frei von Unklarheiten, Mißtrauen und Unterordnung des einen oder anderen Teiles bleibt,

fordert der Kongreß alle Genossen auf, es an keiner Anstrengung fehlen zu lassen, um jedes Mißverständnis zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zu zerstreuen.“

Brouchère-Belgien erklärt, er spreche nicht im Sinne der Gesamtheit der Gewerkschaften Belgiens, aber für eine Zahl, die etwa auf 75 000 zu veranschlagen sei. In den Gewerkschaften müsse der Sozialismus propagiert werden, wenn auch Andersdenkenden der Eintritt in die Organisationen nicht verwehrt werden soll. Die deutsche Taktik der Neutralität, die vor einiger Zeit in Deutschland vertreten wurde, habe nicht verhindert, daß die Unternehmerorganisationen sehr gestärkt worden sind, und daß die christlichen und gelben Gewerkschaften Fortschritte gemacht haben. Es sei unmöglich, wie gesagt worden ist, ein Gewerkschaftsblatt 10 Jahre lang zu redigieren, ohne das Wort Sozialismus zu gebrauchen. Mit demselben Recht könnte schließlich auch eine politische Bewegung betrieben werden ohne Betonung des sozialistischen Prinzips. Sowohl in den gewerkschaftlichen wie auch in den politischen Organisationen müsse der entschiedene Sozialismus vertreten werden, und es müsse die Einheit der Organisation in politischer und gewerkschaftlicher Aktion herbeigeführt werden, wie sie in Oesterreich besteht. (Widerspruch bei den

Oesterreichern.) Redner schlägt eine Resolution vor, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist.

Heinrich Beer-Oesterreich: Wir dürfen uns nicht zu sehr in Details verlieren. In Deutschland scheint ein erfreuliches Verhältnis eingetreten zu sein. Erfreulicherweise liegen dort die Verhältnisse anders als in Frankreich. In Oesterreich liegen die Verhältnisse nicht so, wie sie Brouchère geschildert hat. Wir haben besondere gewerkschaftliche Organisationen. Allerdings besteht ein inniger Kontakt zwischen Partei und Gewerkschaft, der dadurch hergestellt wird, daß wir in der Partei tüchtig für die Gewerkschaften arbeiten. Andererseits leisten die Gewerkschaften auch außerordentlich tüchtige Arbeit für uns. Wir fühlen uns nicht als Gefühlssozialisten, sondern als Verstandessozialisten. Wir betrachten die Gewerkschaft als ein Hülfsmittel zum Sozialismus. Die Teilung in die politische und gewerkschaftliche Aktion ist notwendig. Wir müssen die Theorie des belgischen Genossen ablehnen, der eine Verschmelzung beider Organisationen empfiehlt. Partei und Gewerkschaften müssen sich als gleichberechtigte Glieder fühlen. Es gibt hier kein Befehlen und kein Unterordnen, sondern nur eine Verständigung zwischen beiden. Wir sehen in der Personalunion das beste Mittel der Verständigung. Es sitzen Gewerkschaftler in der Parteileitung und bekannte Parteigenossen sitzen in den Gewerkschaften. Ich glaube sogar, daß in einigen Ländern die Partei dazu beiträgt, die Anhänger der Gewerkschaften zu entfremden. — Im Zusammenhange mit diesen Ausführungen empfiehlt Redner folgende

Resolution:

„Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln geistiger, politischer und ökonomischer Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse im gleichen Maße notwendig. Obliegt die Organisierung und Führung des politischen Kampfes des Proletariats der Sozialdemokratie, so ist es Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation, den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren und zu leiten. Partei und Gewerkschaften haben also im Emanzipationskampfe des Proletariats gleichberechtigte Aufgaben zu erfüllen. Der Kampf des Proletariats wird sich um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je näher die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Parteiorganisationen sind. Der Kongreß erklärt, als im Interesse der Arbeiterschaft liegend, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und gepflegt werden. Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und in ihren Kämpfen sich nur solcher Mittel zu bedienen, die für den Befreiungskampf des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen über die anzuwendende Methode, wenn über die Zweckmäßigkeit dieser Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Gewerkschaften werden ihre Pflichten im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich bei allen ihren Aktionen von sozialistischem Geiste leiten lassen. Der Partei liegt die Pflicht ob, die Gewerkschaften in ihrem Kampfe nach Besserstellung der Arbeiter zu unterstützen und in ihren parlamentarischen Aktionen den Bestrebungen und Forderungen der Gewerkschaften Geltung zu verschaffen. Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung führen können, je besser ihre Unterstützungseinrichtungen und je besser die zum gewerkschaftlichen Kampf unentbehrlichen Fonds sind."

Robert Schmidt-Berlin schließt sich den Ausführungen Beers an. Die gewerkschaftliche Taktik ist von Brouchère durchaus irrig beurteilt worden. Von einem Bestreben, die politische und gewerkschaftliche Organisation in Deutschland zusammenzufassen, ist in Deutschland nichts zu merken. Das Verhältnis

von Gewerkschaft und Partei ist bei uns keineswegs so innig wie in Oesterreich. Aber es bestehen keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die sozialdemokratische Partei die Vertreterin der Arbeiterinteressen ist, infolgedessen nehmen die gewerkschaftlich in verantwortlicher Stellung befindlichen Männer auch einen regen Anteil an der sozialdemokratischen Partei. Die Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften, die sich in den letzten Jahren abgespielt haben, betrafen die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik und anderen Fragen. Dennoch ist hier der Weg der Verständigung gefunden. Aus der Stellung unserer Gewerkschaften die Schlußfolgerung zu ziehen, ihre Taktik hätte die Unternehmerorganisationen und die gelben Verbände gestärkt, ist ebenso unrichtig, wie wenn man die innige Verbindung der belgischen Gewerkschaften mit der Partei für die bisher vermißte Erstarkung der belgischen Gewerkschaften verantwortlich machen würde. Die Frage, wie die Organisierung der Gewerkschaften sich gestalten wird, ist nicht Aufgabe des Kongresses. Er soll nur aussprechen, daß eine innige Fühlung beider Organisationen notwendig ist, wie es die Resolution Beer ausdrückt. Im anderen Falle müßten wir über die Taktik der Gewerkschaften zum Generalstreik, zur direkten Aktion und zur Sabotage Leitsätze aufstellen. Diese Streitpunkte müssen die Arbeiter der einzelnen Länder zu regeln suchen, der Kongreß kann keine Direktiven geben.

Von den Holländern wird folgender Antrag empfohlen:

„Der Kongreß erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Ordnung, die Konzentration der Produktion, die starke Vereinigung der Arbeitgeber und die ständige Abhängigkeit eines jeden Unternehmens von der bürgerlichen Ordnung die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Ohnmacht verdammen müssen, wenn dieselbe ausschließlich auf der Sorge für die Interessen des Gewerbes und der Verständigung mit den Arbeitgebern, sowie auf den Grundsätzen des Verbandsegoismus aufgebaut ist.“

Olsen-Dänemark wünscht eine Organisation von Partei und Gewerkschaften, wie sie in Dänemark eingeführt ist. Marx sagte: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch! Wie können wir von Vereinigung sprechen, wenn wir in zwei Organisationen die Agitation betreiben! Es mag sein, daß in Dänemark besondere Verhältnisse die Organisation begünstigen. Er wolle auch nicht andere zu einer bestimmten Organisation drängen. In Dänemark verstehe man nicht, warum Frankreich sich gegen die parlamentarische Tätigkeit wendet. Redner empfiehlt die Annahme der Resolution Beer.

Lantger-Frankreich: In Nancy hat der Parteitag mit 28 Stimmen Majorität die von der französischen Delegation vorgelegte Resolution beschlossen. Der Gewerkschaftskongreß in Amiens hat in einer längeren Resolution zu einer Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft geraten. Aber das Verhältnis beider zu reglementieren, ist nicht zu empfehlen. Man mag es den Ereignissen überlassen, ob diejenigen, die heute sich zanken, sich bei der Verständigung bedrängt fühlen.

Mary Mac Arthur-England bringt eine Resolution der sozialistischen Federation ein. Rednerin lehnt die französische Resolution ab und erklärt sich entschieden gegen den Generalstreik, wie es auch die englischen Sozialisten tun. Bei den letzten Wahlen in England habe die Arbeiterpartei eine Million Stimmen aufgebracht. Die 36 Abgeordneten sind nicht alle Sozialisten, aber Förderer der Arbeiterinteressen.

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

Die Resolution Beer wird von einer ganzen Reihe von Delegierten unterstützt, so von Kautsky, Pfannkuch, Legien, Robert Schmidt, Lindblat, Olsen u. a.

Tremolie-Italien erklärt sich gegen den Standpunkt des belgischen Redners. In Italien habe man vor Jahren eine ähnliche Taktik verfolgt wie in Belgien. Man sei dann aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß der richtige Weg allein der Weg der deutschen Gewerkschaften sei. In einer Resolution, die Redner vorschlägt, wird die Annäherung der Gewerkschaften an die politische Partei empfohlen, aber die Gewerkschaften müßten allen Arbeitern ohne Unterschied der Partei offenstehen.

De Leon-Vereinigte Staaten ist der Ansicht, daß, wenn man in Europa von Amerika spreche, man glaube, die Welt höre in Europa auf. Man verkenne, daß der Kapitalismus in Amerika weit vorgeschritten sei. Danach richteten sich auch die amerikanischen Gewerkschaften.

Kautsky: Die Resolution der französischen Genossen ist für uns unannehmbar. Einmal weil sie den Generalstreik als Machtmittel im gewerkschaftlichen Kampf hinstellt, während die Mehrheit der deutschen Genossen ihn bloß als eventuelles Machtmittel in politischen Kämpfen anerkennt. Wir müssen die Resolution aber auch verwerfen, weil sie die gewerkschaftliche Autonomie in anarchistischem Sinn auffäßt, als genüge die bloße Gemeinsamkeit des Zieles, um eine harmonische Aktion zwischen Partei und Gewerkschaft herbeizuführen, als seien dazu nicht Vereinbarungen und Verständigungen und eine engere Zusammenfassung nötig, die entweder durch Personalunion oder organisatorischen Zusammenschluß erreicht werden kann.

Nun gibt es Genossen, die dem Standpunkt der österreichischen Resolution zustimmen, sie aber für nicht anwendbar halten dort, wo die Partei gespalten ist. Sie fürchten, daß dort eine engere Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaft auch diese spalten würde. Kein Zweifel, das wäre ein großes Unglück, die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Bewegung ist von äußerster Wichtigkeit, und wo diese durch Parteispaltungen bedroht wird, da führt das leicht zu einer Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaft. Auch in Frankreich ist diese Erscheinung darauf zurückzuführen. Aber das beweist nicht, daß die Gewerkschaftler dort, wo die Partei gespalten ist, sich um diese nicht zu kümmern brauchen, sondern daß sie in der Partei im Sinne der Einigung zu wirken haben. Wird unsere Resolution in diesem Sinne wirken, dann wird sie die Entwickelung des Sozialismus ebenso fördern, wie die Resolution über die Parteitaktik des Amsterdamer Kongresses.

André-Frankreich vertritt den Standpunkt der französischen Minorität und empfiehlt die Annahme der Resolution, die auf dem Parteitag in Nancy abgelehnt worden ist.

Legien: Wir können nur allgemeine Grundsätze aufstellen und uns nicht in den Streit der einzelnen Länder einmischen. Beide Bewegungen, Partei und Gewerkschaften, gehen aus dem Proletariat hervor. Weshalb sollen beide nicht Hand in Hand gehen? Da aber beide ihre besonderen Aufgaben haben, so bedürfen sie einer gewissen Selbständigkeit. Die Resolution der Franzosen nimmt viel zu sehr auf die Verhältnisse und Streitigkeiten im eigenen Lande Bezug. Redner wendet sich sodann dagegen, daß der Generalstreik als gewerkschaftliches Kampfmittel aufgestellt wird. Die Franzosen haben keine gewerkschaftliche Organisation. Sobald sie eine solche haben werden, wird die Diskussion und Propaganda für den Generalstreik, die direkte Aktion und die Sabotage verschwinden. Die Franzosen werden dann nicht mehr zu einer so unbegreiflichen Aktion wie im Vorjahre gelangen, wo sie mit einem Schlage den Arbeitern den Achtstundentag erkämpfen wollten, sondern dazu erst einmal mit Arbeit und Mühe große Organisationen schaffen. Nicht mit glänzenden Worten könne man der Bourgeoisie beikommen, sondern nur mit dem Zusammenschluß der Arbeiter in Organisationen zum gemeinsamen Kampf. (Beifall.)

Die Abstimmung wird auf Mittwoch vertagt.

Zweite Sitzung. Mittwoch, den 21. August.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Rubanowitsch-Rußland: In Rußland werden alle sozialistischen Parteien für die Gewerkschaften. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften muß sein, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Partei andererseits muß es verstehen, die Massen durch ihre politischen Ziele an sich zu ziehen.

Lindblat-New York schildert das Verhältnis von Gewerkschaften und Partei in Amerika. Es mag sein, daß, nachdem wir ein Wahlrecht bekommen haben und eine parlamentarische Tätigkeit deshalb entfalten können, eine gewisse Trennung von Partei und Gewerkschaften Platz greift. Es sei zu hoffen, daß die französischen Genossen weniger mit der Frage des Generalstreiks herumwerfen und sich mehr wie die Deutschen mit der Stärkung ihrer Organisationen befassen.

Nemec-Böhmen tritt für die Resolution Beer ein.

Frau **Faas**-Schweiz wünscht eine entschiedenere Stellungnahme gegen die anarchistischen und zünftlerischen Gewerkschaften. Diesem Verlangen entspreche die Resolution Leone. Die Resolution Beer sei ein Kompromiß, das sie in einer so wichtigen Frage nicht verstehe.

Plechanow-Rußland: Die Russen sind hier wie in allen anderen Fragen verschiedener Meinung. Für Westeuropa mögen die vorliegenden Resolutionen zu empfehlen sein, aber nicht für Rußland. In Rußland gibt es 11 revolutionäre Organisationen, mit welcher sollen die Gewerkschaften in Verbindung treten? Es wäre zu hoffen, daß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auch die Einheit der politischen Bewegung herbeiführt. Wir haben in Rußland 243 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Das Hineintragen von politischen Differenzen würde nicht förderlich sein.

Auf die Anfrage eines belgischen Delegierten, wie in der Resolution Beer die innige Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaften zu verstehen sei, wird unter allgemeiner Zustimmung erklärt, daß damit nicht die Verpflichtung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausgesprochen sein solle, der Sozialdemokratie anzugehören.

Renaudel-Paris ist gegen die Resolution Beer. Ihre Befolgung würde in Frankreich der gewerkschaftlichen Aktion schweren Schaden zufügen.

Delory-Frankreich spricht im Namen der französischen Minorität seine Zustimmung zur Resolution Beer aus.

Damit schließt die Debatte. In der Abstimmung werden einige Aenderungen zur Resolution Beer angenommen, die aber eine grundsätzliche Aenderung nicht bedeuten. Die Richtung **Renaudel** will eine Erklärung der französischen Genossen angenommen wissen, wonach eine Zustimmung zur Resolution in Frankreich gegenwärtig nicht möglich ist, obwohl man mit der Tendenz der Resolution einverstanden sei. Sie würde eine Verständigung von Partei und Gewerkschaften in Frankreich gegenwärtig erschweren. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und die Resolution Beer sodann gegen 7 Stimmen **angenommen.**

Damit waren die Arbeiten dieser Kommission erledigt.

III. Kolonialfrage.

Erste Sitzung. Montag, den 19. August.

Deutsche Delegierte sind: Bock, Dr. David, Ledebour und Wurm.

Die Kommission wählte van Kol zum Vorsitzenden und Terwagne-Antwerpen zum Schriftführer. In Vertretung van Kols übernimmt zunächst Gollerstepper-New York den Vorsitz.

In der Generaldebatte weist

Dr. **David**-Mainz darauf hin, daß schon frühere Kongresse sich mit der Kolonialfrage beschäftigt und Resolutionen gefaßt hätten. Es genüge aber nicht, diese Resolutionen zu wiederholen, sondern es komme darauf an, praktische Direktiven zu geben und zu erklären, daß die Sozialdemokratie die Art, wie die bürgerliche Welt heute kolonisiere, verurteile, daß sie aber ihren ganzen Einfluß aufbieten müsse, um sowohl die koloniale Bevölkerung wie die kolonialen Naturschätze gegen kapitalistische Ausbeutung zu schützen. Das sei dasselbe, was die Sozialdemokratie in Kulturländern dem Kapitalismus gegenüber durch Schaffung der Arbeiterschutzgesetze tue. Bebel hat in dem Deutschen Reichstag in diesem Sinne sich ausgesprochen. Er sagte: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen Vertreter kultivierter Länder zu fremden Völkern als Befreier, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu bringen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als Kulturmission zu unterstützen bereit sind.“ Ich empfehle, diese Gesichtspunkte bei der Abfassung einer eventuellen Resolution zu berücksichtigen.

Ledebour: Ich muß mich leider gegen David und in gewissem Sinne auch gegen Bebel wenden. Genosse David hat die Hauptsache außer acht gelassen. Solange wir eine kapitalistische Gesellschaft haben, wird die Kolonialpolitik stets die scheußlichen Formen zeigen, die wir alle verurteilen. David scheint diese Scheußlichkeiten für vermeidbar und für Begleiterscheinungen der heutigen Kolonisation zu halten. Das ist ein grundsätzlicher Irrtum. Er hat sich für seine Ansicht auf Bebel berufen und hier eine angebliche Erklärung Bebels verlesen. Es handelt sich hier aber um keine autoritative Erklärung Bebels, sondern um eine beiläufige Bemerkung in einer seiner vielen Reichstagsreden zu Kolonialfragen, und wie ich Bebels Stellung kenne, würde er gegen eine solche Interpretation seiner Worte durch David protestieren. Es geht nicht an, einen solchen Satz allein herauszugreifen. Der Satz an sich freilich zwingt mich, auch gegen Bebel zu polemisieren, denn er läßt die Deutung zu, als seien die jetzigen Scheußlichkeiten der Kolonialpolitik im heutigen Staate vermeidbar. Die jetzige Kolonialpolitik ist aber das unvermeidbare Resultat des Kapitalismus, und nur durch die Widerstandskraft der Ausgebeuteten selbst können diese Brutalitäten gemildert werden. In den Kolonien können sie dies nicht, da die Kolonialbevölkerung so gut wie gar keine Widerstandskraft besitzt. In einer Resolution müssen wir an die Spitze stellen, daß wir von der kapitalistischen Kolonialpolitik keine Berücksichtigung der kulturellen Mission erwarten. Da wir grundsätzliche Gegner jeder Ausbeutung und Unterdrückung im eigenen Lande sind, müssen wir die noch viel schlimmere Ausbeutung in den Kolonien grundsätzlich bekämpfen. Wenn wir diese grundsätzliche Erklärung an die Spitze gestellt haben, können wir dann hinzufügen, daß wir als Minorität für möglichsten Schutz der Eingeborenen durch Schaffung eines Kolonialrechts eintreten wollen. Darüber sind wir wohl alle einig. Die Hauptsache ist, daß niemand durch unsere Resolution auf die Idee kommen kann, wir hielten eine andere als eine mit

Grausamkeiten und Scheußlichkeiten verbundene Kolonialpolitik mit dem Kapitalismus vereinbar.

Nachmittags wurde die Debatte fortgesetzt. van Kol, Wibaut und Ledebour beantragen folgende Resolution:

„Der Kongreß bestätigt von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verwirft nochmals die jetzige Kolonisationsmethode. Das Wesen des Kapitalismus hat keinen anderen Zweck, als fremde Länder zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten. Der Kongreß verurteilt jede Politik des Raubes und der Eroberung, die nur eine schamlose Anwendung des Rechtes der Stärkeren ist. Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten in allen Parlamenten die Pflicht haben, die Methode der Ausbeutung und Knechtung zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrschen. Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern und jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen und deren Ausbeutung und Versklavung zu verhindern. Sie haben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erziehung zur Unabhängigkeit zu begünstigen. Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien ebenso wie die, die der Imperialismus verschuldet, und die, die im Interesse der ökonomischen Entwickelung der Kolonien gemacht werden, von jenen getragen werden, die allein von der Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichtümer daher stammen."

Terwagne-Belgien schlägt vor, folgenden Satz anzufügen:

„Der Kongreß verwirft nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können wird."

Rouanet-Paris meint, es sei falsch, die Kolonisation nur als kapitalistische Erscheinung zu betrachten. Sie sei auch eine historische Erscheinung. Er sei deshalb für den Antrag Terwagne. Es ist auch heute für die Kolonien manches zu erreichen. Die Kolonialfrage ist eine internationale, und auch die Lösung des Eingeborenenrechts muß international erfolgen. Er will einen Zusatz beantragen in dem Sinne, daß ein internationales Kolonialrecht geschaffen werde.

Terwagne begründet seinen Vorschlag und betont dabei, daß sein Standpunkt nur der der Minderheit seiner Partei ist. Die Frage ist so: Sollen wir am Kongo alles so lassen, wie es ist, oder sollen wir die Zustände dort bessern? Mit dem starren Prinzip ist nichts zu machen. Ob Kolonisationen notwendig sind, wolle er nicht entscheiden. Man kann jedenfalls auch nicht sagen, daß sie entbehrlich sind. Der Kongreß würde unlogisch handeln, wenn er sagte, auf kolonialpolitischem Gebiete können wir nichts tun. Wir können da dasselbe tun wie auf allen anderen Gebieten. Die Zukunftstür darf nicht geschlossen werden. Deshalb müsse der von ihm beantragte Zusatz, der sich ja ursprünglich in der Resolution van Kol befunden hat, angenommen werden.

Von David wird folgende Einleitung für die Resolution vorgeschlagen:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises in den Dienst der Menschheit stellen und die Völker aller Farben und Zungen zur höchsten Kultur emporführen will, sieht der Kongreß in der kolonialen Idee als solcher einen integrierenden Bestandteil des universalen Kulturziels der sozialistischen Bewegung. Die jetzige kapitalistisch-koloniale Methode aber hat keinen anderen Zweck, als fremde Völker auszubeuten usw. . . ."

Pernerstorfer-Wien: Ich kann den Standpunkt Ledebours, der die starre Negation vertritt, nicht teilen. Er sagt, die Kolonialpolitik ist der Ausfluß des Kapitalismus und deshalb müssen wir sie bekämpfen und dagegen protestieren. Wir protestieren aber nicht gegen den Kapitalismus, sondern bekämpfen ihn mit Tausenden von Mitteln. Die Kolonien sind da, und wir müssen uns in die Kolonialpolitik einmischen und positive Mitarbeit leisten Ich bin für den Antrag Terwagne und am liebsten für die Davidsche Einleitung.

Laurence-England gibt zu, daß das kapitalistische Kolonialsystem antikulturell und barbarisch ist. Er meint aber, daß die heutige Diskussion nicht von großem praktischen Werte sein wird.

Pepin-Belgien erklärt, daß der belgische Kongreß sich gegen jede Kolonialpolitik ausgesprochen habe. Nach der Motivierung durch Terwagne könne er nicht mehr für dessen Antrag stimmen.

Gollerstepper-New York: Die koloniale Frage hat für die amerikanische Arbeiterschaft keine Bedeutung. Mehr Grausamkeiten und Barbarismus, als es in der amerikanischen Großindustrie gibt, gibt es in der unkultiviertesten Kolonie nicht. Die amerikanischen Sozialisten sind deshalb der Ansicht, daß der Kapitalismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muß.

Eine provisorische Abstimmung ergibt, daß die Mehrheit der Sektionen im Prinzip für eine neue Fassung im Sinne der Anträge Terwagne oder David ist. Es sollen nur noch Gegner eines solchen Einleitungssatzes zu Wort kommen.

Wurm: Im Laufe der Diskussion ist die Hauptfrage verschoben worden. Die Hauptfrage ist: Wie sollen wir uns der Kolonialpolitik gegenüber verhalten, die im Interesse des Kapitalismus gegen die Interessen der Arbeiter gemacht wird. Die Kolonialpolitik hängt doch nicht von unserer Gnade ab, sondern sie wird ohne uns, ja gegen uns gemacht. Die Kolonialpolitik belastet uns nicht nur mit großen Ausgaben, sondern erhöht auch die Kriegsgefahr, und dieser Gesichtspunkt muß unbedingt in die Resolution hinein. Pernerstorfer sagt: Wir sollten nicht nur negative Politik treiben. Die Abwehr von Greueln ist aber eine eminent positive Politik. Wir dürfen keinerlei Verantwortung für die Kolonialpolitik übernehmen, sondern müssen sie strikt ablehnen und gegen sie protestieren. Ein solcher Protest ist keine leere Phrase, sondern er wirkt erzieherisch, propagandistisch und sozialistisch. Wir dürfen keine Opportunitätspolitik treiben, um eventuell Gnade bei den Herrschenden zu finden und von ihnen als gleichberechtigte Partei angesehen zu werden; es gibt nichts Gemeinsames zwischen uns und den jetzt Herrschenden. Wir dürfen nur prinzipielle Politik treiben und müssen daher jede Kolonialpolitik verwerfen.

Karski-Polen: Kolonialpolitik und kapitalistische Wirtschaftsordnung sind grundverschiedene Begriffe. Letztere können wir wandeln, erstere nicht. Gegen die Kolonialpolitik können wir nur protestieren.

Schließlich wird unter Ablehnung der von David vorgeschlagenen die Resolution van Kol in der ursprünglichen Fassung angenommen:

„Der Kongreß stellt fest, daß der Nutzen der Kolonialpolitik allgemein, besonders aber für die Arbeiterklasse stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisierend wird wirken können."

Außerdem wird ein Zusatzantrag Wurm, der die Erhöhung der Kriegsgefahr und die Belastung der Ausgaben für Heer und Flotte betont, und ein

Zusatzantrag Rouanet angenommen, der Vereinbarungen über ein Kolonialrecht fordert. Ledebour kündigt für die Minderheit die Stellung eines Korreferenten für das Plenum an.

Zum Referenten wurde van Kol gewählt und die Kommissionsverhandlungen geschlossen.

IV. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter.

Erste Sitzung. Montag, den 19. August.

Deutsche Delegierte sind: Hausmann, Paul Müller, Päplow und Schippel.

Die Kommission wählte zum ersten Vorsitzenden Ellenbogen-Oesterreich, zum zweiten Vorsitzenden Hillquit-Amerika, zu Schriftführern Lafontaine-Belgien und Diner-Ungarn. Die Generaldebatte eröffnete

Ugarte-Argentinien: Die argentinischen Genossen haben auf dem Kongreß die Frage der Ein- und Auswanderung aus folgenden Gründen aufgeworfen. Sie wollen nur die künstliche Einwanderung bekämpfen, die von den kapitalistischen Agenturen der Regierungen betrieben wird, um billigere Arbeitskräfte in Konkurrenz zu den einheitlichen Arbeitskräften zu erhalten. Die Genossen verlangen auch Maßregeln gegen die Ausbeutung der Auswanderer durch die Schiffsgesellschaften. Das ganze Problem ist keine Rassenfrage. Die Resolution ist weder gegen die Chinesen noch Japaner gerichtet. Argentinien soll allen Arbeitern geöffnet sein. Doch sollen die Arbeiter über die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Länder belehrt werden, wenn sie in sie einwandern wollen. In diesem Sinne legen die Argentinier zwei Resolutionen vor, von denen die eine die Belehrung der Arbeiter verlangt, während die andere die Erleichterung der Naturalisation in den verschiedenen Ländern fordert, damit die Arbeiter in dem neuen Wohnsitz sofort die politischen Rechte erlangen können.

Ury-Frankreich polemisiert gegen die amerikanische Resolution, die gegen das Grundprinzip der Sozialdemokratie aller Länder verstoße. Die Amerikaner verlangen eine Beschränkung der Einwanderung. Die Arbeiter aber wandern nur aus, weil sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu gezwungen sind. In Frankreich haben die eingewanderten Arbeiter, Belgier, Deutsche, Italiener und Spanier gewöhnlich kein lebhaftes Rassenbewußtsein. Aber das Klassenbewußtsein muß bei ihnen geweckt werden. Das beste Mittel gegen die schlimmen Folgen der Einwanderung ist die Agitation, Aufklärung und Organisation. — Die französische Delegation beantragt, die sozialistischen Abgeordneten aller Parlamente zu beauftragen, zu verlangen, daß den Regierungen nicht mehr gestattet werde, fremde Arbeiter ohne weiteres auszuweisen, ferner, daß die fremden Arbeiter genau denselben Arbeiterschutz wie die Einheimischen genießen sollen, weil dann die Unternehmer weniger Interesse haben, fremde Arbeiter anzustellen.

Hasek-Böhmen: Die Ein- und Auswanderung beschränkte sich anfangs auf deutsche und italienische Arbeiter, zog sich aber später dann immer mehr nach dem Osten. Die Frage der Ein- und Auswanderung sei vor allem eine Rassenfrage. Er bitte die Genossen, sich in der Diskussion auf die Kulifrage zu beschränken.

Trömer-Australien: Das Problem der Immigration hat für Australien eine größere Bedeutung wie für die meisten anderen Länder, die hier vertreten sind, da dort die Löhne der einheimischen Arbeiter höher sind

als die der anderen. Die Kapitalisten bemühen sich daher um so mehr, asiatische Arbeiter als Lohndrücker einzuführen. Die einwandernden weißen Arbeiter organisieren sich in kurzer Zeit und drücken nicht die Lebenshaltung für die Australier herab. Die australische Arbeiterpartei will daher alle diejenigen Arbeiter fernhalten, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie sich die Lebenshaltung der Weißen aneignen. Das sind eben die Asiaten. Er glaube, daß diese Grundsätze der australischen Arbeiterpartei nicht dem Sozialismus widersprächen. Würde man eine beschränkte Immigration gestatten, so würde der Fortschritt des Sozialismus gehindert werden. Gewiß wollen wir alle eine allgemeine Völkerverbrüderung, aber bis wir diese erreichen, müssen wir die Arbeiter unseres Landes schützen, damit sie nicht den Kapitalisten widerstandslos ausgeliefert werden. Man habe versucht, in Australien italienische Arbeiter einzuführen. Da haben die australischen Sozialisten einen Brief an den „Avanti" geschrieben, der in der Tat den Erfolg hatte, daß die italienische Immigration aufhörte. In derartigen Benachrichtigungen liegt die Hauptbedeutung des internationalen sozialistischen Bureaus. Der australische Arbeiter müsse sich im Interesse des Fortschritts des Sozialismus seines Landes gegen die Einwanderung der asiatischen Arbeiter schützen.

Morel-Frankreich erklärt sich gegen die australische Resolution. Wir sind nicht gegen die gelbe Rasse, wohl aber gegen die gelben Streikbrecher. Die Chinesen und Japaner müssen wir durch Aufklärung zum Sozialismus erziehen und durch Organisation zu unseren Brüdern machen. Wir müssen die gelbe Rasse und alle Arbeiter überhaupt gewerkschaftlich organisieren gegen die gelben Streikbrecher. Die Auswanderer sind die unglücklichsten Glieder der großen Arbeiterfamilie. Es wäre unsozialistisch, noch Maßregeln gegen sie zu verlangen; wir müssen ihnen vielmehr zu Hülfe kommen. Die eigentlich brennende Frage ist die der Einwanderung von Saisonarbeitern. Die französische Delegation beantragt die Einführung einer speziellen Information für die Saisonarbeiter, um sie den Klauen der Menschenhändler zu entziehen. Hier muß die Aufklärung und Organisation sofort eingreifen, dann werden die Saisonarbeiter die Löhne nicht mehr herabdrücken.

Hillquit-Vereinigte Staaten: Das Problem der Ein- und Auswanderung ist sehr schwierig und ernst. Die Amerikaner haben das Prinzip der Internationalität stets vor Augen, die Resolution verstößt auch in keiner Hinsicht gegen dieses Prinzip. Hillquit unterscheidet mehrere Arten von Auswanderung: Die erste Art ist die natürliche Auswanderung, die aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst entspringt. Für diese Ein- und Auswanderung verlangen die Amerikaner die größte Freiheit, sie machen es den Arbeitern sogar zur Pflicht, die armen Auswanderer zu unterstützen. Von dieser natürlichen Ein- und Auswanderung muß aber die andere Art scharf geschieden werden, das ist die Einwanderung, die im Grunde nur der Import fremder Arbeitskräfte durch den Kapitalismus ist. Die Kapitalisten importieren solche Arbeitskräfte, die ihrem Wesen nach billiger sein müssen und daher meistens unbewußte Streikbrecherdienste leisten, und den einheimischen Arbeitern gefährliche Konkurrenz machen. Diese Arbeitskräfte sind heutzutage die Chinesen und Japaner, die gelbe Rasse überhaupt. Wir haben durchaus kein Rassenvorurteil gegen die Chinesen, müssen aber konstatieren, daß sie ganz unorganisierbar sind. Ein Volk kann eben nur dann zum Klassenkampf organisiert werden, wenn es bereits in der Entwickelung sehr weit vorgeschritten ist, wie das bei den Belgiern und Italienern der Fall ist, die in Frankreich einwandern. Die Chinesen sind aber in ihrer Entwickelung noch viel zu weit zurück, um organisiert zu werden. Sozialismus will nicht etwa heißen Sentimentalismus. Wir stehen in einem heißen Kampfe, der zwischen Kapital und Arbeit tobt. Wer gegen die organisierte Arbeit ist, ist

unser Gegner. Wollen wir nun für fremde Streikbrecher etwa ein Privileg schaffen, während die einheimischen gegen sie kämpfen müssen? Wenn wir keine Maßregeln treffen gegen den Import chinesischer Streikbrecher, dann drängen wir die sozialistische Arbeiterbewegung zurück. Unsere Resolution hält das Prinzip des Klassenkampfes hoch, die französische Resolution hingegen entnervt den Klassenkampf. Wir halten nicht an dem Wortlaut der Resolution fest, aber nehmen Sie eine Resolution in unserem Sinne an.

Dier-Ungarn tritt den Ausführungen des Genossen Hillquit entgegen. Ungarn stelle ein großes Kontingent zur Auswanderung, werde aber trotz der großen Menge nicht nur von kapitalistischen Streikbrechern bedrängt, sondern der Staat selbst sende Emissäre aus, um Arbeiter aus Rußland als Streikbrecher einzuführen. In der Rassenfrage glaubt Hillquit einen richtigen Standpunkt einzunehmen. Aber die Länder, die heute noch unorganisierbar sind, sind es nicht mehr morgen. In rückständigen Ländern dauert die Entwickelung nicht mehr so lange, wie in denjenigen Ländern, die zuerst die Entwickelung durchmachten, wie England und Deutschland. Noch vor zehn Jahren wanderten unsere ungarischen Arbeiter nach Amerika aus und konnten als unorganisierbar gelten. Heute, nach wenigen Jahren, sind sie vom Geiste des Sozialismus erfaßt und lassen sich organisieren. Ihr wollt den Arbeitern Schutzzölle errichten und werdet damit Fiasko erleiden wie die Kapitalisten. Wir dürfen die Lohnfrage nicht nur vom Standpunkt von Angebot und Nachfrage betrachten, denn dann müßten wir uns auch gegen die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen wenden, die besonders in den östlichen Ländern mehr Arbeiter frei gemacht haben als die Japaner und Chinesen. Wir müssen vollkommen freie Ein- und Auswanderung zulassen. Ein großer Teil der amerikanischen Arbeiter ist noch nicht vom proletarischen Klassenbewußtsein erfüllt, sondern nur vom Lohnbewußtsein. Allerdings müssen wir die Mißbräuche bekämpfen, die durch die Masseneinfuhr zum besten der Kapitalisten entstehen, aber wir müssen sie bekämpfen durch Aufklärung und Organisation. Ein gutes Mittel wäre es auch, auf die Einführung eines Lohnminimums zu dringen; wo es auf politischem Wege nicht geht, auf gewerkschaftlichem. (Lebhafter Beifall.)

Lucas-Südafrika: Wir in Südafrika müssen den Import billiger Arbeiter verhindern, die unsere Gewerkschaften zerstören. Wir sind keine Feinde der Chinesen als Rasse, sondern als Streikbrecher. In der Frage der Emigration organisationsfähiger Arbeiter stehen wir auf dem Standpunkt des internationalen Sozialismus.

Rappaport-Paris: Die heutige Debatte hat drei Dinge unterschieden: die nationale These Australiens, die internationale These Frankreichs und in der Mitte die These von Hillquit, die in der Idee der internationalen Anwendung nationalistisch ist. Hillquit wollte seine Ansicht durch Marx stützen und nannte sie revolutionär. Aber wir müssen Marx nicht nur in der Idee, sondern auch trotz aller Schwierigkeiten praktisch anwenden. Dem Internationalismus würden wir ins Gesicht schlagen, wenn wir die These Australiens annehmen würden. Hillquit redet von prädestinierten Streikbrechern; das können wir nicht anerkennen. Solange ein Arbeiter noch keinen Streikbruch begangen hat, ist er für uns ein Genosse. Auch wir wollen Front machen gegen diese kontraktbrüchige Einwanderung durch die Kapitalisten, aber nicht, indem wir gegen die betreffenden Arbeiter kämpfen. Ich bitte Sie, nicht die australische und amerikanische, sondern die französische Resolution zu berücksichtigen. (Beifall.)

Hierauf vertagt sich die Kommission auf Dienstag 10 Uhr.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 20. August.

Der Vorsitzende **Ellenbogen**-Wien erteilt das Wort dem Genossen

Kotsche-Rumänien: Es gibt zwei Arten von Einwanderungen, eine natürliche, die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entspringt, und eine andere, nämlich die der Streikbrecher, die namentlich von den Regierungen und den Kapitalisten gefördert wird. Es gibt aber noch eine andere Form der Auswanderung, das ist diejenige, die von den Regierungen durch die Massenausweisungen verschuldet wird. In Rumänien sind mehr wie 400 000 Juden vollständig rechtlos. Jeder Polizist kann sie maßregeln. Redner geht auf die Massenausweisung der rumänischen Juden näher ein und namentlich der jüdischen Arbeiter, die oft über Nacht ohne jeden Heller aus dem Lande gejagt werden. Er fordert die Kommission auf, es den sozialistischen Abgeordneten zur Pflicht zu machen, in allen Parlamenten die Regierungen an solchen Massenausweisungen zu hindern.

Ellenbogen-Wien: Die Diskussion bewegt sich in zwei Richtungen. Die einen vertreten das Interesse des Einwanderungslandes, die anderen das der Auswanderer. Zwischen diesen beiden Ansichten scheint keine Versöhnung möglich. Dennoch läßt sich hoffentlich eine Einigung erzielen, wenn wir diesen Erscheinungen auf den Grund gehen. Ich bitte Sie aber, diese komplizierte Frage nicht noch mit anderen Fragen zu belasten, wie mit der Lage der Juden in Rumänien. Ein- und Auswanderung sind keine Fragen der Moral, sondern Fragen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Mittel, mit denen der Kapitalismus versucht, seine Profitrate zu erhöhen und die Löhne der Arbeiter zu drücken. Es ist daher die Aufgabe des Kongresses, diesen beiden Bestrebungen entgegenzutreten. Es handelt sich darum, die beiden oben angegebenen Standpunkte zu verbinden und in beiden Richtungen Vorsorge zu treffen. Ich glaube, daß dies am besten möglich ist, indem wir negativ vorgehen und alles ausschließen, was von vornherein für Sozialisten unannehmbar ist, wie z. B. alle Ausnahmegesetze und alle zünftlerischen Maßregeln. Genosse Hillquit wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich seine Resolution wegen ihrer unklaren Fassung nicht akzeptieren kann. Wir sollten uns doch vor solchen Unterscheidungen hüten, wie „natürliche“ und „unnatürliche“ Emigration, da es sich dabei um Kautschukbestimmungen handelt. Wir haben aber auch eine Reihe positiver Maßnahmen, bei denen die Hauptaufgaben den Gewerkschaften zufallen. Sie sollen ihre Arme bis ins Auswanderungsland ausstrecken und im Mutterlande der Auswanderer Aufklärung verbreiten, wie dies die deutschen Gewerkschaften in musterhafter Weise getan haben. Sie müssen auch Streikbrecherexporte zu verhindern suchen. Vor allem aber müssen sich die Gewerkschaften des Einwanderungslandes bemühen, die Einwanderer zu sich herüberzuziehen, und ich muß es aufs höchste bedauern, daß viele amerikanische Gewerkschaften den Einwandernden den Eintritt erschweren. Eine zweite Reihe von Aufgaben liegt auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung. Dem Vorschlag Dines, den Minimallohn zu fordern, ist noch der des Maximalarbeitstages hinzuzufügen. Auch muß das Submissionswesen kontrolliert werden. Vor allem aber müssen wir eine genaue Kontrolle der Auswandererschiffe fordern. Schon dadurch würde die chinesische Einwanderung in der schlimmsten Form unmöglich werden, da bei Forderung gewisser Luftmengen pro Kopf in den Kabinen der Transport unrentabel würde. Ich möchte das Problem so stellen, daß der Kapitalismus danach trachtet, seine Profitrate zu erhöhen, während wir sie erniedrigen möchten, um den Anteil der Arbeiter daran zu erhöhen. Ich will nicht durch Zitieren berühmter Sozialisten Ihren Beifall erringen, sondern weise ausdrücklich auf die Nüchternheit des Problems hin. (Beifall.)

Chyß-Bern: Wir müssen vor allem die Herabsetzung der Lebensverhältnisse bekämpfen, einerlei, ob diese herabgedrückt werden durch einheimische

oder eingewanderte Arbeiter. Gar oft sind auch einheimische Arbeiter Streikbrecher. Der fremde Arbeiter, der mit uns für bessere Lebensbedingungen kämpft, steht uns näher, als der einheimische Streikbrecher. Hier muß auch die Wohnungsgesetzgebung eingreifen. Denn die italienischen Arbeiter werden meist in so elenden Massenquartieren untergebracht, daß schon dadurch der Profit der Kapitalisten erhöht wird. Die Wohnungsgesetzgebung kann hier eingreifen und eine Reihe von hygienischen Maßregeln treffen, sowie einen den Lebensverhältnissen des Landes entsprechenden Komfort verlangen. Schließlich sind ein weitgehender Arbeiterschutz und eine gute Arbeiterversicherung nötig, wie für die Einheimischen so auch für die eingewanderten Arbeiter.

Kato-Japan: Als Vertreter der japanischen Sozialisten muß ich hier in einer ganz speziellen Frage das Wort ergreifen. Die Amerikaner haben uns aus Kalifornien ausgewiesen und begründen dies mit zwei Punkten: erstens, daß die japanischen Arbeiter den Lohn und die Lebenslage der einheimischen Arbeiter herabdrückten, zweitens, daß sie ihnen die Arbeitsgelegenheit wegnähmen. Dagegen möchte ich einwenden, daß dies nicht nur die Japaner, sondern auch die Italiener, Slovaken, Juden usw. tun. Ich frage daher, warum man gerade die japanischen Arbeiter ausweist? Mir scheint es, daß hier die Rassenfrage eine Rolle spielt, daß die Amerikaner sich von der sogenannten gelben Gefahr leiten lassen. Die Geschichte der amerikanischen Nation bestätigt diese Anschauung. Eine weitere Ursache scheint mir zu sein, daß die amerikanischen Kapitalisten ihren Arbeitern schmeicheln wollen. Die Japaner stehen ebenso unter der Fuchtel des Kapitalismus wie andere Völker, und nur bittere Not treibt sie aus ihrem Heimatlande hinaus, um in der Fremde ihr Brot zu suchen. Es ist die Pflicht der Sozialisten, diese armen Brüder bei sich aufzunehmen, sie zu schützen und mit ihnen zusammen den Kapitalismus zu bekämpfen. Die Begründer des Sozialismus, vor allem Karl Marx, haben sich nicht an einzelne Nationen gewendet, sondern an alle. Der Internationalismus ist auf unsere Fahnen geschrieben und es hieße, dem Sozialismus ins Gesicht schlagen, wenn Sie die armen ausgebeuteten Japaner ausschließen würden. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Dr. **Julius Hammer**-Vereinigte Staaten (Sozialistische Arbeiterpartei): Es gibt keinen Mittelweg in dieser Frage der Ein- und Auswanderung. Entweder muß man für eine Einschränkung der Einwanderung sein, oder eine solche energisch bekämpfen. Die Resolution Hillquit ist ein Vermittelungsversuch. Er ist aber vollständig verfehlt. Redner bekämpft speziell den dritten Punkt der Hillquitschen Resolution, der eine eventuelle Beschränkung der Einwanderung chinesischer und japanischer Arbeiter vorsieht. Das ist durchaus unsozialistisch. Eine gesetzliche Beschränkung der Einwanderung muß verworfen werden. Auf gesetzgeberischem Wege, durch Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien kann für den Sozialismus nichts erreicht werden. Redner führt zahlreiche Beispiele an, wie der Rassenhaß in Amerika auch die Arbeiter verblende und zu Gewalttaten fortreiße. Die Japaner und Chinesen könnten sehr gut organisiert werden. Es sind keine so ungelernten Arbeiter, wie man wähnt. Sie lernen den Kapitalismus sehr wohl kennen und auch bekämpfen. Ich bitte Sie, in keine gesetzliche Einschränkung der Ein- und Auswanderung einzuwilligen. Wir müssen eine große Nation der Ausgebeuteten bilden.

Ein Antrag **Vliegen**-Holland auf Schluß der Generaldebatte wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag angenommen, die Zahl der Redner zu beschränken, und zwar auf je einen aus den Nationen, die noch nicht gesprochen haben.

Wittyk-Galizien: Wir verfolgen die Debatte aus erklärlichen Gründen mit großem Interesse und sind Anhänger der vollen Freizügigkeit. Wir sind infolgedessen gegen die Resolutionen der Amerikaner und Australier und gegen den folgenden Absatz der Resolution Ellenbogen: „Ausschließung derjenigen gewerblichen Arbeiter von der Einwanderung, welche mit einem Unternehmer des Landes in einem Kontraktverhälinis stehen, ferner aller jener, welche die Reise auf fremde Kosten machen." Wir fordern, daß die Sozialisten ein besonderes Auskunftsbureau für Ein- und Auswanderung errichten, welches den Strom der Auswandernden nach den natürlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage regelt und in Fällen von Streiks vor Zuzug warnt. Ich warne auch vor Annahme des Absatzes aus der Resolution des Bundes, der ein staatliches Auskunftsbureau fordert. Im übrigen bin ich für die Resolution Ellenbogen.

Marletzki-Polen erklärt sich für die französische Resolution, die die vollkommene Freiheit der Ein- und Auswanderung fordert. Nicht mit Phrasen von der allgemeinen Brüderschaft begründen wir die Ablehnung der amerikanischen Resolution, sondern damit, daß wir gar nicht imstande sind, diese im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft liegenden Verhältnisse wirksam zu bekämpfen. Sind aber die amerikanischen Arbeiter mächtig genug, die im Interesse ihrer Kapitalisten liegende Einwanderung billiger Arbeitskräfte zu verhindern, so sollten sie anstatt dessen für Minimallohn usw. eintreten, für Gesetze, die auch den Einwanderern zugute kämen. Ferner polemisiert der Redner gegen Hillquit und führt die Aufnahmebestimmungen der Amerikaner auf die bürgerliche Ideologie des Rassenkampfes zurück.

Kahan-England erklärt im Namen der gesamten englischen Sektion, er wolle sich nicht in eine theoretische Diskussion einlassen, aber hervorheben müsse er, daß man doch nicht von den revolutionären Phrasen einer internationalen Brüderlichkeit reden könne. Das sei doch die Quintessenz des Sozialismus. Die Frage der Ein- und Auswanderung sei von zwei Gesichtspunkten aus zu prüfen. Wenn Hillquit mit seiner Resolution etwa die Einschränkung der Einwanderung bewußter Streikbrecher verlangen wolle, dann sei auch er damit einverstanden. Wenn er aber die freiwillige Einwanderung der Arbeiter einschränken wolle, dann sei er entschieden dagegen, denn das wäre ein Attentat auf die Freiheit und Freizügigkeit der Arbeiter. Das wäre eine Anwendung bürgerlicher Erziehungsmethoden, die auf eine Spaltung des Proletariats hinzielen. Die Proletarier bildeten eine Klasse, die wir nicht innerlich spalten dürften. Wir müssen uns gegen Rassenunterschiede erheben. Ich empfinde es als eine Schande, daß gerade aus England, dem Sitze der ältesten gewerkschaftlichen Bewegung, Streikbrecher nach Deutschland gegangen sind. Wir dürfen nicht zwischen höheren und minderwertigen Rassen unterscheiden. Die Japaner, deren Vertreter hier soeben mit so viel Kraft die Grundsätze des Sozialismus betont hat und bei denen der Sozialismus so große und schnelle Fortschritte macht, die sind kein minderwertiges Volk, sie können auch organisiert werden.

Valère-Italien schließt sich den Ausführungen Ellenbogens und Diners an und schildert die Verhältnisse im italienischen Auswanderungswesen. Man dürfe nicht die Auswanderer bekämpfen, sondern die aus der Auswanderung hervorwachsenden Mißbräuche. Dem sind die italienische Partei und Gewerkschaften stets nachgekommen. Wir sind gegen die Beschränkung der Auswanderung, weil wir wissen, daß die Hungerpeitsche, die hinter den Auswanderern steht, stärker ist als alle Gesetze der Regierungen.

Vliegen-Holland: Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit, können also keine so gefährlichen Konkurrenten sein. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungs-

maßregeln sind, Amerika, Südafrika und Australien, solche sind, in denen im Verhältnis zu ihrer großen Ausdehnung noch wenig weiße Arbeiter sind. In diesen Ländern können noch viele Arbeiter Arbeit finden. Die Einwanderung hat Amerika nichts geschadet, denn gerade hier gibt es ja die höchsten Löhne. Wenn man alle Länder schließen würde, wo sollen denn da die Arbeiter hin? Das können wir Sozialisten unmöglich machen. Die Einwanderung soll frei sein. In Südamerika haben die Regierungen Einwanderer herbeigerufen, aber ihnen keine günstigen Lebensbedingungen verschafft. Da, wo eine starke Einwanderung ist, da sind auch die Lohnverhältnisse besser als in den abgeschlossenen Ländern. Es ist noch gar nicht nachgewiesen, daß durch die Einwanderung die Löhne herabgedrückt werden, aber in den Ländern, wo die Auswanderung eine starke ist, da verbessern sich die Lohnverhältnisse für die bleibenden Arbeiter, wie in Holland, wo zahlreiche Landarbeiter ausgewandert sind, die zurückgebliebenen aber bessere Löhne errungen haben. In Amerika, da steht der Osten offen, aber der Westen, wo die Japaner und Chinesen einwandern, der ist geschlossen. Wenn da keine Rassenfrage dahinter steckt, was steckt denn dahinter? Zurzeit sind die Japaner sehr darüber aufgebracht, als minderwertige Rasse behandelt zu werden. Schon droht der Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten. Ich hoffe, sollte er ausbrechen, so wird es nicht wegen einer Arbeiterfrage sein. Ich muß noch die Frage der Einwanderung in die Kolonien behandeln. In den Bergwerken der holländischen Kolonien werden Chinesen beschäftigt, weil keine anderen Arbeiter da sind. Da haben nun die Sozialisten eingegriffen, in erster Linie Genosse van Kol, und haben für die Chinesen eine Reihe von Verbesserungen erlangt, namentlich den Zehnstundentag und bessere Wohnungsverhältnisse, hygienische Maßregeln usw. Dieses Vorgehen van Kols und der Holländer möge von den anderen Nationen, die ebenfalls Kolonien haben, nachgeahmt werden.

Drei Tendenzen sind hervorgetreten. Die erste findet ihren Ausdruck in den Resolutionen des Bundes, Ellenbogens und der Holländer, die zweite ist in der Resolution Hillquit enthalten, die dritte ist die Tendenz der Polen, die die volle Freiheit von Ein- und Auswanderung verlangen. Ich beantrage die Abstimmung über die Grundsätze und dann die Einsetzung einer Subkommission, der die Genossen ihr Material und ihre Resolutionen und Amendements übergeben werden und deren Aufgabe sein wird, eine einheitliche Resolution zu verfassen.

Päplow-Deutschland: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Ein- und Auswanderung einer w e i s e n Beschränkung unterworfen sein muß. Wir unterstützen die Resolution Hillquit, die wir fast identisch mit den Resolutionen van Vliegen-Ellenbogen halten, und können keinen erheblichen Unterschied zwischen der Tendenz der drei Resolutionen erkennen. Unmöglich können wir zugeben, daß in Ländern mit hochentwickelter Arbeiterbewegung die Errungenschaften jahrzehntelanger politischer und gewerkschaftlicher Organisation mit einem Schlage illusorisch gemacht werden durch Masseneinwanderung fast völlig bedürfnisloser Arbeiter. Im gewissen Sinne bestehen in vielen Ländern Beschränkungen der proletarischen Wanderung. So gibt es in Frankreich Bestimmungen, daß ein gewisser Prozentsatz aller öffentlichen Arbeiten von Inländern ausgeführt werden muß, und die französischen Genossen, die hier so eifrig für volle Bewegungsfreiheit eintreten, haben gewiß — und mit Recht — für solche Bestimmungen gestimmt. Deutsche Regierungen hingegen verpflichten bei umfangreichen Erdarbeiten (Eisenbahn- und Kanalbauten) die Unternehmer, ausländische Arbeiter zu beschäftigen und organisieren den Massenimport von Ausländern, um die Agrarier und Großindustriellen vor Lohnforderungen der inländischen Arbeiter zu schützen. Durch den Massenzuzug italienischer und slawischer Arbeiter wird den deutschen

Landarbeitern die Erhöhung ihrer Lebenshaltung äußerst erschwert, ja fast unmöglich gemacht. Wir sind gern bereit, fremde Einwanderer aufzunehmen, sie mit unserer Kultur zu erfüllen und von ihnen zu lernen; aber wir müssen uns gegen den Massenimport schützen. Auch wir stehen vor der Gefahr der Kulieinfuhr. Bei unseren großen Schiffahrtsgesellschaften hat es angefangen, in den Bergwerken und in der Landwirtschaft wird es weiter gehen. Redner kommt dann auf die Streikbrecherimporte aus England nach Hamburg und Rotterdam zu sprechen und bedauert auf das lebhafteste, daß dies in dem klassischen Gewerkschaftslande möglich gewesen sei. Daran sei aber die konservative Gesinnung der englischen Gewerkschaften schuld, die sich um das Lumpenproletariat nicht kümmern. Wir Deutschen können keine Resolution annehmen, die jede Beschränkung der Immigration ablehnt.

Gißer-Rußland: Es ist sehr schwer, bei dieser Frage zu einer taktischen Lösung zu gelangen. Man muß zwei Ein- und Auswanderungen unterscheiden, eine europäische und eine überseeische. Die erste ist weniger wichtig; hier kann durch die Einführung des Minimallohnes geholfen werden. Dann muß noch unterschieden werden zwischen der Auswanderung, die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entspringt, und der Auswanderung, die von den Kapitalisten betrieben wird. Das muß auseinander gehalten werden, es ist unmöglich, die erstere Ein- und Auswanderung zu beschränken, da der Kapitalismus doch immer die Mittel und Wege finden wird, die gesetzlichen Schranken zu umgehen. Auch die Gewerkschaften können hier nur mit wenig Erfolg eingreifen. Die Arbeiter haben die Pflicht, überall bessere Löhne zu fordern. Dann müssen wir noch eine strenge Kontrolle der Auswanderungsagenturen und der Schiffahrtsgesellschaften verlangen. Eine Einschränkung der Ein- und Auswanderung ist unmöglich. Die Freizügigkeit der Arbeiter muß gewahrt bleiben.

Der Antrag Vliegen auf Abstimmung über das Prinzip einer Resolution und Einsetzung einer Subkommission wird einstimmig angenommen. Ebenfalls wird einstimmig ein zweiter Antrag angenommen, daß die Amendements und sonstigen Resolutionen, die der ersteren nicht zuwiderlaufen, von der Subkommission geprüft und verarbeitet werden können. In die Subkommission werden gewählt: Ellenbogen, Vliegen, Schippel, Balabanoff und Diner-Dinnes.

V. Frauen-Stimmrecht.

Erste Sitzung. Dienstag, den 20. August.

Deutsche Mitglieder: Emma Ihrer, Paul Singer, Klara Zetkin, Luise Zietz.

Singer führt den Vorsitz. Der Beratung liegt die von der Internationalen Frauenkonferenz beschlossene Resolution (siehe Seite 137 des Protokolls) zugrunde. Es wird beschlossen, zunächst eine Generaldiskussion stattfinden zu lassen.

Wibaut-Holland: Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Adler-Wien unterstützt diesen Antrag. Ich schlage deshalb vor, die Resolution zu beginnen:

„Der Internationale Sozialistenkongreß begrüßt mit größter Freude, daß zum erstenmal eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in

Stuttgart zusammengetreten ist und erklärt sich mit den von ihr aufgestellten Forderungen solidarisch. (Bravo!) Insbesondere erklärt der Kongreß die sozialistischen Parteien aller Länder für verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen" usw.

Wir halten außerdem eine Einfügung für notwendig. Wir verdanken den Erfolg des hinter uns liegenden Wahlrechtskampfes in erster Reihe dem Opfermut, der Disziplin, dem Verstand und der Hingabe unserer Genossinnen. (Lebhafter Beifall.) Sie haben den Kampf mit uns geführt und haben mit uns gesiegt. Aber sie haben mehr getan. Sie haben sich den taktischen Notwendigkeiten dieses Kampfes freiwillig und selbstverständlich gefügt, sie haben das Verdienst, daß sie so viel politisches Verständnis für unsere Lage gehabt haben, daß sie uns den Kampf nicht erschwert, sondern erleichtert haben. Ihre Situation war eine schwere. Die bürgerlichen Frauen haben Meetings für das Frauenwahlrecht in dem Moment abgehalten, wo das Männerwahlrecht noch sehr in Frage stand und forderten unsere Genossinnen zur Teilnahme auf. Unsere Genossinnen aber waren einsichtig genug, zu sagen: Unser Platz ist an der Seite unserer Männer, wir haben nur eine gemeinsame proletarische Sache. (Bravo!) Nun kamen unsere Frauen hierher, sie standen vor der sozialistischen Oeffentlichkeit weiblichen Geschlechts. Sie verlangen keine Anerkennung, aber sie verdienten es noch weniger, daß sie gerügt werden für ihr Verhalten, wie es geschehen ist von Genossinnen, deren Verdienste ich hoch schätze, die aber unsere österreichischen Verhältnisse absolut nicht kennen. (Unruhe.) Wir werden daher eine Einfügung beantragen, die dem Gedanken Ausdruck gibt, daß es den Organisationen der einzelnen Länder überlassen bleiben muß, den Augenblick und die Methode, in dem sie für das Frauenwahlrecht eintreten, zu bestimmen. (Bravo!)

Klara Zetkin: Ich kann zunächst im Einverständnis mit den Genossinnen Zietz und Ihrer erklären, daß wir uns auf den ersten Teil unserer Resolution nicht versteifen, der für die besonderen Zwecke der ersten internationalen Frauenkonferenz bestimmt war. Weiter erkläre ich, daß wir den Oesterreichern keine Rüge erteilt haben. Es ist ausdrücklich betont worden, daß die Resolution keinen schulmeisterlichen Tadel enthalten soll, sondern eine Richtschnur sei für das Verhalten bei künftigen Wahlrechtskämpfen. (Sehr richtig!) Wir haben in Frage gestellt, ob es wirklich notwendig war, das Wahlrecht der Frauen auszuschalten, und da ist es unser gutes Recht, anderer Meinung zu sein als Genosse Adler. Wir sind der Meinung, daß internationale Kongresse die Pflicht haben, feste prinzipielle Richtlinien zu beschließen. Sonst sinken sie herab auf das Niveau freundschaftlicher Zusammenkünfte und scheiden aus den Aktionsmitteln der internationalen Sozialdemokratie aus. Wir halten es nicht für eine Frage der Taktik, sondern des Prinzips, daß wir unsere Prinzipien stets aufrecht erhalten und sie nicht von vornherein kampflos ausscheiden lassen. (Bravo!)

Adler-Wien: Genossin Zetkin sagt mit Recht, der Kongreß hat die Prinzipien festzustellen, nach denen die Parteien vorzugehen haben, sonst hat er keine Berechtigung! Daher habe ich auch alles akzeptiert, was sie in ihrer Resolution prinzipiell fordert. Anders steht es mit der praktischen Durchführung der prinzipiellen Ziele. Wir halten es da für richtig, daß jedes Land nach seinem besten Wissen und Gewissen bestimmen und die Verantwortung dafür tragen soll, wie es den Kampf für die hier festgesetzten Prinzipien führt. (Sehr richtig!) Ich habe vorgeschlagen, daß dies in einem besonderen Passus anerkannt wird. Wenn aber Genossin Zetkin meint, es sei besser, wenn dieser Zusatz nicht hineinkommt, so sage ich Ihnen, daß das an den Verlauf der Dinge gar nichts ändern wird. (Sehr richtig!) Nehmen Sie unseren Antrag an, so beweisen Sie damit, daß Sie so viel politisches Ver=

ständnis haben, um zu wissen, daß die politische Konstellation in jedem Lande ergibt, was in diesem Lande in einem bestimmten Moment möglich und wünschenswert ist. (Bravo!)

Frau Dr. **Pelletier**-Paris wendet sich gegen den österreichischen Vorschlag. Nach ihrer Erfahrung werde es dann den Männern nie opportun erscheinen, das Frauenwahlrecht zu erkämpfen; die Frauen würden immer mit Sympathieerklärungen abgespeist werden.

Adelheid Popp-Wien: Genossin Zetkin meinte, eine Rüge wäre uns nicht erteilt worden. Tatsache ist doch aber, daß unser Verhalten mißbilligend kritisiert worden ist schon in Mannheim, wo mir leider das Wort zur Aufklärung verweigert wurde. Wir sind der Meinung, daß es nicht Aufgabe der sozialistischen Frauen allein, sondern Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien ist, den Kampf um das Wahlrecht zu führen. Sehr fördern wir die Sache des Frauenwahlrechts, wenn die Kommission dem Kongreß vorschlagen würde, es sollen zu einer bestimmten Zeit in allen Ländern große Massenkundgebungen aller Sozialdemokraten für das Frauenwahlrecht stattfinden. (Bravo!)

Miß **Keow**-London schlägt folgenden Zusatz zu der Resolution vor:

„Der Internationale Kongreß erkennt an, daß es nicht angebracht sei, für jedes Land die genaue Zeit anzugeben, wo ein Wahlrechtskampf anzufangen sei, erklärt jedoch, daß, wenn ein Kampf für das Wahlrecht geführt wird, er nur nach den sozialistischen Prinzipien geführt werden solle, also mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer."

Klara Zetkin: Mir scheint, daß man verkennt, worum es sich eigentlich handelt. Wir wünschen nicht eine erneute Prinzipienerklärung für das Frauenwahlrecht, sondern es handelt sich für uns darum, einen Schritt vorwärts zur Verwirklichung des allgemeinen Frauenwahlrechts zu tun. (Bravo!) Die Frage ist, welcher Weg ist dazu zu beschreiten? Dabei sind wir der Meinung, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht nicht losgelöst werden kann von den Wahlrechtskämpfen des männlichen Proletariats. Wir wehren uns dagegen, daß aus taktischen Erwägungen das Frauenwahlrecht aus den jeweiligen Wahlrechtskämpfen ausgeschaltet wird. Natürlich sind wir nicht so politisch ungeschult, daß wir verlangen, daß die sozialistischen Parteien aller Länder in jedem Wahlrechtskampf unter allen Umständen aus der Forderung des Frauenwahlrechts den Grund- und Eckstein des Kampfes machen. Das wird von der historischen Entwickelung in den einzelnen Ländern abhängen. Wenn wir die Taktik kritisieren, die das Frauenwahlrecht von vornherein kampflos in die Tasche steckt, so verletzen wir damit nicht die Pflicht der internationalen Solidarität, die nicht darin besteht, daß wir alles loben und nachahmen, was eine Partei des Auslandes tut. Vor allem bitte ich Sie schließlich nochmals, auch die scharfe prinzipielle Ablehnung des beschränkten Frauenwahlrechts, die wir beantragt haben, anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen. Die ausführlichen Eingangsabsätze der deutschen Resolution werden mit großer Mehrheit gestrichen, dagegen die von Viktor Adler vorgeschlagene kurze Einleitung einstimmig angenommen.

In der Spezialdiskussion nimmt zunächst das Wort

Miß **Mac Millan**, um das Verhalten der englischen Frauen zu rechtfertigen, die für das beschränkte Frauenwahlrecht eintreten. Frauen, die so viel Opfer für ihre Sache brächten, müsse man zugestehen, daß sie für ein hohes Ziel eintreten, und dürfe nicht davon reden, daß sie sich den reichen Frauen verkauft hätten. Keir Hardie, der doch sicher für die Interessen des

Proletariats eintrete, habe selbst betont, daß mit der Gewährung des von den englischen Frauen erstrebten Wahlrechts 80 Proz. der Frauen das Wahlrecht bekämen.

Mr. **Shaw** würde es für ein großes Unglück halten, wenn in irgendeinem Lande ein beschränktes Wahlrecht angenommen würde. Nicht 80 Proz., sondern 29 Proz. der Frauen würden in England bei Annahme des vorgelegten Gesetzes das Wahlrecht bekommen. (Widerspruch von Miß Mac Millan.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Abänderungsantrag Adler wird mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt, dagegen der Zusatzantrag Keow angenommen, ebenso die so veränderten drei Absätze der deutschen Resolution.

Zur Referentin für das Plenum wird die Genossin Zetkin gewählt.

Präsenz-Liste der deutschen Delegation.

Name	Wohnort	Bezeichnung der Organisation
Adameck, Jos.	Kattowitz	Bergarbeiter
Adler, Ed.	Kiel	7. Schlesw.-Holst. Reichstagswahlkreis
Allmann, Osk.	Hamburg	Bäcker
Altmann, Ida	Berlin	Generalkommission
Altvater, Karl	Stuttgart	Gemeinde- und Staatsarbeiter
Arnhold, Karl	Hamburg	Zigarrensortierer
Baader, Ottilie	Berlin	Frauen Deutschlands
Basner, Emil	Berlin	Schmiede
Baudert, F. A.	Weimar	Weimar I. und II., Koburg u. Schwarzburg-Sondershausen
Bauer, Gust.	Berlin	Bureauangestellte
Baumann, Linchen	Hamburg	Schleswig-Holstein
Bebel, Aug.	Schöneberg	Parteivorstand
Behrendt, Gust.	Hamburg	Baugewerbl. Hilfsarbeiter
Beims, Herm.	Magdeburg	Reg.-Bez. Magdeburg
Bernstein, Ed.	Berlin	Breslau, Ost und West
Berthold, Heinr.	Darmstadt	Großherzogtum Hessen
Biedermann, L.	Delitzsch	Reg.-Bez. Merseburg
Bischoff, Friedr.	Hamburg	Kupferschmiede
Blos, Wilh.	Cannstatt	1. Braunschw. Reichstagswahlkreis
Blum, Peter	Berlin	Sattler
Bock, W.	Gotha	Schuhmacher
Bollmann, Minna	Halberstadt	Frauen Deutschlands
Bömelburg, Th.	Hamburg	Maurer
Borgmann, Herm.	Berlin	Provinz Brandenburg
Böttcher, A.	Hannover	Böttcher
Böttcher, Oskar	Berlin	Baugewerbl. Hilfsarbeiter
Brey, August	Hannover	Fabrikarbeiter
Bringmann, A.	Hamburg	Zimmerer
Brückner, Ernst	Berlin	Graveure und Ziseleure
Brückner, Eugen	Berlin	Provinz Brandenburg
Büchner, Otto	Berlin	Berlin IV
Buchwald, Edm.	Altenburg S. A.	Altenburg
Buhl, Karl	Leipzig	12. Sächs. Reichstagswahlkreis
Bürger, Heinrich	Hamburg	Gemeinde- und Staatsarbeiter
Busold, Heinr.	Friedberg	Friedberg
Cohen, Adolf	Berlin	Metallarbeiter-Verband
Cunow, Heinrich	Berlin	Redaktion des Vorwärts
Daehne, August	Berlin	Maurer
David, Eduard	Mainz	Großherzogtum Hessen
Deichmann, C.	Bremen	Tabakarbeiter
Diehl, Georg	Frankfurt a. M.	Dachdecker
Deinhardt, Ernst	Stuttgart	Holzarbeiter
Dietrich, A.	Stuttgart	Buchbinder
Dietrich, Karl	Breslau	Holzarbeiter
Diesing, Rudolf	Berlin	Hoteldiener
Dißmann, Rob.	Frankfurt a. M.	Metallarbeiter
Dittmann, Wilhelm	Frankfurt a. M.	Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M.
Döblin, Emil	Berlin	Buchdrucker
Döring, J.	Hamburg	Hafenarbeiter
Dorschu, Leonh.	Frankfurt a. M.	Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M.
Dreher, Joh.	Berlin	Transportarbeiter
Drunsel, Adam	Berlin	Töpfer
Dupont, Paul	Berlin	Bildhauer

Name	Wohnort	Bezeichnung der Organisation
Ehrhart, Franz Jos.	Ludwigshafen	Bayrische Pfalz
Eichhorn, Emil	Karlsruhe	Baden
Eichhorn, Hermann	Karlsruhe	Glaser
Eißnert, L.	Offenbach	Großherzogtum Hessen
v. Elm, Adolf	Hamburg	6. Schleswig-Holstein
Endmann, Theodor	Recklinghausen	Bergarbeiter
Enßner, Karl	Nürnberg	Metallarbeiter
Ernst, Eugen	Berlin	Berlin VI
Etzel, Martin	Hannover	Brauereiarbeiter
Etzkorn, Friedrich	Hamburg	Barbiere und Friseure
Evers, Josef	Hildesheim	Provinz Hannover
Fischer, Richard	Berlin	Reichstagsfraktion
Fischer, Richard	Saalfeld a. S.	Sachsen-Meiningen
Fladung, Magnus	Bocholt	Westliches Westfalen
Frank, Dr. Ludwig	Mannheim	11. Baden
Franz, Otto	Hamburg	Metallarbeiter
Freythaler, Wilhelm	Berlin	Berlin VI
Freiwaldt, Georg	Pankow	Nieder-Barnim
Gaßner, Heinrich	München	Bäcker
Geck, Adolf	Offenburg	Baden
Gewehr, Wilhelm	Elberfeld	Niederrhein
Gilek, Friedrich	Berlin	Handschuhmacher
Girbig, Emil	Berlin	Glasarbeiter
Glocke, Theodor	Berlin	Holzarbeiter
Görlitz, C.	Hamburg	Hafenarbeiter
Götte, Joh.	Oberhausen	Bergarbeiter
Gotthusen, Wilhelm	Hamburg	Metallarbeiter
Greifenberg, Marie	Augsburg	Frauen Deutschlands
Große, Berth.	Hamburg	Hamburg III
Großmann, Ernst	Magdeburg	Fabrikarbeiter
Gruenwaldt, Louis	Hamburg	Hamburg I
Gutsche, Max	Berlin	Metallarbeiter
Haak, Magnus	Dresden	Metallarbeiter
Haase, Hugo	Königsberg	Reichstagswahlkreis Königsberg i. Pr.
Haberland, Carl	Barmen	Niederrhein
Hackelbusch, Richard	Berlin	Berlin IV
Hanisch, Alois	Stettin	Reichstagswahlkr. Randow-Greifenhagen
Hänlein, Wilhelm	Berlin	Photographen
Hansmann, Heinrich	Eichlinghofen	Bergarbeiter
Harndt, Albert	Berlin	Berlin III
Haupt, W.	Magdeburg	Schuhmacher
Haverkamp, August	Bremerhaven	19. Hannoverscher Reichstagswahlkreis
Heinrich, Karl	Hamburg	8. Schleswig-Holstein. und 10. Lauenburgischer Reichstagswahlkreis
Hengsbach, Clemens	Köln	Niederrhein
Henke, Alfred	Bremen	Reichstagswahlkreis Bremen
Henker, Hermann	Döhlen	Bergarbeiter
Hennig, Gustav	Leipzig-Lindenau	13. Sächsischer Reichstagswahlkreis
Hierl, Michael	Schwabach	Metallarbeiter
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	1. Württ. Reichstagswahlkreis
Hirsch, Paul	Charlottenburg	Teltow-Beeskow
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Oestl. Westfalen
Hoffmann, Paul	Berlin	Berlin IV
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II
Hofmann, Arthur	Saalfeld	Schwarzburg-Rudolstadt
Hoschka, Ferdinand	Göppingen	9., 10., 14., 15., 16. und 17. Württ. Reichstagswahlkreis
Hosenthien, Otto	Stuttgart	3.,4.,11.,12.u.13.Württ. Reichst.-Wahlkr.
Hübsch, Carl	Berlin	Textilarbeiter
Hug, Paul	Bant	Oldenburg-Ostfriesland
Hugel, Karl	Bayreuth	Oberfranken
Huß, F.	Stuttgart	Maler, Lackierer und Tüncher
Hüttmann, Heinr.	Frankfurt a. M.	Maurer

Name	Wohnort	Bezeichnung der Organisation
Jäcker, Heinrich	Düsseldorf	Metallarbeiter
Jakob, Gustav	Leipzig	Maurer
Ihrer, Emma	Berlin	Blumenarbeiterinnen
Joos, Josef	Gotha	Gotha
Josephson, Max	Hamburg	Handlungsgehilfen
Jungesblut, F.	Eving	Bergarbeiter
Jungnickel, Max	Annaberg	20. und 21. Sächs. Reichstagswahlkreis
Kähler, W., Frau	Düsseldorf	Niederrhein
Kater, Fritz	Berlin	Lokalisten
Kaufmann, Oskar	N. Zwönitz	19. Sächs. Reichstagswahlkreis
Kautsky, K.	Friedenau	12. Sächs. Reichstagswahlkreis
Kayser, W.	Stuttgart	Buchdrucker
Keil, W.	Stuttgart	2. Württ. Reichstagswahlkreis
Kenngott, G.	Eßlingen	5. bis 8. Württ. Reichstagswahlkreis
Kern, R.	Heidingsfeld	Nordbayern
Kimmel, L.	Hamburg	Hamburg III
Klein, R.	Mannheim	Metallarbeiter
Kloth, Emil	Berlin	Buchbinder
Knie, Karl	Stuttgart	Buchdrucker
Knoll, A.	Berlin	Steinsetzer
Knüpfer, H.	Berlin	Zimmerer
Kober, Hermann	Hamburg	Maurer
Kober, Hugo	Hamburg	Maurer
Koch, Julius	Magdeburg	Maurer
Köckeritz, R.	Berlin	Berlin II
Krause, Rob.	Chemnitz	Metallarbeiter
Kröger, W.	Rostock	Mecklenburg
Kube, H.	Berlin	Zimmerer
Kühn, Otto	Dresden	4. Sächs. Reichstagswahlkreis
Landsberg, Otto	Magdeburg	Magdeburg
Lange, Friedrich	Hamburg	Schmiede
Lange, Gustav	Niederhäßlich	6. Sächs. Reichstagswahlkreis
Lange, Paul	Hamburg	Handlungsgehilfen
Laufenberg, Dr.	Düsseldorf	Niederrhein
Leber, Hermann	Jena	Weimar III
Ledebour, Georg	Berlin	Berlin VI
Legien, Karl	Berlin	Generalkommission
Lehmann, Gustav	Mannheim	Hessen-Nassau
Leimpeters, Johann	Bochum	Bergarbeiter
Leinert, Robert	Hannover	Hannover
Leipart, Theodor	Stuttgart	Holzarbeiter
Leisler, Wilhelm	Frankfurt a. M.	Kürschner
Liebknecht, Karl	Berlin	Provinz Brandenburg
Lindemann, Dr. Hugo	Stuttgart	1. Württ. Reichstagswahlkreis
Link, G.	Berlin	Asphalteure
Lipinski, Richard	Leipzig	11. Sächs. Reichstagswahlkreis
Lüth, Heinrich	Hamburg	Hamburg III
Mäckelmann, Konrad	München	Baugewerbl. Hilfsarbeiter
Mahler, Heinrich	Berlin	Lederarbeiter
Martens, Heinrich	Harburg	17. Hannöverscher Reichstagswahlkreis
Massatsch, Karl	Stuttgart	Metallarbeiter
Meerfeld, Jean	Köln a. R.	Oberrhein
Mehring, Dr. Franz	Steglitz	Leipzig
Metzschke, A.	Altenburg	Hutarbeiter
Mohs, Albin	Berlin	Gemeinde- und Staatsarbeiter
Möller, Karl	Hannover	Metallarbeiter
Monien, Franz	Berlin	Holzarbeiter
Müller, Bernhard	Köln a. Rh.	Oberrhein
Müller, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Müller, Paul	Hamburg	Seemann
Müller, Robert	Zwickau	Crimmitschau-Zwickau
Müller, Wilhelm	Hamburg	Schiffszimmerer

Name	Wohnort	Bezeichnung der Organisation
Neumann, Adam	Hamburg	Holzarbeiter
Noske, Gust.	Chemnitz	16. sächs. Reichstagswahlkreis
Odenthal, Christ.	Hamburg	Stukkateure und Gipser
Paeplow, Fritz	Hamburg	Maurer
Pagels, Alex	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Peirotes, J.	Straßburg	Elsaß-Lothringen
Peus, Heinrich	Dessau	Anhalt
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand
Pokorny, Franz	Bochum	Bergarbeiter
Pötzsch, Hugo	Berlin	Gastwirtsgehilfen
Puttlitz	Berlin	Lokalisten
Quist, Aug.	Stuttgart	Metallarbeiter
Raith, Anton	München	Holzarbeiter
Rauch, Friedrich	Limmer	Hannover
Reichel, Georg	Stuttgart	Metallarbeiter
Remmele, Adam	Altenburg	Mühlenarbeiter
Rohrlack, Herm.	Stettin	Metallarbeiter
Rollwagen, Hans	Augsburg	Süd-Bayern
Rösler, Heinrich	Breslau	Maurer
Rössel, Wilhelm	Berlin	Textilarbeiter
Rudolph, Albert	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Rudolph, Mala	Frankfurt a. M.	Frauen Deutschlands
Sabath, G.	Berlin	Generalkommission
Sachse, Hermann	Bochum	Bergarbeiter
Schädlich, Franz	Hamburg	Schneider und Schneiderinnen
Schadow, Wilhelm	Kottbus	Provinz Brandenburg
Scheffel, Franz	Berlin	Maschinisten und Heizer
Scheib, Konr., Joh.	Leipzig-Reudnitz	13. sächs. Reichstagswahlkreis
Scheidemann, Ph.	Cassel	Cassel
Schembor, Otto	Zittau	1., 2. und 3. sächs. Reichstagswahlkreis
Schimmel, Kurt	Stuttgart	Handlungsgehilfen
Schippel, Max	Berlin	Chemnitz
Schlegel, Friedrich	Breslau	Metallarbeiter
Schmidt, Georg	Berlin	Gärtner
Schmidt, Richard	Meißen	7. sächs. Reichstagswahlkreis
Schmidt, Robert	Berlin	Generalkommission
Schmitt, Franz	München	Südbayern
Schmitz, Hubert	Soest	Westl. Westfalen
Schöpflin, Georg	Leipzig	14. sächs. Reichstagswahlkreis
Schrader, Christian	Hannover	Hannover
Schrader, Fr.	Hamburg	Zimmerer
Schreyer, J.	Paris	Deutscher Leseklub
Schubart, Karl	Berlin	Formstecher und Hilfsarbeiter
Schubert, Herm.	Berlin	Provinz Brandenburg
Schultzki, Otto	Berlin	Transportarbeiter
Schumann, Oswald	Berlin	Transportarbeiter
Schwartz, Theodor	Lübeck	Lübeck
Schwarz, Carl	Danzig	Maurer
Schwemke, Fritz	Berlin	Berlin II
Sebald, J.	München	Gemeindearbeiter
Seelmann, J.	Kronach	Oberfranken
Segitz, M.	Fürth	Mittelfranken
Seidel, C.	Mannheim	Hafenarbeiter
Sendler, M.	Solingen	Metallarbeiter
Severing, C.	Bielefeld	Oestl. Westfalen
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Maurer
Sillier, Otto	Berlin	Lithographen
Simon, J.	Nürnberg	Schuhmacher
Sindermann, K.	Dresden	Dresden-Altstadt
Singer, Paul	Berlin	Reichstagsfraktion
Sorg, M.	Nürnberg	Holzarbeiter

Name	Wohnort	Bezeichnung der Organisation
Sörensen, W.	Flensburg	Schleswig I bis IV
Starke, P.	Leipzig	Steinarbeiter
Stelling, J.	Lübeck	Schleswig-Holstein V u. IX u. Fürstentum Lübeck
Stengele, G.	Hamburg	Hamburg II
Stock, Emmi	Berlin	Frauen Deutschlands
Stolle, Heinr.	Stuttgart	Maurer
Storch, Fr.	Stettin	Stettin
Stubbe, H.	Hamburg	Hamburg III
Stücklen, D.	Berlin	15. sächs. Reichstagswahlkreis
Stühmer, H.	Berlin	Schneider und Schneiderinnen
Straßer, F.	Hausham	Bergarbeiter
Südekum, Dr. Albert	Berlin	Nürnberg
Taubmann, Albert	Weißensee	Niederbarnim
Tauscheck, Aug.	München	Schneider und Schneiderinnen
Thiede, Paula	Berlin	Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
Thiel, Marie	Tempelhof	Provinz Brandenburg
Thielemann, August	Chemnitz	Holzarbeiter
Thöne, Georg	Cassel	Maurer
Thöns, Emil	Berlin	Maurer
Timm, Johannes	München	Südbayern
Tobler, Albert	Hamburg	Maler, Lackierer und Anstreicher
Töpfer, Albert	Hamburg	Baugewerbl. Hilfsarbeiter
Ulrich, C.	Offenbach	Großherzogtum Hessen
Vesper, Otto	Berlin	Tapezierer
Vetters, F. A.	Gießen	Großherzogtum Hessen
Vollmar, Georg	München	Reichstagsfraktion
Vorhölzer, Carl	Stuttgart	Metallarbeiter
Voß, Otto	Halle a. S.	Metallarbeiter
Wagener, Paul	Berlin	Textilarbeiter
Waldhecker, Fritz	Bochum	Bergarbeiter
Walter, Max	Nürnberg	Nordbayern
Weikart, Herm.	Thamm	Bergarbeiter
Weinschild, Herm.	Offenbach a. M.	Portefeuiller 2c.
Weißig, Rob.	Frankfurt a. M.	Metallarbeiter
Wels, Otto	Berlin	Provinz Brandenburg
Werner, Aug.	Berlin	Transportarbeiter
Wiesenhütter, Rob.	Stettin	Fabrik- und Landarbeiter
Winkelmann, Carl	Bremen	Böttcher
Wittig, Heinr.	Frankfurt a. M.	Brauereiarbeiter
Wittrock, John	Hamburg	Tabakarbeiter
Wizorowski, Georg	Staßfurt	Magdeburg
Woldersky, Hugo	Berlin	Berlin I
Wollmann, Georg	Charlottenburg	Porzellanarbeiter
Woltmann, Fritz	Hannover	Holzarbeiter
Wörner, Leonhard	Cannstatt	Fabrikarbeiter
Wurm, Emanuel	Berlin	Reuß j. L.
Zernicke, Herm.	Berlin	Metallarbeiter
Zetkin, Clara	Stuttgart	Frauen Deutschlands
Zietsch, Fritz	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Zietz, Louise	Hamburg	Hamburg I
Zimmer, Herm.	Breslau	Transportarbeiter
Zucht, Leo	Berlin	Berlin V

Delegierte der Deutsch-Österreichischen Sozialdemokratie

Name	Wohnort	vertritt
Adler, Dr., Viktor	Wien	politische Organisation
Skaret, Ferdinand	"	" "
Pernerstorfer, Engelb.	"	" "
Ellenbogen, Dr., Wilh.	"	" "
Emmerling, Georg	"	" "
Richter, Paul	"	" "
David, Anton	"	" "
Polke, Emil	"	" "
Winarsky, Leopold	"	" "
Sever, Albert	"	" "
Volkert, Karl	"	" "
Schrammel, Anton	"	Gruppe: Chemische Branche
Auer, Franz	"	" "
Mrkwicka, Thomas	"	" Holzarbeiter
Richter, Karl	"	" "
Schüller, Karl	Karlsbad	" Porzellanarbeiter
Tomschik, Josef	Wien	" Eisenbahner
Beer, Heinrich	"	" Metallarbeiter
Domes, Franz	"	" "
Exner, Ludwig	"	" "
Siegel, Franz	"	" Bauarbeiter
Tetenka, Karl	"	" "
Möller, Heinrich	"	" Schuhmacher
Spielmann, Julius	Linz	politische Organisation
Gruber, Josef	"	" "
Pölzer, Johann	Wien	" "
Pick, Karl	"	Gruppe: Handelsangestellte
Klein, Max	"	" "
Kolinsky, Robert	Prag	" "
Pollaczek, Oskar	Wien	" "
Abeles, Berthold	Pilsen	" "
Löwy, Jaroslav	Wien	" "
Blum, Julius	"	politische Organisation
Hanusch, Ferdinand	"	Gruppe: Textilarbeiter
Brzina, Anton	"	" "
Hübel, Ernst	"	" "
Seitz, Karl	"	Reichsrats-Fraktion
Eldersch, Mathias	Brünn	" "
Rieger, Eduard	Wien	" "
Smitka, Johann	"	Gruppe: Kleidermacher
Strasser, Josef	Reichenberg	politische Organisation
Czech, Dr., Ludwig	Brünn	" "
Seliger, Josef	Teplitz	" "
Freundlich, Leo	Mähr. Schönberg	" "
Glöckl, Otto	Wien	" "
Beutel, Franz	Außig a. d. Elbe	" "
Dietel, Heinrich	" "	" "
Schäfer, Anton	Reichenberg	" "
Pollatschek, Dr., Gustav	Wien	" "
Schulz, Hugo	"	" "
Austerlitz, Fritz	"	" "
Schloßnikel, Hironim.	Sternberg	" "
Löw, Dominik	Karlsbad	" "
Abram, Simon	Innsbruck	" "
Forstner, August	Wien	Gruppe: Transportarbeiter

Name	Wohnort	vertritt
Ertl, Eduard	Dornbirn	politische Organisation
Renner, Dr., Karl	Wien	politische Organisation
Adler, Dr., Friedrich	Zürich	Deutsch-österr.-ung. Organ. i. d. Schweiz
Mühlberger, Theodor	Wien	Gruppe: Graphische Gewerbe
Jarolim, Anton	Turn b. Teplitz	„ Bergarbeiter
Reutterer, Karl	Wien	„ Bauhülfsarbeiter
Guschel, Johann	„	„ Dachdecker
Vivante, Dr., Angelo	Triest	italienische Organisation
Wittyk, Semen	Lemberg	ruthenische Organisation
Popp, Adelheid	Wien	Frauenorganisation
Schlesinger, Therese	„	„
Boschek, Anna	„	„
Lippa, Cilli	„	„
Krasa, Mina	„	„
Czech, Lili	Brünn	„
Freundlich, Emmi	Mähr. Schönberg	„
Boschek, Mina	Wien	„
Schlesinger, Anna	„	„
Adler, Emma	„	„
Adler, Dr., Katharina	Zürich	„

Schweizerische Delegierte.

Greulich, H., Zürich; Lang, O., Zürich; Kissling, J., Zürich; Sigg, Joh., Zürich; Faas, Margarete, Bern; Meister, Ph., Bern; Moor, K., Bern; Reichesberg, J., Bern; Schneeberger, O., Bern; Stickel, J., Bern; Thies, F., Bern; Grimm, R., Basel; Jaggli, A., Basel; Käppeler, G., Basel; Löber, H., Basel; Schmidlin, E., Baselland; Schlatter, H., Schaffhausen; Wildberger, Ph., Schaffhausen; Keßler, E., Olten; Sigg, Jean, Genf.

Die Gesamtzahl der Delegierten betrug nach der Prüfung der Mandate 884, die sich auf die einzelnen Länder folgendermaßen verteilten:

Argentinien	3	Oesterreich	75
Australien	1	Polen P. P. S.	18
Belgien	27	Polen P. S. P.	12
Böhmen	41	Rumänien	4
Bulgarien	5	Rußland (Sozialdemokratie)	39
Dänemark	17	Rußland (Soz.-Revolutionäre)	24
Deutschland	289	Schweden	19
Finnland	2	Schweiz	21
Frankreich	78	Spanien	6
Großbritannien	123	Serbien	1
Holland	9	Südafrika	1
Japan	1	Ungarn	25
Italien	13	Vereinigte Staaten	22
Norwegen	8		

Sprech-Register

Sach-Register

Inhalts-Verzeichnis

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

